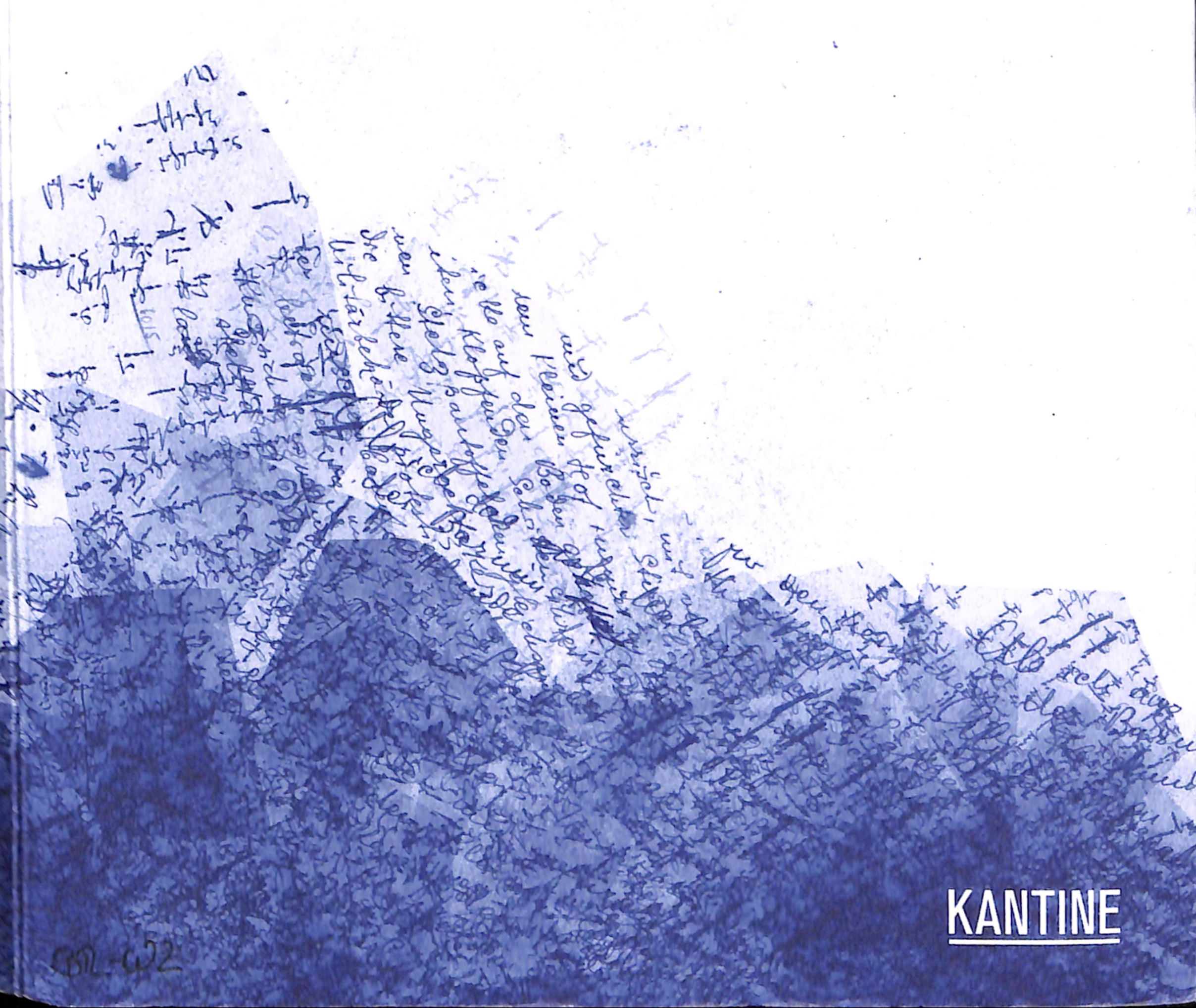
»... HIER TANZE«

Gesammelte Beiträge aus den Kantinen
»Marx« und »Luxemburg«



KANTINE



ZUR ENTSTEHUNG DIESES BUCHS

Seit 2018 findet in Chemnitz jährlich im August das Theoriefestival *Kantine* statt. Anlässlich seines 200. Geburtstages widmete sich die erste Ausgabe der Kantine Karl Marx. In den zwei darauffolgenden Jahren standen Rosa Luxemburg (2019) und Walter Benjamin (2020) im Vordergrund. Das Ziel war es jeweils, eine Einführung in Leben, Werk und Wirkungsgeschichte der namensgebenden Personen und Raum für den Austausch über Theorien, Konzepte und ihr Verhältnis zur politischen Praxis zu bieten. Um der Bezeichnung als Festival gerecht zu werden, blieb aber auch viel Zeit für Müßiggang und Ekstase.

Im Nachgang der ersten beiden Ausgaben des Theoriefestivals entstand die Idee für diese Publikation. Sie versammelt einige der Beiträge, die so oder in ähnlicher Form auf der Kantine »Marx« bzw. »Luxemburg« vorgetragen wurden und dokumentiert damit einen Teil unseres Erkenntnisprozesses der letzten Jahre. Die einzelnen Beiträge bauen dabei nicht zwingend aufeinander auf, sondern geben die Bandbreite an Themen und Perspektiven, wie sie auch auf den Festivals zu finden war, wieder. Die in die Texte eingefügten Fotos vermitteln zusätzlich einen kleinen Eindruck von der Atmosphäre der Kantine. Wer sich dafür interessiert, wie mit dem Zitat »... hier tanze« eine Linie von Marx zu Luxemburg gezogen werden kann, dem_der sei der Beitrag von Marie Lippert empfohlen. Wer Näheres darüber erfahren möchte, was die Kantine mit dem Tanzen zu tun hat, dürfte in den vorangestellten Interviewausschnitten fündig werden oder einfach mal vorbeischauen.

Wir möchten an dieser Stelle allen Autor_innen für die Inhalte und die Geduld bei der Kommunikation mit uns danken. Außerdem danken wir der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen und der Bürgerplattform Chemnitz-Mitte für die finanzielle Unterstützung, die diese Publikation möglich gemacht hat. Wir wünschen viel Vergnügen beim Lesen und freuen uns auf alle noch kommenden Kantinen.

Chemnitz, Februar 2021

INHALT

Erweiterungen – Feminismus, Rassismuskritik

Impressum

Veröffentlichung: Februar 2021; 2. Auflage: August 2021

Redaktion: Magdalena Freckmann, Max Wolf, Christian Selent

Korrektur/Lektorat: Felix Dümcke, Julian Meinelt

Satz: Christian Selent

Fotos: Festival Kantine, Subbotnik

Autor_innen: Dania Alasti, Caro Blauth, Kaśka Bryla, Jonas Fischer, Peter Jehle, Olaf Kistenmacher, Carolin Krahl, Thiemo Luft, Marie Lippert, Elfriede Müller, Markus Winterfeld, Max Wolf

Kontakt: publikation@kantine-festival.org

gefördert durch:





Das Theoriefestival Kantine ist eine Kooperation
des Subbotnik e.V. und des WkB e.V.






KANTINE
»LUXEM-

ELFENBEINTURM
MIT DISKOLICHT

Im Zuge der Entstehung dieses Sammelbandes trafen sich fünf Personen, die zu verschiedenen Zeitpunkten an der Kantine mitgewirkt haben, um gemeinsam über das Zustandekommen des Theoriefestivals, die Erfahrungen währenddessen sowie über Sinn und Unsinn des Projekts zu sprechen. Auszüge aus diesem Gespräch drucken wir hier ab. Für die bessere Lesbarkeit haben wir sie teilweise neu angeordnet.

Entstehungsgeschichte

A: Auch wenn ich praktisch schon zur ersten Generation gehöre, würde ich gerne mal wissen, wie das damals eigentlich entstanden ist.

B: Nach meiner Erinnerung saßen wir alle ziemlich bedröppelt im Wohnzimmer, vielleicht zu fünft, sechst, siebt, manche waren betrunken, andere waren gerade dabei, sich zu betrinken. Dabei kam der Gedanke auf, dass wir leider alle gar nicht mehr hier in Chemnitz wohnen, aber dass es schön ist, uns zu sehen, und dass wir etwas machen sollten, um einen Grund zu haben, uns und unsere Freunde und Freundinnen zu sehen. Das ist, glaube ich, der Ursprung.

C: Meine erste Motivation war, dass wir zusammenkommen. Ich konnte mir mit den Menschen um mich herum sehr gut vorstellen, etwas zu planen, um in Kontakt zu bleiben, mich mit Themen auseinandersetzen, über ein ganzes Jahr, bis dann im Sommer dieser Peak kommt, in dem wir das Projekt realisieren.

B: Hattest du da schon eine Vorstellung im Hinterkopf, ein Vorbild, das dich zu der Idee inspiriert hat?

C: Das kann ich nach vier Jahren gar nicht mehr so konkret sagen. Ich glaube allein schon dadurch, dass die Infrastruktur dort gegeben war mit dem Subbotnik[1] und seinem Gelände, das zu dem Zeitpunkt noch gar nicht so belebt war, hatten wir etwas, das wir bespielen wollten. Dann hat sich das ein biss-

[1] Das Subbotnik ist ein soziokulturelles Zentrum in Chemnitz-Bernsdorf. Dort findet die Kantine statt.

chen verselbstständigt durch Karl-Marx-Stadt[2], durch den Nischl[3], wegen des 200-jährigen Jubiläums und der Bewerbung der Stadt auf den Titel der Kulturhauptstadt. Da dachten wir, wir könnten anknüpfen und ein bisschen Money generieren. Wir haben ziemlich gutes Stadtmarketing betrieben. Man müsste uns eigentlich für den Titel danken (lachen).

A: Ich finde ja, diese Kantine geht eine groteske Symbiose mit der Stadt ein. Es ist nicht so, dass es weit hergeholt ist, dass die Kultur in Chemnitz – bis auf die Hochkultur vielleicht – teilweise ein schweres Leben hat. Und auch beim Thema ›Kulturhauptstadt‹ ist immer wieder die Frage hochgekommen: »Wie kann Chemnitz Kulturhauptstadt werden, wenn hier überhaupt keine Kultur ist?« Und dann kommen wir daher und uns fällt das, nach meiner Erinnerung, relativ leicht, etwas auf die Beine zu stellen.

[2] Chemnitz hieß von 1953 bis 1990 Karl-Marx-Stadt.

[3] Das heute für Chemnitz so charakteristische Karl-Marx-Monument ist eine 7,1 m hohe und ca. vierzig Tonnen schwere Plastik, die den Kopf von Karl Marx stilisiert (Nischel, Nischl = Kopf).

Themen

C: Im ersten Jahr ist das ja offensichtlich, wieso wir Marx wählten. Beim zweiten Jahr, soweit ich mich erinnere, war es auch offensichtlich: Da ging es dann um Geschlechter. Wir hatten einen Typen, jetzt wollen wir eine weibliche Person haben. Und ich glaube, da haben wir dann einfach sehr pragmatisch recherchiert und auch wieder nach Jubiläen und Todestagen gesucht.

A: Ja, bei Rosa Luxemburg ging es relativ schnell. Mir ist in Erinnerung geblieben, dass Luxemburg *die* Person war, die mir zuvor am wenigsten gesagt hat – auch wenn sie natürlich allen irgendwie etwas sagt –, die aber wirklich sehr viel hergegeben hat. Es ging nicht nur um Rosa Luxemburg, sondern auch um die Arbeiter_innenbewegung des letzten Jahrhunderts. Das fand ich ziemlich spannend.

E: Das mit Walter Benjamin hat sich auch ergeben, einmal weil es das Jubiläum seines Todestages war und dann, weil es in dieser Dreierfolge ganz gut gepasst hat, nach Marx und der Arbeiter_innenbewegung mit Kritischer Theorie weiterzumachen.

Theoriefestival

D: Könnt ihr euch noch daran erinnern, wie es zu dem Namen »Kantine« und zu dem Begriff »Theoriefestival« kam?

C: Mir ist der Name eingefallen. Ich bin irgendwann nachts wach geworden und dachte so: »Kantine! Das würde doch eigentlich zum Gebäude passen.« Und warum nicht? Eine Kantine, in der man sich trifft und sich begegnet, sich austauscht, quatscht, was isst, was trinkt.

A: Etwas, das uns die letzten Jahre immer wieder beschäftigt hat, ist diese Mischung zwischen Zerstreuung – dass man die Kantine als Freizeitmoment erlebt und sich auch gerne mal gehen lässt, einfach mal die Arme von sich streckt – und dem Anspruch, fundierte Theoriearbeit zu machen. Es ist schwierig, ein Gesamtpaket zu konstruieren, sodass Leute Lust haben, sich eine ganze Woche irgendwo aufzuhalten, ein ›Festivalfeeling‹ bekommen und gleichzeitig auch die Sache ernst nehmen.



E: Bei der Feedbackrunde der diesjährigen Kantine, als wir alle besoffen in den Stühlen hingen, war jemand da, der auch schon bei der Kantine »Marx« war. Er hat das Feedback gegeben, dass er deutlich merkt, dass es etwas mit dem Lustprinzip zu tun hat, wie diese ganze Geschichte abläuft. Dass es darum geht, es sich einfach schön zu machen und zu genießen. Eine andere Person hat das mir gegenüber anders formuliert: Wir machen uns unnötig viel Arbeit mit den Details, um es liebevoll zu gestalten. Aber ich glaube, es funktioniert auch nur deshalb so gut, weil man sich eben nicht nur wie bei einer akademischen Konferenz darum kümmert, ein gutes Programm auf die Beine zu stellen, sondern ein Gesamtpaket machen will. Deswegen auch »Theoriefestival«. Das hebt es vielleicht auch ein bisschen von anderen Sachen ab.

C: Wenn man sich so einen Tag auf der Kantine oder die ganze Woche anschaut, ist es ein Tag, an dem du dir die ganze Zeit Theorie, irgendwelche Konzepte voll auflädst und am Abend ist wieder Ekstase und du tanzt es dir wieder raus – oder du kotzt es dir wieder raus. Dann geht es wieder von vorn los, Tag für

Tag. Irgendwie ist es voll schön, dann Gesichter wieder zu sehen und zurückzudenken an gestern Abend und dann wieder Anschluss zu finden an einen Vortrag.

D: Ich frage mich, was das mit dem Lustprinzip immer soll, was E gerade angesprochen hat - warum das so entgegengesetzt wird. Warum darf man keinen Spaß haben, wenn man sich zu einer Konferenz trifft? Ich kenne das Gefühl ja auch, aber ich frage mich, woher das kommt. Natürlich, weil die Themen schwer sind und weil es um krasse Ereignisse geht. Aber ist es überhaupt ein sinnvoller Antagonismus, den man da aufmacht?

E: Aus meiner Perspektive geht es nicht darum, dass Theorie etwas sein sollte, was ernst ist und wozu man sich durchringen muss. Aber meistens erfährt man das ja so, weil es sehr viele Räume gibt, in denen man Theorie nicht als Selbstzweck oder aus Interesse machen kann, sondern wo es – wie an der Uni – an Leistung geknüpft ist; natürlich gibt es da auch ganz viele Normen und Konventionen, wie man sich zu verhalten hat. Zum Beispiel, dass man einem bestimmten akademischen Habitus entsprechen oder immer möglichst schlau rüberkommen muss. Natürlich gibt es ganz viele Möglichkeiten, an Theorie ranzugehen und das so zu gestalten, dass es für alle zugänglich ist und man sich gemeinsam etwas erarbeiten kann und Spaß dabei hat. Aber das ist etwas, worum man sich aktiv kümmern muss: So einen Kontext erstmal herzustellen, einen Raum, in dem das so abläuft.

Elfenbeinturm

A: Die Frage ist ja, ob das ein Elfenbeinturm ist, in dem wir uns bewegen. Ist die Kantine ein Elfenbeinturm mit Diskolicht?

E: Teilweise haben wir diesen Vorwurf bekommen und das auch nicht völlig zu Unrecht, würde ich sagen.

B: Ja, und immer mehr, je »professioneller« die Auswahl der Themen ist. Je mehr darauf geachtet wird, wie man bewirbt und wen man einlädt.

D: Wie könnte man das lösen? Und muss man das überhaupt lösen?

A: Es ist ja nicht so, als ob es die Räume nicht gäbe, die nichts mit einem Elfenbeinturm zu tun haben und wo man auch Punk sein kann. Um nochmal auf Chemnitz zurückzukommen: Es ist schon komisch, dass man sich diesen Elfenbeinturm gerade in Chemnitz schafft, anstatt in Räumen, in denen man wahrscheinlich viel mehr Leute hat, die das besuchen und interessant finden, beispielsweise in Leipzig oder Berlin.

D: Ich finde Elfenbeintürme überhaupt nicht schlimm, ich glaube, sie können sehr wichtig sein. Wir leben in einer Gesellschaft, in der die Menschen nicht gleich sind – was auch immer Gleichheit bedeuten mag -, in der es bestimmte Antagonismen gibt. Ich glaube, wenn man sie in dem Sinne auflöst, dass man sagt: »Das ist ein Elfenbeinturm und deswegen darf man das nicht mehr machen«, dann stellt man sich eher selbst ein Bein, als dass man etwas Sinnvolles bewirkt. Es geht in einem gewissen Maße um die Vermittlung zwischen den Polen – sonst wäre es wirklich sinnlos, aber wenn man das Feld der Ideen, der Kritik usw. bleiben lässt wegen der Widersprüche, die sich darin befinden, wäre das ein Problem. Wir haben hier die Theorie ein bisschen runtergespielt – als würde man sich nicht mit politischen Theoretiker_innen beschäftigen wollen. Für mich ist das im Umkehrschluss ein Grund dafür, dieses Festival zu machen. Zu sagen: »Ich bin mir dieser Widersprüche bewusst« – zum Beispiel auch, dass es hier Leute gibt, die die Küfa [Küche für alle] machen, die das vielleicht auch nervt, was wir hier machen, die es aber trotzdem machen.

Politischer Anspruch

D: Was ist denn eigentlich die Motivation, das zu machen? Es ist schließlich oft sehr viel Arbeit. Was wollt ihr persönlich? Und was will vielleicht die ganze Gruppe?

A: Ich beantworte das gern ganz eigennützig: Mir bringt das am meisten. Ich persönlich versuche immer viel mitzunehmen von der Kantine, halte mich daher auch gerne mal ein bisschen raus aus der Themenfindung und freue mich, wenn es jemand wird, zu dem ich noch nicht so viel Vorwissen habe. Das erweitert dann den eigenen Horizont.

C: Wie wir auch eingangs gesagt haben: Ich hatte Bock auf die Menschen, mit ihnen Zeit zu verbringen und weitere Men-

schen kennenzulernen. Ich weiß gar nicht, was ich inhaltlich aus der Kantine mitgenommen habe. Ich war immer eher mit anderen Dingen beschäftigt, sei es Spaß haben oder Organisationsgeschichten, so dass alle sich wohlfühlen um mich herum. Ich habe eher fragmentarisch einzelnen Vorträgen, Workshops oder dem Abendprogramm beigewohnt. Ich fand es cool, dass so verschiedene Gruppen aus Chemnitz daran teilgenommen haben, zum Beispiel um die Küfa-Strukturen zu stemmen. Ich hatte da so einen Moment: Ich stehe im Saal, an der Essensausgabe. Hinter mir wird das Essen eben zubereitet, vor mir wird ein akademisch hochwertiger wissenschaftlicher Vortrag gehalten. Auf einmal ertönt im Hintergrund Oidorno mit »Halt die Fresse, ich will saufen«. Ich musste so lachen, einfach weil es dieser Aufprall, dieser ›Clash‹ war. Und ich dachte »Yes!«. Ich fand das immer ziemlich schön.

D: E, was war deine Motivation, im dritten Jahr einzusteigen?

E: Ich fand es einfach so schön und ich glaube, es war der gleiche Eigennutz, den A auch schon beschrieben hat. Wenn ich auf die Kantine »Benjamin« zurückschaue, habe ich sehr viel gelernt in dieser Woche und große Lust, mich mit Benjamin weiter zu beschäftigen. Dafür hat es sich schon gelohnt. Ich kann mich erinnern, als wir angefangen haben, die Ausgabe zu Benjamin zu planen, war ich ein bisschen unzufrieden und habe mich gefragt, was der politische Outcome der ganzen Geschichte ist, ob es überhaupt einen gibt. Und ob man nicht, wenn man schon so viele Leute zusammenbringt, den Anspruch haben sollte, an politisch drängenden Fragen zusammen zu arbeiten, Leute zu Organisierung anzustoßen etc. Diese Frage beschäftigt mich auch abseits von der Kantine immer wieder: Wozu macht man eigentlich Theorie? Was hat das mit Politik, mit politischer Praxis zu tun? Gibt es überhaupt eine Verbindung oder ist das am Ende eigentlich nur ›Selbstbespaßung‹? Man kann sich natürlich auch fragen, ob Selbstbespaßung eigentlich so verkehrt ist, wenn sie in so einem Rahmen passiert, der versucht, für möglichst viele Leute offen zu sein und ob das nicht auch einfach ein Wert an sich ist.

D: Selbstbespaßung – das klingt fast ein bisschen fatalistisch, dein Urteil.

A: Ich würde bei der Selbstbespaßung gerne bleiben, weil mich das auch beschäftigt. Ich glaube, es hat immer einen politi-

schen Anspruch – darum auch die Personen, die wir in den Mittelpunkt stellen, teilweise auch Personen, die keine große Rolle mehr spielen in linken Debatten und linker Theoriebildung – sich überhaupt diesen Problematiken zu stellen, sich sozusagen extern zu schulen und diese theoretischen Perspektiven mit aufzunehmen, ohne unbedingt aktuelle politische Fragen unmittelbar in den Raum zu stellen.

B: Es ist doch immer politisch. Die Auswahl der Leute ist politisch – der Themen, der Menschen, die referieren und der Leute, die man anspricht. Der Kontakt, den ich auch danach noch mit Leuten habe – das ist auch eine Form von Organisation. Ich komme gerade nicht so richtig mit, wo hier das Unpolitische sein soll. Es geht um Organisation, es geht auch um den Ort und da spielt Chemnitz tatsächlich eine zentrale Rolle. Was habe ich neulich gehört? »Deutschland ist ein Schwarzer Tee und Chemnitz ist der Bodensatz davon – die braune Soße, die unten dranhängt.« Das stimmt, und es geht darum, nette Menschen hierherzuholen und zu sagen: »Hey Leute, hier kriegt ihr eine 50qm-Butze für 200€, hier habt ihr Raum, Sachen zu machen und hier gibt es nette Leute.«

C: Schon wieder Stadtmarketing.

B: Und es geht darum, für diejenigen, die hier sind, einen Raum zu schaffen. Da kommst du ins Subbotnik und denkst: »Wow, hier ist es warm, hier hörst du Sachen, die du sonst nicht hörst. Da ist doch noch jemand, mit dem du dich identifizieren kannst.« und dann denkst du, »na, bleibe ich eben hier« und fragst dich: »Wow, bin ich wirklich noch in dieser ›Tristesse de Beton‹?«

Zukunftsaussichten

A: Wo seht ihr die Kantine im nächsten Jahr und darüber hinaus? Eine klassische Frage für Bewerbungen, aber sie ist wichtig, um dabeizubleiben.

E: Ich habe ein bisschen Angst, dass wir uns zu sehr professionalisieren und dann unsympathisch werden. Uns und allen anderen. Das ist nur so ein diffuses Gefühl. Auf der Ebene der Themen könnte es passieren, dass es zu akademisch wird und man auf einmal relativ viele Leute verliert, die zur linken Szene in Chemnitz gehören und gerne im Subbotnik sind – dass die

sich dann denken, »was will ich auf der Kantine« und es sich immer mehr auf ein überregionales Publikum verlagert.

A: So negativ sehe ich das gar nicht. Ich meine mit Professionalisierung auch das, was du meinst, aber auch so etwas wie: »Wie kriege ich die Leute regional zu uns?« Dazu gehören auch die Leute, die das schon fast wieder zu akademisch finden. Also bräuchte es eine Professionalisierung in der Didaktik, beispielsweise. Auch dieses Jahr gab es wieder den Kritikpunkt, dass es zu wenig Einführungsvorträge und -workshops gab. Professionalisierung sehe ich auch darin, mehr Geld ausgeben zu können und mehr Möglichkeiten zur Gestaltung zu haben.



D: Kann Professionalisierung nicht auch in einem positiven Sinne bedeuten, dass man bestimmte Prozesse vereinfacht und sich weniger stressig macht? Für mich meint Professionalisierung gar nicht, dass man es macht wie eine Firma. Ich glaube, das Problem mit dem Begriff ist, dass viele Sachen in der Arbeitswelt einfach nur funktionalistisch sind und es gar nicht um den konkreten Inhalt geht – es geht dann darum, eine sinnvoll koordinierte Struktur zu haben. Und das ist zumindest eine Angst, die ich dabei verstehen kann: Dass man über der Organisation, die immer besser wird, den Bezug zu dem konkreten Inhalt verliert, für den man organisiert.

A: Ich würde, um von diesem Begriff der Professionalisierung wegzukommen, sagen, dass die Kantine gewachsen ist. Wenn ich das diesjährige Festival mit dem letztjährigen vergleiche, ist es in vielerlei Hinsicht gewachsen: In der Professionalität vielleicht, aber auch in der Routine, in den Teilnehmendenzahlen, in den Connections und Netzwerken, die wir hatten – wir hatten Leute vom Radio da, wir hatten Leute aus Österreich da – das spricht jetzt wiederum für die Überregionalisierung. Nichtsdestotrotz finde ich das schön. Mir gefällt das total, wenn Leute, die von weit her kommen, davon hören und uns direkt darauf ansprechen. Das ist für mich schon ein Punkt, wegen dem ich sage: »Es lohnt sich, das Festival weiter zu betreiben.«

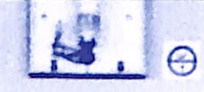
Schönster Moment

A: Der beste Moment des Festivals war eigentlich im ersten Jahr, 2018. Zum Teil wusste ich gar nicht, worauf ich mich da einlasse, wenn dieses Festival endlich läuft. Es waren damals auch nicht so viele Leute da wie in den letzten zwei Jahren. Da war der schönste Moment, als alle nach einem Vortrag draußen gemeinsam auf der Lesebühne saßen und einfach noch weiterdiskutiert haben. Sie haben nicht aufgehört, bis der nächste Vortrag angefangen hat. Praktisch alle saßen in der Sonne, es waren 30 Grad draußen und trotzdem haben die Leute sich nicht in den Schatten gesetzt, sondern erst einmal weiter über Karl Marx gesprochen. Man konnte sich dazusetzen oder auch nicht, aber eigentlich saßen alle dabei und haben wenigstens zugehört, auch wenn sie nicht am Gespräch beteiligt waren. Das fand ich sehr schön. Da dachte ich: »Genau deswegen habe ich dieses Festival mitorganisiert.«

B: Ein ganz spezieller Moment war der letzte Abend der Kantine »Marx«, als die Band Ravetology gespielt hat. Die sollten eigentlich im großen Saal auftreten, aber da hatten wir dann keine Anlage und dann wurde innerhalb einer gefühlten halben Stunde – das war natürlich mega stressig – eine Party in der Berni[4] organisiert. Das fand ich ziemlich geil. Das war der Spirit, den ich so aus Chemnitz kannte: Wir wollen jetzt eine Party und müssen das alles selbst organisieren. Die Leute sind da, – es kommen auch noch ein paar dazu – und dann wird das gemacht. Und eine halbe Stunde später steht es und man kriegt gar nicht mit, wie sehr man selber im Arsch ist und wie aufwändig das war. Solche Momente feiere ich – wo Leute zusammen etwas machen möchten und es dann hinkriegen. Das ist vielleicht die Sache, die schwierig mit der Theorie zu vereinen ist, weil man bei Theorie schon erst einmal Vorleistung bringen muss. Das widerspricht sich meines Erachtens ein bisschen. Eigentlich aber auch nicht, wenn, wie A erzählt, nach den Vorträgen Runden entstehen, in denen die Leute miteinander quatschen und weiterspinnen – dann ist es genau das, dann ist es dasselbe wie: »Ich kümmere mich jetzt noch um eine Anlage, weil ich eine Party will.« So etwas finde ich sehr schön. Spontane selbstorganisierte Sachen, die ich sehr stark mit der Kantine verbinde. Da gibt es viele Momente, die im Nachhinein aber auch dazu beigetragen haben, dass ich so große Augenringe habe, die man nur sieht, wenn ich die Brille hochnehme.

[4] An der Organisation des Festivals beteiligtes Hausprojekt, nahe am Subbotnik gelegen.


"RECHTS"
sind doch die anderen!?


3
2
1
SPÜLE

AKKUMULATION & KRISE

AKKUMULATION UND KLIMAFRAGE
DREI THESEN

Jonas Fischer

In der heutigen Situation zeigt sich die Endlichkeit natürlicher Ressourcen als Grenze kapitalistischer Akkumulation mit wachsender Dringlichkeit. In ihrer 1913 erschienenen Schrift *Die Akkumulation des Kapitals*, die ihr für die Auseinandersetzung mit den Marxschen Reproduktionsschemata teils vernichtende Kritik einbrachte, untersuchte Rosa Luxemburg das Verhältnis der Kapitalakkumulation zu Milieus außerhalb der kapitalistischen Produktionsweise, seien es kolonialisierte Gebiete oder bislang kapitalistisch unerschlossene Ressourcen. Jonas Fischer, der in Berlin Sozialwissenschaften studiert, zeigt im folgenden Text Thesen zu möglichen Schlussfolgerungen aus dem Werk Luxemburgs für die Umwelt- und Klimabewegung von heute auf, die er am 09. August 2019 in Chemnitz präsentierte.

Der Klimawandel als gesellschaftliche Frage

In der Diskussion um den Klimawandel ist eine starke Tendenz zur Individualisierung zu beobachten. Individuelle Konsumentscheidungen stehen im Fokus; es werden Carbon Footprints kalkuliert, über Selbstversuche in fleisch- und verpackungsfreiem Lebensstil diskutiert, zur Enthaltsamkeit aufgerufen oder gar von »Flugscham« geraunt. Während die grüne Bewegung auf Veränderungen im Konsumverhalten der Individuen setzt und gesellschaftliche Anreizstrukturen verändern möchte, warnen ihre politischen Gegner vor der »Ökodiktatur« und fürchten um ihr Schnitzel. Auf beiden Seiten der Auseinandersetzung gerät die Struktur der Gesellschaft aus dem Blick. Dieser Beitrag soll sich daher gerade dem Verhältnis zwischen gesellschaftlicher Formation und dem Klimawandel widmen und dazu auf Rosa Luxemburgs *Die Akkumulation des Kapitals* von 1913 zurückgreifen. Luxemburgs Akkumulationstheorie, deren sachlich-ökonomische Richtigkeit bis heute umstritten ist,[1] war kein rein akademisch-wissenschaftliches Werk, sondern als Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus – so der Untertitel – auch eine politische Streitschrift. Das fein säuberliche Sezieren ihrer Schriften in die ökonomischen auf der einen und die politischen auf der anderen Seite wird ihrer Theorie nicht gerecht (Albo 2016, 36) und soll mit diesem Beitrag in Frage gestellt werden. Nach einem knappen Abriss von Luxemburgs ökonomischen Argumentation soll dieser Beitrag sich deswegen ihrer Methodik und der politischen Implikationen dieser für den Imperialismus und die damalige Sozialdemokratie widmen, um aus diesem Komplex thesenhaft Lehren für den Klimawandel und die politischen Strategien dagegen zu ziehen. Zunächst erfordert die Auseinandersetzung mit der Kapitalakkumulation jedoch ein Zurück zu Marx.

[1] Siehe den Beitrag von Markus Winterfeld in diesem Band

Die Reproduktion des Einzelkapitals bei Marx

Der kapitalistische Prozess von Produktion und Zirkulation besteht auf der Ebene eines einzelnen Unternehmens, auf der Ebene des Einzelkapitals, zunächst aus den drei Phasen: Einkauf, Produktion und Verkauf. In der ersten Phase wird Geld vorgeschossen, um Arbeitskraft im Tausch gegen einen Arbeitslohn und Produktionsmittel (Werkzeuge, Rohstoffe und Hilfsmittel) zu erwerben. Diese beiden Teile des Kapitals – variables Kapital (die Arbeitskraft) und konstantes Kapital (die Produktionsmittel) – treffen in der Phase der Produktion

aufeinander. Dabei stellt diese Phase zunächst einen Arbeitsprozess dar, in dem die Arbeitskraft mit Hilfe der Werkzeuge, Hilfsmittel und Rohstoffe ein neues Produkt – eine vorher nicht dagewesene Stofflichkeit – erschafft. Ebenso findet jedoch ein Verwertungsprozess statt; das vorgeschossene Geldkapital verwertet sich, indem es – verwandelt in variables und konstantes Kapital – einen Mehrwert hervorbringt. Im Verwertungsprozess geben Rohstoffe ihren Wert vollständig und Hilfsmittel und Werkzeuge ihren Wert zum Teil an das zu fertigende Produkt ab. Die Arbeitskraft jedoch, die im Produktionsprozess beschäftigt ist, schafft neuen Wert, der im Produkt ihrer Tätigkeit vergegenständlicht ist. Dieser neu geschaffene Wert ist dabei nach Marx größer als der Wert der Arbeitskraft selbst – größer als der Arbeitslohn, den das Unternehmen für die Arbeitskraft zahlen musste. Diese Differenz bildet den Mehrwert, die Keimform des unternehmerischen Profits, und gehört nicht den Arbeiter_innen sondern den Kapitalist_innen, obwohl diese ihn weder hervorgebracht noch in Form von Arbeitslöhnen vorgeschossen haben. Wenn es nun gelingt, die produzierten Waren ihrem Wert gemäß zu verkaufen, ist der kapitalistische Produktionsprozess abgeschlossen.



> »Der Arbeiter selbst produziert daher beständig den objektiven Reichtum als Kapital, ihm fremde, ihn beherrschende und ausbeutende Macht, und der Kapitalist produziert ebenso beständig die Arbeitskraft als subjektive, von ihren eignen Vergegenständlichungs- und Verwirklichungsmitteln getrennte, abstrakte, in der bloßen Leiblichkeit des Arbeiters existierende Reichtumsquelle, kurz den Arbeiter als Lohnarbeiter. Diese beständige Reproduktion oder Verewigung des Arbeiters ist das sine qua non der kapitalistischen Produktion.« (MEW 23, 596)

Dieser Prozess der Reproduktion des Kapitals auf gleichbleibender Stufenleiter – die einfache Reproduktion, bei der der Umfang des Produktionsprozesses über die Zeit konstant bleibt – ist zunächst eine bloß theoretische Vorarbeit für den nächsten Schritt. Denn in der empirischen Wirklichkeit gibt es keine einfache kapitalistische Reproduktion, sondern jedes Einzelkapital versucht Teile des Gewinns zu reinvestieren,

um zu wachsen. In der Konkurrenz mit anderen Kapitalen verspricht sich jedes einzelne von ihnen aus dieser Reinvestition einen Vorteil. Aus dem Vorteil durch Reinvestition wird in der Konkurrenz ein Zwang zur Reinvestition. Luxemburg erklärt diesen Zwang folgendermaßen:

> »Die kapitalistische Produktionsweise schafft nicht bloß im Mehrwerthunger des Kapitalisten die treibende Kraft zur rastlosen Erweiterung der Reproduktion, sondern verwandelt diese Erweiterung geradezu in ein Zwangsgesetz, in eine wirtschaftliche Existenzbedingung für den Einzelkapitalisten. Unter der Herrschaft der Konkurrenz besteht die wichtigste Waffe des Einzelkapitalisten im Kampf um den Platz auf den Absatzmarkt in der Billigkeit der Waren. Alle dauernden Methoden zur Herabsetzung der Herstellungskosten der Waren […] laufen aber auf eine Erweiterung der Produktion hinaus. Ob es sich um Ersparnisse an Baulichkeiten und Werkzeugen handelt oder um Anwendung leistungsfähigerer Produktionsmittel oder um weitgehende Ersetzung der Handarbeit durch Maschinen oder um rapide Ausnutzung einer günstigen Markkonjunktur zur Anschaffung billiger Rohstoffe – in allen Fällen hat der Großbetrieb Vorteile vor dem Klein- und Mittelbetrieb.« (Luxemburg 1975, 18)

Die Kapitalist_innen sind also bestrebt, den Umfang ihrer Produktion zu vergrößern, um eine größere Masse an Mehrwert produzieren zu können. In der Konsequenz können sie nicht den vollständigen Mehrwert, den jeder Produktionsprozess periodisch abwirft, zur individuellen Konsumtion verwenden. Sie teilen den Mehrwert in den Revenue zur individuellen Konsumtion und in den Teil des Mehrwertes, der auf das ursprüngliche Kapital aufgeschlagen werden soll. Diese Rückverwandlung des Mehrwerts in Kapital bezeichnet Marx dabei als die Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter oder auch Akkumulation. Im Akkumulationsprozess produziert das Kapital nicht nur einen Mehrwert, sondern es produziert mehr Kapital. Genauso reproduziert es nicht nur die Trennung zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse, sondern es lässt die Arbeiterklasse wachsen, während auch die Größe der Einzelkapitale wächst (MEW 23, 641).

Die Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals bei Marx

Die Untersuchungen Marx', die im vorhergehenden Kapitel kurz dargestellt wurden, erklären jedoch noch nicht die Prozesse von Reproduktion und Akkumulation auf der Ebene einer ganzen Volkswirtschaft, der Ebene des gesellschaftlichen Gesamtkapitals. Dazu ist es notwendig, die Akkumulationsprozesse der Einzelkapitale zu einem Ganzen zusammenzufassen – ohne jedoch bloß additiv vorzugehen und das komplexe Geflecht von Konkurrenz und Produktionsketten auszublenden:

> »Die Kreisläufe der individuellen Kapitale verschlingen sich aber ineinander, setzen sich voraus und bedingen einander, und bilden gerade in dieser Verschlingung die Bewegung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals.« (MEW 24, 353-354)

Auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene stellt sich die Frage der (ökonomischen) Reproduktion in einer ganz neuen Qualität. Hatten wir bisher schlichtweg angenommen, dass das Einzelkapital Arbeitskraft und Produktionsmittel auf dem Markt vorfindet und auch seine gesamte produzierte Warenmasse ohne Probleme absetzen kann, stellt sich nun die Frage, woher dieses Angebot und diese Nachfrage denn kommen sollen, unter welchen Umständen sie gesichert sind und unter welchen Umständen nicht. Dabei spielt auch die stoffliche Qualität der Produktionsmittel und Waren sowie die Qualifikation der Arbeiter_innen eine wichtige Rolle. Ein Sägewerk wird Holz einkaufen und ausgebildete Holzarbeiter_innen anheuern müssen, um zu funktionieren und kann mit Gießer_innen genauso wenig anfangen wie mit Rohöl. Genauso muss eine Nachfrage für Holzbalken und -bretter bestehen, wenn das Sägewerk sich selbst reproduzieren will und nicht nur eine Nachfrage nach irgendeiner Ware. Damit erhält das Problem der Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals eine Komplexität und einen Umfang, der kaum zu bewältigen ist. Allein die Produktionskette des recht simplen Produkts Bleistift nachzuvollziehen – von der Rohstoffextraktion (Graphit-Mine und Forstwirtschaft) über die Weiterverarbeitung (Sägewerk und Brennerei) mit den logistischen Zwischenschritten bis zum Einzelhandel –, scheint ein seitenfüllendes Vorhaben. Marx schlägt deshalb im zweiten Band des Kapital vor, anstatt Industriezweige, -branchen oder gar einzelne Unternehmen zum Ausgangspunkt zu nehmen, das gesellschaftliche Gesamtkapital in lediglich zwei

Abteilungen zu unterteilen (MEW 24, 394). Die erste Abteilung produziert Produktionsmittel (Rohstoffe, Zwischenprodukte und Werkzeuge etc.), die zweite Abteilung produziert Konsumtionsmittel (Wohnhäuser, Nahrung, Kleidung etc.).[2] Es stellt sich folglich die Frage, unter welchen Ausgangsbedingungen die beiden Abteilungen die Gesamtheit ihrer in einem Produktionsprozess produzierten Waren absetzen können und durch diesen Prozess des Absatzes ihre eigenen Ausgangsbedingungen wieder vorfinden können. Diese Ausgangsbedingungen sind zum einen die Produktionsmittel, die ersetzt werden müssen, zum anderen die Arbeitskraft, die erneut eingekauft werden muss. Zur Beantwortung dieser Frage zieht Marx die berühmt-berüchtigten Reproduktionsschemata (MEW 24, 505–514) als illustrierende mathematische Modelle heran, die hier nicht in ihrem vollen Umfang besprochen werden sollen; begrenzen wir uns auf die Ergebnisse seiner Untersuchung.

Bei gegebenem Verhältnis von variablem und konstantem Kapital sowie produziertem Mehrwert müsse unter der Annahme einfacher Reproduktion (der gesamte Mehrwert wird als Revenue verzehrt) ein bestimmtes Größenverhältnis der beiden Abteilungen sichergestellt werden, damit weder Probleme im Einkauf noch im Verkauf auftreten müssen. Die von Abteilung I jährlich[3] produzierten Produktionsmittel müssen dabei die Summe des eingesetzten konstanten Kapitals beider Abteilungen ersetzen. Die von Abteilung II jährlich produzierten Konsumtionsmittel hingegen müssen die Summe der von beiden Abteilungen gezahlten Arbeitslöhne (das variable Kapital) und der von beiden Abteilung produzierten und abgeschöpften Mehrwertmenge ersetzen, so dass sich am Ende eines Jahres die ökonomischen und sozialen Voraussetzungen wiederherstellen. Die Einzelkapitale der beiden Abteilungen können nur mit Hilfe dieser Gleichsetzung ihr gesamtes Produkt auf dem Markt realisieren und damit gleichzeitig die Voraussetzungen ihrer Produktion – dass Produktionsmittel und Arbeitskraft in ausreichender Menge auf dem Markt zu finden sind – sicherstellen.

Wenn sich Marx ausgehend von diesem Punkt der Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter widmet, dann wird das ganze Problem noch einmal deutlich komplizierter. Es muss nun für jedes Jahr aufs Neue gezeigt werden, wie die Sicherstellung des Absatzes der Produktionsmittel mit der Wiederherstellung der Produktionsbedingungen zusammenfällt. Der produzierte

2 Dabei ist es nicht zwangsläufig die stoffliche Qualität der produzierten Waren, die entscheidet, ob sie Produktions- oder Konsumtionsmittel sind, sondern ihre gesellschaftliche Verwendung. Wenn eine Bäckerei Mehl einkauft, um daraus Brot zu backen und dieses zu verkaufen, handelt es sich bei diesem Mehl um ein Produktionsmittel. Sollte ich allerdings Mehl kaufen, um mir selbst ein Brot zu backen, wird das gleiche Mehl dadurch zum Konsumtionsmittel.

3 Als zeitliche Vergleichsgröße ein Jahr zu wählen, ist eine recht willkürliche Entscheidung von mir. Die Größenverhältnisse können auch innerhalb jeder anderen Zeitspanne verglichen werden.

Mehrwert der beiden Abteilungen muss jetzt in den Revenue und den zur Reinvestition bestimmten Mehrwert aufgeteilt werden, dabei muss die Reinvestition erneut in variables und konstantes Kapital aufgespalten und zusätzlich gezeigt werden, dass auch Arbeitskraft und Produktionsmittel für den Einsatz dieser Reinvestition auf dem Markt vorhanden sind. Am Ende all dieser Probleme bleibt Marx bei der Frage stehen, wo denn die immer größeren Mengen an Geld herkommen, die diese erweiterte Reproduktion ermöglichen, und beantwortet diese Frage recht ungelenk durch den Auftritt des Goldgräbers ex machina (MEW 24, 487; Müller 2002, 88–89; Luxemburg 1975, 279).

Luxemburgs Kritik an Marx

Luxemburg hingegen transformiert diese Frage nach dem Ursprung des Geldes, die den Marxismus bis dahin beschäftigte und sich inzwischen in meterlangen Bücherregalen niedergeschlagen hat: Sie fragt stattdessen nach dem Ursprung der Nachfrage, die notwendig ist, um eine ständig wachsende gesellschaftliche Produktion realisieren zu können (Müller 2002, 90). Sie wendet sich dazu zunächst der technischen Gestalt des Akkumulationsprozesses zu. Diese technische Gestalt ist nicht statisch, sondern ständigen Revolutionen der Produktionsmethoden ausgesetzt. Mit der Vergrößerung des Einzelkapitals und dem wissenschaftlichen Fortschritt werden immer ausgefeiltere Produktionsmethoden entwickelt, die immer weniger Arbeitskraft benötigen, dafür aber auf umfangreichere Produktionsmittel angewiesen sind. Die Erfindung der Dampfmaschine, die Einführung des Fließbandes, die Verwendung von Rechenmaschinen und Computern und die derzeit immer umfangreicher werdende Steuerung der Produktion und Distribution durch Algorithmen sind Beispiele dafür, wie der wissenschaftliche Fortschritt sich in einer immer größeren Bedeutung der Produktionsmittel und einem schwindenden Anteil der menschlichen Arbeitskraft niederschlägt. Aber auch abseits dieser großen technischen Fortschritte findet die gleiche Bewegung im Kleinen in jedem wachsenden Einzelkapital statt. Wo im Kleinbetrieb noch auf simple Werkzeuge zurückgegriffen wurde, wird es im Verlaufe seines Wachstums immer profitabler komplexere Maschinen und Maschinensysteme einzusetzen und auf Automatisierung zurückzugreifen, um so das gewohnte Produkt billiger produzieren zu können als zuvor. Im Einzelbetrieb, in einzelnen Produktionszweigen und in Hinblick

auf das gesellschaftliche Gesamtkapital wird so – stofflich und dem Wertverhältnis nach – die Größe des konstanten Kapitals im Laufe der Akkumulation stärker zunehmen als die Größe des variablen Kapitals. Marx nennt diesen Prozess das Wachstum der organischen Zusammensetzung des Kapitals (MEW 23, 640): Konstantes und variables Kapital wachsen, das konstante wächst allerdings in einem höheren Maße. Da durch die Veränderung im Binnenverhältnis des kapitalistischen Produktionsprozesses der Anteil der Arbeitskraft, der notwendig ist, um eine bestimmte Masse an Waren zu produzieren, sinkt, bedeutet das Wachstum der organischen Zusammensetzung des Kapitals auch eine Zunahme der Produktivität der Arbeit.

Diese Bewegung in der organischen Zusammensetzung des Kapitals, die im Marxschen Kapital eine durchaus prominente Position einnimmt,[4] bleibt jedoch in seinen Reproduktionsschemata komplett ausgeblendet. »Dieses Verfahren«, kommentiert Luxemburg die Marxsche Auslassung, »ist an sich, zur Vereinfachung der Reproduktion, behufs Vereinfachung der Analyse, vollkommen zulässig.« (Luxemburg 1975, 285) Es ist jedoch in diesem konkreten Falle unmöglich, die Veränderung der organischen Zusammensetzung des Kapitals nach der Konstruktion der Schemata in die Analyse einzubeziehen, ohne die Schemata komplett verwerfen zu müssen. Denn durch die Steigerung der organischen Zusammensetzung des Kapitals entstehen Disproportionalitäten, die im Rahmen der Schemata nicht aufzulösen sind. Angenommen, Abteilungen I und II verdoppeln in einem bestimmten Zeitabschnitt ihren Umfang, so wird nun eine doppelt so große Menge an Produktions- und Konsumtionsmitteln produziert. Wenden wir uns nun der Verdopplung des produktiven Kapitals zu, das diese verdoppelte Produktmasse, dieses verdoppelte Warenkapital, produzieren soll, sehen wir, dass sich konstantes und variables Kapital nicht symmetrisch verdoppeln können. Durch den technischen Fortschritt hat sich das konstante Kapital mehr als verdoppelt, während das variable Kapital sich nicht verdoppelt hat. In Bezug auf die Produktionsmittel sehen wir also eine Nachfrage, die das Angebot übersteigt. In Bezug auf die Konsumtionsmittel tritt die Disproportionalität genau umgekehrt auf, weil zwar doppelt so viel Angebot besteht, aber keine verdoppelte Nachfrage, da die Arbeitslöhne langsamer gewachsen sind als die Menge der produzierten Konsumtionsmittel. Um das Defizit an Produktionsmitteln und den Überschuss an Konsumtionsmitteln auszugleichen, müssten die beiden Abteilungen in unter-

[4] Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate zum Beispiel speist sich aus genau dieser Steigerung der organischen Zusammensetzung des Kapitals (MEW 25, 221-277).

schiedlichem Tempo akkumulieren und wachsen. Nach einigen Versuchen, diese Disproportionalität zu integrieren, schlussfolgert Luxemburg:

> »Wie wir also immer die technische Verschiebung der Produktionsweise im Fortgang der Akkumulation ins Auge fassen, sie kann sich nicht durchsetzen, ohne die grundlegenden Beziehungen des Marxschen Schemas aus den Fugen zu bringen.« (ebd., 291)

Luxemburg tritt von dieser Erkenntnis ausgehend zunächst einen Schritt zurück und betrachtet die Voraussetzungen der Marxschen Schemata. Dort stößt sie auf Marx' Annahme der allgemeinen und ausschließlichen Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise. Aufgrund dieser Annahme kommen die Schemata überhaupt mit nur zwei Klassen (aufgeteilt auf zwei Abteilungen) aus; sie nehmen eine Gesellschaft an, in der es keine nicht-kapitalistischen Weltregionen, Produktionsweisen und produzierenden sowie konsumierenden Klassen gibt, sondern nur Arbeiter_innen und Kapitalist_innen. Diese Vereinfachung sei aber – so Luxemburg – sowohl theoretisch für die Unfähigkeit der Schemata, mit der Veränderung in der organischen Zusammensetzung des Kapitals umzugehen, ausschlaggebend als auch empirisch nicht zu halten. Die kapitalistische Produktionsweise entwickelte sich immer schon im nicht-kapitalistischen Milieu und in diesem Milieu liegt auch der Schlüssel zur Lösung des Problems der Disproportionalität.

Das nicht-kapitalistische Milieu, zum Beispiel die Kolonien, bilden erstens einen Absatzmarkt, der die Realisierung des immer wachsenden Mehrwertes erlaubt. Luxemburgs Beispiel sind die Opiumkriege (1839-1843 und 1856-1860), in denen England aufgrund militärtechnischer Überlegenheit das chinesische Kaiserreich – ohne größere Verluste zu verzeichnen – dazu zwang, den eigenen Markt für das durch die British East India Company hergestellte Opium zu öffnen (ebd., 335-342). Die Kolonien der imperialistischen, europäischen Staaten dienten diesen allgemein dazu, den unvermeidlichen Überschuss der Konsumtionsmittel abzusetzen und in Geld zurück zu verwandeln. Im Gegenzug waren die Kolonien – und das stellt die zweite Funktion des nicht-kapitalistischen Milieus dar – billige Lieferanten für Rohstoffe und Ressourcen, die halfen, den steigenden Bedarf an Produktionsmitteln zu decken. Erst durch die Ausbeutung der natürlichen (und menschlichen)

Ressourcen durch die imperialistischen Mächte war es diesen möglich, die durch die technische Verschiebung des Produktionsprozesses erzeugte immens steigende Nachfrage nach Produktionsmitteln zu stillen. Die dritte Funktion besteht in der ständigen Rekrutierung zusätzlicher Arbeitskraft aus dem nicht-kapitalistischen Milieu der Kolonie oder des imperialistischen Landes selbst.

Luxemburgs Kritik an Marx holt das nicht-kapitalistische Außen in die Analyse des Innenlebens der kapitalistischen Produktionsweise hinein, indem sie zeigt, dass das Außen nicht wirklich außerhalb des Kapitalverhältnisses steht, sondern eine »direkte Lebensbedingung für das Kapital und seine Akkumulation« (ebd., 314) darstellt:

> »Die kapitalistische Produktion ist von Anbeginn in ihren Bewegungsformen und -gesetzen auf die gesamte Erde als Schatzkammer ihrer Produktivkräfte berechnet. In seinem Drange nach Aneignung der Produktivkräfte zu Zwecken der Ausbeutung durchstöbert das Kapital die ganze Welt, verschafft sich Produktionsmitteln aus allen Winkeln der Erde, errafft oder erwirbt sie von allen Kulturstufen und Gesellschaftsformen.« (ebd., 307)



Indem die kapitalistische Produktionsweise zum Zwecke der Akkumulation aber mit dem nicht-kapitalistischen Milieu in Stoffwechsel tritt, wird dieses Milieu selbst kapitalisiert. Die nicht-kapitalistischen Produktionsweisen werden vernichtet und durch kapitalistische Unternehmungen ersetzt (Brie 2016, 269). Die Tage des glücklichen Wachstums der Ökonomien der imperialistischen Staaten sind für Luxemburg gezählt. Der Imperialismus ist die notwendige Ausdrucksform des kapitalistischen Akkumulationszwanges in einer sich verschärfenden zwischenstaatlichen Konkurrenz (Luxemburg 1975, 391):

> »Je mehr kapitalistische Länder aber an dieser Jagd nach Akkumulationsgebieten teilnehmen und je spärlicher die nichtkapitalistischen Gebiete werden, die der Weltexpansion des Kapitals noch offenstehen, um so erbitterter wird der Konkurrenzkampf des Kapitals um jene Akkumulationsgebiete, umso mehr verwandeln sich seine Streifzüge auf der

Weltbühne in eine Kette ökonomischer und politischer Katastrophen: Weltkrisen, Kriege, Revolutionen.« (Luxemburg 1975, 430)

Methodisches und Politisches

Luxemburg kritisierte die Marxschen Reproduktionsschemata, was ihr vernichtende Rezensionen der Marxisten ihrer Zeit einbrachte, die übersahen, dass Luxemburgs Marxkritik ganz im Sinne des Marxschen Werkes war. Sie hat die zentrale Marxsche Idee der Steigerung der organischen Zusammensetzung des Kapitals in die theoretische Analyse der Kapitalakkumulation einbezogen und diesen Komplex mit den ihr gegenwärtigen ökonomischen und politischen Entwicklungen vermittelt. Ihre Revision der Marxschen Reproduktionsschemata trägt letztlich selbst zum Marxschen Gedanken bei, dass im Fortschreiten der kapitalistischen Produktionsweise die Produktivkräfte und die Produktionsverhältnisse in Widerspruch zueinander geraten (Luxemburg 1975, 292; 1975, 519; siehe auch MEW 25, 253–255). Dies inspirierte den marxistischen Philosophen Georg Lukács, dem Luxemburg eine Lehrmeisterin des Marxismus gewesen ist[5], einen näheren Blick auf die Methodologie von Marx, Luxemburg und Luxemburgs Kritikern zu werfen (siehe auch Seidel 2002, 50). Demnach liegt der Schlüssel zum Verständnis der Marxschen Methode in dem Begriff der konkreten Totalität (Lukács 1970, 94, siehe auch Park 2016, 7). Der Begriff Totalität bezeichnet nicht das bloß additive Zusammentragen von Fakten und Gesetzen, sondern es geht Lukács um die inneren Zusammenhänge der Verhältnisse, Bewegungen und Prozesse der kapitalistischen Produktionsweise – um ihre Vermittlung. Es ist die Gesamtheit der Vermittlungen, die dann die Totalität ausmacht. Indem Luxemburg die organische Zusammensetzung des Kapitals in die Frage der Akkumulation einbezieht, nimmt sie den Gesamtprozess kapitalistischer Gesellschaften in den Blick und versucht nicht ihren Untersuchungsgegenstand von diesem Gesamtprozess zu isolieren. Lukács schlussfolgert, »dass dementsprechend Rosa Luxemburg nichts anderes getan hat, als das Fragment von Marx in seinem Sinne zu Ende zu denken und seinem Geiste gemäß zu ergänzen« (Lukács 1970, 100). Ihre Kritiker hingegen haben eine genau entgegengesetzte Methode. Marx' Methode gilt ihnen weniger als seine Ergebnisse, denen überhistorische Richtigkeit unterstellt wird. Während Luxemburgs Kritiker mit ihrem Beharren auf Marx' letztlich historische Er-

[5] Auch wenn Lukács Luxemburg in der Beurteilung der russischen Revolution aus einer praktischen Perspektive widerspricht (Lukács 1970b), betont er ihren methodischen Einfluss auf sein Denken mit Nachdruck, wenn er sie als einzigen »Schüler von Marx«, bezeichnet, »der sein Lebenswerk sowohl im sachlich-ökonomischen wie im methodisch-ökonomischen Sinne wirklich weitergeführt und in dieser Hinsicht an den gegenwärtigen Stand der gesellschaftlichen Entwicklung konkret angeknüpft hat« (Lukács 1970a, 50; siehe auch Opitz 2002, 239).

gebnisse Dogmatismus betreiben, ist Luxemburgs methodische Treue im positiven Sinne orthodox.

Ihre Kritiker versuchen, die Akkumulation gewissermaßen im luftleeren Raum, ohne Vermittlung auf den Gesamtprozess oder die empirischen Phänomene ihrer Zeit zu analysieren. Dies folge nach Lukács der Methode der Vulgärökonomie[6] und nicht der Marxschen, die von dem Denken in Vermittlungen lebt. Demnach kommen auch Luxemburg und ihre Kritiker zu vollkommen verschiedenen Schlüssen in Bezug auf die Stellung der Akkumulation innerhalb des Gesamtprozesses. Während Otto Bauer in seiner Rezension der Akkumulation des Kapitals schlussfolgert, dass »[n]ach unserer Ansicht [...] der Kapitalismus auch ohne Expansion denkbar« (Bauer 1913, 874) sei, stellt der expansive Imperialismus für Luxemburg eine notwendige Phase des Kapitalismus dar und darf analytisch nicht isoliert werden.

> »Die Anerkennung der Akkumulationsfrage bedeutet aber die Anerkennung, daß diese ›schlechten Seiten‹ mit dem innersten Wesen des Kapitalismus unzertrennlich verbunden sind; sie bedeutet demzufolge, daß Imperialismus, Weltkrieg und Weltrevolution als Entwicklungsnotwendigkeiten erfaßt werden müssen.« (Lukács 1970, 108)

Diese methodische Differenz zwischen Luxemburg und ihren innerparteilichen Kritikern ist jedoch keine rein theoretische Frage, sondern »zwischen dem Erfassen, der Art der Behandlung der theoretischen Probleme und der Praxis politischer Parteien besteht auf größeren Strecken stets der engste Zusammenhang«, so Luxemburg (Luxemburg 1975, 517). Auch Lukács sieht einen Zusammenhang zwischen der Methode der Vulgärökonomie und dem politischen Opportunismus – ein Vorwurf, der sich zum Beispiel gegen Otto Bauer (Wortführer des marxistischen Zentrums in der SPD) und Eduard Bernstein (bekanntester Vertreter des reformistischen Flügels der SPD) richtete. Deren Auffassung der imperialistischen Expansion als ein der kapitalistischen Akkumulation äußerliches Phänomen äußerte sich in ihrer Politik:

> »Diese Auffassung zielt dahin, die Phase des Imperialismus nicht als historische Notwendigkeit, nicht als entscheidende Auseinandersetzung um den Sozialismus zu betrachten, son-

6 Als »Vulgärökonomen« bezeichnete Marx beispielsweise John Stuart Mill und Jean-Baptiste Say, die im Gegensatz zu den ökonomischen Klassikern Adam Smith und David Ricardo keinerlei Erkenntniszuwachs zu bieten haben, da sie analytisch auf der Ebene des Einzelkapitals verweilen und zudem die Erscheinung mit dem Wesen einer Sache verwechseln.

dern als boshafte Erfindung einer Handvoll Interessenten. Diese Auffassung geht dahin, der Bourgeoisie einzureden, daß der Imperialismus und Militarismus ihr selbst vom Standpunkt ihrer eigenen kapitalistischen Interessen schädlich sei, dadurch die angebliche Handvoll der Nutznießer dieses Imperialismus zu isolieren und so einen Block des Proletariats mit breiten Schichten des Bürgertums zu bilden, um den Imperialismus zu ›dämpfen‹, ihn durch ›teilweise Abrüstung‹ auszuhungern, ihm ›den Stachel zu nehmen‹!« (ebd., 521)

Diese Politik des Klassenkompromisses gegen den Imperialismus führte letzten Endes zur Kapitulation der Sozialdemokratie (Park 2016, 11). Sobald der Deutsche Kaiser klarstellte, er kenne keine Parteien mehr, nur noch Deutsche, ergriff die opportunistisch geprägte SPD die Chance, endlich nicht mehr als vaterlandslose Gesellen gelten zu müssen, beim Schopfe, stimmte den Kriegskrediten zu, schloss die Kriegsgegner aus ihrer Fraktion aus und betrieb die Burgfriedenpolitik des imperialistischen Systems. Die opportunistische »Utopie eines historischen Kompromisses zwischen Proletariat und Bourgeoisie zur ›Milderung‹ der imperialistischen Gegensätze zwischen kapitalistischen Staaten« (Luxemburg 1975b, 522) wich der offenen Unterstützung des Imperialismus selbst.

Die Klimafrage

Luxemburg erschien die räumliche Grenze kolonialistischer Eroberung als Wachstumsgrenze des Kapitalismus. Heute scheint die Kommodifizierung der Natur eine stetig näher rückende Grenze der Akkumulation darzustellen (Dörre 2016, 242) – in dem Doppelsinn, dass sowohl die natürlichen Ressourcen endlich sind und die durch die kapitalistische Produktion entstehenden Umweltfolgen (Ausstoß von Treibhausgasen, Produktion von Müll, Entwaldung, Trockenlegung, Verwüstung etc.) drastische Folgen haben (werden). Aus Luxemburgs methodischen und politischen Überlegungen und den darauf folgenden Auseinandersetzungen können wir somit versuchen, Lehren für eine Umwelt- und Klimabewegung heute zu ziehen. Dies soll anhand von drei Thesen geschehen:

I. Die »schlechten Seiten« der kapitalistischen Produktion sind nicht vom Kapitalismus abzutrennen.

Bündnis 90/Die Grünen schreiben in ihrem Programm: »Wir wollen die Wirtschaft ökologisch modernisieren, denn Nichthandeln wird teurer als mutiges Vorangehen. [...] Der Wettbewerb um die besten Lösungen zur Bekämpfung der Klimakrise spornt uns an, neue und bessere Technologien zu entwickeln.«[7] In dieser Betrachtungsweise scheinen die Zerstörung von Umwelt und Klima und die kapitalistische Produktionsweise ein rein äußerliches, quasi zufälliges Verhältnis einzugehen. Es gibt diesem Verständnis nach schlichtweg umweltzerstörende (Kohle, industrielle Landwirtschaft) und umwelterhaltende (Windkraft, Bio-Landwirtschaft) Unternehmen und Geschäftszweige. Die Klimaschädlichkeit der gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaft wird einzig ihren Produktionsmethoden zugeschrieben und die Tatsache, dass der Kapitalismus mit Photovoltaik, Windkraft, Brennstoffzellen und Elektroautos auf seine eigene Krise reagiert, als Beleg dafür angeführt, dass die Produktionsverhältnisse, in denen diese technologischen Entwicklungen stattfinden, gleichgültig sind. Vom Akkumulations-, also Wachstumszwang möchte diese Auffassung nichts wissen. Gemeinhin wird ein jährliches Wirtschaftswachstum von ungefähr drei Prozent als ›gesund‹ angesehen. Dass solch eine Rate des Wirtschaftswachstums eine Verdoppelung der Wirtschaft alle 25 Jahre bedeutet, wird geflissentlich ausgeblendet. Gerade im expansiven und externalisierenden Akkumulationszwang des Kapitals liegt jedoch die Vermittlung zwischen der kapitalistischen Produktionsweise und der Umwelt- und Klimazerstörung, die wir derzeit erfahren.

[7] Bündnis 90/Die Grünen: »Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz.« www.gruene.de/themen/klimaschutz, aufgerufen am11.02.2020.

II. Die Umweltzerstörung ist nicht ausschließlich das profitable Geschäft einer Handvoll.

Luxemburgs Leistung liegt unter Anderem gerade in der Erkenntnis, dass der Imperialismus nicht nur für die unmittelbar in ihn verwickelten Kapitale ein unermesslich profitables Geschäft darstellt, sondern dass sich darüber hinaus in der Expansion und Kommodifizierung vorher nicht-kapitalistischer Milieus, Regionen und Rohstoffe der Akkumulationszwang des gesellschaftlichen Gesamtkapitals ausdrückt. Somit war das gesamte ökonomische System auf den Imperialismus angewiesen, nicht nur wenige Einzelkapitale, und die Strategie der Opportunisten von Anfang an zum Scheitern verurteilt.

Ein Isolieren der Profitinteressen Weniger schleicht sich auf ganz ähnliche Weise auch bei dem ansonsten recht wegweisenden Bündnis Ende Gelände ein. In einem ihrer Mobilisierungsschreiben wird der Zusammenhang von Klimawandel und kapitalistischer Produktionsweise in aller Klarheit thematisiert: »In einem Wirtschaftssystem, das auf unendlichem Wachstum und der Ausbeutung von Ressourcen basiert, werden wir die Klimakrise nicht stoppen.«[8] Dieser Teil der Argumentation fehlt jedoch in der Kommunikation mit Anwohner_innen einer Aktion des zivilen Ungehorsams – stattdessen wird hier auf das Profitinteresse großer Kohleunternehmen verwiesen: »Unser Protest richtet sich gegen Konzerne wie die LEAG, die mit Klimazerstörung Profite machen [...].«[9] Das ganz unmittelbar umweltvernichtende Profitinteresse großer Kohleunternehmen steht nicht in Frage und besonders die Durchlässigkeit staatlicher Institutionen gegenüber diesen partikularen Profitinteressen ist politisch zu bekämpfen. Dass darüber hinaus, in einer vermittelten Art und Weise der kapitalistische Gesamtprozess in seiner (selbst-)zerstörerischen Tendenz von der Klimazerstörung lebt, sollte jedoch nicht vergessen werden.

8 Ende Gelände: »Ende Gelände ruft auf zum globalen Klimastreik und Blockaden am 20.09. und den Tagen danach.« www.ende-gelaende.org/news/ende-gelaende-ruft-auf-zum-globalen-klimastreik-und-blockaden-am-20-09-und-den-tagen-danach/, aufgerufen am 11.02.2020.

9 Ende Gelände: »Liebe Menschen in der Lausitz.« www.ende-gelaende.org/news/liebe-menschen-in-der-lausitz/, aufgerufen am 11.02.2020.

III. Ökologische Frage und Klimafrage sind Klassenfragen.

Vice versa ist nicht zu vergessen, dass es nicht bloß ein abstraktes System des Kapitalismus gibt, das die natürlichen Grundlagen des gesellschaftlichen Seins untergräbt, sondern auch konkrete Profiteure. Das bedeutet, dass die Klimafrage als Klassenfrage zu behandeln ist. Nicht nur der Ausstoß von Treibhausgasen ist extrem ungleich zwischen ärmeren und reicheren Staaten und innerhalb dieser Staaten zwischen ärmeren und reicheren Bevölkerungsteilen verteilt. Auch die bereits eintretenden Klimafolgen treffen überdurchschnittlich den Globalen Süden und – in egal welcher Weltregion – es sind die lohnarbeitenden Teile der Bevölkerung, die ohne finanzielle Sicherungsnetze am verletzlichsten dastehen. Vor tausenden, mit Privatjets eingeflogenen Führungseliten der Weltwirtschaft ein ›Wir‹ zu beschwören, wie es Greta Thunberg 2019 in Davos versucht hat, kann deswegen nur begrenzte Wirksamkeit zeigen. Stattdessen muss eine Politik gefunden werden, die Klimafrage und Klassenfrage zusammen denkt. Das würde zunächst auf einer ganz konkreten Ebene bedeuten, Gesetzesvorschläge, wie den der CO_2-Steuer, die auf den Schultern der Lohnarbeitenden die Rettung des Klimas versprechen, strikt abzulehnen. Langfristig muss das Ziel die Ab-

schaffung der Klassengesellschaft und die Herstellung einer global vergesellschafteten Reichtumsproduktion sein. Erst mit diesem Schritt wären die gesellschaftlichen Voraussetzungen geschaffen, in ein vernünftiges und nachhaltiges Stoffwechselverhältnis mit der Natur zu treten.

Literatur

Albo, Greg (2016): Rosa Luxemburg and Contemporary Capitalism. In: Judith Dellheim/Frieder Otto Wolf (Hg.): Rosa Luxemburg. A Permanent Challenge for Political Economy. London, 25–54.

Bauer, Otto (1913): Die Akkumulation des Kapitals. Rezension. In: Die Neue Zeit, 31/1, 831–838, 862–874.

Brie, Michael (2016): A Critical Reception of Accumulation of Capital. In: Judith Dellheim /Frieder Otto Wolf (Hg.): Rosa Luxemburg. A Permanent Challenge for Political Economy. London, 261–303.

Dörre, Klaus (2016): Limits to Landnahme. Growth Dilemma as Challenge. In: Judith Dellheim/Frieder Otto Wolf (Hg.): Rosa Luxemburg. A Permanent Challenge for Political Economy. London, 219–260.

Lukács, Georg (1970 [1921]): Rosa Luxemburg als Marxist. In: Georg Lukács, Geschichte und Klassenbewusstsein. Studien über marxistische Dialektik. Darmstadt und Neuwied, 94–118.

Ders., (1970a [1922]): Vorwort. In: Georg Lukács, Geschichte und Klassenbewusstsein. Studien über marxistische Dialektik. Darmstadt und Neuwied, 49–57.

Ders., (1970b [1922]): Kritische Bemerkungen über Rosa Luxemburgs ›Kritik der russischen Revolution.‹ In: Georg Lukács, Geschichte und Klassenbewusstsein. Studien über marxistische Dialektik. Darmstadt und Neuwied, 422–452.

Luxemburg, Rosa (1975 [1913]). Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus. In: Dies., Gesammelte Werke, Bd. 5: Ökonomische Schriften. Berlin, 5–411.

Dies., (1975 [1921]). Eine Antikritik. Die Akkumulation des Kapitals oder Was die Epigonen aus der Marxschen Theorie gemacht haben. In Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 5: Ökonomische Schriften. Berlin, 413–523.

Marx, Karl (1982 [1867]): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band: Der Produktionsprozeß des Kapitals. In: Karl Marx/Friedrich Engels, Werke (MEW), Band 23. Berlin.

Ders. (1982 [1893]): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Zweiter Band: Der Zirkulationsprozeß des Kapitals. In Karl Marx/Friedrich Engels, Werke (MEW), Band 24. Berlin.

Ders. (1982 [1894]): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band: Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion. In Karl Marx & Friedrich Engels, Werke (MEW), Band 25. Berlin.

Müller, Eva (2002): Rosa Luxemburgs Beitrag zur Marxschen Reproduktionstheorie. In: Klaus Kinner/Helmut Seidel (Hg.): Rosa Luxemburg. Historische und aktuelle Dimensionen ihres theoretischen Werkes. Berlin, 86–100.

Opitz, Antonia (2002): Georg Lukács und Rosa Luxemburg. In: Klaus Kinner/Helmut Seidel (Hg.): Rosa Luxemburg. Historische und aktuelle Dimensionen ihres theoretischen Werkes. Berlin, 238–247.



ROSA LUXEMBURGS BEITRAG ZUR KRISENTHEORIE

Markus Winterfeld

Rosa Luxemburg hat das eigentümliche Schicksal, einerseits als Ikone verehrt zu werden, während andererseits ihre großen Werke allesamt als widerlegt gelten. Der Rechten war sie als Agitatorin ein Dorn im Auge, der Linken als Theoretikerin, allen voran für ihre verbindliche Kritik am Einverständnis mit dem Imperialismus und für ihre Zusammenbruchstheorie. Markus Winterfelds Beitrag ist der Versuch, entgegen dieser Überlieferung die Bedeutung ihrer Kritik für unsere Epoche in groben Zügen, soweit es in der gegebenen Kürze möglich ist, darzustellen. Naturgemäß geht dies nur ausgehend von der Frage, die ihr gesamtes Werk durchzieht und deren Ausarbeitung ihr großes theoretisches Hauptwerk galt: der Krisen- und Zusammenbruchstheorie. Der Text beruht auf einem Vortrag, den der Autor am 09. August 2019 in Chemnitz gehalten hat. Derzeit arbeitet er an einem Buch zur Geschichte der marxistischen Krisentheorie, das 2021 erscheinen soll.

1 Der Scheinsieg über Rosa Luxemburg

Das Urteil der marxistischen Nachwelt über Rosa Luxemburg ist einstimmig. Sie tauge als Ikone einer sozialistischen und doch demokratischen Gesellschaft, als Theoretikerin sei sie aber gescheitert. Rosa Luxemburg, so ist es der Sekundärliteratur zur Krisentheorie (Shaikh 1978, 18) zu entnehmen, hätte versucht, die durch Marx widerlegte »Unterkonsumtionsdebatte wiederzubeleben«. Niemand, der im langen 20. Jahrhundert an der marxistischen Krisentheorie weiterarbeitete, kam umhin, sich von der »Königin der Unterkonsumtionisten« (Sweezy/Rittig 1959, 204) und ihrer »zirkulationstheoretisch verkürzten Zusammenbruchstheorie« (Kurz 2005, 173) abzugrenzen. »Um die Wende des Jahrhunderts glaubte die Marxistin Rosa Luxemburg die objektiven Ursachen für Krisen und Kriege und für die schließliche Abdankung des Kapitalismus in den Schwierigkeiten der Mehrwertrealisierung zu erkennen. Aber all dies hat mit Marx wenig zu tun.« (Mattick 1971, 101)

Rosa Luxemburg wäre davon ausgegangen, dass der Kapitalismus eine zusätzliche Nachfrage benötigt, um den Mehrwert zu realisieren; die Arbeiter können ihn nicht kaufen, da ihre Konsumtion durch den Arbeitslohn beschränkt sei, die Kapitalisten ebenso wenig, denn konsumierten sie den Mehrwert, so bliebe nichts für die Akkumulation. Der Fehler Rosa Luxemburgs wäre gewesen, dass sie nicht erkannte, dass der Kapitalismus keine äußere Nachfrage benötigte; die Kapitalisten wollen die Produktion ausdehnen und generieren somit selbst eine Nachfrage nach zusätzlichen Produktionsmitteln:

> »Warum können die Unternehmen ihre Produkte nicht letztendlich an andere Unternehmen verkaufen, anstatt an Privatkonsumenten? Warum soll es z.B. nicht möglich sein, dass die Eisenerzproduzenten ihr Eisen an die Stahlproduzenten verkaufen; und die Stahlproduzenten verkaufen ihren Stahl an Produzenten von Bergbaumaschinen; und die Bergbaumaschinenproduzenten verkaufen ihre Maschinen [...] an die Eisenerzproduzenten, die diese Maschinen verwenden, um mehr Eisenerz zu fördern...und immer so weiter?« (Kliman 2012, 161)

Folgt man diesen Urteilen, so gäbe es keinen Grund, sich mit Rosa Luxemburg zu beschäftigen. Lässt man sich aber nicht abhalten und nimmt sich tatsächlich ihr Hauptwerk *Die Akkumulation des Kapitals* vor, so offenbaren sich Unstimmigkeiten im Bild der widerlegten Unterkonsumtionstheoretikerin. Die Kritik der klassischen Unterkonsumtionstheoretiker, Sismondi und Malthus, bildet Rosa Luxemburgs Ausgangspunkt; ihnen wirft sie vor, dass bei ihnen nicht nur der Mehrwert nicht absetzbar, sondern die Akkumulation eigentlich unmöglich ist:

> »In der Tat läuft die Sismondische Theorie darauf hinaus, die Akkumulation für unmöglich zu erklären. Denn wer soll das überschüssige Produkt im Falle der Erweiterung der Reproduktion kaufen, da die gesamte gesellschaftliche Nachfrage durch die Lohnsumme der Arbeiter und durch den persönlichen Konsum der Kapitalisten dargestellt ist?« (Luxemburg 1975, 153)

Die selbstverständliche Etikettierung als Unterkonsumtionstheoretikerin wird umso fraglicher, als Rosa Luxemburg selbst Kautsky den Vorwurf macht, dass dieser seiner Krisentheorie »den schiefen und zweideutigen Namen einer Erklärung der Krisen ›aus Unterkonsumtion‹« anhängt, welche Erklärung Marx gerade im zweiten Bande des *Kapitals* verspottet« hatte (Luxemburg l.c., 449). Die Marxsche Kritik der Unterkonsumtionstheorie war Rosa Luxemburg bekannt; unwahrscheinlich erscheint es dann, dass sie genau dem gleichen Missverständnis aufgesessen sein soll. Gleiches gilt für die meisten der seit ihrem Tod gegen Rosa Luxemburg vorgetragenen Einwände, die man zum Teil wörtlich in ihrem Buch referiert findet, etwa der beliebte Kreislauf von Stahl- und Maschinenkapital:

> »Nehmen wir wiederum ein einfaches Beispiel: Kapitalist A produziert Kohle, Kapitalist B fabriziert Maschinen, Kapitalist C stellt Lebensmittel her. [...] Wenn B immer mehr Maschinen herstellt, kann A ihm immer mehr Kohle verkaufen und kann ihm deshalb immer mehr Maschinen abnehmen, die er im Bergbau verwendet. Beide brauchen immer mehr Arbeiter, und diese immer mehr Lebensmittel, also findet auch C immer größeren Absatz und wird dadurch seinerseits immer mehr Abnehmer sowohl für Kohle wie für Maschinen, die er für seinen Betrieb benötigt. So geht die Sache im Kreise und steigert sich immer mehr – solange wir in leerer Luft mit der Stange herumfahren.« (Luxemburg l.c., 440)

Offenbar sind es die Kritiker, die die genaue Beschäftigung mit Luxemburg vermeiden. Warum Luxemburg die Vorstellung, dass das Kapital sich seinen eigenen Absatz schaffen sollte, als absurd abtut, erfahren wir nicht; zugleich wird man den Verdacht nicht los, dass Rosa Luxemburgs Theorie einige für ihre Kritiker unangenehme Spitzen enthält.

Ähnlich wie beim Marxschen *Kapital* tun wir gut daran, das eigene Urteil nicht den Experten zu überlassen und uns selbst ein Bild zu machen.

2 Der Hintergrund von Rosa Luxemburgs Krisentheorie

Der Ausgangspunkt Rosa Luxemburgs Krisentheorie ist der Streit um die Frage der äußeren Absatzmärkte, die Ende des 19. Jahrhunderts zwischen den russischen Volkstümlern und den russischen Marxisten aus-

gefochten wurde. Die Volkstümler, zu denen auch der bekannte russische *Kapital*-Übersetzer Danielson (Nikolai-on) zählte, hatten das Argument der Unterkonsumtionstheorie Sismondis aufgegriffen, dass der Kapitalismus ohne äußere Absatzmärkte nicht existieren könne. Denn das Ziel der kapitalistischen Produktion sei die Realisierung eines Profits: Nimmt man das gesamte Wertprodukt einer Fabrik oder einer Nation und zieht davon den Anteil ab, der nur die vernutzten Produktionsmittel ersetzt; ferner den, der von den Arbeitern konsumiert wird; schlussendlich den, der von den Kapitalisten für ihre individuelle Luxuskonsumtion verbraucht wird, so verbleibe der zur Akkumulation vorgesehene, nicht von den Kapitalisten konsumierte Teil des Mehrwerts. Zu seiner Akkumulation müsse er zuerst realisiert, d. h. verkauft werden. Da er aber weder von Arbeitern noch Kapitalisten konsumiert werde, sei sein Verkauf innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft unmöglich. Die Schlussfolgerung der Volkstümler ist, dass der Kapitalismus nicht allein mit seinem inneren Markt existieren könne, sondern auf einen äußeren Absatzmarkt angewiesen sei. Allein durch den Verkauf an nichtkapitalistisch wirtschaftende Gesellschaftsschichten und Erdteile sei der Mehrwert realisierbar, wie Danielson schreibt:

> »Auf diese Weise sehen wir, daß, wie das Produkt jeder Fabrik die Bedürfnisse der darin beschäftigten Arbeiter und des Unternehmers nach diesem Produkt weitaus übertrifft, ebenso das Gesamtprodukt einer kapitalistischen Nation weitaus die Bedürfnisse der gesamten beschäftigten Industriebevölkerung übertrifft, und zwar übertrifft sie sie gerade deshalb, weil die Nation eine kapitalistische ist, weil ihre gesellschaftliche Kräfteverteilung nicht auf die Befriedigung der wirklichen Bedürfnisse der Bevölkerung gerichtet ist, sondern bloß auf die Befriedigung zahlungsfähiger Bedürfnisse. Genauso wie ein Einzelfabrikant also auch nicht einen Tag existieren kann als Kapitalist, wenn sein Absatzmarkt nur durch die Bedürfnisse seiner Arbeiter und seine persönlichen Bedürfnisse beschränkt wäre, ebenso vermag sich auch eine entwickelte kapitalistische Nation nicht mit ihrem eigenen inneren Markt zu begnügen.« (zitiert nach Luxemburg l.c., 240)

Die kapitalistischen Kernländer nun, so die Theorie der Volkstümler, lösen das Problem der Realisierung des Mehrwerts, indem sie ihren Überschuss auf fernen Absatzmärkten verkaufen. Hinweise zur Bestätigung hierauf finden sich in den drei Bänden des *Kapitals* zur Genüge. Der Expansionsdrang des Kapitals, sein Kampf um Kolonien und Einflusszonen ergeben sich, so lässt sich fortsetzen, aus dem Zwang für das Kapital, Abnehmer für sein im Inland nicht realisierbares Mehrprodukt zu finden. Da Russland aber zu spät zur Aufteilung der Welt kam und von allen äußeren Märkten abgeschnitten war, wäre eine kapitalistische Entwicklung unmöglich gemacht. Mit Hilfe der Unterkonsumtionstheorie hatten die russischen

Volkstümler den Beweis zu erbringen versucht, dass der einzig mögliche Weg des gesellschaftlichen Fortschritts der direkte Übergang zum Sozialismus war. Die Grundlage hierfür sollte die in Teilen Russlands noch intakte slawische Dorfgemeinschaft, eine vormoderne Produktionsform mit Gemeineigentum an Boden, bilden.

Die Skepsis der Volkstümler hatte, wie schon die Sismondische Kritik, alle Züge der kleinbürgerlichen Kritik an der kapitalistischen Produktivkraftentwicklung. »Das Lob des alleinseligmachenden Kleinbetriebes kommt sogar bei Nikolai-on [Danielson] als der Grundton seiner ganzen Kritik viel deutlicher und offener als bei Sismondi zum Ausdruck«, bemerkt Rosa Luxemburg (Luxemburg l.c., 241). Die Unterkonsumtionstheorie der Volkstümler aber war auf die scharfe Polemik der russischen Marxisten gestoßen: Bulgakov, Struve, Tugan-Baranowski und Illitschin, später bekannt geworden als Lenin. In ihrer umgekehrten Beweisführung, dass der Kapitalismus zu seiner Entwicklung keiner äußeren Märkte bedürfe, vielmehr sich selbst einen ausreichenden inneren Markt schuf, stützten sie sich auf den 1885 erschienenen zweiten Band des *Kapitals* mit seinen Reproduktionsschemata. Die Reproduktionsschemata waren der Marxsche Versuch, die Produktion und Verteilung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts in einer kapitalistischen Gesellschaft darzustellen. Ein Teil des Gesamtprodukts muss die jährlich verbrauchten Produktionsmittel ersetzen; ein anderer dient als Konsumtionsmittel für die Arbeiter; ein weiterer als Konsumtionsmittel für die Kapitalisten; ein letzter schließlich der Erweiterung der Produktion selbst, d.h. der Akkumulation. Die Frage, wer welchen Teil des Gesamtprodukts kauft und woher die Konsumenten die Geldmittel hierfür beziehen, musste in den Schemata beantwortet werden.

Marx gliedert hierfür das gesellschaftliche Gesamtkapital in zwei Abteilungen. Abteilung I produziert Produktionsmittel, Abteilung II Konsumtionsmittel für Arbeiter und Kapitalisten. Beide Abteilungen produzieren einen Mehrwert, der in Abteilung I die Gestalt zusätzlicher Produktionsmittel, in Abteilung II die Gestalt zusätzlicher Konsumtionsmittel besitzt. Beide Abteilungen zusammengenommen hat das Gesamtkapital oder die Gesamtgesellschaft einen Überschuss an Produktions- und an Konsumtionsmitteln produziert, der eine Erweiterung der Produktion möglich macht. Abteilung I hat die zur Erweiterung ihrer Produktion nötigen Produktionsmittel selbst produziert und muss nur einen Teil der überschüssigen Produktionsmittel aus ihrem Mehrwert als neues Kapital anwenden. Die für die zusätzlich anzustellenden Arbeiter notwendigen Konsumtionsmittel kauft sie von der zweiten Abteilung. Abteilung I hat damit die zur Produktionserweiterung notwendigen Produktions- und Konsumtionsmittel erworben, Abteilung II einen Teil ihres Mehrwerts durch Verkauf an I realisiert und ist nun im Besitz des von I gezahlten Geldes. Abteilung II

vollzieht sodann den analogen Prozess, kauft von Abteilung I Produktionsmittel und ergänzt die notwendigen Konsumtionsmittel aus dem eigenen Mehrprodukt. Stehen beide Abteilungen im richtigen Verhältnis, so fließt das von Abteilung I für den Kauf von Konsumtionsmitteln vorgeschossene Geld zur Abteilung I zurück, sobald Abteilung II ihrerseits Produktionsmittel kauft; es diente nur als Zirkulationsmittel zum Austausch des Mehrwerts.

Die Marxschen Schemata sind die tabellarische, mit Zahlen unterlegte Illustration dieser Austauschbewegungen. Wesentlich sind hier, wie überall, nicht die Zahlen, sondern die darin ausgedrückten Begriffe und die sich ergebenden Schlussfolgerungen. Wer kauft den nicht von den Kapitalisten der beiden Abteilungen konsumierten Teil des Mehrwerts? Die Schemata antworten: die Kapitalisten selbst, aber nicht insofern sie ihn konsumieren wollen, sondern insofern sie ihn zur Ausdehnung der Produktion nutzen. Jede Abteilung behält einen Teil des Mehrprodukts für die Akkumulation zurück; den Rest verkauft sie an die jeweils andere Abteilung. Die Reproduktion geht restlos auf, ohne dass es äußerer Abnehmer bräuchte. Die konsequentesten Schlussfolgerungen aus den Schemata zog der russische Marxist Tugan-Baranowski, der hierfür in der Geschichte der Krisentheorie geradezu sprichwörtlich geworden ist:

> »Die angeführten Schemata mußten zur Evidenz den an sich sehr einfachen Grundsatz beweisen, welcher aber bei ungenügendem Verständnis des Prozesses der Reproduktion des gesellschaftlichen Kapitals leicht Einwände hervorruft, nämlich den Grundsatz, daß die gesellschaftliche Produktion für sich selbst einen Markt schafft. [...] Als Resultat unserer abstrakten Analyse des Prozesses der Reproduktion des gesellschaftlichen Kapitals hat sich der Schluß ergeben, daß es bei einer proportionellen Einteilung der gesellschaftlichen Produktion kein überschüssiges gesellschaftliches Produkt geben kann. [...] Die verbreitete Meinung, die bis zu einem gewissen Grade auch von Marx geteilt wurde, daß das Elend der Arbeiter, welche die große Mehrzahl der Bevölkerung bilden, eine Realisation der Produkte der sich immer erweiternden kapitalistischen Produktion wegen mangelnder Nachfrage unmöglich macht – ist als falsch zu bezeichnen.« (zitiert nach Luxemburg l.c., 264f.)

Mit den Schemata des zweiten Bandes, die den Austausch des Mehrprodukts beschreiben, ist die Unterkonsumtionstheorie widerlegt. Machte diese die Krisen am nicht absetzbaren Mehrprodukt fest, so zeigen die Schemata, dass jedes Mehrprodukt absetzbar ist, sofern es nur proportional richtig eingeteilt ist nach Produktions- und Konsumtionsmitteln sowie nach den verschiedenen Industriezweigen und Produkten. Krisen, so Tugan-Baranowski, entsprangen einzig der Anarchie der kapitalistischen Produktion, die diese Proportionen beständig verletzte. Die zunehmende

gesellschaftliche Planung und Monopolbildung Ende des 19. Jahrhunderts konnte dann aber nur bedeuten, dass die Krisen tendenziell seltener und schwächer würden. Die mit immer weniger Unterbrechungen fortschreitende Akkumulation aber würde nicht nur den inneren Markt des Kapitals ständig vergrößern, sondern auch mit einer steigenden Nachfrage nach Arbeitskräften, also mit steigenden Löhnen einhergehen. Vom Beweis, dass der Kapitalismus in einem Land möglich sei, war man zum Beweis gelangt, dass die kapitalistische Akkumulation keine Grenzen habe und zu einer Ära des Wohlstands führen würde.

Für den revisionistischen Flügel der Sozialdemokratie war diese Erklärung ein gefundenes Fressen. Nicht Konfrontation mit dem Imperialismus stand der Tugan-Baranowskischen Interpretation der Schemata zufolge auf der Tagesordnung, sondern die politische Begleitung der kapitalistischen Akkumulation zur Beseitigung ihrer Hindernisse. Hatte die Unterkonsumtionstheorie den Zusammenbruch des Kapitalismus und damit den automatischen Übergang zum Sozialismus vorausgesagt, so schien der Sozialismus nach der Reduktion der Krisen auf bloße Disproportionalitäten nicht mehr notwendig:

> »Es ist klar, daß, wenn man die schrankenlose Akkumulation des Kapitals annimmt, man auch die schrankenlose Lebensfähigkeit des Kapitals bewiesen hat. Die Akkumulation ist die spezifisch kapitalistische Methode der Erweiterung der Produktion, der Entwicklung der Produktivität der Arbeit, der Entfaltung der Produktivkräfte, des ökonomischen Fortschritts. Ist die kapitalistische Produktionsweise imstande, schrankenlos die Steigerung der Produktivkräfte, den ökonomischen Fortschritt zu sichern, dann ist sie unüberwindlich.« (Luxemburg l.c., 276f.)

An der Schwelle des 20. Jahrhunderts war die Katastrophe der auf dieser Weltsicht beruhenden Sozialdemokratie absehbar. Die Erwiderung war nicht durch marxistische Buchgelehrsamkeit möglich, sondern verlangte eine theoretische Klarstellung des Status' der Schemata im Marxschen Werk, und damit die erste große Erweiterung der Marxschen Theorie.

3 Rosa Luxemburgs Gegenüberstellung von Schemata und kapitalistischer Realität

Rosa Luxemburg kritisierte die Schemata nicht, wie noch heute in der eingangs zitierten Sekundärliteratur fast durchgehend unterstellt, weil sie daran zweifelte, dass sie mathematisch aufgingen, dass man also, wenn man das proportional eingeteilte Gesamtprodukt berechnet hatte, dieses zwischen den beiden Abteilungen, den verschiedenen Industriezweigen usw. hin- und herschieben konnte. Sie kritisierte die Schemata, weil die

jährliche harmonische Addition des Kapitals mit der Realität der kapitalistischen Gesellschaft nicht zusammenzubringen war.

Der Grundfehler der Schemata war, so Luxemburg, dass sie vom Geld absehen; sie beschreiben einen rein stofflichen Austausch zwischen den Abteilungen, der in seiner Abstraktheit für jede Produktionsmittel und Konsumtionsmittel produzierende Gesellschaft gilt, »ebenso natürlich und notwendig in einer planmäßig geregelten wie in der kapitalistischen, auf Warenaustausch und Anarchie gegründeten Wirtschaftsweise« (Luxemburg l.c., 100). Die Absehung vom Geld bedeutet aber zugleich die Absehung von einem der charakteristischen Phänomene der kapitalistischen Akkumulation, nämlich der die Akkumulation begleitenden Entstehung überschüssigem, nach Anlage suchenden Geldkapitals:

> »Nach dem Marxschen Schema geht der jeweilige kapitalisierte Mehrwert in der nächsten Produktionsperiode unmittelbar und restlos in der Produktion auf, hat er doch von vornherein die Naturalgestalt, die seine Verwendung (außer der konsumierbaren Portion) nur in dieser Weise zulässig macht. Eine Bildung und Aufschatzung des Mehrwerts in Geldform, als anlagesuchendes Kapital, ist nach diesem Schema ausgeschlossen.« (Luxemburg l.c., 291)

Die Entstehung freien Geldkapitals aber ist Luxemburg zufolge gleichbedeutend mit dem zunehmenden Überschuss an Kapital überhaupt, wohingegen die Schemata einen der Realität widersprechenden Mangel an Kapital behaupten, als ob das Kapital »noch ganz von der Hand in den Mund« lebte, als ob es »noch keine Banken« gäbe, »die hienieden auf Erden längst akkumulierte riesige Kapitalreserven bergen, die nur auf Absatzmöglichkeit lauern, um sich unter allen Lohnhöhen in die Produktion zu stürzen« (Luxemburg l.c., 490). Weil es aber kein überschüssiges, Nachfrage suchendes Kapital gibt, ist auch der Imperialismus auf Basis der Schemata unerklärlich:

> »Wenn die kapitalistische Produktion einen genügenden Markt für sich selbst bildet und jegliche Erweiterung um den ganzen akkumulierten Wert gestattet, dann wird noch eine andere Erscheinung der modernen Entwickelung rätselhaft: die Hast und Jagd nach entferntesten Absatzmärkten und die Kapitalausfuhr, d.h. die markantesten Erscheinungen des heutigen Imperialismus. In der Tat unbegreiflich! Wozu der Lärm? Wozu die Eroberung der Kolonien, wozu die Opiumkriege der vierziger und sechziger Jahre und die heutigen Balgereien um Kongosümpfe, um mesopotamische Wüsten? Das Kapital bleibe doch zu Hause und nähre sich redlich. Krupp produziere doch munter für Thyssen, Thyssen für Krupp, mögen sie doch ihre Kapitalien nur immer in die eigenen Betrie-

be stecken und diese füreinander erweitern und so im Kreise fort. Die geschichtliche Bewegung des Kapitals wird einfach unbegreiflich und mit ihr der heutige Imperialismus.« (Luxemburg l.c., 446)

Ist der Imperialismus aber kein notwendiges Phänomen, so gibt es keine Bewegung der kapitalistischen Gesellschaft zur steigenden Zuspitzung der gesellschaftlichen Widersprüche und damit auch keine Notwendigkeit für den Sozialismus:

»Wenn die kapitalistische Produktion für sich selbst einen genügenden Absatzmarkt bildet, dann ist die kapitalistische Akkumulation (objektiv genommen) ein schrankenloser Prozeß. Da die Produktion auch dann, wenn die ganze Welt restlos vom Kapital beherrscht, wenn die ganze Menschheit bloß aus Kapitalisten und Lohnproletariern bestehen wird, ungestört weiterwachsen, d.h. die Produktivkräfte schrankenlos entwickeln kann, da der ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus somit keine Schranken gesetzt sind, so bricht damit der eine spezifisch Marxsche Grundpfeiler des Sozialismus zusammen. Nach Marx ist die Rebellion der Arbeiter, ihr Klassenkampf – und darin liegt gerade die Bürgschaft seiner siegreichen Kraft – bloß ideologischer Reflex der objektiven geschichtlichen Notwendigkeit des Sozialismus, die sich aus der objektiven wirtschaftlichen Unmöglichkeit des Kapitalismus auf einer gewissen Höhe seiner Entwickelung ergibt.« (Luxemburg l.c., 445f.)

Was bei Tugan-Baranowski als marxistische Orthodoxie begann, endet in der Abkehr vom Sozialismus. Die Schemata hatten die Unterkonsumtionstheorie widerlegt, waren aber selbst kein adäquates Bild der kapitalistischen Entwicklung. Es kam nun alles darauf an, eine alternative Formulierung zu finden, die weder mit der Unterkonsumtionstheorie die Akkumulation als unmöglich noch mit den Schemata als widerspruchslos und unendlich bewies.

4 Rosa Luxemburgs Lösungsversuch des Krisenproblems

Der tiefere Grund für das statische Modell, das die Schemata von der kapitalistischen Gesellschaft zeichneten, war laut Luxemburg das Absehen von der Geldzirkulation gewesen; nach Engels' Auskunft im Vorwort zum zweiten Band hatte Marx die Schemata zuerst ganz ohne Geldvermittlung, als bloßen Warentausch zwischen den beiden Abteilungen, aufgestellt und das hin und her fließende Geld später äußerlich ergänzt. Das Absehen von der Geldform des Produkts aber ist nach Luxemburgs Kritik gleichbedeutend mit dem Absehen von der kapitalistischen Gestalt der Produktion:

> »Wir finden daß das völlige Absehen von der Geldzirkulation im Schema der erweiterten Reproduktion, das uns den Akkumulationsprozeß so glatt und einfach erscheinen ließ, zu großen Unzuträglichkeiten führt. [...] bei der Akkumulation spielt die Geldform eine wesentliche Funktion: Sie dient nicht mehr bloß als Vermittler in der Warenzirkulation, sondern als Erscheinungsform des Kapitals, als Moment in der Kapitalzirkulation. Die Verwandlung des Mehrwertes in Geldgestalt ist die wesentliche ökonomische Voraussetzung der kapitalistischen Akkumulation, wenn auch kein wesentliches Moment der wirklichen Reproduktion.« (Luxemburg l.c., 107f.)

In den Schemata ist das Geld nur Zirkulationsmittel, das zwischen den Abteilungen hin und her fließt und an dessen Stelle sie sich auch Schuldscheine hätten ausstellen können. Genau im Geld, als der Rückkehrform des Kapitals zu sich selbst, besteht aber die kapitalistische Formbestimmtheit der erweiterten Reproduktion, die andernfalls bloß das für alle Gesellschaften gültige Wachstum der Produktionskapazitäten, eingeteilt nach Produktions- und Konsumtionsmitteln, beschreibt. Versucht man aber das Geld in die Schemata einzubeziehen, so gelangt man zu Widersprüchen. Denn damit ein vermehrtes Produkt jedes Jahr realisiert werden kann, braucht es auch eine vermehrte Geldmenge. Hierbei geht es aber nicht um Geld als Zirkulationsmittel, sondern um eine zusätzliche Nachfrage, die die Bedingung für die Erweiterung der Produktion ist:

> »Damit tatsächlich akkumuliert, d.h. die Produktion erweitert wird, dazu ist noch eine andere Bedingung notwendig: eine Erweiterung der zahlungsfähigen Nachfrage nach Waren. Wo rührt nun die ständig wachsende Nachfrage her, die der fortschreitenden Erweiterung der Produktion im Marxschen Schema zugrunde liegt?« (Luxemburg l.c., 102)

Die zusätzliche Nachfrage kann aber weder durch Arbeiter noch durch Kapitalisten gebildet werden. Auch der Zuwachs der Arbeiterbevölkerung, der sich für die kapitalistisch entwickelten Länder im niedrigen einstelligen Prozentbereich bewegte, schied als zusätzliche Nachfragequelle aus. Es braucht also eine zusätzliche, äußere Nachfrage, um die Akkumulation gemäß der Schemata in Gang zu setzen, d.h. die Schemata fordern für »die Realisierung des Mehrwerts als erste Bedingung einen Kreis von Abnehmern außerhalb der kapitalistischen Gesellschaft« (Luxemburg l.c., 300):

> »Die Existenz nichtkapitalistischer Abnehmer des Mehrwerts ist also direkte Lebensbedingung für das Kapital und seine Akkumulation, insofern also der entscheidende Punkt im Problem der Kapitalakkumulation.« (Luxemburg l.c., 314)

Die Unterkonsumtionstheorie endete hier. Es folgt der zweite Schritt des Prozesses, nämlich die Rückverwandlung des in Geldform vorliegenden Mehrwerts in neue Produktionsmittel. Der gesamte gesellschaftliche Überschuss wurde aber soeben durch Verkauf ans nichtkapitalistische Ausland oder nichtkapitalistische Gesellschaftsschichten weggeführt. »Die Transaktion, die uns zur Realisierung des Mehrwerts verholfen, hat uns gleichsam durch die andere Tür die Voraussetzungen zur Verwandlung dieses realisierten Mehrwerts in die Gestalt des produktiven Kapitals entführt« (Luxemburg l.c., 304). Erneut ist das Kapital auf das nichtkapitalistische Milieu angewiesen, diesmal um neue Produktions- und Konsumtionsmittel für die Akkumulation des Mehrwerts zu beschaffen:

> »Wir sehen jedoch, daß der Kapitalismus auch in seiner vollen Reife in jeder Beziehung auf die gleichzeitige Existenz nichtkapitalistischer Schichten und Gesellschaften angewiesen ist. Dieses Verhältnis erschöpft sich nicht durch die nackte Frage des Absatzmarktes für das ›überschüssige Produkt‹, wie das Problem von Sismondi und den späteren Kritikern und Zweiflern der kapitalistischen Akkumulation gestellt wurde. Der Akkumulationsprozeß des Kapitals ist durch alle seine Wertbeziehungen und Sachbeziehungen: konstantes Kapital, variables Kapital und Mehrwert an nichtkapitalistische Produktionsformen gebunden. Letztere bilden das gegebene historische Milieu jenes Prozesses. Die Kapitalakkumulation kann so wenig unter der Voraussetzung der ausschließlichen und absoluten Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise dargestellt werden, daß sie vielmehr ohne das nichtkapitalistische Milieu in jeder Hinsicht undenkbar ist.« (Luxemburg l.c., 313f.)

Das Kapital ist auf die Existenz nichtkapitalistischer Abnehmer angewiesen; diese aber muss es in den Warentausch, die Realisierungs- und Rückverwandlungsbewegung seines Mehrwerts einbeziehen. Die buntscheckigen Formen naturalwirtschaftlicher Gesellschaftsverhältnisse, auf die das Kapital trifft, reichen nicht aus; es muss diese gewaltsam in einfache Warenproduktion verwandeln, ihnen den Warenverkehr aufzwingen. Mit dieser einfachen Warenproduktion tritt das Kapital aber alsbald selbst in ökonomische Konkurrenz um die Billigkeit der Waren, erzwingt ihren Untergang oder wandelt sie in kapitalistische Produktion um. Damit aber zerstört das Kapital seine eigene Grundlage. Der Imperialismus, der Kampf um die letzten Absatzgebiete, zeigt die Grenze der kapitalistischen Expansion an:

> »Der Kapitalismus ist die erste Wirtschaftsform mit propagandistischer Kraft, eine Form, die die Tendenz hat, sich auf dem Erdrund auszubreiten und alle anderen Wirtschaftsformen zu verdrängen, die keine andere neben sich duldet. Er ist aber zugleich die erste, die allein, ohne

> andere Wirtschaftsformen als ihr Milieu und ihren Nährboden, nicht zu existieren vermag, die also gleichzeitig mit der Tendenz, zur Weltform zu werden, an der inneren Unfähigkeit zerschellt, eine Weltform der Produktion zu sein. Er ist ein lebendiger historischer Widerspruch in sich selbst, seine Akkumulationsbewegung ist der Ausdruck, die fortlaufende Lösung und zugleich Potenzierung des Widerspruchs. Auf einer gewissen Höhe der Entwicklung kann dieser Widerspruch nicht anders gelöst werden als durch die Anwendung der Grundlagen des Sozialismus – derjenigen Wirtschaftsform, die zugleich von Hause aus Weltform und in sich ein harmonisches System, weil sie nicht auf die Akkumulation, sondern auf die Befriedigung der Lebensbedürfnisse der arbeitenden Menschheit selbst durch die Entfaltung aller Produktivkräfte des Erdrundes gerichtet sein wird.« (Luxemburg l.c., 411)

Luxemburg kannte die Unzulänglichkeiten der Unterkonsumtionstheorie, in der das Mehrprodukt ans Ausland verkauft werden musste und die Akkumulation damit unmöglich wurde, ebenso die der Schemata, in denen das Kapital ohne äußere Nachfrage aus sich selbst heraus wachsen soll. Ihr Lösungsversuch für das Krisenproblem war die Synthese beider widersprechender Positionen.

5 Rosa Luxemburgs Kampf mit ihren Kritikern

Der Schwachpunkt von Rosa Luxemburgs Synthese war, dass der Umweg des Mehrwerts übers nichtkapitalistische Ausland innerhalb der Schemata unbegründbar bleibt. Als Grund, warum sich die Kapitalisten das Mehrprodukt nicht einfach gegenseitig verkaufen konnten, hatte Rosa Luxemburg auf den Mangel an Geld zur Realisierung verwiesen. Ihre Kritiker antworteten hierauf, dass das Geld bei der Realisierung nur als Zirkulationsmittel fungiere. Wenn die im Land befindliche Geldsumme zu klein sei, so müsste das Geld nur schneller umlaufen, denn auch unter normalen Bedingungen realisiert die vorhandene Geldmenge einen vielfach größeren Wertbetrag an Waren. Und falls die technischen Grenzen des Zirkulationsmittels tatsächlich erreicht sein sollten, wäre eben ein Teil des Mehrwerts für die unproduktive Produktion zusätzlichen Geldmaterials (Gold) aufzuwenden. Rosa Luxemburg antwortet darauf, dass es ihr gar nicht ums Geld ginge, sondern um zusätzliche Nachfrage: »Es handelt sich bei dem Problem der Akkumulation nicht darum: Wo kommt das Geld her?, sondern darum: Wo kommt die Nachfrage für das zuschüssige Produkt her, das aus dem kapitalisierten Mehrwert entspringt?« (Luxemburg l.c., 116 f.). Aber auch diese Frage war von ihren Kritikern bereits beantwortet worden: Die Kapitalisten wollten akkumulieren, sie generierten daher selbst gegenseitig eine Nachfrage. Es mangelt weder am Geld noch an der Nachfrage.

Derart in die Enge getrieben, flüchtet Rosa Luxemburg in ihrer *Antikritik* nach vorn. Man müsse sich die Realisierung überhaupt so vorstellen, dass alle Waren an einem Tag, auf einem großen Marktplatz gemeinsam gegen Geld verkauft werden:

> »Stellen wir uns vor, alle in der kapitalistischen Gesellschaft hergestellten Waren wären jedes Jahr auf einem Platz, auf einem großen Haufen zusammengestapelt, um in der Gesellschaft als Gesamtmasse Verwendung zu finden.« (Luxemburg l.c., 420)

Finden aber alle Warenverkäufe gemeinsam statt, so ist klar, dass das Geld vom Vorjahr unmöglich die gewachsene Wertsumme des aktuellen Jahres realisieren kann. Wert- und Geldmenge müssen identisch sein und die Sache scheint bewiesen; aber die Vorstellung, dass alle Waren an einem Tag, auf einem Platze gemeinsam verkauft würden, war das zentrale Dogma der Unterkonsumtionstheorie Sismondis, aus dem schon er die Unmöglichkeit, den Mehrwert zu realisieren, geschlussfolgert hatte: »Das Einkommen des vergangenen Jahres muß die Produktion dieses Jahres bezahlen.« (zitiert nach Luxemburg l.c., 153)



Findet die Realisierung aber nun simultan oder stückweise statt? Ist das Geld Zirkulationsmittel, das zwischen den Kapitalisten hin und her läuft, oder ist es absolute Wertgestalt, die dem Warenberg insgesamt gegenübertreten muss? Der Streit ist nur eine andere Formulierung der Frage, ob die Schemata immer aufgingen oder nie. Rosa Luxemburgs Theorie war der Versuch einer Synthese aus Schemata- und Unterkonsumtionstheorie, die sich beim ersten Angriff nach einer der beiden Seiten auflösen musste. Von ihren Gegnern in die Enge getrieben fällt Rosa Luxemburg schlussendlich in die Unterkonsumtionstheorie zurück, von der sie sich abstoßen wollte. Widerlegt sind aber sowohl die Vorstellungen der Schemata-Theoretiker vom Mangel an Kapital in der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft und der grenzenlosen Absetzbarkeit jedes Mehrprodukts. Die marxistischen Nachfolger, die Rosa Luxemburg genüsslich auf ihr unterkonsumtionistisches Ende festklopfen, verfolgen damit den durchschaubaren Zweck, von ihrer Kritik der Schemata abzusehen, damit man mit Tugan-Baranowski das Kapital weiterhin als mathematische Addition zu sich selbst behandeln kann. Die tatsächliche Lösung des Krisenproblems aber steht noch aus.

6 Die höhere Profitrate als Motiv der kapitalistischen Expansion

Von allen ihren Kritikern war Henryk Grossmann der einzige, der Rosa Luxemburg wirklich gelesen hatte. Ein einziger Ansatz für die Krisentheorie war geblieben nach der Widerlegung von Unterkonsumtionstheorie und Disproportionalitätstheorie, und dies war das Marxsche Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate. Nun hatte bereits einer ihrer zeitgenössischen Kritiker Luxemburg den Fall der Profitrate als alternative Krisenerklärung entgegengeschleudert und war hierfür in ihrer *Antikritik* reichlich verspottet worden:

> »Wie sich der gute Mann eigentlich das Ding vorstellt, ob so, daß an einem gewissen Punkte die Kapitalistenklasse, vor Verzweiflung ob der Niedrigkeit der Profitrate, sich insgesamt aufhängt, oder ob sie etwa erklärt, bei solchen lumpigen Geschäften verlohne sich die Plackerei nicht mehr, worauf sie die Schlüssel selbst dem Proletariat abliefert?« (Luxemburg l.c., 446, Fußnote)

Der Fall der Profitrate war noch keine Krisenerklärung. Es musste gezeigt werden, wie daraus – unabhängig vom subjektiven Willen der Kapitalisten – ein Zusammenbruch der Reproduktion erwächst. Grossmann führte den Fall der Profitrate in die Schemata ein, indem er in beiden Abteilungen das konstante Kapital schneller als das variable wachsen lässt: I und II erhöhen jedes Jahr ihr konstantes Kapital (c) um 10 Prozent, ihr variables (v) jedoch nur um 5 Prozent. Bleibt die Rate des Mehrwerts (m/v) konstant, so sinkt zusammen mit dem relativen Sinken des variablen Anteil des Kapitals die Profitrate (m/c+v), da der konstante Teil des Kapitals schneller wächst als der variable. Grossmann schreibt diese Akkumulation für eine Anzahl von Jahren fort und findet, dass die produzierte Mehrwertmasse alsbald so stark hinter dem Wachstum des Gesamtkapitals zurückbleibt, dass sie für die geforderte Vergrößerung des konstanten Kapitals um 10 % nicht mehr ausreicht. In Grossmanns Schema werden zuerst 10 % des produzierten Mehrwerts zum konstanten Kapital geschlagen, anschließend erfolgt die Erhöhung des variablen um 5 %, und was übrig bleibt vom Mehrwert, von Grossmann als »k-Teil« bezeichnet, dient der Konsumtion der Kapitalistenklasse. Letzterer Teil verschwindet mit zunehmender Akkumulation zuerst:

> »Bereits im [...] 35. Jahr verschwindet der k-Teil des Mehrwerts, d. h., die Kapitalisten-Klasse behält keine Lebensmittel für ihren persönlichen Konsum, alle vorhandenen Lebensmittel müssen für Akkumulationszwecke verwendet werden und trotz alledem – entsteht ein Defizit an Lebensmitteln [...]. [...] Das System bricht zusammen, die eintretende Krise des Systems drückt den Zusammenbruch seiner Verwertung aus.

> Vom 35. Jahr an wäre für die Kapitalistenklasse jede weitere Kapitalakkumulation – unter den genannten Voraussetzungen – zwecklos. Die Unternehmer hätten die Mühe der Leitung eines Produktionsprozesses, dessen Früchte ausschließlich der Arbeiterklasse zufallen würden.« (Luxemburg l.c., 121f.)

Rosa Luxemburgs Verdikt über die Profitratenfalltheorie wird Grossmann freilich nicht los. Seine Rechnung entpuppt sich als mühsame Verkleidung der alten These, dass die Kapitalisten die Produktion einstellen, wenn ihnen die Profitrate nicht ausreicht; warum sie im Grossmannschen Schema lieber die gesamte Produktion zusammenbrechen lassen, anstatt die Akkumulationsrate von 10 Prozent auf einen realistischeren Wert zu senken, bleibt unerklärbar, insbesondere angesichts dessen, dass die Masse des Mehrwerts weiter wächst. Aber es sind nicht die Fehler der Theoretiker, hinter denen wir her sind, sondern ihre Fortschritte; und Grossmann liefert den entscheidenden Hinweis zur Auflösung des Krisenproblems. Luxemburg hatte ihre Theorie, dass der Imperialismus die Suche nach außerkapitalistischen Konsumenten ist, unter anderem am Beispiel Ägyptens illustriert, dessen Baumwollspekulation Mitte des 19. Jahrhunderts es zwar in den ökonomischen Ruin führte, zugleich dem englischen Kapital eine glänzende Realisierung des Mehrwerts verschafft hatte:

> »Als Folge des amerikanischen Sezessionskrieges und des englischen Baumwollhungers, der den Preis der Baumwolle von 60 bis 80 Pf pro Kilo auf 4 bis 5 M hinaufgetrieben hatte, wurde auch Ägypten von einem Fieber des Baumwollbaus ergriffen. Alles baute Baumwolle, vor allem aber die vizekönigliche Familie. Landraub in größtem Maßstab, Konfiskation, erzwungener ›Kauf‹ oder einfacher Diebstahl vergrößerten rasch die vizeköniglichen Ländereien ungeheuer. [...] Nun ging es an Bewässerungsarbeiten. Hierzu wurden massenhaft Dampfmaschinen aus England und Frankreich bezogen, Zentrifugalpumpen und Lokomotiven. Viele Hunderte davon wanderten aus England nach Alexandrien und weiter auf Dampfschiffen, Nilbooten und Kamelrücken nach allen Richtungen ins Land. Zur Bodenbearbeitung wurden Dampfpflüge benötigt, zumal 1864 eine Rinderpest sämtliches Vieh weggerafft hatte. Auch diese Maschinen kamen meist aus England. [...] Eine dritte Art Maschinen, die Ägypten plötzlich in Massen benötigte, waren die Apparate zum Entkörnen und die Pressen zum Packen von Baumwolle. Diese Ginanlagen wurden zu Dutzenden in den Städten des Deltas eingerichtet. [...] Der Zusammenbruch der Baumwollspekulation kam schon im nächsten Jahr, als nach dem Friedensschluß in der amerikanischen Union der Preis der Baumwolle in wenigen Tagen von 27 Pence das Pfund auf 15, 12 und schließlich auf 6 Pence fiel.« (Luxemburg l.c., 377 f.)

Wie bei allen großen TheoretikerInnen offenbart sich Luxemburgs Lücke darin, dass die eigene Theorie nicht zum eigenen Material passt; Grossmann wendet ein:

> »Wie ist also der Kapitalexport mit der Theorie Rosa Luxemburgs von der Unrealisierbarkeit des Mehrwerts im Kapitalismus zu vereinbaren? [...] Auf 30 Seiten erfahren wir, wie die altkapitalistischen Länder Europas die Kapitale in nichtkapitalistische Länder exportieren, wie sie daselbst Fabriken gründen und das kapitalistische System aufbauen und diese Länder allmählich in ihre Einflusssphären hineinbeziehen; zwölf Seiten dieses Abschnitts werden speziell der Geschichte der internationalen Anleihe in Ägypten gewidmet. Und was wird durch alle diese Darstellungen bewiesen? Wird etwa gezeigt, wie der in den altkapitalistischen Ländern produzierte Mehrwert in den nichtkapitalistischen Ländern ›realisiert‹ wird? Davon keine Spur! Wir erfahren vielmehr, wie die Fellachen und andere asiatische, afrikanische usw. Völker lange und billig arbeiten müssen, wie sie in den kapitalistischen Nexus einbezogen werden; wir erfahren mit einem Wort nicht, wie der im Kapitalismus produzierte Mehrwert realisiert wird, sondern wie in den nichtkapitalistischen Ländern mit Hilfe des Kapitalexports ein zusätzlicher Mehrwert produziert und in die altkapitalistischen Länder gebracht wird.« (Grossmann 1970, 528)

Die Lösung des Krisenproblems ist damit geliefert. Bei Rosa Luxemburg trieb die Suche nach Konsumenten für das Mehrprodukt das Kapital ins Ausland; den historischen Prozess betrachtet, war es die höhere Profitrate. Bei Rosa Luxemburg kommen die Schemata ins Rollen, sobald eine zusätzliche äußere Nachfrage gefunden ist; am historischen Prozess zeigt sich, dass diese Nachfrage eine nach Produktionsmitteln ist, die dadurch zustande kommt, dass ein Kapital eine Anlagemöglichkeit mit höherer Profitrate ausmacht und daher neue Produktionsanlagen (fixes Kapital) nachfragt.

Rosa Luxemburg war nahe dran an der Lösung des Krisenproblems, indem sie die ewige Frontstellung von Unterkonsumtionstheorie und Schemata zu überwinden suchte: Während die eine Seite »direkt aus den Krisen die Unmöglichkeit der Akkumulation«, die andere »direkt aus dem Warenaustausch die Unmöglichkeit der Krisen« deduzierte (Luxemburg l.c., 178), suchte Luxemburg eine dritte Bedingung, von der der Ablauf der Schemata abhängt. Diese Bedingung liegt aber nicht in der Nachfrage durch zusätzliche Konsumenten, sondern in der Nachfrage durch das Kapital selbst; nicht nach Produktionsmitteln überhaupt, sondern nach Produktionsmitteln, die eine höhere Profitrate liefern können. Dass die Reproduktion der kapitalistischen Gesamtgesellschaft nur zustande

kommt, wenn ein Einzelkapital eine ausreichende Profitabilität vorfindet, besagt nichts anderes, als dass die Gesellschaft eine kapitalistische ist, angetrieben von der privaten Aneignung von Mehrwert.

7 Die letzten einhundert Jahre kapitalistischer Akkumulation

Rosa Luxemburg sah die Grenze der kapitalistischen Akkumulation vor 100 Jahren mit der Hereinziehung aller nichtkapitalistischen Erdteile in den Warentausch erreicht. Dieser Warentausch mit dem nichtkapitalistischen Milieu war in ihrer Theorie die Voraussetzung für die kapitalistische Akkumulation; wo seine weitere Ausdehnung an Grenzen stieß, blieb nur der Zusammenbruch. Die Geschichte, die das Kapital in den hundert Jahren seit Luxemburgs Zusammenbruchsprognose vollzogen hat, lässt sich selbst aus der notwendigen Erweiterung von Rosa Luxemburgs Krisentheorie erklären. Weil die Realisierung des Mehrwerts nicht von zusätzlichen Konsumenten abhängt, sondern von profitablen Anlagemöglichkeiten, war die kapitalistische Expansion mit der äußerlichen und formalen Einbeziehung aller Erdteile in den Warentausch noch nicht abgeschlossen. Die Entwicklung, die wir seitdem sahen, war die Verwandlung aller dieser erst äußerlich unterworfenen Gesellschaften in kapitalistisch produzierende. Ungeheure Kapitalvorschüsse waren notwendig, um die Rohstoffe, die natürlichen Produktivkräfte ebenso wie die Arbeitsbevölkerungen des gesamten Planeten für das Kapital zu erschließen, immer getrieben von der Suche nach Extraprofit durch Verbilligung der Waren. Die Nachfrage nach den notwendigen Produktionsmitteln zur Erschließung des Planeten gab dem Kapital ein Jahrhundert lang den Absatz für sein Mehrprodukt. Die soziale und materielle Umwandlung des Planeten war die Bedingung für die Akkumulation in den kapitalistischen Mutterländern. Das letzte große Kapitel dieses Prozesses war die Verwandlung des eine Milliarde Menschen umfassenden chinesischen Staats in eine mit modernster Technik produzierende kapitalistische Fabriklandschaft. Abgesehen von winzigen Flecken gibt es heute keine Region der Welt, die nicht dem unmittelbaren Diktat des Kapitals unterworfen wäre. Die Expansionsbewegung des Kapitals kommt an ihr Ende. Rosa Luxemburg hatte nicht nur damit Recht, dass sie ahnte, dass die Akkumulation des Kapitals an äußere Bedingungen gekoppelt war; an der gesellschaftlichen Oberfläche sehen wir heute dieselben Phänomene, die sie als Kennzeichen für die Schlussphase der kapitalistischen Gesellschaft betrachtete:

> »Der heutige Imperialismus ist nicht [...] der erste Auftakt zur Expansion des Kapitals, sondern nur der letzte Abschnitt seines geschichtlichen Expansionsprozesses: er ist die Periode der allgemeinen verschärften

Weltkonkurrenz der kapitalistischen Staaten um die letzten Reste des nichtkapitalistischen Milieus der Erde. Die ökonomische und politische Katastrophe ist in dieser Schlußphase ebenso Lebenselement, normale Daseinsform des Kapitals, wie sie es in der ›primitiven Akkumulation‹ seiner Entstehungsphase war. Wie die Entdeckung Amerikas und des Seewegs nach Indien nicht bloß eine prometheische Leistung des menschlichen Geistes und der Kultur war, als welches sie in der liberalen Legende erscheint, sondern, unzertrennlich davon, eine Serie herodischer Massenmorde an den primitiven Völkern der Neuen Welt und grandiosen Sklavenhandels mit den Völkern Afrikas und Asiens, so ist in der imperialistischen Schlußphase die wirtschaftliche Expansion des Kapitals unzertrennlich von der Serie Kolonialeroberungen und Weltkriege, die wir erleben.« (Luxemburg, l.c., S. 520)

Literatur

Grossmann, Henryk (1970 [1929]): Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems. Frankfurt am Main.

Kliman, Andrew (2012): The failure of capitalist production. Underlying Causes of the Great Recession. London.

Kurz, Robert (2005): Die Substanz des Kapitals. Abstrakte Arbeit als gesellschaftliche Realmetaphysik und die absolute Schranke der Verwertung. Zweiter Teil. In: Exit! 2.

Luxemburg, Rosa (1975): Die Akkumulation des Kapitals (erschienen 1913), sowie »Antikritik« (erschienen 1921). In: Luxemburg, Rosa: Gesammelte Werke, Band 5. Berlin.

Mattick, Paul (1971): Marx und Keynes. Frankfurter am Main.

Shaikh, Anwar (1978): Einführung in die Geschichte der Krisentheorien. In: Prokla 8/3, 3–42.

Sweezy, Paul (1959): Theorie der kapitalistischen Entwicklung. Eine analytische Studie über die Prinzipien der Marxschen Sozialökonomie. Köln.


DUSCHE

POLITISIERUNG & ORGANISATION

ROSA LUXEMBURG: LINKS DES MÖGLICHEN

Elfriede Müller

Rosa Luxemburg gilt bis heute als eine der schillerndsten Figuren der Arbeiter_innenbewegung. Neben ihrem tragischen Tod liegt das sicherlich auch daran, dass sie als Sozialistin ein Leben führte, das mit ihren Ideen im Einklang stand. Die Rezeption ihrer Arbeit in der Linken ist bislang begrenzt geblieben. Dabei berührte sie mit ihrer solidarischen Kritik an der Russischen Revolution und mit ihren Überlegungen zu Internationalismus, Organisation und revolutionärer Transformation Fragen, die nichts an Relevanz eingebüßt haben.

Elfriede Müller hat Geschichte und Literaturwissenschaften studiert, ist Mitbegründerin der jour fixe Initiative Berlin und seit 1994 Beauftragte für Kunst im öffentlichen Raum des Berufsverbands bildender Künstler_innen (BKK). Veröffentlicht hat sie zu linker Ideengeschichte, kritischer Theorie und Roman noir. In ihrem Vortrag in Chemnitz am 06. August 2019 diskutierte sie Einflüsse Rosa Luxemburgs auf heutige linke Theorie und Praxis.

Einleitung und Rezeption

Nach dem Untergang des Realsozialismus ist eine neue Diskussion der kommunistischen Geschichte möglich geworden, und nicht nur Marx kann von seinen Dogmen befreit werden: auch Rosa Luxemburg ist nicht mehr eine mit Irrtümern behaftete Gestalt, sondern kann wie Marx neu betrachtet und gelesen werden. Während Marx dogmatisch vereinnahmt wurde, blieb Rosa Luxemburg eher im Schatten, obwohl Lenin bereits der KPD dringend empfohlen hatte, ihre gesammelten Werke zu publizieren, wozu es aber erst 1968 kommen sollte.

Rosa Luxemburg war eine Lichtgestalt des europäischen Sozialismus. Sie war ein Kind der optimistischen Vorkriegswelt von Frieden und Fortschritt. Rosa Luxemburg war eine polnische Jüdin, die in einem russischen Gymnasium erzogen wurde und hauptsächlich in deutscher Sprache schrieb. 1897 veröffentlichte sie ihre in Zürich fertiggestellte Dissertation, *Die industrielle Entwicklung Polens.* Aktiv war sie in der polnischen, deutschen und russischen Arbeiter_innenbewegung. Sie war gleichzeitig Mitglied zweier Parteien, der deutschen und der polnischen Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauen begründete sie mit. Als Mitglied und Funktionärin dieser Partei gehörte sie ab 1904 dem Internationalen Sozialistischen Büro der II. Internationale und ab 1906 der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands an, 1898 reihte sie sich in die deutsche Sozialdemokratie ein, aus der sie 1917 ausgeschlossen wurde, sie gehörte der Leitung der Spartakusgruppe in der USPD an, nahm am Spartakusaufstand 1918/19 teil und war Mitbegründerin der Kommunistischen Partei Deutschlands. Eine solche parteipolitische Vielfalt hatten nur wenige Sozialistinnen ihrer Generation aufzuweisen.

Rosa Luxemburg war der Bürgerschreck der wilhelminischen Gesellschaft und verkörperte in ihrer Person die von Marx postulierte Einheit von Theorie und Praxis. Sie war häufig »links des Möglichen« (Walter Benjamin). Rosa Luxemburg strebte eine Rätedemokratie als direkte Herrschaft von unten auf der Grundlage einer kollektiven Planwirtschaft an. Intellektuelle und Arbeiter_innen sollten bei der Umgestaltung der Gesellschaft gleichberechtigt zusammenarbeiten. Die Politikerin Luxemburg verknüpfte ihre antikapitalistische und internationalistische Haltung mit einer selbstbestimmten vielfältigen Strategie des außerparlamentarischen Kampfes. Ihre Einschätzungen der ersten Russischen Revolution von 1905 markieren eine Wende in der Theoriebildung der Arbeiter_innenbewegung. Die Betonung der Aktion war ein entscheidender Beitrag Rosa Luxemburgs zum Marxismus ihrer Zeit; sie erkannte darin das einzige Mittel gegen sozialen Rheumatismus. Ihre Theorie der Aktion gründete auf der Auffassung vom Klassenbewusstsein als Produkt von Konflikten. Die Revolution

war für Rosa Luxemburg immer etwas Vertrautes, Reales und gleichzeitig ein langer Prozess. Kein Übergangsstadium, kein Phasenprogramm, und auch kein quantitativ überprüfbares Inventar von Teilerfolgen und Machtzuwachs. So plädierte sie auch für eine uninstitutionalisierte permanente Revolution. Gleichfalls plädierte sie für eine Beteiligung an Wahlen und wollte das Parlament als »Tribüne des Klassenkampfs« nutzen. Sie war keine Pazifistin, aber entschiedene Kriegsgegnerin. Aufgrund ihrer Aktivitäten gegen den Ersten Weltkrieg verbrachte sie den größten Teil des Krieges in Haft: Über 1.200 Tage saß sie zwischen 1915 und 1918 in deutschen Gefängnissen, weil sie sich gegen die Barbarei des Ersten Weltkriegs gestellt hatte. In dieser Zeit verfasste sie einige ihrer wichtigsten Schriften, wie beispielsweise die *Juniusbroschüre.* Aus der Unterstützung des Krieges durch die Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie zog sie die Konsequenz, 1916 den Spartakusbund mit zu gründen.

Rosa Luxemburg starb als kritische Parteigängerin. Ihr Tod war der erste politische Mord der jungen Republik. Es gab und gibt ein großes Ringen um ihr Erbe: Die SPD der Zwanzigerjahre – mitverantwortlich für ihren Mord – sah sie als Demokratin, die mit dem Bolschewismus gebrochen hatte. Karl Korsch berief sich als linker Kritiker der SPD auf sie; Trotzki bezog sich bei der Gründung der IV. Internationale 1938 in Paris auf Rosa Luxemburg; Merleau-Ponty 1955 in seiner Kritik der stalinistischen Partei- und Staatsräson. 1968 wurden ihre Bilder durch die Straßen der Bundesrepublik, Frankreichs und der USA getragen. Die DDR begann ihre Werke herauszugeben. In Köln wurde 1968 die Universität von Student_innen in einer Spontanaktion zur »Rosa-Luxemburg-Universität« umbenannt. In der 68er Bewegung spielte sie neben Che Guevara, Mao Tse-Tung, Trotzki, Jean-Paul Sartre und Herbert Marcuse eine wichtige Rolle. In Osteuropa berief sich die Bewegung in der Auseinandersetzung mit der Parteibürokratie auf Rosa Luxemburgs demokratischen Sozialismus, der sich leider nicht durchsetzte und eine andere Wende realisiert hätte als 20 Jahre später der Neoliberalismus. Es lag nahe, dass sie 1968 international wieder eine Rolle spielte, denn sie engagierte sich zu ihrer Zeit in einer Gesellschaft, die der unsrigen sehr ähnlich war, und war, wie es ihr Biograph Peter Nettl schrieb, »die Prophetin par excellence der uninstitutionalisierten Revolution« (Nettl 1969, 15).

Im September 1973 fand in Reggio Emilia die erste internationale Tagung über Theorie und politisches Wirken Rosa Luxemburgs statt, organisiert von dem italienischen Linkssozialisten Lelio Basso und dem von ihm geleiteten Institut *Instituto per lo Studio della Società Contemporanea (ISSOCO).* Für Basso war der Ausgangspunkt in der damaligen Lage die fehlende Strategie der Arbeiter_innenbewegung zur Umwandlung der bürgerlichen Gesellschaft. Die Tagung hatte den Anspruch, zurecht zu

rücken, was in den Jahren nach dem Tod von Rosa Luxemburg aus ihr gemacht wurde – die Diffamierung, Instrumentalisierung und Ignoranz ihrer Person. Aus diesem hohen Anspruch und einer Woche intensiver Diskussion heraus ist ein heute noch interessanter Band erschienen, herausgegeben von Claudio Pozzoli: *Rosa Luxemburg oder die Bestimmung des Sozialismus.* Er gibt einen Überblick über die Rolle Luxemburgs innerhalb der neuen Linken. Denn im Gegensatz zum ›Marxismus‹ und zum ›Leninismus‹, die als Doktrinen von Bewegungen, Parteien und Institutionen entstanden, war der ›Luxemburgismus‹ ein Feindbild. Obwohl es historisch den Anschein hat, als habe es nur eine Wahl zwischen Bolschewismus und Sozialdemokratie gegeben, stellten Luxemburgs theoretische Ansätze durchaus eine dritte Alternative dar, so das Fazit der Tagung.

In den 80er Jahren wurde Rosa Luxemburg im Westen wieder aktuell, aber nicht als marxistische Theoretikerin, sondern als Vorbild einer neuen Weiblichkeit, die sie so nie verkörpert hatte. Dazu hatte nicht zuletzt Margarethe von Trottas Luxemburg-Film beigetragen. An ihr wurde entdeckt, was Männer Frauen als weiblich zuschreiben: Liebe zur Natur, Emotionalität, Altruismus.

Luxemburgs politischer Einfluss blieb begrenzt, ihr Leben aber verdient eine genaue Betrachtung, weil es exemplarischen Charakter besitzt. »Luxemburg hat Sozialismus als solidarisch-emanzipatorische Bewegung in der Einheit von Änderung der Welt und Selbstveränderung in einer Weise gelebt, die beispielhaft bleibt.« (Brie 2019, 15) Es liegen sieben veröffentlichte Bände ihrer Werke vor, die übersetzten polnischen Schriften und sechs Briefbände, sowie eine Reihe von Biographien, von denen ich die von Peter Nettl bevorzuge. Das 2019 erschienene Bändchen *Rosa Luxemburg neu entdecken* von Michael Brie bietet einen gut geschriebenen gründlichen Überblick.

Hier und heute können wir Rosa Luxemburg wieder als selbstständige Denkerin im Kontext ihrer Zeit betrachten, um herauszufiltern, ob sie eine rein historische Gestalt ist oder uns noch etwas zu sagen hat. Angesichts einer wachsenden rechtsradikalen Bedrohung, einer gespaltenen Linken und viel gesellschaftlicher Ohnmacht könnte Luxemburgs Wirken und Gedankengut einen Gebrauchswert für aktuelle linke Auseinandersetzungen bieten. Sie strebte nach der Verbindung von alltäglichen Kämpfen

mit einer sozialistischen Umwälzung des Ganzen. Wie auch wir wollte sie politische Handlungsfähigkeit in finsteren Zeiten herstellen.

Internationalismus, Imperialismus, Krieg

Aktuell bleibt vor allem Luxemburgs prononcierter Antinationalismus. Sie hat sich kontinuierlich gegen die Kapitulation der Arbeiter_innenbewegung vor dem Nationalismus gewehrt. Den Kern jedes Nationalismus sah sie im potenziellen Hass auf alle anderen Nationen. Für Luxemburg waren Nationalismus und Krieg eng verbunden. Sie selbst war häufig antisemitischen Angriffen ausgesetzt. Bereits 1881 erlebte sie einen dreitägigen Pogrom gegen die jüdischen Einwohner_innen Warschaus. Sie wurde als »vaterlandslose Kosmopolitin« oder als »Blutrünstige« beschimpft. In der deutschen Sozialdemokratie – auf dem Lübecker Parteitag 1901 – bezeichnete man sie als undankbaren Gast, die wie »die russischen und polnischen Juden auf Grund ihres fehlenden Taktgefühls die deutsche Gastfreundschaft missbraucht«. Sie schätzte den Antisemitismus als soziale Konstante ein. Ihr Antizionismus war kohärent, weil sie wie der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund den Zionismus als Nationalismus ablehnte. Die jüdische Existenz in der Diaspora führte Rosa Luxemburg zufolge dazu, dass viele Jüd_innen in der »großen Flut der Weltrevolution« aufgehen. Claudio Pozzoli schrieb: »Zweimal wurde sie ermordet. Und zweimal war es Doppelmord: Konterrevolution und Sozialdemokratie zuerst, Stalinismus später.« (Pozzoli 1974, 13) Sie wurde nicht nur physisch liquidiert, ihre Ideen und Schriften wurden verdrängt. Für viele Linkskommunist_innen dagegen stand das Wirken und Werk Rosa Luxemburgs für die Kontinuität des Marxismus.

Der heute wieder zu oft gebrauchte Begriff der Heimat war für Rosa Luxemburg immer das Netz zwischenmenschlicher politischer Beziehungen, das sie bei ihren ersten illegalen Aktivitäten in Warschau knüpfte und mit dem sie 30 Jahre verbunden blieb, dazu gehörten Adolf Warski, Julian Marchlewski, Leo Jogiches und viele andere. Mit diesen Gleichgesinnten sprengte sie häufig den orthodoxen Marxismus. Gegen den polnischen Nationalismus einiger Genoss_innen setzte sie die Position, dass lokale Selbstverwaltung und kulturelle Autonomie genügen würden, um jede Form der Diskriminierung zu beenden. Dies war im Prinzip die Position des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes. Luxemburg zufolge ist der Weg über den Nationalstaat ein Umweg, wenn sich in einem großen Flächenstaat der Kapitalismus bereits ausgebreitet hat. In der Nationalitätenfrage des Russisches Reiches war es Luxemburg, die die Kolonialeroberung in Beziehung zum Nationalismus setzte.

Am Ende des 19. Jahrhunderts besteht eine Hauptsorge des marxistischen Denkens darin, das Auseinanderfallen der Bewegung in nationale Richtungen zu verhindern und ihre Verbindungen als Schutz gegen Nationalismus enger zu knüpfen. Nach 1870 kehrte eine Epoche relativer Ruhe im kapitalistischen Weltsystem ein, die 1900 an ihr Ende gelangte, durch Klassenkampf in den Metropolen und Aufstände an den Rändern, wie in China, Russland und Mexiko. Gemeinsam mit Lenin und anderen radikalen Linken der Sozialistischen Internationale forderte Rosa Luxemburg nach 1900, dass die Sozialdemokratie von der Weltpolitik Kenntnis nehmen soll, und dass aufgrund des ständigen Kriegszustandes in einigen Ländern, eine neue Strategie und Taktik von Nöten ist. In Zentralisierung und Konzentration sah Rosa Luxemburg keine Vorformen des Sozialismus, sondern eine Zerstörung der kolonialen oder halbkolonialen Ökonomien. Sie untersuchte die Bedrohungen der gesamten Zivilisation, die als ganze wie auch ihre schwächsten Glieder der Kapitalakkumulation ausgesetzt ist. Für Rosa Luxemburg war der Kapitalismus »ein Ding der Unmöglichkeit«, ohne bewusste Organisation, »der sich trotzdem zu einem Ganzen fügt und existieren kann« (GW 5, 770). Die Ursache von Krisen sah sie in den Grenzen der kapitalistischen Akkumulation selbst, auf die militaristisch und autoritär reagiert werde. Sie war eine der ersten Marxist_innen, die von der Peripherie auf das Zentrum des Weltkapitalismus blicken. Ihre Hauptthese in der *Akkumulation des Kapitals* war, »dass die kapitalistische Akkumulation zu ihrer Bewegung nichtkapitalistischer sozialer Formationen als ihrer Umgebung bedarf, in ständigem Stoffwechsel mit ihnen vorwärts schreitet und nur so lange existieren kann, als sie dieses Milieu vorfindet« (GW 5, 315). So war Kapitalakkumulation für Luxemburg die Verbindung von Ausbeutung in der Form von Lohnarbeit und Ausbeutung als Zerstörung nichtkapitalistischer Zivilisationen. Ihre Sympathie lag bei der »agrarkommunistischen Wirtschaftsorganisation«, der Produktion für die unmittelbaren Bedürfnisse und der direkten Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten. So formulierte es Michael Löwy: »Die vorkapitalistischen Gesellschaften waren für Luxemburg ein wertvoller historischer Orientierungspunkt, der es ermöglicht, den Kapitalismus zu kritisieren« und auf Merkmale einer postkapitalistischen Zivilisation hinzuweisen (Löwy 1989, 141). Sie betonte immer wieder, dass es keinen automatischen Zusammenbruch des Kapitalismus geben wird, sondern dass es einer Gegenbewegung bedarf, um die selbstzerstörerische Tendenz zu neutralisieren, die dem »Hunger nach Mehrwert« des Kapitals innewohnt. 20 Jahre später wird der peruanische Marxist José Carlos Mariátegui eine ähnliche Auffassung vertreten: Der moderne Sozialismus muss sich auf die einheimischen Traditionen stützen, die auf den Kommunismus der Inka zurückgehen, um die Bäuer_innen zu gewinnen. Die Zapatistas haben ein ähnliches Konzept entwickelt, das mit Rosa Luxemburg und Mariátegui begründet werden kann. So sah Luxemburg auch in der

französischen Kolonisation Algeriens einen systematischen und absichtlichen Versuch der Zerstörung und Entwendung von Gemeineigentum, der im ökonomischen Ruin der einheimischen Bevölkerung ende (GW 5, 327ff). Doch nicht nur einzelne Beispiele, sondern die Gesamtheit des spanischen, portugiesischen, holländischen, englischen oder deutschen Kolonialsystems in Lateinamerika, Afrika oder Asien wird von ihr angeklagt. Sie steht eindeutig auf der Seite der Opfer des kapitalistischen Fortschritts. Ihr Interesse an der sozialen Lage der kolonisierten Bevölkerungen beweist ihre Modernität, erst recht, wenn man ihre Werke mit denen Kautskys vergleicht, in denen die Nichteuropäer_innen so gut wie nicht vorkommen. Aus dieser Analyse entspringt Luxemburgs Solidarität mit dem Kampf der Einheimischen gegen die imperialistischen Metropolen, einen Kampf, in dem sie den Widerstand der alten kommunistischen Traditionen gegen die Profitgier erkennt. Die Akkumulationstheorie nahm mit Rosa Luxemburg eine imperialismus- und reproduktionsorientierte Wendung. Während Marx einen realen Kapitalismus als Realabstraktion voraussetzte, konstruierte Luxemburg das Verhältnis von kapitalistischer Produktionsweise und nichtkapitalistischen Produktionsweisen als konstitutiv für die Kapitalakkumulation. Damit erweiterte sie den Marxschen Akkumulationszusammenhang. Anders formuliert: Wie Marx konstruierte Luxemburg ein abstraktes Modell, jedoch mit dem Unterschied, dass für Marx der Kapitalismus sich selbst genügt, während er für Luxemburg zum Überleben ein nicht-kapitalistisches Milieu benötigt. Ihr Ansatz ist von Marx' Hymne auf die Bourgeoisie von 1848 sehr weit entfernt; trifft sich aber mit ihm in Bezug auf das 24. Kapitel im *Kapital* (MEW 23, 777–788), in dem Marx die »Barbareien« und die »Greuel« der europäischen Kolonisation beschreibt. Zudem idealisierte sie nicht die historischen Gemeinwesen und stand der russischen Dorfgemeinde kritischer gegenüber als Marx. Auch, um sich von den russischen Volkstümlern abzugrenzen, orientiert sie sich auf die sozialistische Weltwirtschaft der Zukunft, die sich von »den primitiven kommunistischen Gruppen der Urzeit« unterscheiden wird. Rosa Luxemburg hat eine sehr gegenwärtige Auffassung von Vergangenheit und Gegenwart, von gesellschaftlicher Historizität, von Fortschritt und Moderne. Indem sie die industriell kapitalistische Zivilisation mit der kommunistischen Vergangenheit konfrontiert, bricht sie mit dem linearen Evolutionismus und dem positivistischen Fortschrittsglauben von Sozialdemokratie und Stalinismus.

Aktuell dabei bleibt, dass, wie Rosa Luxemburg klargestellt hat, die Kapitalakkumulation nicht nur von den zeitlichen Dynamiken kapitalistischer Gesellschaften abhängt, sondern vor allem von der räumlichen Durchdringung und Zerstörung der nichtkapitalistischen Welt durch den Kapitalismus. Ihrer Ansicht nach hat die Ignoranz gegenüber diesem Widerspruch kapitalistischer Akkumulation zwangsläufig zu dem »elenden Fiasko« der

Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg geführt. Das Kapital expandiere in seiner imperialistischen Gestalt und zerstöre nach außen wie nach innen genau jene Kaufkraft, die es zur Realisierung des Mehrwerts benötigt.

Neben ihrer antinationalistischen Haltung ist ihr Engagement gegen koloniale Unterdrückung von anhaltender Relevanz. Von Anbeginn ihrer Tätigkeit in Berlin bäumte sie sich gegen die imperialistische Eroberungspolitik der europäischen Großmächte, gegen Militarismus und Krieg auf. Wie Lenin erkannte sie, dass sich die Arbeiter_innenbewegung in der kaiserlich-deutschen Gesellschaft einrichtete, dass die Aktion nur ihr letztes Mittel blieb und die SPD dabei illegale Mittel ausschloss. Rosa Luxemburg dagegen ist überzeugt, dass Gewalt »sowohl in einzelnen Episoden des Klassenkampfes wie zur endgültigen Eroberung der Staatsgewalt« (GW 1.2, 247) unerlässlich ist. Anhand des belgischen Generalstreiks von 1902 wurde ihr klar, dass eine erfolgreiche Massenaktion nicht zwingend einen hohen Organisationsgrad und finanzielle Mittel benötigt. Entscheidend aber war für sie die Russische Revolution von 1905, die erste revolutionäre Explosion größeren Ausmaßes in Europa nach der Pariser Commune von 1870. Mit ihr begann für Rosa Luxemburg »eine neue Epoche«. Die Hierarchie zwischen den Parteien und Bewegungen verschob sich und Luxemburg begriff, dass Russland zum Vorbild werden könnte, gerade wegen der verspäteten bürgerlichen Revolution. Die Russische Revolution von 1905 wurde durch den imperialistischen Krieg zwischen Russland und Japan ausgelöst. Es fand darin eine Überschneidung von Imperialismus, Krieg, Konsolidierung in den kapitalistischen Zentren, und Kolonialisierung der Peripherie statt, die Verknüpfung von nationaler und sozialer Frage, von Arbeiter_innenbewegung und Bauernaufständen, Reaktion und Antisemitismus. Die Tatsache, dass der Generalstreik zur »Eröffnungsschlacht« in der Russischen Revolution wurde, brachte Luxemburg zu ihren Überlegungen zum Massenstreik und zu der Überzeugung, dass Organisationen vor allem im Kampf geboren werden. Im Auftrag der SPD schrieb sie ihre berühmte Broschüre *Massenstreik, Partei und Gewerkschaften*. Für Karl Radek repräsentierte diese Broschüre eine neue Phase des Sozialismus, die »Absonderung der kommunistischen Bewegung von der Sozialdemokratie«. Als führendes Mitglied zweier sozialdemokratischer Parteien, der polnischen und der deutschen Partei, stellte sie zwei widersprüchliche Tendenzen in der internationalen Sozialdemokratie fest: einerseits ein Versinken in einer konservativen, bürokratischen Routine in Deutschland; auf der anderen Seite das Aufsteigen neuer Kampfformen und Kampfmethoden im Zarenreich. So zog sie wie Trotzki die gleiche damals kühne Schlussfolgerung, dass es nicht notwendigerweise das »fortgeschrittenere« Land war, in dem sich ein Abbild der Zukunft zeigte, sondern vielleicht das »zurückgebliebene« Russland oder Polen, die den westlichen Ländern eine neue Anpassung ihrer Taktik aufzwingen würden:

»Die Hauptsache aber ist, sich darüber klar und bewusst zu werden, dass von der gegenwärtigen Revolution im Zarenreiche eine gewaltige *Beschleunigung* des internationalen Klassenkampfes ausgehen wird, die uns in gar nicht langer Frist auch in den Ländern des alten Europas in revolutionäre Situationen und vor neue taktische Aufgaben stellen wird.« (GW 2, 537–540)

So hat Rosa Luxemburg als Erste nach der Russischen Revolution von 1905 eine sozialistische Strategie entworfen, die sich auf eine mögliche Revolution im Westen bezieht. Luxemburg stellte den politischen Kampf nicht dem ökonomischen gegenüber. Die drei Massenstreiks in Russland waren auch keine ökonomischen Streiks und jeder trug bereits die nächste Entwicklungsstufe in sich. So schlug der Massenstreik in einen offenen Aufstand um, einen bewaffneten Straßenkampf in Moskau. In dieser Zeit kam Luxemburg zu dem Schluss, dass eine gute Organisation aus der Aktion entsteht: »Die steife, mechanisch-bürokratische Auffassung will den Kampf nur als Produkt der Organisation auf einer gewissen Höhe ihrer Stärke gelten lassen. Die lebendige dialektische Entwicklung lässt umgekehrt die Organisation als ein Produkt des Kampfes entstehen.« (Luxemburg 1970, 194) Die Erkenntnis, die Rosa Luxemburg aus der Russischen Revolution von 1905 zog, war, dass die deutsche Sozialdemokratie nicht mehr die überlegene ist, sondern am Rande steht.

1913 sah Rosa Luxemburg voraus, dass die Politik der SPD im Parlament dazu führen muss, bei Ausbruch des Krieges auch dessen Finanzierung zuzustimmen. Mit der Zustimmung zum Ersten Weltkrieg brach für Rosa Luxemburg nicht nur die SPD, sondern der Sozialismus in Deutschland zusammen:

»Noch nie, seit es eine Geschichte der Klassenkämpfe, seit es politische Parteien gibt, hat es eine Partei gegeben, die in dieser Weise, nach fünfzigjährigem unaufhörlichem Wachstum, nachdem sie sich eine Machtstellung ersten Ranges erobert, nachdem sie Millionen um sich geschart hatte, sich binnen vierundzwanzig Stunden so gänzlich als politischer Faktor in blauen Dunst aufgelöst hatte wie die deutsche Sozialdemokratie. An ihr, gerade weil sie der bestorganisierte, bestdisziplinierte, geschulteste Vortrupp der Internationale war, lässt sich der heutige Zusammenbruch des Sozialismus am klassischsten nachweisen.« (GW 4, 21)

Als die Reichstagsfraktion am 14.1.1914 den Massenstreik diskutiert, eine offene Propagierung ablehnt und an eine Kommission zur Prüfung weiterleitet, war klar, dass die SPD den Widerstand gegen das Kaiserreich schon weit vor dem August 1914 aufgegeben hatte.

Luxemburgs Überlegungen zum Imperialismus hatten sich aus der Massenstreikdebatte ergeben. Mit Hilferding und Lenin sah sie im Imperialismus eine einzigartige Gesellschaft. Für Lenin wurde der sozialdemokratische Verrat selbst ein Aspekt des Imperialismus, denn der Unterschied zum gewöhnlichen Kapitalismus bestand in der Bestechung einer Arbeiter_innenaristokratie. Nach Lenins Definition musste sich das Proletariat im Imperialismus Bündnispartner_innen außerhalb der eigenen Klasse suchen, wie die Bauernschaft oder unterdrückte Kolonialbevölkerungen. Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges gab den Anstoß für eine Erweiterung der Theorie des Imperialismus. In diesem Sinne waren Luxemburg und Lenin Pioniere. Rosa Luxemburg erkannte den Imperialismus bereits 1900 an der Zaghaftigkeit, mit der die SPD die deutsche Teilnahme am Chinakrieg hinnahm. Eine weitere Entwicklung zeigte sich für sie in der Marokko-Krise 1911, zu der die SPD sich nicht verhielt. Sie beschrieb sehr früh, dass der Militarismus mit der Kolonial-, Zoll- und Weltpolitik aufs engste verknüpft war. Luxemburg zufolge unterschied sich der Imperialismus vom bisherigen Kapitalismus nicht dem Wesen, sondern der Wirkung nach, auch in der Wirkung auf die Sozialdemokratie. Imperialismus bedeutete eine Stärkung der Wirtschaftsmacht und eine Aufrüstung des Militärs. Rosa Luxemburgs Theorien waren keine akademischen Produkte, sie entwickelten sich Stück für Stück in der politischen Auseinandersetzung. Das Ziel ihrer Imperialismusanalyse war eine Formulierung sozialistischer Politik zur kolonialen Frage. Im Zentrum stand dabei allerdings nicht, wie die kolonialen Bevölkerungen sich befreien sollen, sondern wie der Imperialismus im eigenen Land zu bekämpfen ist.

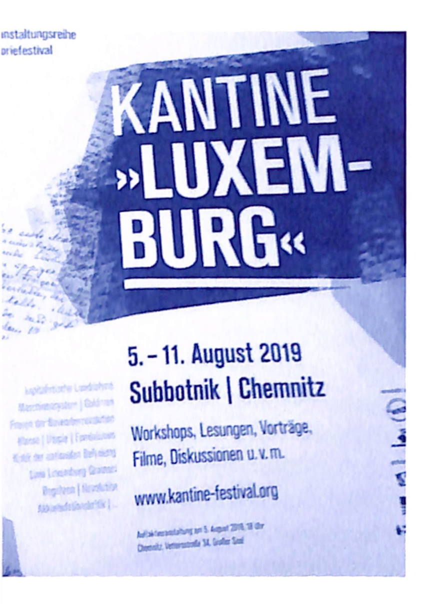
Demokratie zwischen Reform und Revolution

Luxemburgs Konzeption der ›revolutionären Realpolitik‹ basierte auf Aufklärung und Information, unterschied sich aber von einer sozialistischen Politik in einer befreiten Gesellschaft. Es ging ihr um kollektive Lernprozesse der Lohnabhängigen innerhalb des Kapitalismus. Direkte und sozialistische Demokratie war für sie die Selbstverwaltung der arbeitenden Bevölkerung. Im Unterschied zu den meisten ihrer Zeitgenossen war es ihr Anspruch, Revolution und Demokratie dauerhaft miteinander zu verbinden.

Der Historiker Hermann Weber bezeichnete sie als »demokratische Kommunistin«. In der Tat war Rosa Luxemburg zu jeder Zeit ein Star der antistalinistischen sozialistischen Linken. Denn ihre Biografie stand gegen die Bürokratisierung der Arbeiter_innenbewegung. Gerade weil Rosa Luxemburg für eine Strömung stand, die durch die Stalinisierung des Kommunismus weitgehend ausgerottet wurde, war sie für sozialistische Linke in Osteuropa besonders interessant. Diese osteuropäische Linke hat 1968

und 1989 verloren: einmal gegen den noch starken Poststalinismus und das andere Mal gegen den Kapitalismus. Ihre Attraktivität in diesen Zeiten liegt an einer ungewöhnlichen Offenheit und Breite, die den aktuellen sozialen Bewegungen entsprachen. Politik war für sie widerständige Teilhabe an befreiender solidarischer Praxis. Ihr Freiheitsbegriff ist mit dem Liberalismus und seinem Demokratieverständnis unvereinbar. Denn für den Liberalismus gehören Gleichheit und Gerechtigkeit nicht zusammen. Für Luxemburg konnten nur beide zusammen die Grundlage wahrer Demokratie bilden. Ihr Freiheitsbegriff gründet in Solidarität und zielt auf Gleichheit der Verschiedenen. Ihr ganzes Leben war sie eine Suchende nach radikaler Transformationspolitik.

Luxemburgs Verdienst ist es auch, dass sie die Demokratie wieder zum grundlegenden Bestandteil sozialistischer Politik gemacht hat: einer Politik, die auf die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die Gleichheit der Bevölkerungen zielt, gepaart mit einer umfassenden Demokratisierung, die nicht nur auf demokratischen Rechten, sondern auch auf sozialer Gleichheit beruht. Sie war eine Vertreterin der Diktatur des Proletariats, sah aber in der Unterdrückung Andersdenkender und im Terror die Todfeinde des Sozialismus. Unter Terror fasste sie den Mord oder die Verfolgung von Wehrlosen als politische Abschreckung. Nie sollte die reale Schwäche einer Bewegung, eines sozialistischen Staates durch Brutalität kompensiert werden. Ihre solidarische Kritik an den Bolschewiki war eine Kritik vom Standpunkt einer Bewegung aus, die ihre Kraft einzig aus der Handlungsmacht der Unterdrückten beziehen soll. Für Rosa Luxemburg war klar, dass nur die revolutionäre Tat sicherstellen kann, dass die Reaktionäre nach der Revolution das Rad der Geschichte nicht auf die vorrevolutionäre Zeit zurückdrehen. Sie war eben keine Gegnerin der Diktatur des Proletariats, nur hatte diese für sie eine einzige Funktion: die Abfederung des Rückschlags (Schütrumpf 2018, 77). So formulierte sie auch für die Zeit nach der Revolution: »Bei jedem Schritt daran denken, dass Revolution keine Zeit ist, um mit der Reaktion zu diskutieren, sondern eine Zeit, um sie zu erdrücken und … niederzuwerfen.« Das hört sich nicht nach Liberalismus an. Ihre Warnung vor der autoritären Wende der Russischen Revolution wurde häufig bejubelt, während ihre Anklage gegen das imperialistische Schlachten und ihr Eintreten für eine Räterepublik in Deutschland ihre keine Blumen und Lob einbrachte, sondern die feige Ermordung durch eine rechtsradikale Soldateska. Karl Radek hat den pathetischen Satz for-



muliert: »Der blutige zerfetzte Leichnam Rosa Luxemburgs ist die Fahne des deutschen Kommunismus«.

Ihr Drang, den Marxismus immer auf der Höhe der Zeit weiterzuentwickeln und ihn frei von Dogmen zu betrachten, ist aktueller denn je.

Organisation

Mehr als ein Jahrzehnt hatte sich die europäische Linke auf Kongressen und in Aufrufen auf diese Stunde des Weltkrieges vorbereitet und war im entscheidenden Moment unfähig, zu reagieren. Die SPD hatte bereits 1913 für die Heeresvermehrung gestimmt. Für Luxemburg war das Schlimmste, dass die SPD als eigener politischer Machtfaktor ausgeschaltet war, dazu kamen die moralische Niederlage und der Verrat. Im Gegensatz zu Lenin, der nur kurz brauchte, um in der Katastrophe eine Chance zu erblicken, sah Luxemburg nur den Rückschritt, das Morden, die Barbarei. Lenin begann Strategien zu entwickeln für den Fall, dass Russland eine Niederlage erleidet. Luxemburg sah im Krieg nur ein schreckliches Unheil. Sie wollte die Revolution nicht als seine Nutznießerin betrachten.

Erstaunlich war, dass Rosa Luxemburg im Herbst 1914 nicht aus der SPD austrat. Sie wollte bei der Mehrheit bleiben, um sie zu verändern. Doch können wir heute feststellen, dass der Verzicht auf eine strategisch-instrumentelle Reflexion von Handlungsmacht und die bis 1918 währende Ablehnung der Gründung einer eigenen Organisation sich in der Novemberrevolution als fatal erwies. Es gelang den Spartakisten nicht, in den Räten als eigene organisatorische Kraft gegenüber SPD und USPD gesehen zu werden. Die Organisation von Minderheiten kann durchaus zu einer Selbstorganisation breiterer Bevölkerungsgruppen führen, aber 1918 entsprach die Radikalisierung des Spartakusbundes nicht einer Radikalisierung der kriegsmüden Menschen. Gerade vor dem Hintergrund der Entwicklung in Russland fürchteten viele, dass eine Revolution zu neuem Blutvergießen, Chaos und Unsicherheit führen würde. Luxemburgs am 14. Dezember in der *Roten Fahne* erschienener Artikel *Was will der Spartakusbund?* gilt als ihr politisches Vermächtnis: Die Radikalität ihres Denkens wirft ihre ganze Kraft auf eine Hoffnung auf die Zukunft und eine Einheit der Arbeiter_innenbewegung. Im Herbst 1918 gingen viele Sozialist_innen davon aus, dass das Ende des vierjährigen Weltkrieges auch das Ende des Kapitalismus bedeuten würde und wenn dies nicht der Fall sein sollte, er zwangsläufig in Barbarei münde, was er mit dem Nationalsozialismus ja auch tat. Nach dem Kalten Krieg und dem schwierigen Wiederanfang einer Linken könnte auch heute der Sozialismus wieder zu einer Gegenwartsfrage werden. Rosa Luxemburg erläuterte nie genau,

wie wir zu einer befreiten Gesellschaft kommen. Sie appellierte eher an die Bewegung, sich dieser Aufgabe zu stellen.

Die Neugründung einer Organisation geschah von Luxemburgs Seite aus nicht aus voller Überzeugung. Die Januarkämpfe zogen sie und die KPD mit, sie sind nicht aus ihrer Initiative entstanden. Aber wenn die Massen engagiert waren, konnten Luxemburg und KPD nicht zurückstehen, obwohl die Haltung Karl Radeks – des Emissärs der Bolschewiki – der sofortige Rückzug war: Die KPD müsse den revolutionären Obleuten die Einstellung des Kampfes vorschlagen. Aber mit der Ebert-Scheidemann-Regierung ließ sich auch nicht mehr verhandeln, sie verlangte die vollständige Akzeptanz ihrer Bedingungen. Die Regierung rückte ihre Truppen aus und richtete sich unterschiedslos gegen alle Aufstandsteilnehmer_innen, die sie als »Spartakisten« bezeichnete. In der Öffentlichkeit galten die Spartakisten als Hauptverantwortlichen für den Aufstand. Die revolutionären Obleute waren weitgehend anonym geblieben.

Der Aufstand vom Januar 1919 war kein Entschluss der KPD-Führung. Rosa Luxemburg und Liebknecht folgten der Mehrheit in ihrer Partei, waren aber skeptisch, dass er zum Sieg führen würde. Die totale Niederlage führte zu einem Macht- und Legitimationsverlust der revolutionären Obleute, den treibenden Akteur_innen der Bewegung und auch der KPD. Die darauf folgende Terrorwelle ist bekannt. Der Spartakusbund war nicht zu schnellen taktischen Umorientierungen bereit, wie die Bolschewiki es waren, und wurde gewissermaßen Opfer seiner eigenen Standfestigkeit. Auch waren die Räte nicht wie in Russland mehrheitlich für Spartakus, sondern eher für die USPD und die SPD, und nicht für eine Machtübernahme, sondern für eine Nationalversammlung. Am Ende ihres Lebens schrieb Rosa Luxemburg im Schlussteil des Programms des Spartakusbundes von einem »zähen, unermüdlichen Kampf« für den Sozialismus, der lange Zeit in Anspruch nehmen werde. Peter Nettl bezeichnet das Programm als das Testament Luxemburgs »und die bündige Zusammenfassung ihres Lebenswerks« (Nettl 1969, 522). Mit den Januarkämpfen hatte die deutsche Revolution ihren Höhepunkt überschritten. Danach setzte die Reaktion ein. Ein neuer Aufschwung war nicht in Sicht.

Rosa Luxemburgs Kritik an der deutschen Sozialdemokratie zielte auf die Trennung von Minimalforderungen vom sozialistischen Ziel. Dem entgegnete sie, dass der Sozialismus »eines und dasselbe« sei und »das Minimum, das wir heutzutage durchzusetzen haben« (GW 4, 496). Die II. Internationale und ihre Orthodoxie propagierten das Nebeneinander von Theorie und Praxis, Reform und Revolution, Masse, Partei und Führung; hier und jetzt, Demokratie und Diktatur. Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges wird aus dem Nebeneinander ein tödliches Gegeneinander.

Für Rosa Luxemburg war Organisation »die Form der Vermittlung zwischen gesellschaftlichem Sein und Bewusstsein«. Mit der von der SPD in Auftrag gegebenen Broschüre *Massenstreik, Partei und Gewerkschaften* hat sich Rosa Luxemburg Vorwürfe gegen ihren Spontanitätsbegriff eingehandelt. Dabei ist ihr Konzept weder als Verzicht auf Organisation noch auf Leitung zu verstehen, sondern reflektiert 40 Jahre Erfahrung der Arbeiter_innenorganisationen. Luxemburg suchte nach Auswegen aus der sich abzeichnenden Unterordnung der Bewegungen unter die von ihr selbst geschaffenen Organisationen. Ihr roter Faden war die Gründungsaussage der Ersten Internationale: »dass die Emanzipation der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse selbst erobert werden muss« (MEW 16, 14). Die Quelle der historischen Erneuerung waren für Rosa Luxemburg immer die sozialen Bewegungen. Aktuell ist sie unbedingt in Organisationsfragen – kein Verzicht auf Organisation, aber größtmögliche Offenheit derselben–, denn heute ist die Vervielfältigung revolutionärer Organisationsformen und Organisationsansätze derart weit fortgeschritten, dass sie jeden Monopolanspruch eines einzelnen Partei- oder Organisationstypus ad absurdum führt.

Aktuell bleibt Rosa Luxemburgs Politikverständnis auch darin, dass sie ab 1905 keine Trennlinie mehr zog zwischen den Kämpfen der organisierten Arbeiter_innenbewegung und den breiteren Schichten des Proletariats, wie zum Beispiel des verpönten »Lumpenproletariats«. Sie schloss darin auch die lange als reaktionär betrachteten Bäuer_innen ein und betonte den Zusammenhang zwischen Zentrum und Peripherie.

Ihr Ziel – der Sozialismus – war nicht nur, wie damals in vielen Augen, ein Industriesystem in den Händen der Arbeiter_innen, sondern der Beginn einer neuen Zivilisation, die auch die vorkapitalistischen Zivilisationen einschloss: »Das Wesen der sozialistischen Gesellschaft besteht darin, dass die große arbeitende Masse aufhört, eine regierte Masse zu sein, vielmehr das ganze politische und wirtschaftliche Leben selbst lebt und in bewusster freier Selbststimmung lenkt.« (GW 4, 444)

Rosa Luxemburg sah sich immer als revolutionäre Sozialdemokratin, was heute seltsam anmutet. Als sie sich mit Parvus am vehementesten im Namen der SPD gegen Bernstein wandte, sah sie ihr Verständnis der Sozialdemokratie bedroht.

Rosa Luxemburgs Kritik an Bernstein, *Sozialreform oder Revolution,* war eine Propagandaschrift sondergleichen, die viele Menschen vom Marxismus überzeugte. Luxemburg ging es dabei um die Klassenfrage, wie Trotzki hielt sie nach 1848 ein Bündnis mit dem Bürgertum für Verrat an der Klassenposition. Die SPD stellte damals eine Partei in totaler Op-

position zur Gesellschaft dar, sie war eine Art Parallelgesellschaft. Nettl schreibt davon, dass die SPD um 1900 ein Staat im Staate darstellte, der gegen den Revisionismus seine Stellung verteidigte. Die Revisionist_innen um Bernstein wollten teilhaben an dieser Gesellschaft und wollten Frieden mit den bürgerlichen Gegner_innen schließen. Der SPD-Vorstand war damals genauso wenig an der Revolution interessiert wie die Revisionist_innen, verteidigte aber den Status Quo. Der Vorstand benötigte eine Trennung von Theorie und Praxis.

Im Prinzip verlangte Bernstein, dass die SPD ihren Charakter als Klassenkampfpartei aufgibt, was sie später ja auch tat. Die politische Macht spielte für Bernstein keine Rolle, es ging ihm um steigernden Einfluss der SPD durch Reformen. August Bebel ging davon aus, dass die Macht der SPD in die Hände fallen würde, weil die bürgerliche Gesellschaft auf ihren Untergang zustrebe. Bernstein wollte das revolutionäre Handeln der SPD einstellen, sie solle kein »Gewalthaufen« mehr sein, sondern eine Reformkraft. Die Sozialisierung der Produktion solle nach und nach erfolgen, durch Kontrolle des Staates über die Wirtschaft und den wachsenden Einfluss der Arbeiter_innenbewegung. Bernstein strebte einen »organisatorischen Liberalismus« an und kippte in der Kolonialfrage ins Reaktionäre. Er verteidigte die »zivilisierten Formen« der kolonialen Unterwerfung und ging von einer höheren und einer niederen Kultur aus. Rosa Luxemburg hatte eine grundlegend andere Haltung. Zum einen kann der Sozialismus nur durch »Ergreifung der Staatsgewalt« erreicht werden. Dann breche der Kapitalismus nicht von selbst zusammen, sondern benötigt Subjekte, die ihn dazu bringen. Auch Bernsteins Zusammenbruchtheorie brach 1914 in sich zusammen.

In Bezug auf die Kontroverse zwischen Lenin und Luxemburg zur Russischen Revolution neigt sich die Waage in der Linken heutzutage eher auf die Seite Luxemburgs, nicht nur aufgrund ihrer Persönlichkeit, ihres Mutes, ihres tragischen Todes, sondern auch aufgrund ihrer Ideen. Ihre Kritik am Leninismus äußerte sich darin, dass ihrer Ansicht nach »Organisation, Aufklärung und Kampf [...] hier nicht getrennte, mechanisch und auch zeitlich gesonderte Momente [sind], wie bei einer blanquistischen Bewegung, sondern nur verschiedene Seiten desselben Prozesses.« Revolutionen leisten ihr zufolge, »unbekümmert um das Räsonieren ihrer unberufenen Schulmeister, eine ebenso unvermeidliche wie in ihren Folgen unberechenbare Riesenarbeit«. Sie weigerte sich, die postrevolutionäre Zeit auszudefinieren: »Das Negative, den Abbau kann man dekretieren, den Aufbau, das Positive nicht. Neuland. Tausend Probleme.« Dieser ganze Spontaneismus ist uns näher als die leninistische Strenge. Aber wie es die traurige Geschichte der Spartakist_innen zeigt, hat Lenin recht damit gehabt, die bolschewistische Partei dazu zu bringen, jede Zusammen-

arbeit mit den Moderaten, den Versöhnler_innen, den Opportunist_innen abzulehnen. Auf dieser Linie bestand er selbst dann, als die Mehrheit seiner Partei bereit war, »ein großes Bündnis« im Stil der Volksfront-Politik einzugehen, die die Komintern auf Gedeih und Verderb zehn Jahre nach dem Tod Lenins durchsetzte.

Hundert Jahre später bleibt diese berühmte Debatte aktuell. Der Streit zwischen konspirativer Logik und der Logik der Bewegung, zwischen Organisation und Spontaneität, zwischen strategischer Vertikalität und Horizontalität hat nie aufgehört. Jede revolutionäre Bewegung bewegt sich innerhalb dieser Spannung zwischen den beiden einander entgegen gesetzten Notwendigkeiten. Um sie auszuhalten, bedarf es alter Gemeinsamkeiten, einer gemeinsamen Analyse der Konjunktur und vor allem der kollektiven Atmosphäre, in der Bewegungen heranreifen. Aus dem Mangel eines solchen Kontextes lassen sich zweifellos die Orientierungslosigkeit und dann die Konterrevolution erklären, die dem Sturz der Regime in Tunesien und Ägypten während des Arabischen Frühlings folgten. Demgegenüber ist es beeindruckend, wie es den Zapatistas gelang, die militärische Vertikalität der klandestinen EZLN und die horizontale Selbstorganisation der indigenen Gemeinschaften zusammenzuhalten. Zehn Jahre lang (1984–1994) haben sie einen bewaffneten Aufstand vorbereitet, ohne dass es der Staat mitbekommen hatte und ohne dabei eine von der Bevölkerung abgeschnittene Guerilla zu bilden. Und der Aufstand ging schließlich nicht von einer bewaffneten Gruppe aus, sondern von einer aufständischen Bevölkerung. Die Zapatistas haben einen Ausweg gefunden, der Rosa Luxemburg gefallen hätte.



Fazit

Luxemburg war keine Objektivistin der Revolution; die Revolution entsteht für sie nicht aus objektiven Verhältnissen, sondern durch den Klassenkampf, der in seinem Lauf auch Niederlagen einstecken muss. Gleichwohl ging sie davon aus, dass die Revolution, wenn auch nicht zu ihren Lebzeiten, gewinnen wird: »Die Revolutionen haben uns bis jetzt lauter Niederlagen gebracht, aber diese unvermeidlichen Niederlagen häufen gerade Bürgschaft für Bürgschaft des künftigen Endsieges ...« (GW 2, 206–209).

Rosa Luxemburg starb mit 48 Jahren und vielen offenen Fragen, nach revolutionärer Realpolitik, der Überwindung von Kapitalismus und Kolonialismus, Rassismus und Krieg. Wesentlich war ihre Grundauffassung, dass der Kapitalismus nicht in der Lage sein wird, die wichtigsten Menschheitsprobleme gerecht und dauerhaft zu lösen. 1918 notierte sie als weltweit ungelöst die Nationalitätenfrage, das Schicksal der Kolonien, die Perspektiven der Demokratie und die Sicherung des Friedens. Dass, wenn sie überlebt hätte, die revolutionäre Flamme wieder hätte entfacht werden können, ist eher unwahrscheinlich. Den Aufständen im März 1921 und dem Hamburger Aufstand 1923 hätte sie sicher noch skeptischer gegenübergestanden als dem Januaraufstand.

Ihr Revolutionskonzept 1918/19 hatte keine Chance, weil sie den blockierenden Einfluss der bürokratischen Organisationen unterschätzte.

Doch sind ihre Ideen heute wenigstens so aktuell wie 1968. Zahllose Dissident_innen des institutionalisierten Marxismus fanden in Luxemburgs Werk und Wirken Trost und eine Alternative. Mit der Auflösung des Realsozialismus hat der Kommunismus aufgehört, ein starres Gebilde zu sein, und ist neu zu definieren. Dabei kann Rosa Luxemburg Anregungen geben.

Vielleicht ist die historische Figur der Rosa Luxemburg kein Versprechen auf die Zukunft. Aber sie ist in jedem Falle die Erinnerung daran, dass die Welt veränderbar ist. Und es sind die aktuellen Auseinandersetzungen, die über die Gültigkeit von Theorien entscheiden.

Literatur

Brie, Michael (2019): Rosa Luxemburg neu entdecken. Ein hellblaues Bändchen zu »Freiheit für den Feind! Demokratie und Sozialismus«. Hamburg.

Löwy, Michael (1989): Der Urkommunismus in den ökonomischen Schriften von Rosa Luxemburg – Für eine romantisch-revolutionäre Geschichtsauffassung. In: Gérard Bensussan u. a. (Hg.): Die Linie Luxemburg-Gramsci. Zur Aktualität und Historizität marxistischen Denkens. Hamburg, 140–146.

Luxemburg, Rosa Gesammelte Werke, Band 1, 2, 4 und 5., 1970–1975. Berlin.

Luxemburg, Rosa (1970): »Massenstreik, Partei und Gewerkschaften« und »Rede zum Programm«. In: Dies.: Schriften zur Theorie der Spontaneität. Reinbek 89–162, 195–220.

Marx, Karl/ Friedrich Engels (1962, 1973): Werke, Band 16 und 23. Berlin.

Nettl, Peter (1969): Rosa Luxemburg. Köln u. a.

Pozzoli, Claudio (1974) (Hg.): Rosa Luxemburg oder Die Bestimmung des Sozialismus. Frankfurt am Main.

Schütrumpf, Jörn (2018): Rosa Luxemburg – oder: Der Preis der Freiheit. Berlin.



ROSA LUXEMBURGS SPONTANEITÄTSTHEORIE ALS LEBENDIGES DENKEN

Marie Lippert

In diesem Beitrag entreißt Marie Lippert Rosa Luxemburgs Begriff der Spontaneität, dessen Implikationen zentral sind für das Verständnis des Verhältnisses von Parteiorganisation und Masseninitiative, den Kanonisierungsbestrebungen eines klassischen Marxismus-Leninismus. Dies geschieht in Form einer singulären Betrachtung der Spontanitätstheorie und einer historisch-intellektuellen Einbettung ihrer Fragmente. Die Autorin studiert Philosophie in Berlin. Dieser Text entstand als Verschriftlichung eines Vortrags, den sie am 08.08.2019 auf der Kantine »Luxemburg« gehalten hat.

I. Rosa Luxemburgs »Spontaneitätstheorie«

Die sogenannte Spontaneitätstheorie Rosa Luxemburgs nimmt in der Rezeption ihrer politischen Schriften eine zentrale Position ein. Der Begriff der ›Spontaneität‹ ist dabei auf die Masseninitiative in der sozialistischen Bewegung bezogen; den Gegenbegriff dazu bildet dementsprechend die sozialdemokratische Parteiorganisation. Die Frage danach, wie eine Massenbewegung entsteht und wie eine sozialistische Umwälzung zu denken wäre – was offenkundig große Teile der politischen Theorie des Marxismus motiviert –, kann mit diesen beiden Begriffen schematisch entweder extrinsisch oder intrinsisch aufgelöst werden. Eine solche Gegenüberstellung lässt entweder die Annahme zu, dass eine externe Parteiorganisation die Bewegung orchestriert und dementsprechend einschätzt, wann der Moment für eine sozialistische Umwälzung gekommen ist. Oder aber es entsteht *spontan* aus der Masse heraus das Momentum für einen solchen Umschwung. Dabei handelt es sich um einen Schematismus, der in der Theorie Rosa Luxemburgs nicht in einer solchen ausschließenden Opposition verhandelt wird, sondern in dem beide Momente miteinander vermittelt werden.



Der Status einer eigenen Spontaneitätstheorie im Werk Rosa Luxemburgs ist zumindest prekär. Die besondere Schwierigkeit, etwas über die Spontaneitätstheorie Rosa Luxemburgs zu sagen, ergibt sich schlichtweg daraus, dass es schwer möglich ist, den Begriff der Spontaneität im Werk Rosa Luxemburgs selbst ausfindig zu machen. Es gibt beispielsweise keinen Text von ihr, der den Titel *Zur Spontaneität der Masse* trägt. Im Gegenteil, es ist jedenfalls im Hauptwerk der politischen Schriften Rosa Luxemburgs nicht möglich, den Begriff der Spontaneität an zentraler Stelle aufzufinden. Demnach lässt sich vielmehr vermuten, dass die Tradition, von Rosa Luxemburgs Spontaneitätstheorie zu sprechen, eher eine kritische ist. Jürgen Hentze schreibt dazu: »Zu einem ›System‹ wurden ihre Gedanken gerade da zusammengesetzt, wo es darum ging, ein System von Fehlern zu konstruieren, in dem Rosa Luxemburgs ›Spontaneitätstheorie‹ einen wichtigen Platz einnimmt« (Hentze, zitiert nach Negt 1974, 7). Diese Beobachtung zur Systematik der Luxemburg-Rezeption lässt sich mit ei-

ner recht bekannten, dabei allerdings zumindest fragwürdigen Würdigung Lenins veranschaulichen, der zu den wichtigsten intellektuellen Gesprächspartnern Rosa Luxemburgs zählte:

> »Rosa Luxemburg irrte in der Frage der Unabhängigkeit Polens; sie irrte 1903 in der Beurteilung des Menschewismus; sie irrte in der Theorie der Akkumulation des Kapitals; sie irrte, als sie im Juli 1914 neben Plechanow, Vandervelde, Kautsky u. a. für die Vereinigung der Bolschewiki mit den Menschewiki eintrat; sie irrte in ihren Gefängnisschriften von 1918 (wobei sie selbst beim Verlassen des Gefängnisses Ende 1918 und Anfang 1919 ihren Fehler zum großen Teil korrigierte). Aber trotz aller dieser ihrer Fehler war und bleibt sie ein Adler.« (Lenin 1977, 195)

Gerade in posthumen Würdigungen Rosa Luxemburgs – in neueren Publikationen begegnet sie dabei häufig nur als ›Rosa‹[1] – wird eine doppelte Zuschreibung von Heldinnenstatus im Tod und Insignifikanz ihrer theoretischen Fähigkeiten im Kanon des Marxismus-Leninismus erkennbar. Es lässt sich also eine gewisse Tradition negativer Bezüglichkeit auf Rosa Luxemburgs Spontaneitätstheorie als Teil ihrer politischen Theorie feststellen: Im Rahmen der Kanonisierungsbestrebungen der Sowjetunion entstand dabei der pejorative Begriff des ›Luxemburgismus‹, welcher bereits während ihrer Lebenszeit entstanden ist und sich weit über ihren Tod hinaus als signifikant für die Auseinandersetzung mit Kommunist_innen und Sozialdemokrat_innen während der stalinistischen Säuberungen herausgestellt hat (Politt & Grieger 2015). Bedeutend ist hier u. a. der Umgang mit der Polnischen Kommunistischen Partei, deren Vorgängerin diejenige sozialdemokratische Partei war, welche Luxemburg mitgegründet hatte und von deren 37 Mitgliedern des Zentralkomittees im Jahr 1937 30 ermordet wurden. Argumentativ bildet auch der Vorwurf des Luxemburgismus den Überbau für diese Maßnahme.

[1] Bspw. das von der Rosa-Luxemburg-Stiftung herausgegebene Rosa Remix. Buch über die politische Aktualität Rosa Luxemburgs, New York, 2017.

Wir können also festhalten, dass es sich bei dem Sprechen von Luxemburgismus und Spontaneitätstheorie lange Zeit zunächst um eine pejorative Zuschreibung im Rahmen der Kanonisierungsbestrebungen des Marxismus-Leninismus gehandelt hat. Abgesehen davon lässt sich nicht in Abrede stellen, dass es eine solche ›Theorie der Spontaneität‹ oder zumindest eine sehr starke Betonung der Masseninitiative im Werk Rosa Luxemburgs tatsächlich gibt. Diese Betonung nachzuvollzie-

hen und hervorzuheben kann möglicherweise ein besseres Verständnis dessen eröffnen, was Rosa Luxemburgs Theorie an Gedanken hinsichtlich des Verhältnisses von Masseninitiative und Parteiorganisation bietet.

Ein grundsätzliches Missverständnis, das sich in Bezug auf die Spontaneitätstheorie Rosa Luxemburgs ergeben hat, stützt sich auf eine gedankliche Verewigung einer Opposition, die gleichzeitig notwendig ist, um sie selbst zu verstehen: die Opposition von Parteiorganisation und Masseninitiative. Rosa Luxemburg schlägt nicht etwa vor, dass man sich in irgendeiner Form von Organisationsbestrebungen durch eine Partei verabschieden könne. Vielmehr betont sie die Notwendigkeit einer Gleichzeitigkeit von Massenaktion und Parteiorganisation. Daher ist vielleicht auch die Vorstellung, die viele Kritiker_innen Luxemburgs motiviert zu behaupten, sie würde eine Fundamentalkritik an der Partei an sich formulieren, irreführend. Eher korrigiert sie Lenins Parteivorstellung an ihrer – und greift dabei nicht die Partei, sondern eher die Vorstellung des Zentralkomittees und des Zentralismus an, – wobei sie aber gleichzeitig den Partikularismus zerstreuter Organisationsformen ablehnt und die Notwendigkeit eines gewissen Zentralismus anerkennt. So schreibt Luxemburg in ihrem Text *Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie:*

> »Daraus ergibt sich schon, daß die sozialdemokratische Zentralisation nicht auf blindem Gehorsam, nicht auf der mechanischen Unterordnung der Parteikämpfer ihrer Zentralgewalt basieren kann und daß andererseits zwischen dem bereits in feste Parteikader organisierten Kern des klassenbewußten Proletariats und den vom Klassenkampf bereits ergriffenen, im Prozeß der Klassenaufklärung befindlichen umliegenden Schicht nie eine absolute Scheidewand aufgerichtet werden kann. Die Aufrichtung der Zentralisation in der Sozialdemokratie auf diesen zwei Grundsätzen – auf der blinden Unterordnung aller Parteiorganisationen mit ihrer Tätigkeit bis ins kleinste Detail unter eine Zentralgewalt, die allein für alle denkt, schafft und entscheidet, sowie auf der schroffen Abgrenzung des organisierten Kerns der Partei von dem ihm umgebenden revolutionären Milieu, wie sie von Lenin verfochten wird – erscheint uns deshalb als eine mechanische Auffassung der Organisationsprinzipien der blanquistischen Bewegung von Verschwörerzirkeln auf die sozialdemokratische Bewegung der Arbeitermassen. [...] Tatsächlich ist die

Sozialdemokratie aber nicht mit der Organisation der Arbeiterklasse *verbunden*, sondern sie ist die *eigene Bewegung* der Arbeiterklasse. [...] Er [der sozialdemokratische Zentralismus] kann nichts anderes als die gebieterische Zusammenfassung des Willens der aufgeklärten und kämpfenden Vorhut der Arbeiterschaft ihren einzelnen Gruppen und Individuen gegenüber sein, es ist dies sozusagen ein ›Selbstzentralismus‹ der führenden Schicht des Proletariats, ihre Majoritätsherrschaft innerhalb ihrer eigenen Parteiorganisation.« (Luxemburg 1979, 429)

Was an dieser Passage deutlich wird, ist, dass nach Rosa Luxemburg ein sinnvoller und notwendiger Zentralismus ein solcher wäre, der sich selbst aus einer Massenorganisation heraus entwickelt. Eine solche Zentralisation darf nicht den beiden zeitgenössischen Formen entsprechen, die Luxemburg kritisiert. Sie darf weder die blinde Unterordnung der Masse unter die Partei bedeuten, noch sich auf eine avantgardistische Abgrenzung vom Zentrum der Partei gegenüber allen anderen Teilen dieser stützen. Luxemburg führt im Folgenden an, dass gerade die Aufgeklärtheit des Proletariats und damit der notwendige Stand des Bewusstseins für eine solche selbstzentralistische Organisationsform in Russland zum gegebenen Zeitpunkt noch nicht möglich sei. Hier widerspricht sie Lenin entschieden in seiner – zugegebenermaßen etwas befremdlichen – Vorstellung, der Arbeiter sei bereits durch seine Arbeit in der Fabrik zu Disziplin und Organisation – und damit zum Sozialismus (!) – befähigt. Das muss in der Tat wie das Kehrbild eines Gedankens, der in der Kritischen Theorie anzutreffen ist, erscheinen, nach welchem die Zurichtung der Subjekte im Kapitalismus sie in ihrer Fähigkeit zu einem anderen Leben beschädigt – und nicht, wie in der Lenin'schen Vorstellung, sogar befähigt. Diese Vorstellung Lenins sieht Luxemburg als »Kadavergehorsam [...] einer vielbeinigen und vielarmigen Fleischmasse, die nach dem Taktstock mechanische Bewegungen ausführt« (Luxemburg 1979, 429) – was an Verbildlichung von Anti-Spontaneität kaum zu übertreffen ist. Vor diesem Hintergrund wird auch die Bedeutung der politischen Bildung der Arbeiterklasse einsichtig, die für Luxemburg immer eine politische Selbstbildung abseits der Bevormundung durch die Partei bedeuten muss. Hier steht sie möglicherweise Modell für einen Gedanken Karl Korschs, der später die Räte als Selbsterziehungsorgane der Arbeiterklasse verstehen sollte. Auch in diesem Punkt grenzt sie sich eindrücklich von Lenin ab:

»Lenin sagt: der bürgerliche Staat sei ein Werkzeug zur Unterdrückung der Arbeiterklasse, der sozialistische zur Unterdrückung der Bourgeoisie. Es sei bloß gewissermaßen der auf den Kopf gestellte kapitalistische Staat. Diese vereinfachte Auffassung sieht von dem Wesentlichsten ab: die bürgerliche Klassenherrschaft braucht keine politische Schulung und Erziehung der ganzen Volksmasse, wenigstens nicht über gewisse enggezogene Grenzen hinaus. Für die proletarische Diktatur ist sie das Lebenselement, die Luft, ohne die sie nicht zu existieren vermag.« (Luxemburg 2000a, 358)

II. Rosa Luxemburgs ›lebendiges Denken‹

In dieser Passage kommt zum Ausdruck, dass es sich für Rosa Luxemburg in der Unterscheidung von kapitalistischem und sozialistischem System nicht um eine reine Umkehrung von wirtschaftlichen, sondern auch um eine Veränderung von zwischenmenschlichen Verhältnissen – mit Bini Adamczak vielleicht um die Veränderung von ›Beziehungsweisen« (Adamczak 2017) – handelt. Der Kapitalismus kommt ohne die Bildung und Erziehung – hier wieder als Selbstbildung bzw. Selbsterziehung lesbar – aus; der Sozialismus kann – und will – ohne dieses Element nicht existieren, das Luxemburg anschaulich als sein ›Lebenselement‹ bezeichnet. Das Lebenselement ist hier paradigmatisch. Bei dem Begriff der Lebendigkeit handelt es sich tatsächlich um einen Topos sowohl in der Rezeption Rosa Luxemburgs als auch – anders als es sich mit dem Begriff der Spontaneität verhält – im Werk Rosa Luxemburgs selbst. Außerdem ließe sich die These aufstellen, dass gerade dort, wo wir den Begriff der Spontaneität in ihrem Werk nicht auffinden, der der Lebendigkeit sich zeigt – nämlich in Bezug auf Phänomene der Masse und der Massenaktion. Dabei fungiert ihr Rekurs auf die ›Lebendigkeit‹ häufig als Korrektiv gegenüber Stagnation und Bürokratisierung, die in der Gegenüberstellung von ›lebendig‹/›tot‹ dem letzteren zugeordnet werden. Man kann allerdings, und das erlaubt wiederum gegen eine starre Opposition zwischen Parteiorganisation und Massenaktion in der Luxemburg-Lektüre zu argumentieren, aufzeigen, dass Rosa Luxemburg mit ihren Rekursen auf das lebendige Moment der Selbstorganisation ihre Gesprächspartner nicht zu delegitimieren, sondern besonders in Bezug auf ihre Kritik des Bolschewismus, sie zu korrigieren und letztlich mit ihrer Kritik zu beleben versucht. Das ist ganz im Sinne des Gedankens

Elfriede Müllers in ihrem Beitrag *Links des Möglichen*[2], nämlich dem, dass es sich bei dem Modus von Luxemburgs Kritik letztlich um einen solidarischen handelt.

[2] Nachzuhören hier: kantine-festival.org/2019/07/04/links-des-moeglichen/ (letzter Zugriff: 21.09.2020).

Die Bedeutung der Idee der ›Lebendigkeit‹ als Korrektiv veranschaulicht das folgende Zitat:

> »Das alles zeigt, daß der schwerfällige Mechanismus der demokratischen Institutionen ein kräftiges Korrektiv hat – eben in der lebendigen Bewegung der Masse, in ihrem unausgesetzten Druck. Und je demokratischer die Institution, je lebendiger und kräftiger der Pulsschlag des politischen Lebens der Masse ist, um so unmittelbarer und genauer ist die Wirkung – trotz starrer Parteischilder, veralteter Wahllisten etc. Gewiß, jede demokratische Institution hat ihre Schranken und Mängel, was sie wohl mit sämtlichen menschlichen Institutionen teilt. Nur ist das Heilmittel, das Trotzki und Lenin gefunden: die Beseitigung der Demokratie überhaupt, noch schlimmer als das Übel, dem es steuern soll: es verschüttet nämlich den lebendigen Quell selbst, aus dem heraus alle angeborenen Unzulänglichkeiten der sozialen Institutionen allein korrigiert werden können. Das aktive, ungehemmte, energische politische Leben der breitesten Volksmassen.« (Luxemburg 2000a, 355)



Neben ihren Überlegungen zur Lebendigkeit der Massenbewegung liefert Luxemburg auch Ideen zur Natur der Institutionen selbst: In der Statik der sozialen Institutionen besteht ihre angeborene Unzulänglichkeit, welche in der Natur dieser selbst begründet liegt. Demgegenüber kommt es der Masse als dynamischer Instanz zu, die Statik der Institutionen auszugleichen und über ihre eigenen Machtmittel, ihren ›unausgesetzten Druck‹ zu vermitteln. Durch die wiederholte Betonung der Lebendigkeit könnte der Eindruck entstehen, dass sich diese Vorstellung des Lebens der Masse durch vitalistische Züge auszeichnet, die der Massenbewegung beinahe einen Zug der Naturwüchsigkeit zuschreiben. Dieses Element findet wiederum bei näherer Betrachtung seine Korrektur darin, dass Rosa Luxemburg keineswegs von einer Mühelosigkeit und Automatizität der sozialistischen Massenbewegung ausgeht, sondern stets die Anstrengungen, Fehlgriffe und Rückschläge, die die

Bewegung begleiten, betont. Auch das ist Teil ihrer Abgrenzung von Lenin. Es gibt kein ›fertiges Rezept für die sozialistische Umwälzung in der Tasche der Revolutionspartei‹:

> »Das ist kein Mangel, sondern gerade der Vorzug des wissenschaftlichen Sozialismus vor dem utopischen. Das sozialistische Gesellschaftssystem soll und kann nur ein geschichtliches Produkt sein, geboren aus der eigenen Schule der Erfahrung, in der Stunde der Erfüllung, aus dem Werden der lebendigen Geschichte, die genau wie die organische Natur, deren Teil sie letzten Endes ist, die schöne Gepflogenheit hat, zusammen mit einem wirklichen gesellschaftlichen Bedürfnis stets auch die Mittel zu seiner Befriedigung, mit der Aufgabe zugleich die Lösung hervorzubringen. Ist dem aber so, dann ist es klar, daß der Sozialismus sich seiner *Natur* nach nicht oktroyieren läßt, durch Ukase einführen. Er hat zur Voraussetzung eine Reihe Gewaltmaßnahmen – gegen Eigentum usw. Das Negative, den Abbau kann man dekretieren, den Aufbau, das Positive *nicht.* Neuland. Tausend Probleme. Nur Erfahrung ist imstande, zu korrigieren und neue Wege zu eröffnen. Nur ungehemmt schäumendes Leben verfällt auf tausend neue Formen, Improvisationen, erhält *schöpferische Kraft*, korrigiert selbst alle Fehlgriffe.« (ebd., 360)

Luxemburg unterscheidet zwei Momente sozialistischen Umbaus: den Abbau kapitalistischer Strukturen, bpsw. des Privateigentums, um nur ein Element zu benennen, und den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft. Letzterer ist in besonderem Maße abhängig von der Lebendigkeit der Masseninitiative und nicht bereits im Vorhinein durch ›Ukase‹, durch Dekrete, setzbar. Die Gleichzeitigkeit der Dekretierbarkeit des Abbaus und der Unmöglichkeit der Dekretierbarkeit des Aufbaus bildet zudem einen guten Ansatzpunkt zum Verständnis der Rolle der Partei bei Luxemburg. Aus der Betonung dieser Gleichzeitigkeit geht hervor, dass mitnichten auf die Partei (also den Abbau der Klassenherrschaft, der sie notwendig voraussetzt) verzichtet werden kann, sondern auch ihr anderes Moment, nämlich die Spontaneität, die lebendige Bewegung zum Aufbau des Sozialismus notwendig ist. Diese Gleichzeitigkeit betont die folgende Passage:

> »Sozialistische Demokratie beginnt aber nicht erst im gelobten Lande, wenn der Unterbau der sozialistischen Wirt-

> schaft geschaffen ist, als fertiges Weihnachtsgeschenk für das brave Volk, das inzwischen treu die Handvoll sozialistischer Diktatoren unterstützt hat. Sozialistische Demokratie beginnt zugleich mit dem Abbau der Klassenherrschaft und dem Aufbau des Sozialismus.« (ebd., 363)

Zudem wird sichtbar, dass Rosa Luxemburg keine Anarchistin ist, die auf Parteiorganisation verzichten möchte:

> »Sie [die sozialistische Demokratie] beginnt mit dem Moment der Machteroberung durch die sozialistische Partei. Sie ist nichts anderes als die Diktatur des Proletariats.« (ebd., 364)

Schlüsselbegriffe ihres Denkens der Lebendigkeit sind damit also ein lebendiger Bezug als erfahrungsbasierte, an der Geschichte belehrte Aktion und die politische Selbstbildung der Arbeiterklasse, die zur Selbstorganisation und schließlich auch dazu befähigt, sich in Form einer Partei eine selbstzentralistische Form zu geben. Oskar Negt bringt das Verhältnis von Masse und Partei bei Rosa Luxemburg nicht nur auf den Punkt, sondern weist zudem auf den Modus Luxemburgs Denkens überhaupt hin, wenn er schreibt:

> »Es ist eben die Dialektik von Spontaneität und Organisation, die die gesellschaftlichen Prozesse über jede Mechanik des Selbstlaufs und der einseitig-verdinglichten Denk- und Verhaltensweise hinaustreibt; sie bestimmt nicht nur das politische Bewegungsgesetz der Emanzipation der proletarischen Klassen, sondern auch die Struktur der ihr zugehörigen Theorie, deren Kern die materialistische Dialektik ist.« (Negt 1974, 10)

III. Hic rhodus, hic saltus – ein geflügeltes Wort bei Luxemburg, Marx und Hegel

Das dialektische Denken Rosa Luxemburgs schlägt sich nicht nur in ihren politischen Schriften, sondern auch in einigen sprachlichen Bildern nieder, die sie verwendet.

Das geflügelte Wort aus Rosa Luxemburgs Werk, das im Folgenden besprochen werden soll, betont anders als der unmittelbare Kontext des Begriffs des ›Lebens‹ weniger die Wichtigkeit der Masseninitiative als den von Negt betonten Aspekt ihres dialektischen Denkens überhaupt. Obwohl diese Bilder

mitnichten von Masse oder Revolution handeln, besteht in ihnen trotzdem ein gewisser Hinweis auf das, was für Luxemburg auch immer in Bezug auf Lebendigkeit und Spontaneität mitschwingt: die Form der Gegenwärtigkeit ihrer Kritik. Sie wendet sich gegen das Dekret, das Rezept, die Bürokratisierung einerseits, als auch andererseits im Falle der Revisionisten und Eduard Bernsteins gegen die nicht an der wirtschaftlichen Wirklichkeit geprüften Utopien von Gerechtigkeit, die ihre Erfüllung in einer Abmilderung der kapitalistischen Unterdrückungsmomente im Kapitalismus selbst betreffen.

Ein geflügeltes Wort, das für einen Text von Rosa Luxemburg titelgebend geworden ist, lautet: »Hic rhodus, hic salta« (auch: »hic saltus«) und stammt ursprünglich aus einer Fabel des antiken Dichters Äsop. Diese äsopische Fabel, insbesondere der zitierte lateinische Ausspruch, der als abschließende Mahnung das Ende des Textes bildet, steht am Anfang einer langen Überlieferungs- und Übersetzungsgeschichte dieses Diktums, die sich von Äsop über Hegel und Marx, schließlich in Rosa Luxemburgs Texten wiederfindet. Der Titel der Fabel lautet *Der prahlerische Fünfkämpfer:*

> Ein Fünfkämpfer, der wegen seiner Schlappheit von seinen Mitbürgern verspottet wurde, reiste einmal ins Ausland und kehrte nach einiger Zeit wieder in die Vaterstadt zurück. Nun prahlte er mächtig; er habe in vielen Städten Hervorragendes geleistet, vor allem aber in Rhodos einen Sprung getan, wie ihn kein Olympionike vollführt habe. Bezeugen, sagte er, könnten das die Leute, die zugegen waren, wenn sie einmal hierherkämen. Da entgegnete einer der Umherstehenden: »Höre, Du, wenn das wahr ist, braucht es keinen Zeugen. Denn hier ist Rhodos, und hier ist auch die Gelegenheit zum Sprung! [Hic rhodus, hic saltus!]«

Hic rhodus, hic saltus bedeutet im unmittelbaren Kontext der Fabel Äsops also eine Mahnung gegenüber einer Person, die behauptet, Großes leisten zu können, dieses aber nicht unmittelbar beweisen kann oder will. Bei diesem letzten Satz handelt es sich traditionell um ein sogenanntes Epimythion, in deutscher Übersetzung: ein dem Mythos Nachgestelltes. Hans Blumenberg versucht in seinem kurzen Aufsatz *Nachdenklichkeit* (Blumenberg 2016) gerade diese Form des Epimythions zu kritisieren, da es die Bedeutungsvielfalt der Fabel abkürze und den Spielraum für Nachdenklichkeit beschneide.

Eine solche Nachdenklichkeit hat auch Hegel in der Vorrede zu seiner Rechtsphilosophie walten lassen, als er in einem vollkommen anderen Kontext dieses Epimythion vollkommen anders interpretiert, eigentlich auch gänzlich anders, nämlich falsch und noch dazu absichtlich falsch übersetzt hat:

> »[...] die Belehrung, die in ihr [der philosophischen Schrift] liegen kann, kann nicht darauf gehen, den Staats zu belehren, wie er sein soll, sondern vielmehr, wie er, das sittliche Universum, erkannt werden soll.
> ἰδοὺ Ῥόδος, ἰδοὺ καὶ πήδημα
> *Hic* Rhodus, *hic* saltus.
> Das was *ist* zu begreifen, ist die Aufgabe der Philosophie, denn das *was ist*, ist die Vernunft. Was das Individuum angeht, so ist ohnehin jeder ein Sohn seiner Zeit; so ist auch die Philosophie *ihre Zeit in Gedanken erfasst.* Es ist ebenso töricht zu wähnen, eine Philosophie gehe über ihre gegenwärtige Welt hinaus, als, ein Individuum überspringe seine Zeit, springe über Rhodus hinaus. [...] Mit weniger Veränderung würde diese Redensart lauten: *Hier* ist die Rose, *hier* tanze. [...] Die Vernunft als die Rose im Kreuze der Gegenwart zu erkennen und damit dieser sich zu erfreuen, diese vernünftige Einsicht ist die Versöhnung mit der Wirklichkeit, welche die Philosophie denen gewährt, an die einmal die innere Anforderung ergangen ist, *zu begreifen* [...]« (Hegel 1970, 26)

Hegel geht es in seiner Version des *Hic rhodus, hic saltus* in gewisser Weise darum, mögliche Leistungen auf ihre Glaubhaftigkeit zu prüfen. Allerdings handelt es sich bei dem zu prüfenden Gegenstand nicht um einen prahlerischen Fünfkämpfer, sondern um die Philosophie selbst. In Hegels etwas freier Übersetzung von »Rhodus« als Rose – korrekt wäre: die Stadt Rhodos – lautet das Diktum »Hier ist die Rose, hier tanze«. Dabei liefert dieses Diktum nichts weniger als einen Hinweis auf die Aufgabe der Philosophie: Die »Vernunft als die Rose im Kreuze der Gegenwart zu erkennen«, also nicht »den Staat zu belehren, wie er sein soll«, sondern ihn in Hinsicht auf seine wirklichen Momente zu verstehen. Hegels *Hic rhodus, hic saltus* ist damit als eine Mahnung an die Philosophie, die ihren eigenen Hoheitsbereich, in Hegels Fall, denjenigen der Gegenwart, nicht zu übertreten habe.

Karl Marx greift im *18. Brumaire* diese Hegelsche Übersetzung auf, wendet sie in seiner Interpretation allerdings gegen die idealistische Lesart Hegels:

> »Proletarische Revolutionen dagegen, wie die des neunzehnten Jahrhunderts, kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eignen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausam-gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich riesenhafter ihnen gegenüber wieder aufrichte, schrecken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht, und die Verhältnisse selbst rufen: Hic Rhodus, hic salta! Hier ist die Rose, hier tanze!« (Marx 1960, 118)

Der Imperativ, hier sei die Rose, hier solle man tanzen, ist mit Hegel affirmativ: Er identifiziert die Rose mit der Vernünftigkeit der Gegenwart, was im Kontext der Entstehung seiner Rechtsphilosophie auf seine Überzeugung verweist, nach der im preußischen Staat die Idee des Staates zu ihrer Verwirklichung gekommen sei.

Gleichzeitig kann man das Bild mit Hegel so lesen, dass die Wahrheit einer Zeit in dieser Rose, in ihren Erscheinungsformen steckt: Jedes Individuum ist Kind seiner Zeit, jede Philosophie in irgendeiner (ob bürgerlicher oder sozialistischer, utopischer oder wissenschaftlicher) Ausprägung, ihre Zeit in Gedanken erfasst. Das ist ein Gedanke, der auch mit Marx und Luxemburg denkbar ist, am Ende auch beispielsweise bei Karl Korsch resoniert, der eben diesen Gedanken in *Thesen zu Hegels Revolutionstheorie* versucht hat, auf die marxistische Orthodoxie anzuwenden und auch ihre Wahrheit als nicht rein-überzeitliche hervorzuheben.

Bei Marx ist ersichtlich, dass es über Hegels Deutung hinaus auch zu einer weiteren Notwendigkeit gekommen ist, nämlich zu derjenigen, in der die Verhältnisse objektiv bereit sind zum Sprung. Aus ihnen heraus ruft das erste wahrhaft vernünftige Moment: Hier ist nun die Rose, hier tanze! Dieses wahrhaft vernünftige Moment besteht für Marx, und auch für Rosa

Luxemburg, in der Entwicklung der Produktivkräfte und des Proletariats als des Ausgangspunkts zu einer Veränderung hin zu einer befreiten Gesellschaft. Bei Hegel besteht diese Vernunft schon in der Gegenwart des preußischen Staates.

Ähnlich wie Marx verwendet schließlich Rosa Luxemburg dieses geflügelte Wort, wenn sie es mehrfach in ihren Texten aufführt, sogar einen kurzen Aufsatz zur Situation vom November 1918 mit *Der Rhodus* überschreibt. An dieser Stelle besteht die Möglichkeit zur Verdeutlichung, dass dieses Diktum aufs engste mit der Vorstellung der Spontaneität zusammenhängt:

> »Immer wieder und immer wieder muß den Genossen gesagt werden: Erwartet von nirgends ein Heil als von euch selbst. Nur wenn ihr endlich wagt, in kühnen Massenaktionen von steigender Wucht, ohne Gefahren zu fürchten und Opfer zu zählen, eure ganze Macht zu entfalten, nur dann wird es gelingen, die Partei gegen die Ebert-Scheidemann zu retten, den Frieden und die Freiheit aus dem Chaos der imperialistischen Bestialität zu erringen. Hier ist der Rhodus, hier gilt es zu springen!« (Luxemburg 2000a, 214)

Der selbe Impuls, der sie dazu bewegt, der Bürokratisierung und dem Dekret die Lebendigkeit entgegenzusetzen, verweist hier auf das ›Hier‹ im *Hic rhodus, hic saltus*, das auch Karl Marx betont, wenn er auf dieses Moment als Moment der Möglichkeit einer ›Situation, die jede Umkehr unmöglich macht‹, verweist. Die Lebendigkeit in Luxemburgs Denken besteht damit in einer tiefen Skepsis sowohl gegen die Statik der Lenin'schen Parteikonzeption als auch in der Verankerung ihres Denkens in seinem historischen Augenblick. Was uns ihre Theorie zu lehren vermag, sind nicht nur die Ergebnisse ihres Schreibens. Es ist vielmehr der Modus ihres Denkens selbst, der überhistorische Dogmen hinterfragt und sich der Anstrengung aussetzt, von Neuem zu beginnen.

Literatur:

Adamczak, Bini (2017): Beziehungsweise Revolution. 1917, 1968 und kommende. Frankfurt a. M.

Blumenberg, Hans (2016): »Nachdenklichkeit«, Deutsches Jahrbuch Philosophie 6. S. 41–45.

Hegel, Georg Friedrich Wilhelm (1970) Grundlinien der Philosophie des Rechts. Frankfurt a.M.

Lenin, Vladimir Iljitsch (1977): Notizen eines Publizisten. In: Lenin-Werke, Bd. 33. Berlin.

Luxemburg, Rosa (1979): Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie. In: Gesammelte Werke, Bd. 1/II. Berlin.

Luxemburg, Rosa (2000a): Der Rhodus. In: Gesammelte Werke, Bd. 4. Berlin.

Luxemburg, Rosa (2000b), Zur Russischen Revolution.
In: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin.

Marx, Karl (1960): Der achtzehnte Brumaire des Louis Napoleon. In: Marx-Engels-Werke, Bd. 8. Berlin.

Politt, Holger; Grieger, Manfred (2015): Luxemburgismus. In: Historisch kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 8/II. Argument-Verlag, Hamburg, S. 1393–1416,

Negt, Oskar (1974): Rosa Luxemburg: Zur Dialektik von Spontaneität und Organisation. Publikationskollektiv des SDS Hannover, Hannover.

LINIE LUXEMBURG-GRAMSCI: DIE KUNST DES REGIERENS VON UNTEN

Peter Jehle

Für den Schlussabschnitt der Ästhetik des Widerstands notiert Peter Weiss: »Mitgliedschaft in der Partei – dass es eine kleine Partei war, unwichtig. Mitgliedschaft Prinziperklärung – ideologische Zugehörigkeit – Abwesenheit von Zwang und Dogmatismus – Linie Luxemburg-Gramsci – Voraussetzung: Aufklärung der historischen Fehler – die lebendige kritische Wissenschaft, Ablehnung jeglicher Illusionsbildungen, Idealismen, Mystifikationen« (Notizbücher 1971–1980, Bd. 2, 608). Damit formuliert Weiss einen Anspruch: Um Zukunft zu gewinnen, muss die Arbeiterbewegung die historischen Fehler, die sie gemacht hat, aufklären. Das gilt 30 Jahre nach dem Fall der Mauer noch immer. Aber inwiefern können da ausgerechnet Luxemburg und Gramsci hilfreich sein? Woran kann angeknüpft werden?
Peter Jehle, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für kritische Theorie in Berlin, Mitherausgeber des *Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus* und der Zeitschrift *Das Argument* sowie Privatdozent an der Uni Potsdam geht in seinem Text anhand dieser Leitfragen der »Linie Luxemburg-Gramsci« auf den Grund. Seinen Vortrag dazu hielt er auf der Kantine »Luxemburg« am 07.08.2019.

Für den Schlussabschnitt der *Ästhetik des Widerstands* notiert Peter Weiss: »Mitgliedschaft in der Partei – dass es eine kleine Partei war, unwichtig. Mitgliedschaft Prinziperklärung – ideologische Zugehörigkeit – Abwesenheit von Zwang und Dogmatismus – Linie Luxemburg-Gramsci – Voraussetzung: Aufklärung der histor. Fehler – die lebendige kritische Wissenschaft, Ablehnung jeglicher Illusionsbildungen, Idealismen, Mystifikationen« (Weiss 1981, 608). Das ist die einzige Stelle, an der der Ausdruck vorkommt. Weiss beschreibt hier nichts, was es ohne weiteres bereits gäbe, sondern formuliert einen Anspruch: Um Zukunft zu gewinnen, muss die Arbeiterbewegung die historischen Fehler, die sie gemacht hat, aufklären. Das gilt 30 Jahre nach dem Fall der Mauer noch immer. Aber inwiefern können da ausgerechnet Luxemburg und Gramsci hilfreich sein? Woran kann angeknüpft werden?

Der Ausdruck von Peter Weiss ist eher ein Platzhalter, eine Leerstelle, die nach Ausarbeitung verlangt. Die Linie verläuft zwischen zwei herausragenden Gestalten der Arbeiterbewegung und der marxistischen Theorie, von denen die eine ermordet, die Gesundheit des anderen durch die Haftbedingungen zerrüttet wurde. Beide wurden sie keine 50 Jahre alt. Die Notiz ist kurz, gibt aber wichtige Hinweise. So spricht Peter Weiss perspektivisch von »Abwesenheit von Zwang und Dogmatismus«, von »lebendiger kritischer Wissenschaft«, von »Ablehnung jeglicher Illusionsbildungen« – alles Elemente, die für die Arbeiterbewegung ja nicht erst mit Stalin auf die Tagesordnung rückten, sondern lange vorher – am unmittelbarsten im Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg, dessen Finanzierung die große Mehrheit der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag bekanntlich befürwortete.

Luxemburgs Kritik an der Unterordnung der Theorie unter die Praxis

Illusionslos sieht Luxemburg, dass die deutsche Sozialdemokratie am 4.8.1914 »politisch abgedankt« (GW 4, 20) hat. Wie ist es möglich, dass eine Partei »nach fünfzigjährigem unaufhörlichem Wachstum, nachdem sie sich eine Machtstellung ersten Ranges erobert, nachdem sie Millionen um sich geschart hatte, sich binnen vierundzwanzig Stunden so gänzlich als politischer Faktor in blauen Dunst aufgelöst hatte« (ebd., 21)? Einen Grund dafür – und damit kommt das von Weiss genannte Element der »lebendigen kritischen Wissenschaft« ins Spiel – sieht sie in einer »Theorie«, die zur »willfährigen Magd der offiziellen Praxis« gemacht wurde: die Theorie als Rechtfertigungswissenschaft für die jeweils neueste Wendung der Parteilinie. Den Hauptverantwortlichen dafür sieht sie in Karl Kautsky, dem Chefredakteur der *Neuen Zeit*, des theoretischen Organs der Sozialdemokratie. Besonders niederträchtig ist für sie, dass er bereits

mit einer »neuen Theorie [...] zur Rechtfertigung und Beschönigung des Zusammenbruchs« beschäftigt ist – mit Zusammenbruch ist die Zustimmung zu den Kriegskrediten gemeint. Kautsky ist der Ansicht der internationale Sozialismus habe sich zwar viel mit der Frage beschäftigt, was *gegen* den Ausbruch des Krieges, nicht aber damit, was *nach* seinem Ausbruch zu tun sei (ebd., 24). Es würden nun andere Regeln gelten. Jetzt stelle sich nur noch die Frage nach Sieg oder Niederlage. Luxemburg schließt sarkastisch: »Der welthistorische Appell des Kommunistischen Manifests« – »Proletarier aller Länder, vereinigt euch!« – »erfährt eine wesentliche Ergänzung und lautet nun [...]: Proletarier aller Länder, vereinigt euch im Frieden, und schneidet euch die Gurgeln ab im Kriege!« (ebd., 25). Diese »gefällige Theorie« revidiere zugleich den historischen Materialismus. Ist nach Marx alle bisherige Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen, so lautet die kautskysche Version: ja, ausgenommen in Kriegszeiten. Dieser »frisch konstruierte Gegensatz zwischen Krieg und Klassenkampf« (ebd., 26) geht an den geschichtlichen Tatsachen vorbei, die einen »ständigen dialektischen Umschlag der Kriege in Klassenkämpfe« – genau das wird im November 1918, am Ende des Krieges, in Deutschland eintreten – »und der Klassenkämpfe in Kriege« zeigen (ebd., 26).



Der Missbrauch des Marxismus »für den jeweiligen Hausbedarf der Parteiinstanzen zur Rechtfertigung ihrer Tagesgeschäfte« (ebd., 24) wirft das grundsätzliche Problem des Verhältnisses von Theorie und Praxis, Wissenschaft und Politik, oder, noch enger, zwischen Wissenschaft und Partei auf. Man merkt schnell, dass es dabei keine einfachen Lösungen gibt. Wissenschaft und Politik oder, anders formuliert, Intellektuelle und Arbeiterbewegung sind widersprüchlich aufeinander bezogen. In der *Ästhetik des Widerstands* ist dieses Verhältnis durchgehend Thema. Verkompliziert wird es durch den Systemgegensatz der Nachkriegszeit, der die Sozialisten in Westdeutschland immer mit der Gretchenfrage konfrontierte: »Wie hältst du's mit der DDR?« Peter Weiss, Mitglied der kleinen schwedischen Linkspartei/Kommunisten, notiert, dass er »nach dem absoluten Recht auf die Ausübung freier Kritik« arbeitet. »Eine andre Arbeitsform undenkbar.« (Weiss 1981, 611). Das machte ihn in der DDR immer wieder zur unerwünschten Person – was für ihn besonders schwer wog, denn hier, vor allem in Rostock, waren seine Theaterstücke im deutschen Sprachgebiet uraufgeführt worden, die er als einen Beitrag zum Sozialismus verstand.

Unerwünscht war er allerdings auch in der BRD, wo er etwa nach der Aufführung der *Ermittlung* (einem Dokumentarstück, dem als Material ausschließlich Aussagen aus dem Frankfurter Auschwitz-Prozess der 1960er Jahre zugrunde lagen) antisemitische Drohbriefe erhielt. Schon die allererste Eintragung in den *Notizbüchern* spricht vom Konflikt zweier »grundsätzlich verschiedener Auffassungen des Menschenbilds« in der BRD und DDR sowie vom Konflikt, in den der »radikale Künstler« mit beiden gerät – mit beiden! –: »es handelt sich um 2 verschiedne Arten von Repression. Die eine ist bedingt von Profitüberlegungen, die andre von dogmatischer Ideologie« (N, 9). Etwa um dieselbe Zeit (in den 1970er Jahren) kam es in der Zeitschrift *Das Argument* zu einer Diskussion um das Verhältnis von Intellektuellen und Arbeiterbewegung. Wolfgang Fritz Haug hat das Problem auf eine Formel gebracht: »Das sozialistische Kollektiv braucht denkende Individuen und durch Einsicht vermittelte Verbindlichkeit« (Haug 1976). Hier sind wir bereits ganz in der Nähe von Gramsci, der damals allerdings in der BRD noch kaum bekannt war: Verbindlichkeit, Zusammenhalt entstehen durch einen Prozess des Sich-selbst-von-der-Richtigkeit-einer-Sache-oder Idee-Überzeugens. Was dabei herauskommt, kann falsch sein – daher die Notwendigkeit permanenter Kritik. Kritik wiederum setzt einen von Zwang und Repression freien Raum voraus, in dem sie sich in Rede und Gegenrede entwickeln kann. Der ›Konsens‹, der so entsteht – ein Grundbegriff von Gramscis politischer Theorie zusammen mit dem Hegemoniebegriff –, ist ungleich belastbarer als ein Konsens, der vor allem durch äußeren Zwang zustande kommt, sei es durch den Zwang der Profitmacherei oder durch den dogmatischer Ideologie. Was beispielsweise in der Situation des Kalten Krieges von Teilen der sozialistischen Intellektuellen im Westen als Zwang abgelehnt wird – darum geht es auch in der *Argument*-Diskussion –, ist die Übernahme der in den sozialistischen Gesellschaften entwickelten Theorie, gewissermaßen als Fertigbauteil, in die kapitalistische Gesellschaft. Der Übernahme fähig ist nur, was einsichtig ist. »Ist ein solcher Anspruch auf Einsicht mit der notwendigen Disziplin vereinbar?«, fragt Haug. »Ersetzt er am Ende jede Verbindlichkeit?« (ebd., 650) Er schließt: »Den Anspruch der Einsicht stellen heißt eine kritische Haltung einnehmen. Ist damit nicht dem Individualismus in der Politik und, auf theoretischem Gebiet, der Kritischen Theorie Tür und Tor geöffnet?« (ebd.)

Im selben Jahr 1976 fand in Ostberlin die Konferenz der kommunistischen Parteien Europas statt, deren Teilnehmer »die feste Entschlossenheit ihrer Parteien« unterstrichen, die jeweilige politische Linie »in Übereinstimmung mit den sozialökonomischen und politischen Bedingungen sowie den nationalen Besonderheiten des jeweiligen Landes völlig selbständig und unabhängig« auszuarbeiten (zitiert nach Haug 1976, 657). Das war ein ganz neuer Ton, denn bisher war der Bezug auf die in Moskau vor-

gegebene Linie selbstverständlich gewesen. Santiago Carrillo, der Chef der spanischen KP, betonte das Besondere der Theorien des Wissenschaftlichen Sozialismus im Gegensatz zu bloßen Glaubenssetzungen. Es war unsere »Kinderzeit«, sagt er, als uns die Kommunistenverfolgungen zu einer Art Kirche mit »Märtyrern und Propheten« gemacht hatten, für die Moskau das Licht am Ende des Tunnels, das neue »Rom« war. »Heute sind wir erwachsen«, sagt er. »Wir verlieren immer mehr den Charakter einer Kirche. Der wissenschaftliche Charakter unserer Theorien setzt sich gegenüber dem Glauben und der Mystik von der Vorbestimmung durch.« (ebd.). Das berührt sich mit dem von Peter Weiss Gesagten: »Ablehnung jeglicher Illusionsbildungen, Idealismen, Mystifikationen«. Damit sich der wissenschaftliche Charakter der Theorie durchsetzen kann, ist »Selbstkritik« nötig, wie Luxemburg mit einem Ausdruck betont, der später – unter den kommunistischen Parteien an der Macht – zum Ritual verkam, in dem Schuldige, deren Schuld von vornherein feststand, ihre Schuld bekennen mussten. Bei Luxemburg hat das Wort noch seine frische Bedeutung: »Selbstkritik, rücksichtslose, grausame, bis auf den Grund der Dinge gehende Selbstkritik ist Lebensluft und Lebenslicht der proletarischen Bewegung.« (GW 4, 53).

Gramsci – die Intellektuellen und die Einfachen als die vermittelnden Subjekte des Theorie-Praxis-Verhältnisses

Beschäftigen wir uns mit der Seite der Subjekte, denn der »wissenschaftliche Charakter unserer Theorien«, wie Carrillo sagt, setzt sich ja nicht von selbst durch. Hier wird nun Gramsci wichtig, der die Frage nach dem Verhältnis von Theorie und Praxis als Frage der Intellektuellen gestellt hat. Im Prozess des Sich-selbst-von-der-Richtigkeit-einer-Sache-oder Idee-Überzeugens spielen sie eine wesentliche Rolle, denn der »aktive Mensch der Masse« wirkt zwar praktisch, muss aber kein »klares theoretisches Bewusstsein dieses seines Wirkens« (Gramsci, H. 11, §12, 1384) haben. Unter den Intellektuellen versteht Gramsci also nicht primär eine Berufsgruppe oder gar große Geisteshelden, sondern er begreift sie unter dem Aspekt ihrer organisierenden Funktion. Es gibt keine »Organisation ohne Intellektuelle« – nicht nur in dem Sinne, dass bestimmte Organisationen wie die katholische Kirche, eine Partei, ein Unternehmerverband oder eine soziale Bewegung auf die Tätigkeit ihrer Intellektuellen angewiesen sind, sondern grundlegender: »Kritisches Selbstbewusstsein bedeutet geschichtlich und politisch Schaffung einer Elite von Intellektuellen: eine menschliche Masse ›unterscheidet‹ sich nicht und wird nicht ›per se‹ unabhängig, ohne sich (im weiten Sinn) zu organisieren« (ebd., 1385). Daher »keine Organisation ohne Intellektuelle«, d.h. ohne dass die »Masse«, die auf dem Weg ist, sich einen bestimmten Standpunkt zu erarbeiten und sich von anderen zu »unterscheiden« (in dem starken Sinn, dass ein zu

den herrschenden Konformismen alternatives Projekt verfolgt wird), ihre eigenen Intellektuellen hervorbringt. Indem sie sie hervorbringt, schafft sie Ausgangspunkte, um sich aus Abhängigkeit und Subalternität herauszuarbeiten. Auch das eigene Ich, das in seiner Wirklichkeit kein Individuum (im Wortsinn ein Unteilbares) ist, sondern eine, wie Brecht sagt, »kampfdurchtobte Vielheit« (Brecht, 22.2, 691), verlangt nach kritischer Organisation. Fehlt diese, hat es zwar teil an einer Weltauffassung, »die mechanisch von der äußeren Umgebung ›auferlegt‹ ist« – aber, so fragt Gramsci, wäre es nicht vorzuziehen, »die eigene Weltauffassung bewusst und kritisch auszuarbeiten und folglich, im Zusammenhang mit dieser Anstrengung des eigenen Gehirns, die eigene Tätigkeitssphäre zu wählen, an der Hervorbringung der Weltgeschichte aktiv teilzunehmen, Führer seiner selbst zu sein und sich nicht einfach passiv und hinterrücks der eigenen Persönlichkeit von außen den Stempel aufdrücken zu lassen?« (Gramsci, H.11, §12, 1375) Die Vermittlung durch die Intellektuellen ist zwar unverzichtbar, aber ohne die »Anstrengung des eigenen Gehirns«, ohne das Sich-selbst-Überzeugen geht es nicht.

Immer kommt es darauf an, eine bestimmte Linie des Handelns auszuarbeiten, zu begründen und zu rechtfertigen. Nichts anderes macht Kautsky, aber seine Auffassung, können wir mit Gramsci sagen, ist nicht einheitlich und kohärent und vor allem trägt sie nicht dazu bei, die Subalternen zu einer – Gramsci sagt – »höheren Lebensauffassung zu führen« (ebd., 1383), die sie befähigt, zu einer geschichtlichen, d. h. geschichts*bildende*n Person zu werden, die die Dinge aktiv gestaltet. Kautsky dagegen hält sie mit seiner Theorie der Suspendierung des Klassenkampfs im Krieg fest, in der primitiven nationalistischen Ideologie, die sie in die Schützengräben treibt, statt sich mit denen zusammenzutun, die auf der anderen Seite der Barrikade stehen und doch zur gleichen Klasse gehören. Das ist umso schwerwiegender, als gerade in der modernen Welt, wie Gramsci meint, den Parteien eine Schlüsselrolle »bei der Ausarbeitung und Verbreitung der Weltauffassungen« und einer diesen Weltauffassungen konformen Ethik und Politik (ebd., 1385) zukommt. Santiago Carrillo kann hier als ein zu Kautsky positives Gegenbeispiel fungieren. Bei der Berliner Konferenz beging er den Tabubruch und verabschiedete die Vorstellung des sozialistischen Monopols einer Avantgarde des Proletariats; er sprach stattdessen »Gesamtheit der Kräfte der Arbeit und der Kultur«. Das war gewiss abstrakt, aber angesichts einer Situation, in der die kommunistische Partei nur ein Element (und dazu ein schwaches) neben anderen war, die richtige Auffassung, weil sie die Möglichkeit einer sozialistischen Umwandlung an eine Aktionseinheit unterschiedlicher Organisationen und Kräfte band – nicht zuletzt an ein Bündnis mit den neuen sozialen Bewegungen.

Die Kunst des Regierens von unten entwickeln

Wir waren ausgegangen von dem von Luxemburg aufgedeckten Missbrauch des Marxismus »für den jeweiligen Hausbedarf der Parteiinstanzen zur Rechtfertigung ihrer Tagesgeschäfte«. Die darin steckende Frage nach dem Verhältnis von Theorie und Praxis wurde von Gramsci nach der Seite der hier agierenden Subjekte übersetzt in die Frage nach dem Verhältnis von Intellektuellen und Einfachen. Auf sie kommt es an. Emanzipation ist nichts Bequemes. Es funktioniert nur, wenn die Letztgenannten»sich selbst zur Kunst des Regierens erziehen wollen« (Gramsci, H. 10, Teil II, §41.XII, 1325). Und in diesem Zusammenhang heißt es vom Marxismus, er ziele nicht darauf, »die in der Geschichte und in der Gesellschaft bestehenden Widersprüche friedlich zu lösen«, sondern er sei »im Gegenteil die Theorie dieser Widersprüche selbst«; und sozusagen mit Luxemburg und gegen Kautsky unterstreicht er, dass der Marxismus »nicht das Regierungsinstrument herrschender Gruppen« ist, »um den Konsens zu haben und die Hegemonie über subalterne Klassen auszuüben« (denn genau das war ja offensichtlich der Sinn der kautskyschen Revision des historischen Materialismus, um ihn für die Kriegssituation passend zu machen); sondern er »ist der Ausdruck dieser subalternen Klassen, die sich selbst zur Kunst des Regierens erziehen wollen und die daran interessiert sind, alle Wahrheiten zu kennen, auch die unerfreulichen« (ebd., 1325). Die Linie Luxemburg-Gramsci bezeichnet hier also die Anstrengung, die Kunst des Regierens von unten, von den Subalternen her zu entwickeln.

Luxemburgs Zentralismus-Kritik

Bei Luxemburg hängt das eng mit ihrer Zentralismuskritik zusammen. Der Zentralismus, der die Entscheidung über den jeweils einzuschlagenden Weg in einem Zentrum monopolisiert, ist die Folge eines falsch verstandenen, nämlich bevormundenden Verhältnisses von Intellektuellen und Masse. Aber auch historische Fehler haben ihre Gründe, und es ist daher nützlich, sich klar zu machen, in welchem Kontext sie entstehen. »Es fehlt an Menschen, und Menschen sind in Massen da«, heißt es in Lenins *Was tun?* (LW 5, 484). Damit bringt Lenin 1902 den im rückständigen Russland besonders stark ausgeprägten Widerspruch auf den Begriff, dass »immer breitere Massen« (ebd., 485) mit der herrschenden Politik unzufrieden sind, und es gleichzeitig an Führern mangelt, die imstande wären, dem Protest Nachhaltigkeit und Konzentration zu verleihen. Zwar verfüge die russische Sozialdemokratie über ein »präzises, von allen angenommenes Programm« (LW 9, 6), doch die Hegemonie-Frage, die nach der »Führung der Massen« (ebd., 5), ist damit noch nicht beantwortet. Entscheidend ist, ob »die kämpfende politische Partei [...] die Revolution etwas lehren«, ob sie ihr den »proletarischen Stempel« aufdrücken und also ihre »Verbindung

mit der Masse« festigen kann (ebd., 4). Doch wie soll diese Verbindung zustande kommen, wo ein Großteil der sozialdemokratischen Politiker und Publizisten nach Sibirien bzw. ins westeuropäische Ausland verbannt ist? Aus dieser Situation erwächst, zu Beginn des 20. Jahrhunderts, Lenins Vorstellung von der Notwendigkeit einer »straff organisierten Partei« (LW 5, 6), die fähig wird, einen Stellungskrieg auf längere Sicht zu führen und den Aktionismus terroristischer Anschläge zu überwinden. Ihre Voraussetzung ist eine periodische Presse, die als ein »kollektiver Organisator« (ebd., 11, 518) dem wach gewordenen Interesse an »Fragen des Sozialismus« (ebd., 9) entsprechen kann. Als eine Partei von Berufsrevolutionären konzipiert, deren »rücksichtslosen Zentralismus« Luxemburg schon früh, in den Jahren 1903/04, kritisierte (ebd., GW 1/2, 425), wird sie in und nach der Oktoberrevolution zur Massen-Partei – nicht im Sinne einer Partei der Massen selbst, sondern einer Partei, die ihre im engen Kreis getroffenen Entscheidungen mit dem Bezug auf »die Massen« legitimiert. Die Konzentration aller Leitungskompetenzen in der Staat gewordenen Partei enteignet die Massen und verurteilt sie zur Passivität. Dies entzieht dem sozialistischen Projekt die Anziehungskraft und lässt die Rede von der »Schöpferkraft der Massen« zur leeren Rhetorik verkommen. Auch die sozialistische Bewegung muss eine Antwort auf den Gegensatz von Elite und Masse finden.

Als Lenin 1920 in einer Broschüre der Frankfurter Ortsgruppe der KPD auf die Entgegensetzung von »Führerpartei« und »Massenpartei« stößt, sieht er darin eine »›linke‹ Kinderei« (LW 31, 25f), die den Bolschewiki an der Macht nichts zu sagen hat. Sie konnte in Mode kommen, weil der moderne Imperialismus in der Zweiten Internationale den »Typus der verräterischen Führer« hervorgebracht und zur »Isolierung der opportunistischen Parteien von den ›Massen‹« geführt hat (ebd., 27) – ein Vorgang, den Luxemburg immer kritisiert hat. Wie hängt das eine mit dem anderen zusammen? »Mit der Avantgarde allein kann man nicht siegen« (ebd., 80), sagt Lenin. Es bedarf – in diesem Punkt ist sich Lenin mit Luxemburg einig – »der eigenen politischen Erfahrung dieser Massen« (ebd.), doch was tun, wenn die Partei inzwischen zugleich »Massenpartei« und »Regierungspartei« geworden ist, deren »Geschlossenheit« auf dem Spiel steht, und das Austragen von Meinungsverschiedenheiten als »Diskussionssucht« und mithin als »Bedrohung« wahrgenommen wird (LW 32, 176f)?

Noch ein Jahr nach der Ermordung Luxemburgs und Liebknechts im Zuge der Niederschlagung des Berliner Revolutionsversuchs ist Lenin sich sicher, dass »*alle* Länder« in einigen wesentlichen Fragen »dasselbe werden durchmachen müssen, was Russland durchgemacht hat« (LW 31, 15). Er beharrt auf »strengster Zentralisation und Disziplin«, um den »Kampf gegen die Mächte und Traditionen der alten Gesellschaft«, die »fürchterlichste Macht«, die der »Gewohnheit« (ebd., 29), zu führen. Doch im Kampf gegen die Gewohnheit, gegen die von den »Kleinbesitzern« ins Werk gesetzte, »tagtägliche, alltägliche, unmerkliche, unfassbare, zersetzende«, die Restauration der Bourgeoisie befördernde Tätigkeit (ebd., 29f.), wirkt das Beharren auf Zentralisation und Disziplin wie ein Schmerzmittel, das die Ursachen der Krankheit unangetastet lässt. Diese Ursache sei der Zentralismus, der, wie Gramsci 1926 befürchtet, die Einheit »mechanisch« erzwingt, statt auf Konsens und Überzeugung zu setzen (Neubert 1991, 76).

Luxemburgs Lerntheorie

»Die Masse muss, indem sie Macht ausübt, lernen, Macht auszuüben. Es gibt kein anderes Mittel, ihr das beizubringen.« (GW 4, 509f.). Das sagt Luxemburg beim Gründungsparteitag der KPD 1918/19, zwei Wochen vor ihrer Ermordung. Es ist nicht neu, dass sie das sagt. Beim Dresdner Parteitag von 1903 betonte sie, dass es auf die »*eigene* Einsicht der Massen in ihre Aufgaben und Wege« (GW 1/2, 396) ankommt. Die Einsicht, erinnern wir uns, die Haug als das vermittelnde Glied zwischen Selbstdenken und Verbindlichkeit bezeichnete. Luxemburg ging damals so weit, das Verhältnis von Führenden und Geführten auf den Kopf zu stellen: Das Ansehen der Führer wachse »im Verhältnis, wie sie die bisherige Grundlage jeder Führerschaft, die Blindheit der Masse, zerstören« und »die Masse zur Führerin und sich selbst zu *Ausführern*, zu Werkzeugen der bewussten Massenaktion machen« (ebd.). Indem Luxemburg postuliert, dass die bisher Führenden nun nur noch ›Ausführende‹ sein sollen, wird sie allerdings ihrem eigenen Anspruch nicht gerecht. Denn worauf es ankommt, ist eine Organisationsstruktur, die den wechselseitigen Austausch befördert, Führung also nicht als Amt, als bürokratische Funktion, sondern als Resultat wirklicher Praxis versteht.

Solche Formulierungen, isoliert genommen, haben die Meinung befördert, Luxemburg habe die Massen überschätzt. Tatsächlich geht es ihr aber darum, die Dialektik zwischen Führung und Masse in Bewegung zu halten. Auch der »idealste Parteivorstand« muss im »bürokratischen Schlendrian« versinken, wenn »das selbständige geistige Leben der Parteimasse nicht rege genug« (GW 3, 40) ist. Um aber die Funktion des kritischen Korrektivs von unten ausüben zu können, bedarf es »der politischen Erziehung der Massen« – nicht um sie zu gängeln, sondern um sie zu befähigen,

»selbst strategisch zu handeln«, wie Frigga Haug schreibt (Haug 2007, 47). Schulung und Lernen sind möglich nur als »Selbsttätigkeit der Massen« (ebd., 48).

Selbsttätigkeit – im Ersten Weltkrieg beharrt Luxemburg darauf, dass »die Millionen Arbeiter in allen Ländern [...] sich selbst befreien müssen«, um der »gegenseitigen Abschlachtung der Völker« (GW 4, 208) ein Ende zu bereiten. Die Oktoberrevolution, die ihren Weg »unter völligem Versagen des internationalen Proletariats« (GW 4, 334) gehen musste, zeige, dass nicht durch »Erzeugung einer revolutionären Hurrastimmung, sondern umgekehrt nur durch Einsicht in den ganzen furchtbaren Ernst [...] die geschichtliche Aktionsfähigkeit des deutschen Proletariats geboren werden« (ebd., 335) kann. Allein der »Lenin-Partei« sei es gelungen, die Revolution aus dem Engpass seit Februar 1917 herauszuführen, indem sie die einzige die Revolution vorantreibende Taktik proklamierte, die »ganze Macht ausschließlich in die Hände der Arbeiter- und Bauernmasse, in die Hände der Sowjets« (ebd., 338) zu legen. Sie konnte damit Arbeiter, Bauern, Soldaten und revolutionär gesinnte Demokraten, d.h. »alle wirklichen Volksmassen [...] unter ihrer Fahne sammeln« (ebd., 339).
Aber diese Situation »erschöpfte sich nach wenigen Monaten in der Alternative: Sieg der Konterrevolution oder Diktatur des Proletariats« – und stellte die Revolutionäre wie in allen früheren Revolutionen vor die Aufgabe, entweder »alle Hindernisse« entschlossen niederzuwerfen oder hinter den Ausgangspunkt der Revolution »zurückgeworfen« zu werden (ebd.). Wenn Luxemburg nun aber trotzdem die Auflösung der Konstituierenden Versammlung im November 1917, die aus »allgemeinen Volkswahlen hervorgegangene Volksvertretung« (ebd., 354), kritisiert, so deshalb, weil diese die »Beseitigung der Demokratie überhaupt«, das Übel, das es steuern soll, noch verstärkt. »Es verschüttet nämlich den lebendigen Quell selbst, aus dem heraus alle angeborenen Unzulänglichkeiten der sozialen Institutionen allein korrigiert werden können: das aktive, ungehemmte, energische politische Leben der breitesten Volksmassen« (ebd., 355f).

Abschließend noch einen Blick auf Gramsci, der ja in demselben Problem des Verhältnisses von Führenden und Geführten, Intellektuellen und Einfachen die Kernfrage linker Politik sieht. Er spricht vom

> »Übergang vom Wissen zum Verstehen, zum Fühlen, und umgekehrt, vom Fühlen zum Verstehen, zum Wissen. Das volkshafte Element ›fühlt‹, aber versteht oder weiß nicht immer; das intellektuelle Element ›weiß‹, aber es versteht und vor allem ›fühlt‹ nicht immer. [...] Der Irrtum des Intellektuellen besteht {im Glauben}, man könne *wissen* ohne zu verstehen und besonders ohne zu fühlen und leidenschaftlich zu sein [...]; man macht keine Politik-Geschichte ohne diese Leidenschaft, das heißt

> ohne diese Gefühlsverbindung zwischen Intellektuellen und Volk-Nation. Bei Abwesenheit einer solchen Verbindung sind bzw. reduzieren sich die Beziehungen des Intellektuellen zum Volk-Nation auf Beziehungen rein bürokratischer, formaler Art; die Intellektuellen werden zu einer Kaste oder einer Priesterschaft (sogenannter organischer Zentralismus). Wenn das Verhältnis zwischen Intellektuellen und Volk-Nation, zwischen Führenden und Geführten, zwischen Regierenden und Regierten durch einen organischen Zusammenhalt gegeben ist, in dem das Gefühl-Leidenschaft zum Verstehen und folglich zum Wissen wird [...], nur dann ist die Beziehung eine der Repräsentanz und kommt es zum Austausch individueller Elemente zwischen Regierten und Regierenden, zwischen Geführten und Führenden, das heißt, es verwirklicht sich das gemeinsame Leben, das allein die soziale Kraft ist, es bildet sich der ›geschichtliche Block‹.« (Gramsci, H. 11, §67, 1490)

Die Block-Metapher ist übrigens die einzige Stelle in Weiss' Notizbüchern, an denen Gramsci direkt genannt wird. Weiss nannte es

> »richtig für uns, sich des Begriffs der Diktatur des Proletariats zu entledigen. Es gibt in unsern Ländern die bestimmte Klasse, die sich Proletariat nennen ließe, nicht mehr, hier bestehn nur die großen Blockbildungen von Menschen, die miteinander durch die gleichen Interessen, die gleichen Wünsche, den gleichen Überdruss verbunden sind (wie von Gramsci definiert), und wie sie deutlich in Erscheinung treten in der kommunistischen Bewegung Italiens, Spaniens, Frankreichs.« (Weiss 1981, 749)

Der »Block« tritt bei Gramsci in verschiedenen Kontexten auf, als »geschichtlicher Block«, »städtischer« und »ländlicher« Block, »reaktionärer« Block, »ideologischer«, der »Block aus Bürgertum und Volk«, und viele andere mehr. Mit dem Begriff des Blocks versucht er dem Umstand Rechnung zu tragen, dass nicht die ökonomischen Klassen als solche Politik machen, sondern ihre Forderungen ins Politische übersetzt werden müssen, um eine Chance auf Durchsetzung zu haben. Die Politik ist die Ebene, auf der sich Konsens und Hegemonie geltend machen, Bündnisse eingegangen und wieder gelöst werden. Vom »Block« zu sprechen, heißt auch, dass die in ihm sich verbindenden Elemente gleichrangig, gleich wichtig sind. Wenn der »geschichtliche Block« nicht zustande kommt, wenn die Verbindung von Intellektuellen und Einfachen sich auflöst, werden die einen zu einer abgehobenen Kaste, die anderen zum Objekt von Politik, das immer mal wieder zu legitimatorischen Zwecken gebraucht wird. Das mit der Linie Luxemburg-Gramsci verbundene Ziel, die Entwicklung einer »Kunst des Regierens von unten«, ist dann blockiert.

Literatur

Brecht, Bertolt: Große kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe [Herausgegeben von. W. Hecht, J. Knopf, W. Mittenzwei u. K.-D. Müller, 30 Bände., 1989ff].

Gramsci, Antonio: Gefängnishefte. [Kritische Gesamtausgabe auf der Grundlage der von Valentino Gerratana besorgten Edition, herausgegeben. von Klaus Bochmann, Wolfgang Fritz Haug u. Peter Jehle (ab Band. 7), 10 Bände. 1991–2002]. Hamburg. (zit. Heft/Paragraph/Seite).

Haug, Frigga (2007): Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik. Hamburg.

Haug, Wolfgang Fritz (1976): Das sozialistische Kollektiv braucht denkende Individuen und durch Einsicht vermittelte Verbindlichkeit. In: Das Argument 98, 18/4, 19648–667.

Lenin, Wladimir I. Ulyanov: Werke, 40 Bände., 2 Ergänzungsbände 1953ff. Berlin. (zit. LW)

Luxemburg, Rosa: Gesammelte Werke, Band 1–5 [Herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, 1970–75]. Berlin. (zit. GW).

Neubert, Harald (Hg.) (1991): Antonio Gramsci – vergessener Humanist? Eine Anthologie. Berlin.

Weiss, Peter (1975–1981): Ästhetik des Widerstands, 3 Bände. Frankfurt am Main.

Ders. (1981): Notizbücher 1971–1980, 2 Bände Frankfurt am Main.

ROSA LUXEMBURGS KRITIK DER NATION, DES NATIONALISMUS UND DER »›NATIONALEN‹ BEFREIUNG«

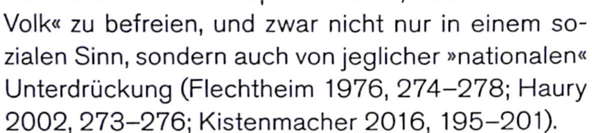
Olaf Kistenmacher

Seit jeher beschäftigt linke Bewegungen die Frage, wie sie sich gegenüber den Konzepten der Nation und der »nationalen Befreiung« positionieren sollen. Im Kontext der Solidarität mit antikolonialen Kämpfen, aber auch beim nationalen Selbstverständnis der Sowjetrepubliken war dieses Problem von Beginn an zentral. Welche Position Rosa Luxemburg einnahm, welche fatalen Fehler in der Linken ihrer Zeit begangen wurden und was sich daraus für die Gegenwart lernen lässt, erörterte der Historiker, Philosoph und Publizist Olaf Kistenmacher am 8. August 2019 bei der Kantine »Luxemburg«. Der ebenfalls in Frank Jacob/Jörn Schütrumpf (Hg.): 150 Years Rosa Luxemburg erschienene Text »Rosa Luxemburgs Kritik der ›nationalen Befreiung‹« stellt seine Thesen und Untersuchungen vor.

Seit ihren Anfängen im 19. Jahrhundert rief die organisierte Arbeiter_innenbewegung gegen Krieg und Imperialismus auf. Doch erst spät, zu einer Zeit, als die klassische Phase des Imperialismus ihrem Ende entgegenging, setzten sich führende Theoretikerinnen und Theoretiker der Sozialdemokratie umfassend mit dem Phänomen imperialistischer Politik auseinander: Vor dem Ersten Weltkrieg veröffentlichte Rosa Luxemburg ihre Studie *Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus* (Luxemburg 1969), vier Jahre später Wladimir I. Lenin seine Schrift *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* (Lenin 1971). Für die Kommunistische Internationale (Komintern), 1919 gegründet, war in den folgenden Jahrzehnten Lenins Analyse des Imperialismus grundlegend, während Luxemburgs Ansatz fast in Vergessenheit geraten war und zu Beginn des 20. Jahrhunderts zum Beispiel von dem Marxisten David Harvey quasi wiederentdeckt wurde, der in seinem Buch *Der neue Imperialismus* Luxemburgs Analyse mit der von Hannah Arendt verknüpft und versucht, für eine neue linke Bewegung gegen aktuelle imperialistische Politiken das theoretische Fundament zu legen (Harvey 2005, 136–141).

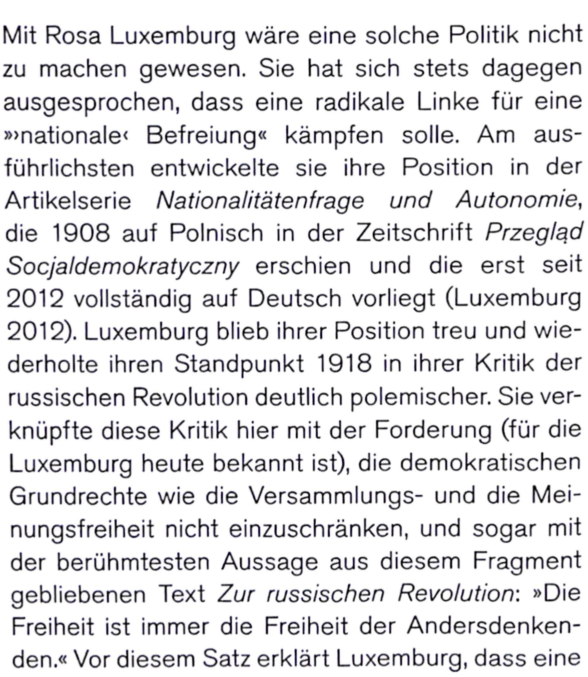
Die Analyse imperialistischer Politik, die Luxemburg 1912 vorgelegt hat, und die antiimperialistische Ausrichtung der Komintern, die letztlich auf Lenin zurückgeht, unterscheiden sich in einem Punkt wesentlich: Die Komintern verabschiedete Lenins »Thesen zur nationalen und kolonialen Frage« und bemühte sich fortan im Kampf gegen den Imperialismus um »das engste Bündnis« auch mit den »nationalen und kolonialen Befreiungsbewegungen«, die nichtkommunistisch oder -sozialistisch waren (Lenin 1966, 134). Allein, dass sie gegen die westlichen imperialen Mächte kämpften, sollte ausreichen, um sie als mögliche Bündnispartner der kommunistischen Parteien anzusehen. Zur gleichen Zeit erweiterte die Komintern den berühmten Aufruf aus dem *Kommunistischen Manifest* zu der Parole: »Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker der Welt, vereinigt euch!« (Sinowjew 1925) Die KPD behauptete, wie es die *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* ausdrückte, stets die »Einheit von proletarischem Internationalismus und Patriotismus« (Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED 1966, 259). Anders ausgedrückt, die kommunistischen Parteien versuchten immer wieder, die Einheit zwischen der »nationalen« und der »sozialen Befreiung« zu konstruieren – und das sollte wenig später sogar für nichtkoloniale Regio-

nen und Länder wie Deutschland gelten. Ein prägnantes Beispiel dafür ist das Parteiprogramm, das die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 1930 in Reaktion auf den unheimlichen Wahlerfolg der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) verabschiedete. Es trägt den Titel



Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes. Die KPD versprach damit, das »deutsche Volk« zu befreien, und zwar nicht nur in einem sozialen Sinn, sondern auch von jeglicher »nationalen« Unterdrückung (Flechtheim 1976, 274–278; Haury 2002, 273–276; Kistenmacher 2016, 195–201).





Mit Rosa Luxemburg wäre eine solche Politik nicht zu machen gewesen. Sie hat sich stets dagegen ausgesprochen, dass eine radikale Linke für eine »›nationale‹ Befreiung« kämpfen solle. Am ausführlichsten entwickelte sie ihre Position in der Artikelserie *Nationalitätenfrage und Autonomie*, die 1908 auf Polnisch in der Zeitschrift *Przegląd Socjaldemokratyczny* erschien und die erst seit 2012 vollständig auf Deutsch vorliegt (Luxemburg 2012). Luxemburg blieb ihrer Position treu und wiederholte ihren Standpunkt 1918 in ihrer Kritik der russischen Revolution deutlich polemischer. Sie verknüpfte diese Kritik hier mit der Forderung (für die Luxemburg heute bekannt ist), die demokratischen Grundrechte wie die Versammlungs- und die Meinungsfreiheit nicht einzuschränken, und sogar mit der berühmtesten Aussage aus diesem Fragment gebliebenen Text *Zur russischen Revolution*: »Die Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden.« Vor diesem Satz erklärt Luxemburg, dass eine »Freiheit«, die »nur für die Anhänger der Regierung« oder »nur für Mitglieder der Partei« gelte, keine Freiheit sei. Freiheit bemesse sich daran, inwieweit sich auch oppositionelle oder abweichende Stimmen Gehör verschaffen können. Denn wesentlich für eine sozialistische oder kommunistische Revolution sei, was das Proletariat wolle. Deswegen sei es notwendig, dass sich Menschen versammeln, öffentlich diskutieren und so ihre eigene Meinung bilden können.

In diesem Zusammenhang stellte sie die demokratischen Grundrechte, die die Kommunistische Partei Russlands (Bolschewiki) einzuschränken begonnen hatte, dem angeblichen

Recht auf »nationale Selbstbestimmung« gegenüber und schrieb:

> »Der Widerspruch, der hier klafft, ist um so unverständlicher, als es sich bei den demokratischen Formen des politischen Lebens in jedem Lande [...] tatsächlich um höchst wertvolle, ja unentbehrliche Grundlagen der sozialistischen Politik handelt, während das famose ›Selbstbestimmungsrecht der Nationen‹ nichts als hohle kleinbürgerliche Phraseologie und Humbug ist.« (Luxemburg 2006, 81)

Die Nationalitätenpolitik der Bolschewiki und »die ganze nationale Bewegung« stellten, so Luxemburg ein Jahr nach der Revolution in Russland, »die größte Gefahr für den internationalen Sozialismus« dar (ebd., 86). Schon zehn Jahre zuvor hatte sie dem sogenannten Selbstbestimmungsrecht der Nationen eine eindeutige Absage erteilt. In *Nationalitätenfrage und Autonomie* hatte sie geschrieben: »Die Sozialdemokratie ist also nicht zur Verwirklichung eines Selbstbestimmungsrechts der Nationen berufen, sondern des Selbstbestimmungsrechts der arbeitenden Klasse, der ausgebeuteten und unterdrückten Klasse – des Proletariats« (Luxemburg 2012, 73). Trotz dieser Kontinuität in ihrem Denken zweifelte selbst eine gute Freundin von Luxemburg, Clara Zetkin, ob der Text *Zur russischen Revolution* von 1918 authentisch sei. Er wurde erst zwei Jahre nach Luxemburgs Ermordung veröffentlicht, und Zetkin schrieb mit einem Genossen in der Tageszeitung der KPD, *Die Rote Fahne*, dass dieser Text *»in wichtigsten Fragen nicht der Auffassung entspricht, die Rosa Luxemburg nach ihrer Befreiung aus der Schutzhaft und bis zu ihrer Ermordung in der Öffentlichkeit vertreten«* habe (Warski/Zetkin 2017, Hervorhebungen im Original).

In den 1920er-Jahren beauftragte die KPD ihr Mitglied Paul Frölich, Luxemburgs Schriften zu veröffentlichen. Doch Frölich wurde 1928 aus der Partei ausgeschlossen; damit lag das Projekt brach. Allerdings hätte er gerade zur Frage der Nation Luxemburgs Standpunkt nicht stärken können. Wie er 1939 in seiner Biografie *Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat* deutlich machte, war er der Meinung, in »einem Punkte« habe sich Luxemburg geirrt: in ihrem »temperamentvollen Angriff auf die Losung des Selbstbestimmungsrechts der Völker« (Frölich 1967, 291). Nach dem Zweiten Weltkrieg knüpfte die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands an die Position der KPD

an. In der *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* heißt es grundsätzlich, ohne dass Luxemburgs Name genannt wird, das Zentralkomitee der KPD habe sich mit der *Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes* 1930 »gegen jede Unterschätzung nationaler Interessen, gegen Tendenzen eines nationalen Nihilismus, gegen Auffassungen, die die Einheit von proletarischem Internationalismus und Patriotismus negierte und statt dessen einen Gegensatz zwischen diesen beiden Komponenten [...] konstruierten«, gestellt (Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED 1966, 259). Um zu verdeutlichen, dass die KPD mit dem neuen Parteiprogramm keinen Kurswechsel gegenüber den Jahren zuvor vorgenommen habe, sondern ihrer Position treu geblieben sei, zitiert die *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* eine Aussage Ernst Thälmanns aus dem Jahr seiner Ernennung zum Parteivorsitzenden: »›Die KPD ist die einzige Partei, die das Recht hat, vom Schutze der Nation zu reden. Die 90 Prozent der Werktätigen – sie verkörpern die Nation, und wir kämpfen für ihre Interessen‹, hatte Ernst Thälmann schon am 27. März 1925 erklärt« (ebd., 260).

Aus dieser Rezeptionsgeschichte ist möglicherweise erklärbar, warum sich selbst die radikale Linke, die ab 1989/90 in Ost- und West-Deutschland unter dem Label ›antinational‹ zusammenfand, auffällig selten auf Luxemburg bezogen hat. Auf Demonstrationen und Plakaten diente nicht Luxemburgs Porträt, sondern das Konterfei Marlene Dietrichs und ihre Aussage »Deutschland? Nie wieder!« als Erkennungszeichen. Es wäre reizvoll zu erforschen, inwieweit diese Strömung, die seit den 1990er Jahren die Monatszeitschrift *Konkret* und später die *Jungle World* prägt, gleichwohl von Luxemburgs Denken beeinflusst worden ist, sei es bewusst oder unbewusst (Kongreß der Radikalen Linken 1990; Gerber 2010; Ogman 2013; Wohlfahrtsausschüsse 1994).

Eine Kritik in fünf Punkten. Luxemburgs *Nationalitätenfrage und Autonomie*

Mit der Artikelserie *Nationalitätenfrage und Autonomie* reagierte Luxemburg 1908 darauf, dass die russische Sozialdemokratische um Lenin, also die späteren Bolschewiki, das »Selbstbestimmungsrecht der Nationen« in ihr Programm aufnahm. »In den Reihen des internationalen Sozialismus« sei »die russische Arbeiterpartei die einzige, deren Programm die Forderung ent-

hält, den ›Nationen das Selbstbestimmungsrecht‹ zu garantieren«, führte sie gleich zu Beginn aus (Luxemburg 2012, 48). Gegen diese Formel stellte sie einen klar internationalistischen und proletarischen Standpunkt. »Was an dieser Formel vor allem auffällt, ist der Umstand, daß sie nichts enthält, was spezifisch mit Sozialismus oder Arbeiterpolitik verbunden wäre« (ebd., 45). Ein »Recht der Nationen« sei vielmehr eine »metaphysische Phrase«, und so habe eine marxistische Gesellschaftsanalyse die Aufgabe, ebendiese Vorstellung der »Nation« als einer »gleichartigen gesellschaftlichen und politischen Einheit« zu kritisieren und zu überwinden. Ein solches Konzept der »Nation« sei ein Beispiel für jene »Kategorien der bürgerlichen Ideologie, die durch die Marxsche Theorie einer radikalen Revision unterzogen wurden, indem sie aufzeigte, daß hinter dem Nebelschleier solcher Begriffe wie ›bürgerliche Freiheit‹, ›Gleichheit vor dem Gesetz‹ usw. sich jedesmal ein vollkommen bestimmter geschichtlicher Inhalt verbirgt« (ebd., 69).

So sei es alles andere als überraschend, dass sich quasi jede politische Strömung auf den »Willen« der »Nation« berufe und dass jede politische Partei beanspruche, »im Namen der ›Nation‹« zu sprechen. Luxemburg selbst sprach von der ›Nation‹ fast nur in Anführungszeichen. Mit Verweis auf die französische Geschichte des 19. Jahrhunderts führte sie aus, 1848 habe im Land der bürgerlichen Aufklärung »der Wille der ›Nation‹ zuerst die Republik ein[gesetzt] und die provisorische Regierung, danach die Nationalversammlung und schließlich Louis Bonaparte, der sowohl die Republik als auch die provisorische Regierung und Nationalversammlung beseitigen ließ«. In Russland wiederum seien im Namen der »Nation« Bauernaufstände begonnen oder antisemitische Pogrome verübt worden. Welche politische Partei, fragte Luxemburg rhetorisch, würde »nicht von sich behaupten, sie sei unter all den anderen die eigentliche, die wirkliche Vertreterin des Willens der ›Nation‹« (Luxemburg 2012, 74). Ihre eigene Partei, die Socjaldemokracja Królestwa Polskiego i Litwy (SDKPiL), habe deswegen »niemals den Anspruch erhoben, im Namen der ›Nation‹ zu sprechen« (ebd., 79).

Außerdem seien es für gewöhnlich »Klassenbewegungen der herrschenden Schicht der Bourgeoisie«, die sich als »›nationale‹ Bewegungen« präsentieren oder ihre Kämpfe als »Kämpfe für ›nationale‹ Interessen« ausgeben (ebd., 70). Aktuell lässt sich das Gleiche beim Begriff »Volk« feststellen, der in der

DDR um 1989 vielleicht noch als Bezeichnung für die Mehrheit der Bevölkerung gelten konnte, den sich aber sehr schnell vor allem rechte Strömungen zu eigen machen konnten, deren Auffassung vom ›Volk‹ antipluralistisch, wenn nicht sogar explizit völkisch ist (Ogman 2013, 40). Die Parole »Wir sind das Volk« kann zwar bedeuten: Wir sind die Bevölkerung, wir haben ganz verschiedene Meinungen und Positionen, die in einer Demokratie erhört werden müssen. Aber bei den »Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes« (Pegida) oder der Alternative für Deutschland (AfD) heißt »Wir sind das Volk« nichts anderes als dass die, die das rufen, sich als die eigentlichen Vertreter_innen der Meinung des »deutschen Volkes« wähnen, das angeblich nur einen einzigen Willen und eine einzige Meinung hat, während die gewählte Regierung unter Angela Merkel und die »Lügenpresse« angeblich von fremden Mächten beherrscht würden.

Für Luxemburgs klare Ablehnung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen gab es noch einen praktischen Grund. Als sie 1908 die Artikelserie *Nationalitätenfrage und Autonomie* verfasste, ging sie, wie es seit Karl Marx offizielle Position der sozialistischen Linken war, davon aus, dass nur eine Weltrevolution die Verhältnisse umwerfen und die kapitalistische Vergesellschaftung überwinden könne. Deswegen sei »die großstaatliche Entwicklung« nützlicher als eine Aufteilung der Welt in eine Vielzahl kleiner autonomer Staaten. Als hätte sie die spätere Entwicklung Russlands und des »Sozialismus in einem Lande« unter Stalin vorhergesehen, schrieb sie 1908, kein »an jedes gesonderte Fleckchen Erde angepaßter ›Sozialismus‹, nicht die Diktatur im letzten Winkel« sei die »historische Mission des Proletariats, sondern die Weltrevolution« (Luxemburg 2012, 111). Und so ähnle »die Idee, allen ›Nationen‹ die Möglichkeit der Selbstbestimmung zu geben, mindestens der Perspektive einer Umkehr von der großkapitalistischen Entwicklung hin zu den mittelalterlichen Kleinstaaten und das weit hinter das 15. und 16. Jahrhundert zurück« (ebd., 65).

Es sei ohnehin ein grundsätzliches Missverständnis, wenn man annehme, dass das Proletariat Nationalstaaten aufzubauen habe. Die »Schaffung des modernen ›National‹-Staates« war, so Luxemburg, die historische Berufung der Bourgeoisie. Die »geschichtliche Aufgabe des Proletariats« sei nun hingegen die »Abschaffung dieses Staates als politische Form des Kapitalismus« (Luxemburg 2012, 93). Vergleicht man den Ton ihrer

Artikelserie von 1908/09 mit dem ihrer Kritiken zehn Jahre später, erscheint *Nationalitätenfrage und Autonomie* weniger harsch. Das mag daran liegen, dass Luxemburg vor dem Ersten Weltkrieg noch glauben konnte, eine Mehrheitsposition zu vertreten. Immerhin hatte kein Geringerer als Lenin, wenngleich anonym publiziert, 1903 in einem Zeitschriftenbeitrag ebenfalls betont, es sei »nicht Sache des Proletariats, Föderalismus und nationale Autonomie zu propagieren, es ist nicht Sache des Proletariats, Forderungen aufzustellen, die unweigerlich auf die Forderung hinauslaufen, einen autonomen Klassenstaat zu bilden« (zitiert nach Politt 2012, 22). In *Staat und Revolution* kündigte Lenin 1917 überdies an, dass nach einer Revolution der Staat nur für eine Übergangszeit bestehen und im Kommunismus *»absterben«* würde. Beim »*Übergang* vom Kapitalismus zum Kommunismus« diene eine »Maschine zur Unterdrückung« dazu, die früheren Unterdrücker davon abzuhalten, ihre alte Macht zurückzuerlangen. Aber das sei »bereits ein Übergangsstaat, kein Staat im eigentlichen Sinn mehr« (Lenin, 95). Wie man weiß, hat sich dieses Versprechen im realexistierenden Sozialismus nicht erfüllt.



Ein weiterer Punkt in Luxemburgs Kritik ist deswegen bemerkenswert, weil er eine Kritik der späteren antiimperialistischen Ausrichtung der Komintern vorwegnahm. Luxemburg analysierte 1908 den »zweischneidigen Charakter der ›nationalen‹ Befreiung« in den Kolonien europäischer Staaten. Ihre Beispiele sind nicht nur Brasilien oder Argentinien, sondern auch Australien und die Vereinigten Staaten von Amerika, die sich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts von England gelöst hatten. Die USA seien, so Luxemburg, mittlerweile

> »einer der wichtigsten Herde der imperialistischen Eroberung. Genauso erlangten Brasilien, Argentinien und weitere ehemalige Kolonien, in denen Auswanderer – Portugiesen und Spanier – das führende Element bilden, vor allem deshalb die Unabhängigkeit von den europäischen Staaten, um den Handel mit den Schwarzen selbständig durchführen und sie auf den Plantagen ausbeuten sowie alle schwächeren Kolonien in der Umgebung annektieren zu können.« (Luxemburg 2012, 68)

Durch ihre »nationale« Unabhängigkeit werde die Unterdrückung von Menschen nicht aufgehoben, sondern die »unabhängig« gewordenen Staaten haben nur die Rolle gewechselt und sind nun selbst in der Position, andere zu unterdrücken. Am System der imperialistischen Ausbeutung und Unterdrückung ändere sich dadurch nichts. Als sich Australien aus der »Lage herkömmlicher englischer Kolonien befreit« habe und seine Unabhängigkeit beanspruchte, habe es, schreibt Luxemburg, »sofort mit der Eroberungspolitik« begonnen, »nämlich gegen die Neuen Hebriden und gegen Neuguinea, um bei dieser Gelegenheit, hierin geschickt die Vereinigten Staaten von Amerika nachahmend, die sonderbare ›nationale‹ Doktrin zu verkünden, daß ›Australien den Australiern gehören soll‹« (ebd., 97f.).

Schließlich war die Artikelserie *Nationalitätenfrage und Autonomie* Luxemburgs Auseinandersetzung mit der anderen polnischen sozialdemokratischen Partei, der Polska Partia Socjalistyczna (PPS), geschuldet. Die PPS hatte bis ins frühe 20. Jahrhundert die »Wiederherstellung Polens« gefordert und als Bedingung für eine sozialistische Revolution genannt (ebd., 102). Auch nachdem sie diese Forderung aufgegeben hatte, bestanden in der PPS patriotische Positionen weiter. Als polnische Nationalliberale fünf Jahre nach der gescheiterten Revolution von 1905/06 eine antisemitische Kampagne gegen die SDKPiL, die Partei Luxemburgs, führten und sich Mitglieder der PPS daran beteiligten, war Luxemburg entsetzt. »Die letzten Monate«, schrieb sie in einem von mehreren Artikeln zu dieser Hetzkampagne, hätten eine Tatsache hervorgebracht, die »noch nie dagewesen, solange die Welt besteht: An der antisemitischen Hetze hat sich eine Gruppe beteiligt, die sich sozialistisch schimpft, und zwar die ›Revolutionäre‹ Fraktion der PPS« (Luxemburg 2014, 89). Zur Erklärung dieses neuen Phänomens führte sie an, dass Judenfeindschaft immer eine Folge des Nationalismus sei. Es sei eine »Illusion« zu glauben, man könne »ein Sozialnationalist« sein, »ohne Antisemit zu sein«, schrieb Luxemburg an die Adresse jüngerer Mitglieder der PPS, die sich nicht selbst an der Kampagne beteiligt hatten. Die »Pestflut des Antisemitismus« ginge »überall auf der Welt mit dem Nationalismus« einher (ebd., 93).

In *Nationalitätenfrage und Autonomie* zeigt Luxemburg nur in einem Punkt Verständnis für »nationale« Forderungen, und zwar im Hinblick auf die kulturelle Autonomie jeder und jedes

Einzelnen. Für den »Bewußtwerdungsprozeß und den Klassenkampf des Proletariats« seien die Möglichkeiten zur individuellen Bildung wie Presse, Publikationsmöglichkeiten, alle Art von veröffentlichten Schriften unbedingt nötig (Luxemburg 2012, 162f.). Die Voraussetzung dafür sei, dass sich jede und jeder in ihrer und seiner Sprache über wissenschaftliche Erkenntnisse oder politische Debatten informieren und sich an ihnen beteiligen könne. Das ließe sich, so Luxemburgs optimistische Prognose, über die lokale »Selbstverwaltung« regeln, die »jeder Nationalität« die Möglichkeit bieten könne, »eigene Bildungseinrichtungen und kulturelle Einrichtungen« in den Gemeinden zu schaffen, in denen die jeweilige nationale Gruppe »zahlenmäßig überlegen« sei (ebd., 179). Die Wichtigkeit, politische Willensbildung zu ermöglichen, betonte sie in ihrer Kritik der russischen Revolution noch stärker und grenzte sie, wie bereits zitiert, vom vermeintlichen Selbstbestimmungsrecht der Nationen ab.

»China den Chinesen«, »Australien den Australiern«?

In *Nationalitätenfrage und Autonomie* unterschied Rosa Luxemburg klar zwischen »nationalen« Interessen und einer proletarischen Politik unterschieden und der Idee widersprochen, eine sozialistische oder kommunistische Linke hätte für die »›nationale‹ Befreiung« zu kämpfen. Die Parole »Australien den Australiern« diente in ihrer Argumentation als Erkennungszeichen einer vermeintlichen Befreiungspolitik, die nur dazu führen würde, bei der Unterdrückung von Menschen die Seiten zu wechseln. In den Jahren der Weimarer Republik erschienen in der Tageszeitung der KPD, *Die Rote Fahne*, zahlreiche Beiträge über die Situation in China, und der Aufruf »China den Chinesen« diente als kurze Formel dessen, wofür die Komintern aktuell kämpfe. Im Juni 1925 kündigte die Zeitschrift unter der Überschrift »China den Chinesen!« eine Veranstaltung mit Ruth Fischer, bis in dieses Jahr mit Arkadij Maslow Vorsitzende der Partei, dem im Herbst desselben Jahres folgenden Parteivorsitzenden Ernst Thälmann und einem chinesischen Genossen an (N.N. 1925a). In einem Gastbeitrag schrieb ein chinesischer Kommunist: »Schanghai gehört also nicht den Chinesen, sondern den Imperialisten« (N.N. 1925b). Eine solche Aussage implizierte im Umkehrschluss, dass die Unterdrückung der chinesischen Bevölkerung Schanghais beendet wäre, wenn die Stadt »den Chinesen« zurückgegeben

würde. Dass diese Gleichung nicht aufging, zeigte sich 1927 auf grausame Weise.

Gemäß ihren Grundsätzen unterstützte die Komintern im Kampf gegen Großbritannien sowohl die Kommunistische Partei Chinas (KP China) als auch die bürgerliche Nationalbewegung Kuomintang, die von Tschang Kai-shek angeführt wurde. Im Frühjahr 1927 kam es zwischen beiden Strömungen zum Konflikt, Tschang erklärte Sowjetrussland und die kommunistischen Parteien zu Feinden. Als Schanghai, wie zuvor erhofft, im April 1927 von der Kuomintang eingenommen wurde, richteten Tschangs Truppen unter den Mitgliedern der Gewerkschaften und der KP China ein Massaker an. »In einer Nacht wurde so die Arbeiterklasse von ihrem offiziellen Verbündeten besiegt und erdrosselt«, kommentierte Victor Serge, der in Leningrad die Presse durchsah und für die französische Zeitschrift *Clarté* arbeitete, entsetzt (Serge 1975, 22). Kurz darauf verließ Arthur Rosenberg auch deswegen die KPD. In einer im sozialdemokratischen *Vorwärts* veröffentlichten Erklärung nannte er »die kommunistische Niederlage in China und die Unterordnung der verschiedenen kommunistischen Parteien unter die Moskauer Politik« als Gründe für seinen Parteiaustritt (Rosenberg 1927). Fünf Jahre später resümierte Rosenberg, als parteiloser Kommunist eher Historiker als Aktivist, in seiner *Geschichte des Bolschewismus*, 1927 habe »die China-Politik Stalins ein klägliches Ende« gefunden.

> »Alles, was man an Autorität und Erfolgen in Asien errungen hatte, war verloren. Die Sympathie der chinesischen Nationalpartei für Sowjetrußland hatte sich in erbitterte Feindschaft verwandelt. [...] Am Ende waren die Massen geschlagen, und die bürgerliche Tendenz in der Kuomintang triumphierte.« (Rosenberg 1966, 240)

1929 musste sogar die *Rote Fahne* berichten: »Tschangkaischek mordet Sowjetbürger« (N.N. 1920b).

Im britischen Mandatsgebiet Palästina war die Unterstützung des »nationalen« Befreiungskampfes noch befremdlicher. Denn im Nahen Osten förderte die Komintern ausschließlich den arabischen Nationalismus, obwohl dort keine arabische kommunistische Partei existierte, sondern nur eine jüdisch-arabische. Die Kommunistische Partei Palästinas (KP Palästinas) war 1923 von Jüdinnen und Juden gegründet worden,

hatte allerdings mit der seit 1919 bestehenden Mifleget Poalim Sozialistim und der von dieser 1922 abgespaltenen Jüdischen Kommunistischen Partei gemeinsame Vorläuferinnen. Zu dieser Zeit gab es »außer ihr keine nennenswerten sozialistischen Organisationen im arabischen Osten«, wie Alexander Flores in seiner Studie über den Sozialismus im Nahen Osten schreibt (Flores 1980, XII, 238–281). Die KP Palästinas vertrat eine dezidiert antizionistische Position; ihre jüdischen Mitglieder strebten keinen jüdischen Staat an. Sie war, wie der Historiker Mario Keßler schreibt, die »einzige politische Kraft« innerhalb der jüdischen Community, dem Jischuw, die »nicht nur den Zionismus ablehnte, sondern dies mit einem Kampf gegen arabischen Chauvinismus und britische Mandatspolitik verband« (Keßler 1994, 96). Es hätte also gute Gründe für die Komintern gegeben, die KP Palästinas vorbehaltlos zu unterstützen. Zugleich bemühte sich die Partei, arabische Mitglieder zu gewinnen, was ihr im Lauf der 1920er-Jahre auch gelungen ist. Musa Budeiri hebt deswegen in seiner Studie zur Geschichte dieser Partei hervor, dass bereits die Existenz einer kommunistischen Bewegung in Palästina, »uniting within its ranks Arab and Jewish members pointed to a possible future, at variance with both nationalism and capitalism« (Budeiri 2010, XIII). Die KP Palästinas war somit die einzige Partei, in der die nationale Identität ihrer Mitglieder keine Rolle mehr spielen sollte, in der sich arabische und jüdische Mitglieder zu einer politischen Kraft vereinten und, wie Budeiri schreibt, eine mögliche friedliche Zukunft verkörperten.

Die Komintern bestand allerdings trotzdem auf der Forderung der weiteren »Arabisierung« der Partei. Was sie sich von der Förderung des arabischen Nationalismus versprach, beschrieb Joseph Berger, in den 1920er-Jahren Vorsitzender der KP Palästinas und später in der Liga gegen Imperialismus tätig, in seinen Lebenserinnerungen: »The nationalism of colonial populations ought [...] to be encouraged and used as a weapon against imperialism. They could be weaned from it later, with the growth of the proletariat and of political life« (Berger 1971, 100). Man könne also den Nationalismus der unterdrückten Bevölkerung im Kampf gegen den Imperialismus nutzen und sich dieses Mittels später wieder entledigen, wenn der Nationalismus seinen Dienst getan hatte. Dass die Mitglieder der KP Palästinas diese Politik unterstützten und dabei mitwirkten, war vor dem Hintergrund besonders erstaunlich, dass sie selbst wiederholt von einem nationalistischen arabischen Mob

angegriffen worden waren. Ein Parteimitglied beschrieb in der *Internationalen Pressekorrespondenz (Inprekorr)*, dem Organ der Komintern, die Gefahren, die entstünden, wenn man den arabischen Nationalismus befeuere:

> »Am 1. Mai 1921 veranstalteten die Kommunisten eine Demonstration, die von den Mitgliedern der gelben Gewerkschaften angegriffen wurde. Die eingeborene Bevölkerung, deren Pogromstimmung von den englischen und französischen Provokateuren und von ihren eigenen Nationalisten schon lange geschürt wurde und die den Sinn der Demonstration nicht begriff, stürzte sich auf die Demonstranten und ging dann zu einem allgemeinen Pogrom gegen die Juden über.« (Awigdur 1997, 4)

In den 1920er-Jahren hat sich im britischen Mandatsgebiet Palästina innerhalb der christlichen und muslimischen Bevölkerung eine spezifische Judenfeindschaft entwickelt, die sich gegen die ›Juden‹ als Fremde, als Verkörperung der Moderne und der westlichen Welt richtete. Der Kampf gegen die »zionistischen Kolonisatoren« wurde, wie Michael Kiefer in seiner Studie über Antisemitismus im Nahen Osten schreibt, »zunehmend von antisemitischen Feindbildern überformt [...], welche die Juden insgesamt als zersetzende, mordende und zur Verschwörung neigende Gruppe dämonisierten« (Kiefer 2002, 67, 70–71). Motive des modernen europäischen Antisemitismus fanden verstärkt Eingang in die arabische Nationalbewegung, zum Beispiel über den Jerusalemer »Großmufti« Amīn al-Husainī, der in den 1940er-Jahren in Berlin lebte, sich mehrmals mit Adolf Hitler traf und eine muslimische SS-Division aufbaute.

Pogrom oder Auftakt einer antiimperialistischen Aufstandsbewegung?

Zu den schwersten judenfeindlichen Ausschreitungen der 1920er-Jahre kam es im Spätsommer 1929. Im Lauf von über einer Woche wurden 133 Jüdinnen und Juden ermordet. Im gleichen Zeitraum wurden 116 Araberinnen und Araber getötet, in den meisten Fällen aber von Angehörigen des Militärs oder der Polizei, um sie von Gewalttaten abzuhalten (Krämer 2003, 264–273). Der Hass richtete sich nicht nur gegen jüngere zionistische Siedlungen. In Hebron und Safed waren vor allem orthodoxe Jüdinnen und Juden, deren Gemeinschaften lange

vor der zionistischen Einwanderung bestanden hatten, Ziel der Angriffe, die unter Parolen wie »Schlachtet die Juden!« geführt wurden. In der *Inprekorr* berichtete Joseph Berger eindrücklich von den »fanatischen Massen mohammedanischer Bauern«, die »sengend und mordend vor allem die unbewehrten armen jüdischen Siedlungen«, Synagogen und Schulen angegriffen hatten, »wo furchtbare Blutbäder angerichtet wurden. In der Talmudschule von Hebron wurden 60 jüdische Schüler – auch Kinder – getötet und verstümmelt. In der Kolonie Moza wurde eine jüdische Familie samt Frau und Kind abgeschlachtet« (J.B. 1929, 30). Für die jüdischen Mitglieder der KP Palästinas waren die Ereignisse nicht nur politisch ein Schock, sondern auch eine persönliche Gefahr. Sie sahen sich selbst Angriffen ausgesetzt und mussten sich verteidigen (Grigat 2009, 103).
Die Komintern kam noch im selben Jahr zu einer völlig anderen Bewertung der Ereignisse. Sie forderte, die Gewalt als den Beginn einer arabischen Aufstandsbewegung zu sehen. Diese Sichtweise prägte dementsprechend die Berichterstattung der *Roten Fahne*. Am 28. August 1929 erschien die Tageszeitung der KPD mit dem Beitrag »Der Araberaufstand wächst!« auf der Titelseite. Gleich zu Beginn erwähnte der Beitrag zwar die Angriffe auf »die jüdische Bevölkerung«, aber es wurde nicht einmal erwogen, ob die Gewalt Ausdruck von Judenfeindschaft sein könnte. Der Artikel fasste die grundsätzliche Position der KPD folgendermaßen zusammen:

> »Die Entwicklung der arabischen Aufstandsbewegung, die noch zum großen Teil unter dem Einfluß der Effendis (Großgrundbesitzer) steht, hat, wie die letzten Meldungen zeigen, an Umfang zugenommen und richtet sich, wie die Ueberfälle auf *Regierungsgebäude* und *Polizeistationen* sowie *englische Truppen* beweisen, folgerichtig gegen die Hintermänner des Zionismus in Palästina, die englischen Imperialisten. Sie birgt in sich die Möglichkeit der Entfachung der gesamtarabischen Aufstandsbewegung gegen die englischen imperialistischen Unterdrücker. Die Schläge, die die arabischen Eingeborenen gegen die *zionistische Bourgeoisie* und den *zionistischen Faschismus* in Palästina führen, sind gleichzeitig Schläge gegen *England*.« (N.N. 1929a)

Die Gegenüberstellung von einem »zionistischen Faschismus« auf der einen Seite und den »arabischen Eingeborenen« auf der anderen ließ nicht nur kaum Platz für eine jüdische kommunistische Bewegung.[1] Es sollte bei der Bewertung der Ereig-

[1] Die Rede von den »arabischen Eingeborenen« verweist auf einen latenten Rassismus innerhalb der Komintern, weil diese Ausdrucksweise einen Wesensunterschied zwischen Menschen in Deutschland, Europa oder Russland einerseits und in anderen Teilen der Welt andererseits markierte. Der Ausdruck war zwar positiv gemeint und sollte anzeigen, dass das Land Palästina den Araberinnen und Arabern eigentlich gehören würde. Aber von deutschen, englischen oder französischen »Eingeborenen« schrieb die Rote Fahne nie.

nisse zudem keine Rolle spielen, dass die Gewalt durch »Großgrundbesitzer« befördert werde. Dabei hatte vor dieser Gefahr 1920 bereits Lenin gewarnt. In seinen »Thesen zur nationalen und kolonialen Frage« hatte er betont, dass im Falle einer Unterstützung von zukünftigen nationalen Befreiungsbewegungen durch die Komintern es notwendig sei, zugleich »den Panislamismus und ähnliche Strömungen zu bekämpfen, die die Befreiungsbewegung gegen den europäischen und amerikanischen Imperialismus mit einer Stärkung der Positionen der Khane, der Gutsbesitzer, der Mullahs usw. verknüpfen wollen« (Lenin 1966, 138). Rosa Luxemburg hatte zudem noch grundsätzlicher daran erinnert, dass es in der Geschichte grundsätzlich eher die Bewegungen der »herrschenden Schicht der Bourgeoisie« gewesen seien, die beanspruchen, »›nationale‹ Bewegungen« zu sein und für die »nationalen Interessen« zu kämpfen (Luxemburg 2012, 70).

Doch die Komintern stellte ihre Sichtweise nicht in Frage, und entsprechend blieb auch die KPD bei ihrer Position. Auf einer Zentralkomiteesitzung im Oktober 1929 hielt Hermann Remmele, der in den letzten Jahren der Weimarer Republik neben Heinz Neumann und Ernst Thälmann an der Parteispitze stand, ein kurzes Referat über die Situation in Palästina. An seiner Darstellung war, wie Mario Keßler schreibt, »nahezu jedes Wort falsch« (Keßler 1994, 60). Allerdings handelte es sich nicht um einen persönlichen Irrtum. Remmeles Schilderung entsprach genau der Position der Partei. Er beantwortete auch die Frage, die die Berichterstattung in der *Roten Fahne* offengelassen hatte, nämlich wie die KPD zu ihrer Schwesterpartei in Palästina stehe. Die KP Palästinas, so Remmele, habe insgesamt 160 Mitglieder, davon seien »30 Araber« und »130 Zionisten«. Mit »Zionisten« meinte er die jüdischen Mitglieder, die eben gerade keine Zionist_innen waren, sondern Antizionist_innen.[2] Da sie laut Remmele als »Zionisten« faktisch auf der Seite des britischen Imperialismus stünden, käme als das »revolutionäre Element« in Palästina nur die arabische Bevölkerung infrage: Es sei »ganz klar«, dass die KP Palästinas »nicht eine solche Einstellung haben kann, wie sie dem Gesetz der Revolution entspricht. Gerade das unterdrückte Volk, jene Schicht des Volkes, die das revolutionäre Element, den Verhältnissen entsprechend, überhaupt ausmachen kann, sind nur die Araber« (zitiert nach Keßler 1994, 60).

[2] Dass die Komintern keine Strömung des Zionismus als unterstützenswerte Bewegung einschätzte, lässt sich nicht nur aus vereinzelten Aussagen Lenins oder der Position Stalins ableiten. Es verweist auf die marxistische Position zur »jüdischen Frage« insgesamt und lässt sich nicht von den Vorstellungen, was »Juden« im 20. Jahrhundert ausmacht, trennen. Dazu gehört auch, dass die Rote Fahne die Kibbuzbewegung ignorierte (siehe dazu Kistenmacher 2016, 247–282).

Wie in der zitierten Berichterstattung der *Roten Fahne* war in Remmeles Ausführungen eine mögliche Analyse von Klassenkonflikten innerhalb der christlichen, jüdischen und muslimischen Gemeinschaften in Palästina überdeckt von einer eindeutigen Parteinahme für das eine »unterdrückte Volk«. Anstatt Klassenkämpfe zwischen arabischem und jüdischem Proletariat auf der einen Seite und arabischer und jüdischer Bourgeoisie auf der anderen zu beschreiben, bestand in Remmeles der Hauptkonflikt zwischen »Zionisten« und britischen Imperialisten einerseits und »Arabern« andererseits. An dieser Darstellungsweise gab es von einstmals führenden KPD-Mitgliedern wie Heinrich Brandler und August Thalheimer Kritik. In der Zeitschrift der KPD-Opposition, *Gegen den Strom*, war am 7. September 1929 zu lesen:

> »Ohne den Versuch einer marxistischen Untersuchung des Klassencharakters auch dieses Kleinkrieges spricht die ›Rote Fahne‹ unterschiedslos von den Juden, die sie natürlich alle als zionistische Faschisten bezeichnet und die sie den Arabern, die natürlich alle ›Revolutionäre‹ sind, entgegenstellt« (N.N. 1929c).

Im Gefängnis hatte Rosa Luxemburg 1918 nicht nur angefangen, eine kritische Reflexion über die russische Revolution zu entwerfen, die 1921 unter dem Titel *Zur russischen Revolution* veröffentlicht wurde. Zur selben Zeit hatte sie einen ebenfalls Fragment gebliebenen Text »über Krieg, nationale Frage und Revolution« verfasst. In diesem Text schrieb sie noch polemischer als in ihrer Kritik der russischen Revolution:

> »Der Gedanke des Klassenkampfs kapituliert hier formell vor dem nationalen Gedanken. Die Harmonie der Klassen in jeder Nation erscheint als Voraussetzung und Ergänzung der Harmonie der Nationen, die im ›Völkerbund‹ aus dem Weltkriege steigen soll. Der Nationalismus ist augenblicklich Trumpf. Von allen Seiten melden sich Nationen und Natiönchen mit ihren Rechten auf Staatenbildung an.« (Luxemburg, zitiert nach Laschitza 2002, 577–578)

Luxemburgs erste Aussage lässt sich auf Remmeles Ausführungen zur Situation in Palästina 1929 übertragen: Jeglicher Gedanke von Klassenkämpfen wird überdeckt von dem »nationalen Gedanken«. Nicht mehr die Klassenunterschiede und -konflikte innerhalb von nationalen oder ethnischen Gruppie-

rungen oder Communities, also nicht mehr der Klassenkampf zwischen arabischen Bäuerinnen und Bauern auf der einen Seite und arabischen Großgrundbesitzern auf der anderen, waren für Remmele von Interesse. Stattdessen nahm in seinen Ausführungen eine ethnische Gruppe, »die Araber«, die Rolle des revolutionären Subjekts ein, während eine andere nationale Gruppe, die man ebenfalls als von der britischen Mandatsmacht unterdrückt bezeichnen konnte, diese Rolle nicht einnehmen würde.

Zur Analyse des Imperialismus bei Rosa Luxemburg

Dass Rosa Luxemburg im Kampf gegen den Imperialismus nicht auf nationale Bewegungen setzte, hat auch mit ihrem Verständnis imperialistischer Politik zu tun, das sich grundlegend von dem Lenins – und der Komintern und Stalins – unterscheidet. Das kann hier abschließend nur skizziert werden. Lenin definierte in *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* den Imperialismus als »Herrschaft des Finanzkapitals« (Lenin 1971, 49) und konzentrierte sich in seiner Beschreibung auf die Wirtschaftsunternehmen und Staaten, in denen sich die Macht kumulierte, und deren »Aufteilung der Welt«. Ein Kapitel war »Die Aufteilung der Welt unter die Kapitalistenverbände«, ein anderes »Die Aufteilung der Welt unter die Großmächte« betitelt (ebd., 72–94). In den Jahren der Weimarer Republik machte die KPD aus Lenins Konzepten eine Beschreibung der globalen Ökonomie, die so griffig und einfach ist, dass sich Ähnliches auch in Bewegungen des 21. Jahrhunderts wie Occupy wiederfinden lässt. Occupy beruft sich nicht auf Lenin, stellt aber dem vermeintlich einen Prozent der Besitzenden und Mächtigen die 99 Prozent der Ausgebeuteten und Unterdrückten gegenüber. In der Broschüre *Das politische Grundwissen des jungen Kommunisten* hieß es 1924, *»das Finanzkapital«* sei eine *»ganz gewaltige ökonomische und politische Herrschaft einiger weniger.* In wenigen Händen befindet sich die Macht über ganze Völker und Nationen« (Kommunistische Jugendinternationale 1970, 92, Hervorhebungen im Original). 1926 verortete die *Rote Fahne* das Machtzentrum des Finanzkapitals in den USA. Die Monopolisierung der



deutschen Industrie stünde, hieß es in dem Beitrag »Das neue Finanzkapital«, *»unter dem Kommando des amerikanischen Finanzkapitals«* (N.N. 1926b). Ganz ähnlich hatte bereits im Januar desselben Jahres ein anderer Beitrag beschrieben, wie sich das »neue Finanzkapital« gebildet habe:

> »[...] dieses neue Finanzkapital, das an dem deutschen Industriekapital emporwächst, gehört *ökonomisch* und *politisch* zum *amerikanischen Imperialismus.* Die deutschen Banken, die sich dazu hergeben, mit einem Fünftel sich am Ueberfremdungstrust zu beteiligen, sind nichts weiter als die *deutschen Agenten* der amerikanischen Finanzkapitalisten.« (N.N. 1926a)

Rosa Luxemburg hingegen machte die imperialistische Politik 1912 nicht im Gegensatz zwischen Völkern und Nationen aus, sondern beschrieb sie als dynamische Prozesse, an denen alle Nationen, mehr oder weniger erfolgreich, beteiligt seien. »Der Imperialismus«, erklärte sie gegen Ende ihrer Untersuchung *Die Akkumulation des Kapitals*, sei »der politische Ausdruck des Prozesses der Kapitalakkumulation in ihrem Konkurrenzkampf um die Reste des noch nicht mit Beschlag belegten nichtkapitalistischen Weltmilieus«. Diese nichtkapitalistischen Gebiete bildeten vor dem Ersten Weltkrieg »noch die weitesten Teile der Erde« (Luxemburg 1969, 423). Der Kapitalismus war nach Luxemburgs Darstellung »die erste Wirtschaftsform mit propagandistischer Kraft, eine Form, die die Tendenz hat, sich auf dem Erdrund auszubreiten und alle anderen Wirtschaftsformen zu verdrängen, die keine andere neben sich duldet« (ebd., 445–446).

Deswegen, betonte Luxemburg, sei es die Aufgabe einer materialistischen Analyse, bei all den erschreckenden Eroberungszügen und Kriegen »unter diesem Wust der politischen Gewaltakte und Kraftproben die strengen Gesetze des ökonomischen Prozesses aufzufinden« (ebd., 430–431). Denn die imperialistische Politik sei eine notwendige Folge der Kapitalakkumulation, die sich in zwei Bereichen gleichzeitig vollziehe: Der eine Bereich sei in der »Produktionsstätte des Mehrwerts« – der Fabrik, dem Bergwerk, in der Landwirtschaft – angesiedelt, der andere »zwischen dem Kapital und nichtkapitalistischen Produktionsformen«. Dessen »Schauplatz ist die Weltbühne. Hier herrschen als Methoden Kolonialpolitik, internationales Anleihesystem, Politik der Interessensphären, Kriege« (ebd.,

430). Imperialistische Politik beginne demnach nicht erst mit dem Einsatz militärischer Mittel, sondern bereits mit der Expansion kapitalistischer Produktionsformen und Distributionsweisen, beispielsweise mit dem Bau von Eisenbahntrassen. Daraus folgt aber auch, dass keine kapitalistische Gesellschaft und kein kapitalistischer Staat sich von der imperialistischen Politik freimachen könnten. Ein antiimperialistischer Nationalstaat – so wie Teile der antiimperialistischen Linke zum Beispiel den Irak unter Saddam Hussein ansehen – wäre nach Luxemburg ein Ding der Unmöglichkeit.

In *Die Krise der Sozialdemokratie*, einer Schrift, die unter Mitgliedern der KPD zur Zeit der Weimarer Republik deutlich bekannter war als *Die Akkumulation des Kapitals,* betonte sie den strukturellen und damit internationalen Charakter des Imperialismus noch einmal in klaren, einfachen Worten:

> »Die imperialistische Politik ist nicht das Werk irgendeines oder einiger Staaten, sie ist das Produkt eines bestimmten Reifegrads in der Weltentwicklung des Kapitals, eine von Haus aus internationale Erscheinung, ein unteilbares Ganzes, das nur in allen seinen Wechselbeziehungen erkennbar ist und *dem sich kein einzelner Staat zu entziehen vermag.*« (Luxemburg 1971, 121, Hervorhebungen im Original)

So wichtig es ist, Rosa Luxemburgs Ermordung durch faschistische Freikorps zu gedenken, so wichtig wäre es auch, an Luxemburg als Marxistin, Theoretikerin, Revolutionärin zu erinnern und ihre Positionen und ihre Kritik ernst zu nehmen. Die antiimperialistischen Gruppen, die sich jedes Jahr im Januar am Liebknecht-Luxemburg-Gedenken beteiligen, müssten zum Beispiel endlich die zuletzt zitierte Aussage Luxemburgs beherzigen.

Literatur

Awigdur (1997 [1923]): Die Arbeiterbewegung in Palästina. In: Inprekorr 29. Abgedruckt in: Dokumente zum Studium der Palästina-Frage (1922–1948). Offenbach, 4.

Berger, Joseph (1971): Shipwreck of a Generation. The Memoirs of Joseph Berger. London.

Budeiri, Musa (2010 [1979]): The Palestine Communist Party 1919–1948. Arab and Jew in the Struggle for Internationalism. Chicago.

Flechtheim, Ossip K (1976 [1948]): Die KPD in der Weimarer Republik. 2. unveränderte Aufl., Frankfurt am Main.

Flores, Alexander (1980): Nationalismus und Sozialismus im arabischen Osten. Kommunistische Partei und arabische Nationalbewegung in Palästina 1919–1948. Münster.

Frölich, Paul (1967 [1939]): Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat. Frankfurt am Main.

Gerber, Jan (2010): Nie wieder Deutschland? Die Linke im Zusammenbruch des »realen Sozialismus«. Freiburg im Breisgau.

Grigat, Stephan (2009): Mit dem Mufti gegen den Zionismus – mit Gromyko für Israel. Aus der Frühgeschichte der israelischen und palästinensischen Kommunistischen Partei. In: Transversal 2, 97–127.

Harvey, David (2005): Der neue Imperialismus. Aus dem Amerikanischen von Britta Dutke. Hamburg.

Haury, Thomas (2002): Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR. Hamburg.

Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED (1966): Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Band 4: Von 1924 bis Januar 1933, Berlin.

J. B. (1929): Das Blutbad im »Heiligen Lande«. In: Inprekorr 86. Abgedruckt in: Dokumente zum Studium der Palästina-Frage. Offenbach, 30.

Keßler, Mario (1994) Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert. 2. Aufl., Mainz.

Kiefer, Michael (2002): Antisemitismus in den islamischen Gesellschaften. Der Palästina-Konflikt und der Transfer des Feindbildes. Düsseldorf.

Kistenmacher, Olaf (2016): Arbeit und »jüdisches Kapital«. Antisemitische Aussagen in der KPD-Tageszeitung Die Rote Fahne während der Weimarer Republik. Bremen.

Kommunistische Jugendinternationale (1970): Das politische Grundwissen des jungen Kommunisten nach der Ausgabe der Jugendinternationale von 1927. Frankfurt am Main.

Kongreß der Radikalen Linken (1990): Reden und Diskussionsbeiträge zum Kongreß an Pfingsten 1990 und auf der Demo »Nie wieder Deutschland« am 12.5.1990 in Frankfurt am Main. Frankfurt am Main.

Krämer, Gudrun (2003): Geschichte Palästinas. Von der osmanischen Eroberung bis zur Gründung des Staates Israels. München.

Lenin, Wladimir I. (1971 [1916]): Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Frankfurt am Main.

Ders. (o.J. [1917]) (o.J.): Staat und Revolution. Frankfurt am Main.

Ders. (1966 [1920]): Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur nationalen und kolonialen Frage (Für den Zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale). In: Ders.: Werke. Band 31: April–Dezember 1920. Berlin, 132–139.

Luxemburg, Rosa (1969 [1912]): Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus. 3. Aufl., Frankfurt am Main.

Dies. (1971 [1916]): Die Krise der Sozialdemokratie (Junius-Broschüre) [1916]. In: Dies.: Ausgewählte politische Schriften in drei Bänden, Band. 3. Frankfurt am Main, 39–151.

Dies. (o.J. [1918]) Fragment über Krieg, nationale Frage und Revolution. Zitiert nach: Laschitza, Annelies (2012): Im Lebensrausch, trotz allem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie, 2. Aufl. Berlin, 577–578.

Dies. (2006): Zur russischen Revolution: In: Jörn Schütrumpf (Hg.): Rosa Luxemburg oder: Der Preis der Freiheit. Berlin, 65–100.

Dies. (2012): Nationalitätenfrage und Autonomie. Aus dem Polnischen von Holger Politt. Berlin.

Dies. (2014): Antisemitismus Arm in Arm mit dem Banditentum, In: Dies.: Nach dem Pogrom. Texte über Antisemitismus 1910/11. Aus dem Polnischen von Holger Politt. Potsdam, 87–97.

N.N. (1925): China den Chinesen!. In: Die Rote Fahne 138, 20. Juni 1925; 139, 21. Juni 1925.

N.N. (1925) Schanghai. In: Die Rote Fahne 163, 18. Juli 1925.

N.N. (1926): Ein amerikanisch-deutsches Ueberfremdungs-Konsortium. In: Die Rote Fahne 6, 8. Januar 1926.

N.N (1926): Das neue Finanzkapital. In: Die Rote Fahne 23, 18. März 1926.

N.N. (1929): Der Araberaufstand wächst!. In: Die Rote Fahne 164, 28. August 1929.

N.N. (1929): Tschangkaischek mordet Sowjetbürger. In: Die Rote Fahne 167, 31. August 1929.

N.N. (1929): Zu den Ereignissen in Palästina. In: Gegen den Strom 36, 7. September 1929.

Ogman, Robert (2013): Against the Nation. Anti-National Politics in Germany. Porsgrunn.

Politt, Holger (2012): Rosa Luxemburgs »Krakauer Horizont«. In: Ders. (Hg.): Luxemburg: Nationalitätenfrage und Autonomie. Berlin, 10–40.

Rosenberg, Arthur (1927): Brief an das Zentralkomitee der KPD. Zitiert nach: Der »parteilose« Sozialist Rosenberg, In: Die Rote Fahne 100, 29. April 1927.

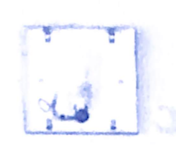
Ders. (1966 [1932]): Geschichte des Bolschewismus. Frankfurt am Main.

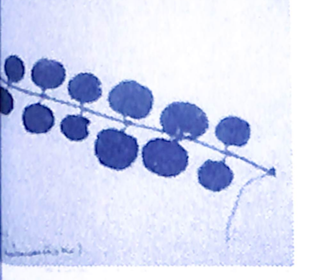
Serge, Victor (1975): Die Klassenkämpfe in der chinesischen Revolution von 1927. Aus dem Französischen von Arno Widmann. Frankfurt am Main.

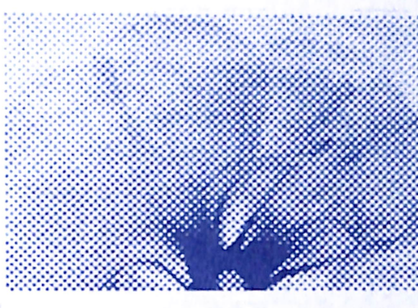
Sinowjew, G. (1925): Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker der Welt, vereinigt euch! In: Die Rote Fahne 153, 8. Juli 1925.

Warski, Adolf/Zetkin, Clara (1971 [1921]): Erklärung. In: Die Rote Fahne 585, 22. Dezember 1921, abgedruckt in: Jörn Schütrumpf (Hg.): Diktatur statt Sozialismus. Die russische Revolution und die deutsche Linke 1917/18. Berlin, 32.

Wohlfahrtsausschüsse (1994) (Hg.): Etwas Besseres als die Nation. Materialien zur Abwehr des gegenrevolutionären Übels. Berlin







Der Terror
von dem
ich schreibe
kommt
aus Deutsch-
land.





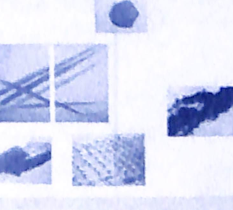


Es ist
ein Terror
der Seele.

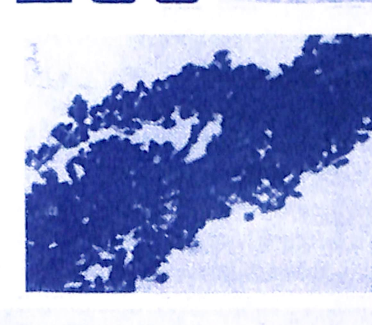












DIE GESPRÄCHE BEGINNEN SCHON MIT EINEM MISSVERSTÄNDNIS

EIN BRIEFWECHSEL

Kaśka Bryla und Carolin Krahl

Was hat uns politisiert? Auf was berufen wir uns, wenn wir »links« sagen? Die beiden Autorinnen fragen sich und einander nach den Ursprüngen und der Gegenwart ihrer politischen Überzeugungen und Strategien. Dabei beziehen sie sich auf zwei Frauen, deren Schreiben und Arbeiten für sie wichtig war und bleibt: zwei Frauen, die voneinander wussten, einander jedoch vermutlich nie begegnet sind und von denen die Autorinnen ein ganzes Jahrhundert trennt. Mit Emma Goldman und Rosa Luxemburg verständigen sich Kaśka Bryla und Carolin Krahl über Anarchismus und Sozialismus und sie streiten: über das, was verschüttet wurde durch die vermeintlich irreversible historische ›Niederlage‹ der revolutionären Linken und um das, was davon heute (gültig) bleibt.

Kaśka Bryla und Carolin Krahl sind beide Autorinnen und Redakteurinnen von PS: Anmerkungen zum Literaturbetrieb / Politisch Schreiben. Gemeinsam bilden sie ein Lektoratskollektiv.

Liebe Carolin,

der Sommer ist beinahe um. Heute ist der 19. September 2018 und es hat 30 Grad. Laut meiner Wetter-App soll es nur noch morgen und übermorgen so warm sein, dann kippen die Temperaturen und der Herbst hält Einzug.

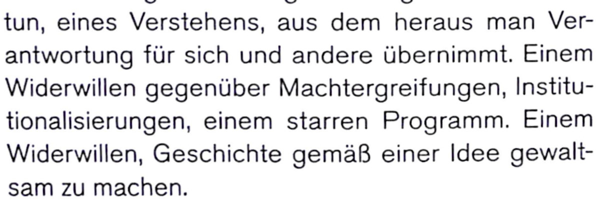
Den ganzen Sommer über habe ich immer wieder über den Essay nachgedacht. Den »Was ist links?«-Essay, den wir zusammen schreiben wollen. Ähnlich wie auch du es formuliert hast, habe ich mich die meiste Zeit über gefragt, was ich schreiben könnte, wie ich eine derart schwierige Frage beantworten soll, eine Frage, die in sich bereits mehrdeutig ist. Sie verlangt ja wohl kaum nach einer Auseinandersetzung mit dem *Kapital* und seinen Nachzüglern. Oder vielleicht ja doch?

Sobald mir diese Überlegungen in den Sinn kamen, ärgerte ich mich auch schon über mich selbst und dachte, dass es so typisch weiblich sei, sich in erster Linie Gedanken darüber zu machen, was denn erwartet werde, was genehm sei.

Mein Vater hat einen Teil seiner Jugend in russischer Kriegsgefangenschaft in Sibirien verbracht. Es war, nachdem die Deutschen sich aus der Gegend rund um Lwów zurückgezogen hatten und die Russen einrückten. Da wurde mein Vater verraten. Er war in der polnischen Untergrundarmee, der AK, tätig. Die AK unterstand der polnischen Exilregierung, die in Großbritannien saß. Mein Vater und sein Bruder wurden in Arbeitslager, Gulags, nach Sibirien geschickt. Mein Onkel, den ich nie kennengelernt habe, starb dort wohl. Mein Vater wurde irgendwann freigelassen, oder er floh. Ich weiß es gar nicht so genau, obwohl ich mit meinem Vater Interviews darüber geführt habe, kurz bevor er starb. Nur habe ich mir die Interviews bis heute nicht angehört.
Solange mein Vater noch gelebt hat und wir uns streiten konnten, habe ich Kommunismus und auch die Umsetzung dessen immer verteidigt. Wahrscheinlich auch, weil die besten meiner Kindheitserinnerungen in diese Zeit in Polen fallen. Aber jetzt ist er tot und irgendwie fände ich es unsolidarisch ihm gegenüber. So post mortem. Wo er sich nicht mehr wehren kann.

Für dich ist das mit dem Kommunismus anders. Und das, obwohl du oder vielleicht eben weil du in Ostdeutschland aufgewachsen bist. Und vielleicht, weil du schon nach der Wende groß wurdest. Das unterstelle ich dir jetzt, dass es sich deshalb so verhält.

Weil also kommunistische Parteien für mich wegfallen, und das nicht nur wegen meinem Vater (im spanischen Bürgerkrieg des 20. Jahrhunderts haben die Kommunisten die Anarchisten verraten, und irgendwie nehme ich das persönlich, wie auch, in einem viel kleineren Rahmen, die Geschichte rund um das Ernst-Kirchweger-Haus in Wien), kam ich zu dem Schluss, die Frage aus einem anarchistischen Blickwinkel beantworten zu müssen. Weil eigentlich links sein, also das positiv konnotierte Links-Sein, für mich mit anarchistischen Ideen und einer anarchistischen Praxis verknüpft ist. Es hat mit der Fähigkeit des eigenständigen Denkens zu tun, eines Verstehens, aus dem heraus man Verantwortung für sich und andere übernimmt. Einem Widerwillen gegenüber Machtergreifungen, Institutionalisierungen, einem starren Programm. Einem Widerwillen, Geschichte gemäß einer Idee gewaltsam zu machen.



Seit ich mich nicht mehr nur in links-autonomen Szenezusammenhängen bewege, sehen mich Menschen oft perplex an, wenn ich das sage, wenn ich mit Anarchismus sympathisiere. Dann kommen sie mir mit Demokratie und Wahlen und Verantwortung und warum ich denn Chaos und Gewalt wolle. Die Gespräche beginnen schon mit einem Missverständnis.

Nachdem ich den Abriss von Emma Goldmans Biografie gelesen habe, der *Anarchism and Other Essays* vorangestellt ist, denke ich, dass wohl in allererster Linie der Kontext, in dem jemand aufwächst, bestimmt, in welche Richtung eine sich später bewegt. Emma Goldman war 13 Jahre alt, als sie in einem St. Petersburg ankam, in dem gerade der Kampf zwischen der Autokratie und russischen Intellektuellen tobte. Alexander II. war im Jahr davor gefallen.

Emma Goldman machte mit Anfang zwanzig eine Ausbildung zur Krankenschwester und Hebamme.
Sie wanderte in die Vereinigten Staaten aus, glaubte, dort in die neue Welt zu kommen und machte Bekanntschaft mit den sich formierenden Auswüchsen kapitalistischer Ausbeutung in Fabriken, eine Ausbeutung, die mit der Industrialisierung sowie der Aufklärung einherging und die heute eine Wiederauferstehung feiert. Wenn ich in Wien bin und im Radio höre, dass 12-Stunden-Tage wieder eingeführt werden sollen, frage ich mich, ob Menschen nicht mehr wissen, was für einen harten, unerbittlichen

Kampf andere für den 8-Stunden-Tag führen mussten. Aber lässt es sich wirklich so linear fortdenken? Geschichte ist doch keine Linie, an der wir uns entlanghangeln können.

Was also ist Anarchismus?
Emma Goldman schreibt: »It is the philosophy of the sovereignty of the individual. It is the theory of social harmony. It is the great, surging, living truth that is reconstructing the world, and that will usher in the Dawn.«

Fühl dich umarmt,
deine kaśka

Leipzig, 10.06.2019

Liebe Kaśka,

dein erster Brief liegt schon seit Monaten bei mir. Seither gab es Antwortversionen, dann Widerstände im Alltag, dem zu Bewältigenden, im Denken, auch zwischen uns. Nun ist schon wieder Sommer, 2019, und ich schreibe dir gar nicht nur dieser von uns gewählten Briefform wegen, sondern: Du bist wirklich nicht in meiner Nähe, wie so oft in diesem Jahr, in dem viele Verantwortungen dich an verschiedene Orte tragen. Jetzt bist du endlich im Urlaub, irgendwo zwischen Polen und der Ukraine. Ich selbst weiß noch nicht, wie ich diesem Sommer eine Pause aus dem Kreuz leiern kann. Am Anfang dieses Briefwechsels stand die Frage: »Was ist links?« Das ist eines: Links heute ist prekär, ist meist: Irgendwo nicht ganz mitspielen, bei der Lohnarbeit zum Beispiel, Dinge anders versuchen, wie mit unserer Zeitschrift PS, und damit zurechtkommen, dass man finanziell und kräftemäßig am Limit lebt.
Die Zeit, sich auf die Grundlagen, die Prinzipien des eigenen Denkens zu besinnen, sie erneut anzusehen, ist durch diese Bedingungen und die Erfordernisse des Aktuellen begrenzt. Wir nehmen uns hier diese Zeit.

In dieser Besinnung und Befragung kommt Persönliches, Biographisches, wie du es anführst, zusammen mit der Abstraktion vom Eigenen, die auch eine Emanzipation ist. Du schriebst:
»Ich weiß, für dich ist das mit dem Kommunismus anders. Und das, obwohl du oder vielleicht eben weil du in Ostdeutschland aufgewachsen bist. Und vielleicht weil du schon nach der Wende groß wurdest. Das unterstelle ich dir jetzt, dass es sich deshalb so verhält.«
Meine erste Reaktion war ablehnend: Ich finde es nicht sinnvoll, uns derart auf unsere Herkunft zu reduzieren. Zugleich stimmt etwas daran: Über

Sozialisation und wie diese Weichen stellt oder verstellt zur Möglichkeit, die Gesellschaft anders zu denken, gäbe es vieles zu sagen – zu fragen vielmehr. Ich erinnere mich an eine Lesung mit Manja Präkels, die ich moderiert habe. In der Diskussion kamen wir auf die Frage: Wie sind wir so geworden, wie wir sind? Wenn ich etwa, ähnlich und doch weniger drastisch als in Manjas Fall, in einer sächsischen Kleinstadt unter Neo-Nazis und einer allgemeinen Stimmung der Xenophobie und des Sozial-Darwinismus groß geworden bin, wo wirklich Gegen-Vorbilder fehlten – wie kommt es, dass ich links (geworden) bin?
Dieses Nachdenken über das Geworden-Sein, die Formungen des Bewusstseins durch die Zustände, ist, was mich für den Sozialismus einnimmt. Es ist diese Frage, durch die er nicht über die Menschen hinweggeht, sondern mit ihnen zur grundlegenden Veränderung ansetzt.

Eben hier liegt ein weiterer Grund für die Ablehnung deiner provozierenden Zuspitzung (einen Zug, den ich an dir schätze), mein Verhältnis zum Kommunismus habe damit zu tun, dass ich selbst nicht in der DDR gelebt habe. Ich halte die in diesem Gedanken enthaltene Gleichsetzung von Kommunismus mit der DDR – in der ich geboren wurde, aber nur ganz knapp – für falsch. Und zack, schon sind wir an dem Punkt, wo wir politisch immer schon aneinander geraten. Aber der Reihe nach.

Du schriebst auch:
»Seit ich mich nicht mehr nur in links-autonomen Szenezusammenhängen bewege, sehen mich Menschen immer perplex an, wenn ich das sage, wenn ich mit Anarchismus sympathisiere. Dann kommen sie mir mit Demokratie und Wahlen und Verantwortung und warum ich denn Chaos und Gewalt wolle. Die Gespräche beginnen schon mit einem Missverständnis.«
Auch das Gespräch mit dir über Kommunismus beginnt mit einem Missverständnis oder mehreren, beispielsweise mit der Gleichsetzung von Stalinismus mit Sozialismus oder Kommunismus. Dabei hast du völlig recht, es ist ja ätzend: In unserer Gegenwart beginnt so ziemlich jedes Reden über ein Links-sein, das nicht nur eine oberflächliche Behauptung gegen Nazis oder für die Natur etc. ist, mit diesen Missverständnissen, mit Verkürzungen, Vereinfachungen. Weil zu viel Geschichte verschüttet ist.
Du schreibst von Emma Goldman, deren Geschichte und Denken auch mich fasziniert. Unserem Konflikt gemäß setze ich aber an bei Rosa Luxemburg, um diese Verschüttungen zu illustrieren: Was bleibt heute von dieser Frau, die unzählige politische wie wissenschaftliche Schriften verfasst, Reden gehalten, eine revolutionäre Bewegung begleitet hat?
Es ist nicht allzu lange her, dass der 100. Todestag Rosa Luxemburgs zur Erinnerung an sie in Texten und Veranstaltungen genutzt wurde. Erinnerung? Von ihren politischen Schriften, Überzeugungen und deren Verhältnis zu ihrer Praxis ist dabei zu selten die Rede. Vordergründig ist oft der

Bezug auf ihre *Briefe aus dem Gefängnis:* persönliche Aufzeichnungen, die schön und erschütternd zu lesen sind – aber eben dies: persönliche und nicht primär politische Aufzeichnungen. Einmal mehr ist sie hier zu beobachten: die Reduktion einer linken Frau zum Symbol, zur Sanften unter den Kommunist_innen.
Als wäre sonst nichts haltbar oder über den historischen Wandel hinweg produktiv.

Wenn wir diesen Versuch eines Briefwechsels unternehmen wollen, dann wünsche ich mir das als ein Weiterfragen: Was geben die Texte her, von Rosa Luxemburg, von Emma Goldman? Was ist in deren Schriften Anarchismus, was Sozialismus, jenseits der heute gefestigten Verunglimpfungen und Verdrehungen?
Auf diese Weise würden auch zwei Frauen kommunizieren, wie sie es in Wirklichkeit nicht getan haben. Sie wussten voneinander, trafen sich jedoch nie. Bei Emma Goldman liest man ein ambivalentes Verhältnis, das Luxemburg als Weggefährtin und Feindin zugleich erscheinen lässt; in ihrer Autobiografie *Gelebtes Leben* von 1931 schreibt sie: »[D]as schreckliche Schicksal zweier [...] Menschen, die ich nur dem Namen nach kannte, erschien mir als ein [...] Verlust – der Tod von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Ihr Ziel war die Sozialdemokratie gewesen und Anarchisten ihr spezielles rotes Tuch. Sie hatten uns und unsere Ideale bekämpft und das nicht immer mit fairen Mitteln. [...] Luxemburg und Liebknecht, die die Sozialistische Partei Deutschlands mit aufbauen halfen, wurden vom Regime ihrer an die Macht gekommenen orthodoxen Genossen vernichtet.«

Ich denke, keine von uns beiden möchte bloß in der Geschichte verharren – ja, es hat sich viel getan, wir können und wollen das Linke nicht eindampfen auf seine Formen im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Aber: Sowohl Goldman als auch Luxemburg wussten die Revolution sozusagen um die Ecke. Wie weit weg ist diese Vorstellung heute für uns? Wissen wir noch, wofür, wohin? Und zwar jenseits von Reformen, die zäh errungen werden und dennoch, solange das Grundgerüst der kapitalistisch patriarchalen Gesellschaft steht, immer in Gefahr sind, zurückgenommen zu werden. Kann man links sein ohne revolutionäre Perspektive? Beide Frauen hätten Nein gesagt. Und doch sind heute die allermeisten Linken ohne diese Perspektive, auch, weil das Aktuelle immer brennt: Rechtsruck, Tote im Mittelmeer... Und dabei immer die Sorge, überhaupt den status quo von bereits Erreichtem zu halten, der für sich genommen längst nicht genügt. So schriebst auch du: »Wenn ich in Wien bin und im Radio höre, dass 12-Stunden-Tage wieder eingeführt werden sollen, frage ich mich, ob Menschen nicht mehr wissen, was für einen harten, unerbittlichen Kampf andere für den 8-Stunden-Tag geführt hatten.«

Als Frauen müssen wir ja ständig darum kämpfen, dass Errungenes nicht zurückgedreht wird, oder darum, bereits Zurückgenommenes wiederzuholen. Der Wiederholungszwang macht uns mürbe. In einem meiner früheren Antwortversuche an dich, zu Beginn dieses Jahres, schrieb ich: »Der feministische Streik steht an, die Reform des Paragraphen 219a im Grundgesetz wurde von Demonstrationen begleitet – inzwischen liegt das bekümmernde Ergebnis vor.«

Gebunden-Sein also. Zurichtungen. Denkschranken.
Eine bereits in den falschen Verhältnissen vorhandene »Souveränität des Individuums«, wie sie Goldman verteidigt, hätte Rosa Luxemburg zurückgewiesen. Ihr geht es um den Weg, wie das Individuum überhaupt zum Bewusstsein über die eigene gesellschaftliche Lage gelangt – als Voraussetzung der Revolution: »Die Proletariermassen müssen lernen, aus toten Maschinen, die der Kapitalist an den Produktionsprozeß stellt, zu denkenden, freien, selbsttätigen Lenkern dieses Prozesses zu werden.« Die Proletariermassen, die wird man heute nicht mehr finden. Doch der Fokus auf die Beschränkungen des Bewusstseins, um es für die Veränderung zu öffnen – ist zeitlos. Und anstrengend.

Mit einem Kuss,
Carolin

Leipzig, 18.07.2019

Liebste Carolin,

es stimmt, dass viel Zeit vergangen ist, seit wir uns für diesen Essay in Briefform entschieden haben. Mehr als ein Jahr, in dem tatsächlich viel passiert ist. Zwischen uns blieb, wie du sagst, mehr Platz als im Jahr davor, gemeinsam brachten wir aber die PS#4 zum Thema »alter« heraus, unsere umfang- und auch sonst reichste Ausgabe. Hierzu viele Veranstaltungen und eine Erweiterung unseres, ich würde meinen, anarchistischen Netzwerkes innerhalb des Literaturbetriebs.
Womit wir wieder bei unserer Diskussion wären.
In den letzten Tagen las ich nochmal die Schriften Emma Goldmans *(Anarchism and Other Essays)* und Rosa Luxemburgs *(Was will der Spartakusbund?)*. Ich las beide mit großer Offenheit, fing mit Rosa Luxemburg an, damit nicht die gewohnte Begeisterung für Goldman a priori siegt. Aber… Was soll ich sagen.

Du schreibst: »Auch das Gespräch mit dir über Kommunismus beginnt mit einem Missverständnis oder mehreren, beispielsweise mit der Gleichsetzung von Stalinismus mit Kommunismus oder Sozialismus.«

Damit referierst du auf meine Argumente über die Zeit meines Vaters in russischer Kriegsgefangenschaft. Das stimmt, das war unter Stalin. Aber als mein Vater während meiner Kindheit mehrere Jahre nicht nach Polen einreisen durfte, weil er sich weigerte, dem Geheimdienst über die polnische Community in Wien Auskünfte zu geben oder gezielt Informationen einzuholen, da war Stalin schon lange tot. Und mein Vater war kein Einzelfall.
Ich schreibe das nicht meinem Vater zuliebe, obwohl das sicher die emotional treibende Kraft hinter der Auseinandersetzung mit eben diesem Aspekt des Kommunismus oder Realsozialismus ist.
Und verzeih, aber eine Gesellschaftstheorie, die (wie auch immer) großflächig in die Praxis umgesetzt wurde, kann für mich nicht mehr unabhängig von ihrer Umsetzung gedacht werden. Die Umsetzung wird notgedrungen zu einer Erweiterung der Theorie. Vielleicht kann auch deshalb der Anarchismus bestehen bleiben. Er ist ja letztlich mehr eine Haltung, die in eine Umwälzung mündet, anstatt eine Umwälzung über eine Theorie über fehlende Haltungen drüberzustülpen.

Du fragst: Kann man links sein, ohne revolutionäre Perspektive?

Ich sage: Die Utopie im Auge behalten. Mit der Realität arbeiten.
Und das bedeutet für mich: Ich gehe nicht davon aus, dass die Revolution knallartig daherkommt. Mehr stelle ich mir langsame Strukturumwandlungen vor.
In diesen langsamen Umwandlungen sehe ich Sprache und Haltung, Haltung und Sprache als unlösbar miteinander verknüpft. Sie bedingen sich und sind einander Voraussetzung, und gemeinsam bedingen sie Verstehen. Verstehen unterscheidet sich vom politischen Kampf, begleitet ihn aber auch. Verstehen erzeugt keine ideologischen Indoktrinationen. Verstehen erzählt ereignishafte Geschichten. Verstehen hört nie auf.

Daneben gibt es anderes, das getan werden muss. Zum Beispiel sollten Genozide verhindert werden – und das geht nur mit Waffengewalt. Sollten Menschen vor dem Ertrinken gerettet werden – und das geht (erschreckenderweise) nur mit Widerstand und Schiffen.
Aber nur von Verstehen, Sprache und Haltung kann ich hoffen, dass sie nicht nur the »master's tools« (Audre Lorde) sondern everybody's tools sein können.

All das nur Überlegung: Anarchismus und Machtergreifung ist ein Widerspruch in sich, weil Anarchismus die Negation der Machtergreifung ist – für mich mindestens. Vielmehr ist Anarchismus die Idee einer Machtumverteilung zum Wohle Vieler (wahrscheinlich niemals aller). Und diese Machtumverteilung beginnt mit der individuellen Haltung sich selbst, seinen Mitmenschen und der Welt gegenüber. Was gelesen naiv wirkt und sich vielleicht gerade deshalb den master's tools entzieht.

Um diesen Überlegungen einen älteren Boden zu geben, möchte ich ein paar Zitate aus *Was will der Spartakusbund?* neben jene von *Anarchism and Other Essays* stellen. Nicht um Rosa Luxemburg gegen Emma Goldman auszuspielen, sondern um ihren Gedanken nachzuspüren, zu verstehen, was diese Worte heute mit mir tun.

Rosa L.: »An Stelle der Arbeitgeber und ihrer Lohnsklaven freie Arbeitsgenossen! Die Arbeit niemandes Qual, weil jedermanns Pflicht! Ein menschenwürdiges Dasein jedem, der seine Pflicht gegen die Gesellschaft erfüllt. Der Hunger hinfür nicht mehr der Arbeit Fluch, sondern des Müßiggängers Strafe!" (Strafe, immer die Strafe. – kaśka.)

Emma G.: »She concluded her exhortation with the words: ›Ask for work. If they do not give you work, ask for bread. If they do not give you work or bread, then take bread.‹« (dem würde ich noch hinzufügen: If you can't work (for whatever reason), ask for bread. If they do not give you bread, then take bread. – kaśka.)

Rosa L.: »In den bürgerlichen Revolutionen war Blutvergießen, Terror, politischer Mord die unentbehrliche Waffe in der Hand der aufsteigenden Klassen.« (In jeder kommenden Revolution wird es nicht anders sein, sobald eine Klasse aufsteigt, fällt eine andere und es fließt Blut. – kaśka)
»Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie haßt und verabscheut den Menschenmord.« (Daran zweifle ich. »Die Proletarier« sind aus sich heraus keine besseren Menschen. – kaśka)
»Sie bedarf dieser Kampfmittel nicht, weil sie nicht Individuen, sondern Institutionen bekämpft, weil sie nicht mit naiven Illusionen in die Arena tritt, deren Enttäuschung sie blutig zu rächen hätte.« (Aber wer leitet Institutionen? Was ist mit all den deutschen Kommunistinnen und Kommunisten, die sich im zweiten Weltkrieg dem Faschismus entgegenstellten und dann nach Russland flohen, um eine neue Welt aufzubauen und im Gulag landeten? Du würdest jetzt sagen: Stalin. Aber wie ist das möglich, dass jemand wie Stalin im Kommunismus an die Macht kommt? Schon hier das Problem: An die Macht Kommen setzt diesen Einzelplatz der Macht erst voraus. – kaśka)

Emma G.: »Anarchists or revolutionists can no more be made than musicians. All that can be done is to plant the seeds of thought.« (Immer gegen Agitation – kaśka)

Rosa L.: »Als sofortige Maßnahme zur Sicherung der Revolution:
1. Entwaffnung der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere sowie der nichtproletarischen Soldaten, Entwaffnung aller Angehörigen der herrschenden Klassen.
2. Beschlagnahme aller Waffen- und Munitionsbestände sowie Rüstungsbetriebe durch Arbeiter- und Soldatenräte.
3. Bewaffnung der gesamten erwachsenen männlichen proletarischen Bevölkerung als Arbeitermiliz.«
(Wer sind denn die bisherigen Soldaten? Wer die Polizei? Ist nicht eher der Gehorsam das Problem? – kaśka)

Emma G.: »And what bitter disappointment followed as the young idealist began to familiarize herself with the conditions in the new land! Instead of one Tsar, she found scores of them, the Cossack was replaced by the policeman with the heavy club, and instead of the Russian CHINOVNIK there was the far more inhuman slave-driver of the factory.« (Wer kommt nach dem slave-driver? Der proletarische Vorarbeiter? Der proletarische Polizist? – kaśka)

Emma G.: »The charge that Anarchism is destructive, rather than constructive, and that, therefore, Anarchism is opposed to organization, is one of the many falsehoods spread by our opponents. They confound our present social institutions with organization; hence they fail to understand how we can oppose the former, and yet favor the latter. The fact, however, is that the two are not the identica.
1. The State
2. The Industry
3. The Army
4. The Public School
Organization, as WE understand it, is a different thing. It is based, primarily, on freedom. It is a natural and voluntary grouping of energies to secure results beneficial to humanity.«

Emma G.: »›Why do you not say how things will be operated under Anarchism?‹ is a question I have had to meet thousands of times. Because I believe that Anarchism cannot consistently impose an iron-clad program or method on the future. The things every new generation has to fight, and which it can least overcome, are the burdens of the past, which holds us all as in a net. Anarchism, at least as I understand it, leaves posterity free to develop its own particular systems, in harmony with its needs.«

Liebe Carolin, du schreibst: »Die Proletariermassen, die wird man heute nicht mehr finden. Doch der Fokus auf die Beschränkungen des Bewusstseins, um es für die Veränderung zu öffnen – ist zeitlos. Und anstrengend.«

Ich meine, dass sie auch damals nicht zu finden waren. Jedenfalls nicht als Masse, sondern als Individuen, die sich zusammenschlossen für ein besseres Leben. Wo ich bei dir bin, ist der zweite Teil deines Schlusswortes, auch wenn ich ihn anders fassen würde: Imagination ist ein zu erlernendes. Aber nie ein zu erzwingendes.

Viele Umarmungen,

deine kaśka

Leipzig, 25.07.2019

Liebe Kaśka,

eine denkt sich vielleicht: So ein (literarischer) Briefwechsel, da ist der Streit ja »nur« Konzept; vorgeführt wird, dass es notwendig ist, zu streiten, statt immer nur »jedem seine Meinung« zuzubilligen, diese grässliche Formel, die seltsamerweise immer dem status quo dient. Vielleicht dachte auch ich, als wir begonnen haben mit diesem Text, dass der Streit durch das geschriebene Wort sublimiert wird, dass ich innerlich distanziert bleibe, cool.
– Dem ist nicht ganz so. Mit vielem, was du schreibst, bin ich nicht einverstanden, zumal ich stellenweise das Gefühl habe, dass wir noch immer nicht über dieselben Dinge sprechen.
Du schriebst zuletzt wiederholt von Haltung und setzt sie, grob gefasst, gegen eine propagierte Doktrin. Theorie und Praxis von Rosa Luxemburg siehst du dabei auf letztgenannter Seite. Du kontrastierst. Doch Luxemburgs »revolutionäre Realpolitik« meint etwas durchaus anderes als eine feste Doktrin, und zugleich begnügt sie sich nicht allein mit einer von den historischen Bedingungen unabhängigen Haltung, die ja sehr nah an der Moral ist. Worauf ich hinauswill: Am meisten unterscheidet sich das Denken der beiden Frauen, nach meinem Wissensstand bisher, darin, ob und wie sie das utopische Ziel mit der gegebenen Realität vermitteln.

In *Anarchism: What it really stands for* schreibt Goldman: »A practical scheme, says Oscar Wilde, is either one already in existence, or a scheme that could be carried out under the existing conditions; but it is exactly the existing conditions that one objects to, and any scheme that could ac-

cept these conditions is wrong and foolish.« Diesem Gedanken folgend stößt man auf eine wesentliche Frage jedweder Theorie gesellschaftlicher Befreiung: Wie aus der falsch eingerichteten Realität Veränderung herbeiführen? Goldman fährt fort, dass das praktischste Schema dasjenige sei, dass die Bedingungen gänzlich hinter sich lässt, und dass in dieser Hinsicht der Anarchismus wirklich, also im eigentlichen Sinne, praktisch sei. Das »Wie« bleibt außen vor. Und mir geht es nicht um das »iron-clad programme«, wie du zitierst. Sondern um Analyse des Gegebenen, um es verändern zu können.

Ein Problem, dem Goldman zudem aus dem Weg geht, ist, dass die schlechten Verhältnisse nicht nur da draußen, sondern die Menschen selbst von diesen geprägt sind, sie internalisiert haben. Zwar beschreibt sie diese Zurichtung – »Man is being robbed not merely of the products of his labor, but of the power of free initiative, of originality, and the interest in, or desire for, the things he is making.« Doch arbeitet Goldman diese Beobachtung nicht in die Frage um, wie es möglich sein kann, in dieser Gegenwart mit ihren zugerichteten Subjekten Veränderung einzuleiten.



Damit zielt sie in gewisser Weise auf eine schlagartige Revolution. Zumindest wird die Gestaltung eines Überganges nicht thematisiert, sondern statuiert: Alles muss anders werden. *Wie* frage ich ständig, am Textrand steht in meiner Handschrift ein etwas hilfloses: »start from where?« So entsteht mein Eindruck von Schlagwortartigkeit: »Freedom, opportunity, peace«, klar können wir uns darauf einigen. Aber ist das genug?

In dem Essay *Minorities Versus Majorities* führt Goldman den für sie zentralen Begriff des Individuums aus. Darin wird klar, sie meint einzelne Genies, »solitary stars«, wie sie schreibt, die sich ihre Integrität, ihren »Instinkt«, bewahrt haben – letztlich eine Elite, auf die einzig Verlass sei. Du, liebe Kaśka, deutest an, dass du Agitation generell als etwas Negatives auffasst – warum eigentlich? In Goldman findest du damit jedenfalls eine Fürsprecherin, weil sie die *Befähigung* zur Gestaltung als Voraussetzung wirklicher gesellschaftlicher Veränderung – das wäre ja das Ziel einer Agitation im besten Sinne – ausspart. Auf diese Weise muss sie keine Programme, keine Maßnahmen vorschlagen, das wäre, wie oben beschrieben, im schlechten Sinne praktisch. Es bleiben der Hohn auf die stumpfe Masse und Selbstverantwortung. Zu Methoden schreibt sie recht

allgemein von »direct action«, oder aber legt durchaus nahe, dass dieses höhere Bewusstsein erzwungen werden muss, wo es nicht schon vorhanden ist: »I [...] believe with Emerson that ›the masses are crude, lame, pernicious in their demands and influence, and need not to be flattered, but to be schooled. I wish not to concede anything to them, but to drill, divide, and break them up, and draw individuals out of them.‹«
Doch eigentlich möchte ich nicht die extremsten Zitate beider Frauen gegeneinander halten. Ich möchte sie gar nicht gegeneinander halten, und du sicher auch nicht. Stattdessen möchte ich mir Wege bahnen, Veränderung zu denken. Und das fällt mir bei den Texten von Goldman, auf die wir uns verständigt haben, schwer, weil mir scheint, dass sie ein Bewusstseinsstadium einfordern, das erst in einer befreiten Gesellschaft überhaupt erreicht werden kann. Daher rührt mein Gefühl, Goldmans Texte drehten sich im Kreis. Dir geht es damit anders, und mich interessiert, an welchen Punkten du aus den Texten Inspiration ziehst, wo du weiter denkst.

»Du fragst: Kann man links sein, ohne revolutionäre Perspektive?
Ich sage: Die Utopie im Auge behalten. Mit der Realität arbeiten.
Und das bedeutet für mich: Ich gehe nicht davon aus, dass die Revolution knallartig daherkommt. Mehr stelle ich mir langsame Strukturumwandlungen vor.«

Das sehe ich ähnlich, und es entspricht Luxemburgs Verständnis von Politik als notwendig ins Bestehende verstrickte *und* auf eine große Veränderung ausgerichtete.

Auf Basis des wissenschaftlichen Marxismus war Luxemburg überzeugt, dass die Revolution nicht von oben diktiert werden kann, dass sie stattdessen ein langsames Graben ist, »Maulwurfsarbeit der Geschichte«, wie es wiederholt bei ihr heißt. Die sozialistischen Intellektuellen hatten ihr zufolge die Aufgabe, die Menschen in den Stand zu setzen, jene Umstände zu verändern, die sie unterdrückten – heute würde man vielleicht sagen: Sie sollen ihre Privilegien so nutzen, dass die Unterprivilegierten von ihnen profitieren. Zur Frage, die du aufwirfst, ob die Parteidiktatur nicht die logische Konsequenz der sozialistischen Revolution ist, möchte ich vorschlagen, einen weiteren Text von Luxemburg in unseren Briefwechsel einzubeziehen: *Zur russischen Revolution* von 1918. Darin schreibt sie: »Er [der Sozialismus] hat zur Voraussetzung eine Reihe Gewaltmaßnahmen – gegen Eigentum usw. Das Negative, den Abbau, kann man dekretieren, das Positive nicht. Neuland. Tausend Probleme. [...] Nur Erfahrung ist imstande, zu korrigieren und neue Wege zu eröffnen. Nur ungehemmtes, schäumendes Leben verfällt auf tausend neue Formen, Improvisationen, erhält schöpferische Kraft, korrigiert selbst alle Fehlgriffe. [... S]onst wird

der Sozialismus vom grünen Tisch eines Dutzends Intellektueller dekretiert, oktroyiert.« Ich sende dir den kompletten Text mit diesem Brief.

Die Stelle, die du aus dem Spartakus-Programm zitierst – dass der Hunger nur noch des Müßiggängers Strafe sein sollte – ruft auch in mir Widerspruch hervor. Niemand soll hungern! Und die menschliche Existenz als solche – muss sie sich denn *verdient* machen? Ziehe ich aber die harsche Rhetorik ab, dann wird doch deutlich: Hier geht es darum, den Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital zu sprengen. Denke ich das weiter, dann müsste Arbeit auch automatisch anders gefasst werden, nämlich als Wirken in der und für die Gesellschaft, das vielfältige Formen hat, die Reproduktionssphäre einbezöge und natürlich Freiräume offenhalten sollte für Müßiggang. Das Zusammenleben von Menschen aber braucht Organisation, und wer sich daraus ganz herauszieht in einer befreiten, utopischen Gesellschaft, gefährdet eben diese letztlich – weil er gerade aus dieser Passivität heraus ungleiche Machtstrukturen erneut begünstigt. Interessanterweise kommt kaum eine Utopie ohne das Element der Strafe aus, nehmen wir etwa die utopische Literatur und Marge Piercys *Woman on the Edge of Time*. Da werden Menschen, die sich nicht um die Gemeinschaft kümmern, sich nicht einbringen, nach anderen Maßnahmen schließlich verbannt. Hier habe ich keine eindeutigen Antworten und möchte unbedingt mit dir weitersprechen.

Wenn ich sage, heute sei so etwas wie die »Proletariermasse« nicht auffindbar, so meine ich, ich sehe in der Gegenwart keine Bewegung von Menschen, die ihrer Unterdrückung durch das Kapital gewahr werden und sich auf dieser Basis – zumal international! – organisieren um dies, nicht an der Stellschraube hier und da, sondern im Kern zu verändern. Und das hat viel mit Individualität zu tun, die gegenwärtig anders verstanden wird als von dir – aber das ist es ja, jegliche Konzepte, die mal emanzipatorisch waren, sind umstellt von schlechten historischen Adaptionen, Umsetzungen unter den falschen Prämissen.

Insofern ist folgendes gegenwärtig ungemein schwer:
»Die Utopie im Auge behalten. Mit der Realität arbeiten.«
Doch so verstehe ich tatsächlich unsere Zeitschrift, PS, unsere kollektive Arbeit: Im Kleinen nämlich als Arbeit in der Gegenwart zu ihrer Überwindung. Damit ist sie aber für mich nicht durch und durch anarchistisch. Andernfalls müsste sie sich, nach meinem Verständnis von Anarchismus, dem Literaturbetrieb vollständig entziehen. Das tun wir aber nicht. Parallel dazu, dass wir uns eigene Strukturen schaffen, zersetzen wir den bestehenden Betrieb auch von innen, versuchen, Einzelnes quasi realpolitisch zu verändern, um das Ganze traktierbar zu machen. Und das auch, weil wir doch uns als Autor_innen und alle, die bei uns veröffentlichen, daran

mitwirken, nicht ignorieren können. Denn für den Moment noch müssen wir Geld verdienen, um leben zu dürfen, und manche von uns tun das (auch, fast niemand kann das ausschließlich, das reicht ja nicht!) mit dem Schreiben, im Betrieb.

Was meinst du, liebe Kaśka: Wie viele Jahre schicken wir uns noch Briefe so hin und her? Das könnte lang so weiter gehen, und soll es meinetwegen. Dennoch, bevor wir uns ganz und gar in den Schriften der beiden Denkerinnen verzetteln, ende ich vorerst auf eine Frage:

Wo wollen wir denn eigentlich hin?

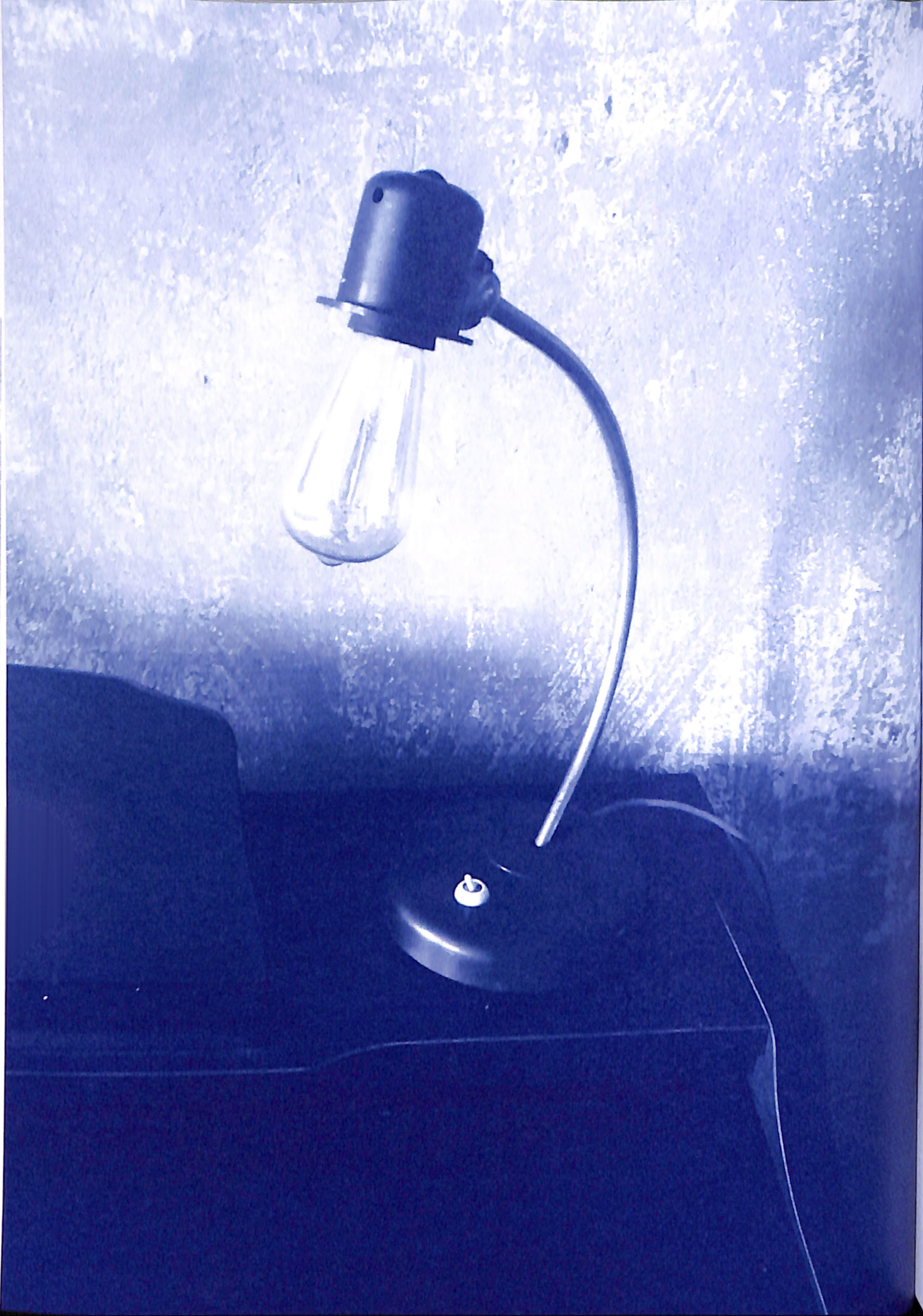
Was ist das Wünschbare? Ich gebe zu: Was ich da zu wünschen glaube, wofür ich eintrete, entzieht sich meiner Vorstellung – und damit meine ich gar keine bis ins Letzte ausgepinselte Utopie. Sondern das gute Zusammenleben auf einer größeren Ebene als solches. Mir genügt eine Fahrt mit dem Regio in die sächsische Kleinstadt, in der ich aufwuchs, um mich zu erinnern: Seit jeher nehme ich den größten Teil meiner Umwelt als feindlich wahr. Das Gegenteil dessen ist für mich notwendig formlos, kaum denkbar. Es hat Jahre gedauert, jenes warme, kluge soziale Umfeld aufzubauen, das ich inzwischen habe. In dem ich mich sogar streiten kann.
Wo wollen wir hin?

Mit solidarischen Grüßen und
viel Liebe,
Carolin

Der Briefwechsel bezieht folgende Texte ein:

Emma Goldman:
* »Anarchism: What it really stands for«, »Minorities Versus Majorities«, »The Psychology of Political Violence« in: *Anarchism and Other Essays*, 1910
**Gelebtes Leben: Autobiografie,* (1931) 2014
Rosa Luxemburg:
* *Was will der Spartakusbund,* 1918
* *Sozialreform oder Revolution?,* 1899
* *Zur Russischen Revolution,* 1918


KANTINE
»MARX«
SUBBOTNIK



ERWEITERUNGEN – FEMINISMUS, RASSISMUSKRITIK

DIE VERSANDETE REVOLUTION

Dania Alasti

Frauen protestierten vor hundert Jahren in Massen gegen den Ersten Weltkrieg und das deutsche Kaiserreich. Ihre Streiks, Demonstrationen und Ausschreitungen gehörten zur ersten Welle der Novemberrevolution. Doch während der Formung und Kämpfe um die Richtung der Revolution tauchten Frauen als Massenerscheinung nicht mehr auf; sie wurden von Zeitgenossen verdrängt und von der Geschichtsschreibung vergessen. In Erinnerung geblieben ist die unverwechselbare Stimme Rosa Luxemburgs, die den Ersten Weltkrieg nicht nur vehement abgelehnt hatte, sondern ihn als Eskalation der Krise des Kapitals auch vorausgesehen hatte.
Dania Alasti, Doktorandin an der FU Berlin zum Thema »Gewalt und Frieden«, las auf der Kantine »Luxemburg« am 07. August 2019 aus ihrem Buch *Frauen der Novemberrevolution. Kontinuitäten des Vergessens* (2018 bei UNRAST erschienen). In ihrem Text diskutiert sie das Verhältnis zwischen dem Wirken Luxemburgs und der Rolle von Frauen in der Novemberrevolution sowie Kontinuitäten und Brüche bis heute.

Zur Kantine »Luxemburg« wurde ich nach der ersten Vorstellung meines Buches »Frauen der Novemberrevolution. Kontinuitäten des Vergessens« eingeladen, obwohl ich Rosa Luxemburg während der Veranstaltung mit keinem Wort erwähnt hatte. Dementsprechend war auch die Anfrage ambivalent: »Großartige Lesung[1], aber hast du auch über Rosa Luxemburg geschrieben?« Tatsächlich kommt Rosa Luxemburg in meinem Buch und diesem Text vor, aber vielleicht auf eine nicht vorherzusehende Weise. Dass ich in den 45 Minuten meines Vortrags eine der herausragendsten Frauen dieses geschichtlichen Ereignisses nicht erwähnt hatte, lag an dem Schwerpunkt meines Buches, der nicht bei den bekannten revolutionären Frauen, sondern bei einer Welle von Protesten unbekannter Frauen während des Ersten Weltkrieges lag. Sie bildeten einen ›Druck von der Straße‹, der sich zwischen 1915 und 1918 in Krawallen, Demonstrationen und Streiks äußerte. Am größten war das Protestpotenzial bei arbeitenden Frauen in den Städten, die häufig ohne Schulbildung und zumeist politisch unorganisiert waren. Ihre Proteste waren Teil des Ensembles der Novemberrevolution, insofern sie Kritik an der bestehenden Ordnung zum Ausdruck brachten, diese Ordnung ins Schwanken brachten und dabei solidarische Verhältnisse einübten. Gleichzeitig tauchten bei den Kämpfen um die politische und ökonomische Richtung der Revolution Frauen in dieser Masse nicht mehr auf.

[1] Gedächtnisprotokoll.

Rosa Luxemburgs politisches Agieren war in vielen Punkten ungleichzeitig zu diesem Phänomen. Die meiste Zeit während des Ersten Weltkrieges war sie im Gefängnis[2]. Zu den Problemen, gegen die sie ankämpfte, gehörte nicht nur der Krieg, sondern auch die Wende in der sozialdemokratischen Partei. Und im Gegensatz zu den Frauen der Protestwelle verschwand sie nicht einfach. Sie gehörte zu den Ersten, die in der Folge der Novemberrevolution für ihre antikapitalistische Haltung ermordet wurden.

[2] Vom 18.2.1915 bis zum 18.2.1916 und vom 10. 7.1916 bis zum 8.11.1918 (Laschitza 2010).

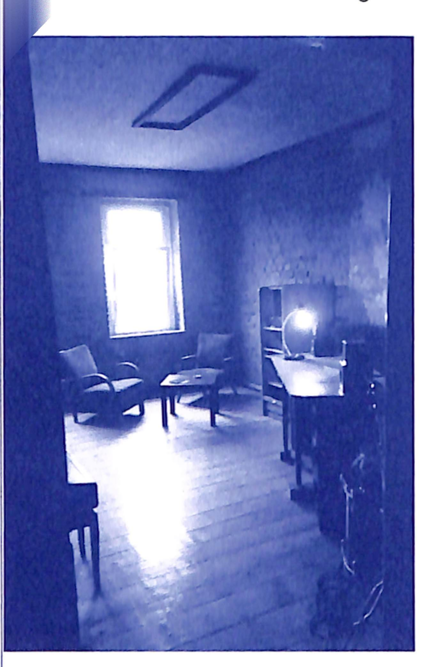
Es sind vor allen Dingen Rosa Luxemburgs scharfsichtige Beobachtungen, die helfen, die Proteste während des Ersten Weltkrieges zu verstehen, besonders in der späteren feministischen Rezeption der »neuen Landnahme«, die ich weiter unten darlegen werde.[3] Hilfreich sind aber auch die Voraussichten auf den Ersten Weltkrieg, die Luxemburg in ihrer beeindruckenden Verteidigungsrede vor der Frankfurter Strafkammer am 20.2.1914, sechs Monate vor Ausbruch des Krieges, darlegte. Ihr wurde der Aufruf zum Ungehorsam gegenüber den

[3] Zum Verhältnis Rosa Luxemburgs zur zeitgenössischen Frauenbewegung und zur feministischen Rezeption Luxemburgs siehe den Beitrag von Carolin Blauth in diesem Band.

Gesetzen und den Anordnungen der Obrigkeit vorgeworfen. Sie sollte Arbeiter zur Verweigerung des Kriegsdienstes aufgefordert haben. Der Staatsanwalt beschrieb dies als ein »Attentat auf den Lebensnerv unseres Staates« (Laschitza 2010). Sie dekonstruierte diesen Vorwurf als autoritär.

> »Ich sage: Der Schluß, daß das einzige wirksame Mittel, um Kriege zu verhindern, darin bestehe, sich direkt an die Soldaten zu wenden und sie aufzufordern, nicht zu schießen – dieser Schluß ist nur die andere Seite jener Auffassung, wonach [...] das Fundament der Staatsmacht und des Militarismus der *Kadavergehorsam des Soldaten* ist« (Luxemburg 1951, 496, Hervorhebung im Original).

Im Gegensatz dazu war ihre Auffassung demokratisch. Sie hatte die Soldaten nicht aufgefordert, die Waffen bei Kriegsbeginn niederzulegen. Sie hatte die Tatsache dargelegt, dass die Entscheidung, den Krieg zu führen, von der Bevölkerung und nicht von den Befehlenden abhängt.



> »Nach der Auffassung des Staatsanwalts ist die Armee die kriegführende Partei, nach unserer Auffassung ist es das gesamte Volk. Dieses hat zu entscheiden, ob Kriege zustande kommen oder nicht: [B]ei der Masse der arbeitenden Männer und Frauen, alten und jungen, liegt die Entscheidung über das Sein oder Nichtsein des heutigen Militarismus – nicht bei dem kleinen Teilchen dieses Volkes, der im sogenannten Rock des Königs steckt« (ebd., 497).

Damit nahm sie die Auflösung des gesellschaftlichen Konsenses am Ende des Ersten Weltkrieges vorweg. Nach vier Jahren Krieg verweigerten Soldaten Befehle, meuterten, desertierten in großem Ausmaß, was die Novemberrevolution ins Rollen brachte. Eine sukzessive Auflösung des gesellschaftlichen Konsenses lässt sich auch in den Protesten zwischen 1915 bis 1918 erkennen. Gehorsam wurde nämlich nicht nur von Soldaten verlangt, sondern von allen Teilen der Gesellschaft. Das umfasste auch die gesellschaftliche Reproduktion unter den Bedingungen des Krieges. Dass diese sehr schwer werden würde, weil für die Versorgung der Bevölkerung kaum vorausgeplant wurde, erkannte Luxemburg ebenfalls vor Ausbruch des Krieges: »Man

bezeichnet den unbedingten sklavischen Gehorsam als den Lebensnerv des Staates. Dagegen ist man unbesorgt um die Nahrungsmittelversorgung des darbenden Volkes« (Luxemburg 1972, 443). Die schlechte Nahrungsmittelversorgung war ein wesentlicher Auslöser für Proteste. Es war nicht der einzige, aber bekannteste.

So waren es vor allen Dingen sogenannte Hungerkrawalle, die als Protest von Frauen in Erinnerung geblieben sind. Dass besonders viele Frauen an Hungerkrawallen beteiligt waren, ist auf ihre Rolle als ›im Haus‹ Arbeitende, als Hausfrauen und Hausangestellte, zurückzuführen. Beim Warten vor Lebensmittelgeschäften entstanden Formen von Öffentlichkeit, die sich häufig weiterentwickelten zu Ansammlungen vor Rathäusern, um für eine bessere Versorgung zu demonstrieren. In vielen dieser Proteste drückte sich mehr als Hunger aus. So gab es an vielen Orten Proteste wegen einer ungerechten Verteilung der Lebensmittel. Im September 1916 verlangte die dritte Oberste Heeresleitung unter Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff eine deutliche Steigerung der Waffenproduktion und der Einziehung von Soldaten, da »dem feindlichen Menschenmaterial gegenüber [die] Menschenvorräte beschränkt« seien (zitiert nach Daniel 1989, 281). In der Folge wurden die begrenzten Nahrungsmittel primär an sogenannte Fabrikküchen geliefert, um die Produktivität zu steigern. Den Menschen mussten diese Maßnahmen vor Augen geführt haben, dass der einzige Wert, der in ihnen gesehen wurde, ihre Arbeitskraft war.

Wut lösten aber auch andere Aspekte der Kriegsgesellschaft aus. Ein herausgegriffenes Beispiel war die versuchte Befreiung eines Kriegsinvaliden in Ingolstadt im Mai 1918 aus der Polizeiwache im Rathaus (Ay 1968, 186f.). Misshandlungen bei der Verhaftung hatten zu einem Aufruhr geführt, bei dem das Rathaus gestürmt und teilweise in Brand gesteckt wurde (ebd.,187). Unter den 97 Verhafteten waren 35 Frauen verschiedenen Alters, vorwiegend Fabrikarbeiterinnen (ebd.). Zusammenschlüsse solcher Art waren nicht selten. Bei vielen Krawallen kam es zu Solidarisierungen zwischen Frauen, Jugendlichen, oftmals schlecht behandelten Invaliden und kriegsunwilligen Soldaten.

Tumulte gab es außerdem bei der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Als in Ingolstadt im Winter 1917/18 die Sonntagsarbeit eingeführt wurde, kam es zu stundenlangen

Ausschreitungen von Arbeiterinnen, die die Arbeitszeiten mit ihren Versorgungsarbeiten nicht vereinbaren konnten (ebd., 185). Für die Verkürzung der Arbeitszeit gab es ebenso zahlreiche Streiks. Fast 2.100 Wäscherinnen in den oberschlesischen Erzgruben streikten vom 1. Juli bis zum 7. September 1918 gegen den dort elfstündigen Arbeitstag (Kuhlbrodt 1981). Frauen streikten auch für eine Erhöhung der Löhne, die, wie kaum anders zu erwarten, niedriger waren als die der Männer. Zusätzlich zu den allgemein schlechten Arbeitsbedingungen, die durch Ausnahmen bei den Arbeitsschutzbestimmungen einem Rückfall ins 19. Jahrhundert gleichkamen (Daniel 1989, 73), traten die geschlechtsspezifischen Benachteiligungen umso brutaler hervor.

Auch bei explizit politischen Streiks gab es eine rege Beteiligung von Frauen, besonders in der Streikwelle gegen den Friedensvertrag von Brest-Litowsk im Januar 1918. Nach einem Bericht von Cläre Derfert-Casper sollen in Berlin hauptsächlich Frauen gestreikt haben (ebd., Kuhlbrodt 1981, 76). Derfert-Casper gehörte als Vertreterin der Metallarbeiterinnen dem elfköpfigen Aktionsausschuss des Arbeiterrates Groß-Berlin an. In Hannover sollen mehr Frauen als Männer in der Streikleitung gewesen sein (Rosenbusch 1998, 415). Für andere Orte gibt es ähnliche Berichte.[4] Die Streikwelle vom Januar 1918 hatte die besondere Bedeutung, dass sie in Solidarität mit den Friedensbestrebungen der russischen Revolutionär_innen geführt wurde. In Deutschland und Österreich solidarisierten sich Arbeitende in Generalstreiks mit den Forderungen nach Frieden aus Russland. So sagte die Arbeiterin Anna Niedermeier nach ihrer Verhaftung wegen der Beteiligung am Januarstreik 1918 in München bei dem Polizeiverhör: »Ich habe mich dem Streik angeschlossen, weil davon gesprochen worden ist, durch den Streik solle der Regierung gezeigt werden, dass die Arbeiter zusammenhalten, ferner solle die Regierung veranlasst werden, Frieden zu schließen« (ebd.).

[4] Das von den Berliner Arbeiterräten beschlossene Streikprogramm umfasste auch die Forderung nach der Einführung des Wahlrechts für Frauen. Für Dresden, Kassel, Mannheim und Nürnberg ist die Frauenwahlrechtsforderung ebenfalls als Teil des Streikprogramms nachgewiesen (Kuhlbrodt 1981, 77ff.).

Darüber hinaus sagte sie, dass die Frauen in ihrem Betrieb als Erste den Streik beginnen wollten, »denn die Männer würden zum Militär eingezogen, wenn sie voran gingen« (Kuhlbrodt 1981, 161). Dieses solidarische Verhalten war exemplarisch für das Streik- und Protestverhalten der Frauen.

Das Streik- und Protestverhalten lässt sich als Teil der Emanzipation der Arbeiterinnen während des Ersten Weltkrieges

verstehen. Nach der Historikerin Ute Daniel ist es eine weit verbreitete, aber falsche Annahme, diese Emanzipation darauf zurückzuführen, dass Frauen vermehrt gearbeitet hätten (Daniel 1989, 259). Es gab einen Anstieg der Frauenarbeit in den Betrieben der Kriegsindustrie, weil Frauen aus anderen Arbeitsplätzen, wie Hausanstellung, Landarbeit, Textilindustrie etc., dorthin wechselten. Dass gerade die »im Haus« stattfindenden Lohnarbeitsverhältnisse als Arbeitsverhältnisse damals wie später übersehen wurden, war ein Teil des Problems der Bewegungen der Novemberrevolution, worauf ich später noch zurückkommen werde. Formen der Emanzipation gab es nicht per se dadurch, dass Frauen arbeiteten, sondern dadurch, dass sie die Verfügung über das Familieneinkommen hatten. Die Abwesenheit der Männer in den Familien brachte die Form der patriarchalen Kleinfamilie ins Wanken.

Nach dem Umsturz im November 1918 konsolidierten sich mit der Rückkehr der Männer aus dem Krieg patriarchale Strukturen erneut. Beispielsweise war Cläre Derfert-Casper nicht mehr Mitglied des Aktionsausschusses, sondern Bürogehilfin des Vollzugsrates Berlin.[5] Den meisten Frauen blieb der Zugang zu den Räten, die sich als Organe der Revolution in vielen Städten und Gegenden gebildet hatten, versperrt, da nach der Frankfurter Revolutionärin Toni Sender das Wahlrecht meist nur Personen erhielten, »die produktive, gesellschaftlich nützliche Arbeit leisteten« (Sender 1919, 23). Diese Beschränkung der Wahlberechtigung sollte vermutlich verhindern, dass Antagonisten der Novemberrevolution die Räte durch Beteiligung von innen heraus abschafften. So waren durch diese Bestimmung Kapitalisten, Verwaltungsbeamte, Polizisten, etc. ausgeschlossen. Aber gleichzeitig wurden Frauen nach Ende des Kriegs von den »produktiven« Industriearbeitsplätzen wieder in ihre vorherigen Beschäftigungsverhältnisse, die als »unproduktiv« galten, abgedrängt. Es gab sogar zahlreiche von Männern organisierte Demonstrationen, Eingaben und Streiks zu diesem Zweck (Kuhlbrodt 1981, 361, Fußnote 347).

[5] Nach Kuhlbrodt waren im Vollzugsrat in Berlin Cläre Derfert-Casper als Bürogehilfin, Else Beck als Protokollführerin und Hanna Hünecke als Telefonistin tätig. Helene Overlach, Friedel Gräf und Helene Zirkel arbeiteten für den Arbeiter- und Soldatenrat Berlin (Kuhlbrodt 1981, 170).

Dabei gab es durchaus Versuche, Frauen Strukturen der politischen Organisation zu ermöglichen. In Jena gab es einen Hausfrauenrat ab November 1918, der mindestens zwei Jahre lang aktiv war. Leider blieb dies eine Ausnahme. In der Rede, in der Toni Sender die Wahlrechtsbeschränkungen in den Räten als Ausschlusskriterium für Frauen identifizierte, forderte sie, die Tätigkeiten der Versorgung als produktive Arbeit anzuerkennen

(Sender 1919, 23). Mit dieser Anerkennung wären nicht nur die Tätigkeiten im familiären Haushalt gemeint gewesen, sondern auch die nicht proletarischen häuslichen Arbeitsformen, wie Hausanstellungen, die geflissentlich ignoriert wurden. Ihr Vorschlag fand keine breite Umsetzung, dafür einen Nachhall bis in die heutige Zeit. Damals wie heute hätte dies gesellschaftliche Konflikte sichtbar gemacht, die auf der unsichtbaren Ausbeutung von Frauen als Versorgerinnen beruhen.

Die von Toni Sender formulierte feministische Forderung steckt seit mindestens hundert Jahren in einer Art Zeitschleife. Vor über 50 Jahren rief Helke Sander die Ausbeutung der Hausfrauen und Mütter in ihrer berühmt gewordenen Tomatenwurf-Rede wieder ins Gedächtnis. Schließlich kann die feministische Philosophin Silvia Federici in einer geistigen Linie zu Toni Sender heute sagen: »Der Skandal des Kapitalismus liegt darin, dass er Krieg als produktiv wertet, nicht aber Kindererziehung, Kochen und Sex« (Federici 2018). Der von ihr beschriebene Skandal ist Ausdruck eines grundlegenden gesellschaftlichen Widerspruchs. Kapitalistisch organisierte Gesellschaften sind darauf angewiesen, dass die in ihr lebenden Subjekte sozialisiert und versorgt werden, die damit verbundene Aufgabe ist jedoch privatisiert. Um diesen Widerspruch besser zu verstehen, ist eine basale Grundlage der marxschen Darstellung von Kapital und Lohnarbeit notwendig.

Das Verhältnis von Kapital und Lohnarbeit führt zu einer bestimmten Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Die Arbeitenden stellen Waren her, die regelmäßig für mehr Geld verkauft werden, als in Form der Löhne zu ihnen zurückfließt, obwohl sie die wertbildende Arbeit geleistet haben. Die hergestellten Waren gehören denjenigen, die Kapital in Produktionsmittel und Arbeitskräfte investiert haben. Ihnen gehört auch der Mehrwert, der sich in der Geldmenge äußert, die nach Verkauf der Waren idealerweise über der Investition liegt. Der Lohn entspricht nicht dem Wert der Arbeit, sondern hat die Funktion die Lebensmittel zu kaufen, die benötigt werden, um die eigene Arbeitskraft immer wieder zur Verfügung zu stellen. Dies entspricht der materiellen Seite der Versorgung.

Materialistische Feministinnen wie Silvia Federici oder Nancy Fraser (Federici 2012, Fraser 2016) fügten dem hinzu, dass auch unbezahlte Tätigkeiten, wie kochen, putzen, u.v.m. zu der Reproduktion der Arbeitskraft zählen. Diese Tätigkeiten wer-

den zumeist als »natürliche« Tätigkeiten entwertet. Gleichzeitig sind sie notwendige Grundlage kapitalistischer Gesellschaften, da in den Haushaltstätigkeiten das wichtigste Element der kapitalistischen Produktionsweise produziert wird, die Ware Arbeitskraft. Dass dies im allgemeinen gesellschaftlichen Bewusstsein selten wahrgenommen wird, liegt unter anderem daran, dass Menschen sich und andere nicht in der Absicht versorgen, dem Markt Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen. Sie tun es, weil es Teil des Lebens ist. Dass diese Tätigkeiten sowohl als das Andere der kapitalistischen Produktionsweise erscheinen, als auch gleichzeitig ihre Quelle sind, hat einige Theoretikerinnen dazu geführt, die Versorgungsarbeit mit dem Konzept der Landnahme zu begreifen, das Rosa Luxemburg mit Blick auf den Kolonialismus beschrieben hatte.

In *Die Akkumulation des Kapitals* thematisiert Luxemburg den Widerspruch zwischen entgrenzter Akkumulation und den begrenzten Voraussetzungen der Produktion und Konsumtion. »Die Lösung« des Problems liegt nach Luxemburg »in dem dialektischen Widerspruch, daß die kapitalistische Akkumulation zu ihrer Bewegung nichtkapitalistischer sozialer Formationen bedarf, in ständigem Stoffwechsel mit ihnen vorwärtsschreitet und nur so lange existieren kann, als sie dieses Milieu vorfindet« (Luxemburg 1975, 315). Luxemburg erkannte im Kolonialismus die Funktion nicht-kapitalistische soziale Formationen auf mindestens drei Weisen für die kapitalistische Akkumulation verfügbar zu machen. Durch den Raub von Ressourcen, ein »Reservoir der Arbeitskräfte« (ebd., 316f.) und durch Absatzmärkte für Waren. Insofern die sozialen Strukturen von Warenform und Handel nicht bereits vorhanden sind, »erfolgt als einleitende Methode des Kapitals die systematische, planmäßige Zerstörung und Vernichtung der nichtkapitalistischen sozialen Verbände, auf die es in seiner Ausbreitung stößt. Hier haben wir es aber nicht mehr mit der primitiven Akkumulation zu tun, der Prozeß dauert fort bis auf den heutigen Tag. Jede neue Kolonialerweiterung wird naturgemäß von diesem hartnäckigen Krieg des Kapitals gegen die sozialen und ökonomischen Zusammenhänge der Eingeborenen begleitet sowie von dem gewaltsamen Raub ihrer Produktionsmittel und ihrer Arbeitskräfte« (ebd., 318f.).

Rosa Luxemburgs Ansatz wurde als Konzept der »Neuen Landnahme« breit rezipiert. So sah David Harvey die Privatisierung des Gemeineigentums als »Akkumulation durch Enteignung« (Harvey 2005). Tove Soiland erinnert in ihrem Text »Innere Kolonien. Care als Feld einer ›neuen Landnahme‹« (Soiland 2018) an die Hausarbeitsdebatte in den 70ern, die bereits zeigte, dass es auch in den Haushalten eine Art primitiver Akkumulation gibt, die nicht (nur) im Raub der Güter, sondern auch in einem Anzapfen der anderen Produktionsweise der Haushalte besteht. Gerade weil die Haushalte das wichtigste Element der kapitalistischen Produktionsweise, die Ware Arbeitskraft, hervorbringen, geht Soiland wie Maria Mies, Veronika Bennholdt-Thomsen und Claudia von Werlhof davon aus, dass dieser Bereich zu dem unsichtbaren, tragenden Fundament des Gesellschaftsaufbaus gehört.[6]

[6] Vgl. in diesem Band den Text von Carolin Blauth.

Unter den Bedingungen des Ersten Weltkrieges zeigte sich das Fundamentale der Hausarbeit auf extreme und damit deutliche Weise. Die staatlichen Stellen hatten versagt, eine gerechte Verteilung der knappen Nahrungsmittel zu gewährleisten. Über Propaganda wurde versucht, den Hausfrauen die Schuld an der knappen Versorgungslage zuzuschieben, indem ihr Hauswirtschaften als verschwenderisch, kenntnislos und ohne Blick für das gesellschaftliche Ganze dargestellt wurde. Dabei waren die Hausfrauen Sündenböcke, ganz gleich, wie sie sich verhielten: Misslang es ihnen, ihre Familien zu versorgen, waren sie unfähig zur Hauswirtschaft, gelang es ihnen, was nur durch illegale Wege wie dem Überschreiten der Rationen, Hamsterei und Diebstahl möglich war, ›fehlte‹ ihnen der Blick für das gesellschaftliche Ganze. So gab es eine gewisse Aufwertung der Hausarbeit als notwendige Tätigkeit für das gesellschaftliche Ganze, die aber damit verbunden war, die Verantwortung für die Schwierigkeiten der Reproduktion den Hauswirtschaftenden zuzuschreiben (Daniel 1989, 272).

Deutlicher als heute wurde damals artikuliert, dass die Ware Arbeitskraft eine Ressource ist, die immer wieder angeeignet werden muss. Gerade die Offenheit Hindenburgs und Ludendorffs von »Menschenmaterial« zu sprechen, konnte keine Zweifel darüber bestehen lassen, welche Bestimmung die Kinder der Arbeiter_innenklasse in dieser gesellschaftlichen Formation hatten. Ob in der Fabrik oder an der Front, für die herrschende Klasse war ein großer Teil der Population belebtes Objekt, das für die eigenen Interessen eingesetzt wurde.

Was die Wirtschaft während des Ersten Weltkrieges ebenfalls besonders deutlich zeigte, war die Selbstverständlichkeit, mit der Frauen auf (bestimmte) Bereiche des Arbeitsmarktes unter prekären Bedingungen mobilisiert und demobilisiert werden konnten, denn auch das beruhte auf ihrer notwendigen, aber nicht anerkannten Versorgungsarbeit. Dadurch, dass die Versorgungsarbeiten ihre Aufgabe, aber keine »richtige« Arbeit waren, konnten häusliche Arbeitsplätze entwertet und Frauen leichter bei Bedarf in die Schwerindustrie mobilisiert und wieder verdrängt werden, um den Männern ihre Rolle als Hausherr zurückzugeben.

So zeigte die Kriegswirtschaft besonders deutlich die Notwendigkeit der Versorgungsarbeiten, die Aneignung der Ressourcen aus den Haushalten und das Reservoir der Arbeitskräfte, dass Frauen für das Kapital gerade durch ihre Rolle als Versorgende waren und immer noch sind.[7] Die Proteste waren Ausdruck dieser verstärkten Belastungen, gerade in Hinblick auf die Schwierigkeiten der Frauen, der Rolle der Versorgung nachzukommen oder diese mit den erschwerten Arbeitsbedingungen zu vereinbaren.

[7] Luxemburgs dritter Punkt, die Nutzung von Absatzmärkten, zeigt die Kriegsgesellschaft eher unscharf, da die Wirtschaft auf Kampfmittel ausgerichtet war.

Die Proteste vor über hundert Jahren mit theoretischen Elementen derselben Zeit zu interpretieren, ist kaum ohne melancholische Grundstimmung möglich. Denn zu ihrer Zeit ließen sich Theorie und Praxis durch eine sehr schnell einsetzende Konterrevolution, der auch Rosa Luxemburg zum Opfer fiel, kaum zusammen denken. Die Möglichkeit eines basisdemokratischen Aufbaus unter Berücksichtigung der Geschlechterverhältnisse scheiterte nicht nur an inneren Spannungen, sondern auch an äußerer Gewalt. Die zur Niederschlagung der Aufstände und Räterepubliken eingesetzten paramilitärischen Freikorps setzten ins Schwanken geratene patriarchale Vorstellungen erneut brutal durch. Freikorps in Oberschlesien bestraften Frauen, die mit französischen Kriegsgefangenen tatsächlich oder gerüchteweise Verhältnisse hatten, indem sie sie nackt auszogen, kahlschoren, mit Teer anstrichen und mit Peitschen durch die Straßen hetzten (*Deutsche Zeitung,* 13.07.1922, zitiert nach Gumbel 1980, 130). Rosa Luxemburg wurde von einer der Gruppen, der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, gefangen genommen, misshandelt und ermordet. Ihre Hinrichtung als politische Gegnerin und die geringen Konsequenzen für die Täter zeigten, dass sich der Rückfall in die Barbarei mit dem Ersten Weltkrieg nicht

erschöpft hatte. Während ihrer Haft 1915 hatte Luxemburg in *Die Krise der Sozialdemokratie* daran erinnert, dass die Möglichkeit eines Rückfalls in die Barbarei anstelle des Übergangs zum Sozialismus bestand.

> »Friedrich Engels sagte einmal: *die bürgerliche Gesellschaft steht vor einem Dilemma: entweder Übergang zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei.* Was bedeutet ein »Rückfall in die Barbarei« auf unserer Höhe der europäischen Zivilisation? Wir haben wohl alle die Worte bis jetzt gedankenlos gelesen und wiederholt, ohne ihren furchtbaren Ernst zu ahnen. Ein Blick um uns in diesem Augenblick zeigt, was ein Rückfall der bürgerlichen Gesellschaft in die Barbarei bedeutet. Dieser Weltkrieg – das ist ein Rückfall in die Barbarei.« (Luxemburg 1974, 62)

Dabei sollte es nicht bleiben. Nicht nur versandeten die während des Reichsrätekongresses im Dezember 1918 beschlossenen Sozialisierungen aller »hierzu reifen Industrien, insbesondere des Bergbaus« (Hofmeister/Bruch 2015, 45). Die Pazifistin Lida Gustava Heymann sah in ihren Erinnerungen, die sie 1941 im Exil veröffentlichte, gerade in dem Verrat der SPD-Führung an den sozialistischen Zielen den Rückfall in die Barbarei der Nazizeit.[8]

> »Fritz Ebert und Genossen machten nicht nur gemeinsame Sache mit diesem Bürgerstande, den sie in Erscheinung und Lebensform schon lange nachahmten und ihm gleichten wie ein Ei dem anderen, sondern auch mit den Generälen, der Großindustrie und den Junkern. Anstatt das deutsche Volk nach erlittenem Bismarckschen Sozialistengesetz, nach jahrzehntelangem Kampf für Beseitigung preußischer Militärgewalt, Ausbeutung und Unterdrückung (Dreiklassenwahlrecht), nach den endlosen Opfern und Leiden des Weltkrieges – der Freiheit und Selbstverantwortung entgegenzuführen, trieben es die früheren Genossen Schritt für Schritt, aber langsam und sicher, dem Abgrund des III. Reichs zu« (Heymann 1992, 174).

Es ist also kaum möglich, die unterschiedlichen Fragmente der Geschichte über hundert Jahre später ohne melancholischen Beigeschmack zusammen zu denken. Wenn man es allerdings tut, zeigt sich, dass die feministische Rezeption Rosa Luxemburgs eine theoretische Untermauerung der Forderung Toni

[8] Es ist bemerkenswert, dass es kaum möglich ist, über Nazis zu sprechen oder zu schreiben, ohne die Ideologie der Nazis zu reproduzieren. Statt Nationalsozialismus, der kein Sozialismus war, oder Drittes Reich, was projektiver Wunsch der Nazis war, bleibe ich bei umgangssprachlichen Ausdrücken wie Nazi-Zeit.

Senders bedeutet hätte, die Tätigkeiten der Versorgung als produktive Arbeit, und damit als Teil der Räteorganisation anzuerkennen (Sender 1919, 23). Dies hätte den protestierenden Frauen Organe der Willensbildung und -äußerung zur Verfügung gestellt, Möglichkeiten gegeben, auf gesellschaftliche Prozesse einzuwirken und gesellschaftliche Strukturen zu verändern. Dann wäre vielleicht nicht nur die Entscheidung über den Krieg bei »der Masse der arbeitenden Männer und Frauen, alten und jungen« (ebd., 497) gelegen, sondern auch die Entscheidung über die Zukunft.

Literatur

Ay, Karl-Ludwig (1968): Die Entstehung einer Revolution. Die Volksstimmung in Bayern während des Ersten Weltkrieges. Berlin.

Daniel, Ute (1989): Arbeiterfrauen in der Kriegsgesellschaft. Beruf, Familie und Politik im Ersten Weltkrieg. Göttingen.

Federici, Silvia (2012): Aufstand aus der Küche. Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution. Münster.

Dies. (31.05.2018): Interview in der Wochenzeitung Zürich.

Fraser, Nancy (2016): Contradictions of Capitalism and Care. In: New Left Review 100, 99–117.

Gumbel, Emil Julius (1980): Vier Jahre politischer Mord. Reprint von: Vier Jahre politischer Mord. Berlin-Fichtenau: Verlag der neuen Gesellschaft 1922. Die Denkschrift des Reichsjustizministers über »Vier Jahre politischer Mord«, Berlin: Der ZMalik-Verlag 1924. Heidelberg.

Harvey, David (2005): Der neue Imperialismus. Hamburg.

Heymann, Lida Gustava (1992): Erlebtes Erschautes. Frankfurt am Main.

Bruch, Rüdiger vom / Björn Hofmeister (Hg.) (2015): Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung, Band 8. Stuttgart.

Kuhlbrodt, Peter (1981): Die proletarische Frauenbewegung in Deutschland am Vorabend und während der Novemberrevolution 1. Dissertation eingereicht beim Wissenschaftlichen Rat der Pädagogischen Hochschule Leipzig. Berlin.

Laschitza, Annelies (2010): Rosa Luxemburg. Im Lebensrausch, trotz alledem. Berlin.

Luxemburg, Rosa (1951): Ausgewählte Reden und Schriften, Band 2. Berlin.

Dies. (1972): Gesammelte Werke, Band 3. Berlin.

Dies. (1974): Gesammelte Werke, Band 4. Berlin.

Dies (1975): Gesammelte Werke, Band 5. Berlin.

Rosenbusch, Ute (1998): Der Weg zum Frauenwahlrecht in Deutschland. Baden-Baden.

Sender, Toni (1919): Rede auf der Leipziger Frauenkonferenz am 29.11.1919. Berlin.

Soiland, Tove (2018): Innere Kolonien. Care als Feld einer »neuen Landnahme«. In: Luxemburg, 3, 72–77.



»YOU ARE WELCOME TO THE MACHINE OF WORK HERE IN GERMANY«[1]

ÜBER DIE POLITISCHE LOGISTIK MIGRANTISIERTER MENSCHEN IM JOBCENTER

Max Wolf und Thiemo Luft

In diesem Beitrag gehen die Autoren der Frage nach, wie es migrierten Menschen im Kontext des Jobcenters nach und im sogenannten »langen Sommer der Migration« 2015 erging. Mit Unterstützung marxistisch informierter und kritischer Denker_innen wie Bojadžijev, Bourdieu, Foucault, Mezzadra uvm. untersuchen sie Prozesse der Migrantisierung, Subjektivierung und Disziplinierung einer neu entstehenden Reservearmee und deren struktureller Einbettung in eine ablehnende Migrationsgesellschaft. In einem Vortrag auf der Kantine »Marx« am 10. August 2018 stellten sie Einblicke in ihre ethnographischen Erkundungen und deren Analyse vor.

Beide Autoren studieren Europäische Ethnologie an der HU Berlin und begleiteten mehrere Jahre Menschen ins Jobcenter. Zudem sind beide Autoren Soziologen. Thiemo Luft studierte soziologische Theorie in Konstanz, Max Wolf in Chemnitz und Växjö.

Im Juli 2015 treffen wir Jay[2] in einer Bar in Chemnitz. Er berichtet uns, dass er wegen des Krieges in Syrien das Land verlassen musste. Einige Wochen nach seiner Ankunft in Deutschland habe er einen dreijährigen Aufenthaltstitel erhalten, der ihm Zugang zu Sozialleistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) verschaffte. Zwei Monate später, als wir ihn vor seinem dritten Jobcentertermin in Leipzig-Plagwitz trafen, wirkte er sichtlich entnervt und gehetzt. Ihm sei klar geworden, dass er abhängig von dieser Institution sei, dieser – wie er wiederholt sagte – großen Maschine, gegenüber der er sich klein fühle. Er habe kaum geschlafen, denn er habe den Zwang realisiert, »that you have to learn the language and you have to work, if you want to be member in this society« (Interview Jay vom 18.10.2015). Genau hier setzt der vorliegende Artikel an: Mit Blick auf Geflüchtete und andere sogenannte Migrant_innen, die Leistungen des Jobcenters in Anspruch nehmen, fragen wir uns, welche Erfahrungen sie in diesem Kontext machen und wie das Jobcenter von seinen migrierten Kund_innen wahrgenommen wird. Besondere Aufmerksamkeit liegt dabei auf der Frage, ob es spezifisch migrantische Erfahrungen mit der Institution Jobcenter gibt. Dafür müssen wir zunächst die näheren gesellschaftspolitischen Bedingungen des sogenannten langen Sommers der Migration (Hess u. a. 2017) betrachten und das Forschungsfeld im Kontext des aktuellen wissenschaftlichen Diskurses herleiten, so dass sowohl eine Analyse der strukturellen Bedingungen als auch des subjektiven Erlebens innerhalb dieser Strukturen möglich wird.

Der lange Sommer der Migration und das Jobcenter als Grenze

Wenn wir zunächst die sozialen, politischen und rechtlichen Strukturen betrachten, die Jays Leben beeinflussen, so können wir feststellen, dass Jay kein Einzelfall ist. Denn im Zeitraum unserer Forschung, die während des sogenannten langen Sommers der Migration im Jahr 2015, genauer gesagt zwischen Juli 2015 und Februar 2016, stattfand, migirerten laut Statistischem Bundesamt 2,14 Millionen Menschen nach Deutschland. Davon kam über die Hälfte der Personen aus Europa, mit 45 Prozent vorrangig aus EU-Staaten. 13 Prozent der Migrierten stammen aus Ländern Asiens und etwa fünf Prozent aus Ländern Afrikas (destatis 2016). Diese Zahlen stellen – zumindest im öffentlichen Diskurs – für die bundesrepublikanische Gesellschaft eine vermeintliche Herausforderung dar,

[1] Interview Jay vom 18.10.2015. Bei diesem Artikel handelt es sich um einen Reprint des gleichnamigen, in den Berliner Blättern (Heft 78/2018, S.106–124) veröffentlichten Beitrags. Wir danken den Menschen des Panama-Verlags, dass sie problemlos der Wiederveröffentlichung zugestimmt haben. An dieser Stelle möchten wir uns zudem ganz herzlich bei unseren Gesprächspartner_innen für ihre Offenheit und Ermöglichung der Forschung sowie bei Manuela Bojadžijev, Sina Arnold und Sabrina Apicella für die intensive Unterstützung bei der Erstellung des Artikels, den vielen wichtigen Kommentaren und inhaltlichen Ergänzungen sowie mannigfacher Formulierungshilfen bedanken. Sie waren uns eine enorme Hilfe.

[2] Die Namen aller in diesem Artikel erwähnten Gesprächspartner_innen wurde aufgrund der Verlagsvorgaben und der Gewährung von Anonymität geändert.

besonders wenn es um den Zugang zum Arbeitsmarkt für die Neuankommenden geht. Von wirtschaftsliberaler Seite werden hier »Potenziale« gesehen, sodass sogar konservative Milieus des Landes mittlerweile anerkannt haben, dass Deutschland ein »Einwanderungsland« ist (Schwiertz/Ratfisch 2016, 3). Zugleich fokussierten wissenschaftliche Forschungen fast ausschließlich auf den Teilbereich der Asyl- und Fluchtmigration seit 2015, nicht jedoch auf die hiesigen Lebensverhältnisse der vormals Geflüchteten. Der Sachverständigenrat der Robert Bosch Stiftung stellte 2016 zudem in einer Metaanalyse verfügbarer Studien fest, dass sich die aktuellen Forschungen zumeist auf die lokale Ebene beschränken und damit »ein nach Flüchtlingsgruppen differenzierender Gesamtüberblick über die Arbeitsmarktintegration von Asylsuchenden, Geduldeten, Bleibeberechtigten sowie anerkannten Flüchtlingen« noch aussteht (Sachverständigenrat 2016, 23). Es gleichen sich zudem die Ergebnisse aller aufgeführten Studien: Asylmigrant_innen und anerkannte Flüchtlinge haben in der Regel keinen Zugang zum primären Arbeitsmarkt, was in einer »(offiziellen) Erwerbstätigenquote der Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz [von] 3,5 Prozent« mündet (ebd., 17). Die Expertise weist schließlich auch die Gründe für diese »Herausforderungen bei der Arbeitsmarktintegration« (ebd., 23) aus: Neben mangelnden Sprachkenntnissen seien es die rechtlichen Rahmenbedingungen und die niedrigen Anerkennungsquoten von mitgebrachten Qualifizierungsabschlüssen sowie die Dequalifizierungsprozesse durch längere Erwerbslosigkeit (ebd.).

Das Feld der Migration erschöpft sich aber gerade im von uns betrachteten sozialstaatlichen Kontext des Jobcenters nicht darin, die ›Geflüchtetenproblematik‹ zu diskutieren oder nur eine spezifische Migrant_innengruppe zu untersuchen. Es gibt eine Vielzahl von migrierten Menschen aus unterschiedlichsten Kontexten, denen jeweils und insgesamt mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden muss. Denn etwa 623.000 Menschen in Deutschland gehören laut Bundesagentur für Arbeit (2016, 28) zu den sogenannten »erwerbsfähigen Hilfebedürftigen mit Migrationshintergrund« (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2009, 13).[3] Als Forschende stehen wir daher vor der Aufgabe, mehr als bisher den Zusammenhang von Arbeitsmarkt und Migration zu beforschen und dabei das Jobcenter als vermittelnde Transferinstitution in die Analyse mit einzubeziehen.

[3] Damit sind solche Menschen gemeint, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, aber aufgrund von Erwerbslosigkeit auf Sozialleistungen zur Sicherung ihrer Existenzgrundlage angewiesen sind.

Zwei wissenschaftliche Zugänge sind hierbei von besonderer Bedeutung: einerseits die soziologisch geprägte Arbeitsmarkt- und Integrationsforschung, mit einem Schwerpunkt auf dem Bereich der Migration. Neben wichtigen Darstellungen der Umsetzung und Ausgestaltung sowie den arbeitsmarktpolitischen Folgen der Agenda 2010 (Butterwegge 2015; Dörre u.a. 2013), Analysen der Ideologie des »Förderns und Forderns« und des Aktivierungsnarrativs (Lessenich 2003), sowie den wohlfahrtsstaatlichen Wandlungsprozessen von »Welfare to Workfare« (Mohr 2009; siehe auch Scherschel 2016) geht es in diesem Bereich vornehmlich um die Erwerbs- und Arbeitsmigration (u.a. Butterwegge 2007). Bestehende Studien verweisen auf Intersektionalität und Marginalisierung von nach Deutschland Zugewanderten (Han 2016), haben aber das Problem, dass sie zumeist rein quantitativ, d.h. ohne ausreichende Differenzierung subjektiver Erlebenswelten, angelegt sind und oftmals auf das Verwertungspotential von Migrant_innen für den deutschen Arbeitsmarkt zielen (z. B. Damelang 2011). In Reaktion auf diese einseitigen Forschungen sind inzwischen qualitative Studien entstanden, welche die Biographien und Lebenswelten von Migrant_innen im Grundsicherungsbezug ins Zentrum der Analyse rücken (Geisen 2015; Flick u.a. 2017). Sie konzentrieren sich allerdings überwiegend auf bestimmte Migrant_innengruppen (so z. B. Flick u.a. 2017) und reflektieren methodisch zu wenig die institutionelle Rolle der Jobcenter und die sich daraus ergebenden Verzerrungen, etwa im Zusammenhang der »Bereitstellung« von Mitarbeiter_innen für Interviews oder was die Veränderung der untersuchten Situationen durch die Anwesenheit von Forscher_innen bei Beratungsgesprächen anbelangt.



Spätestens an dieser Stelle wird – andererseits – die seit mindestens fünf Jahren immer stärker in den Fokus der Kultur- und Sozialwissenschaften rückende kritische Grenzregime- und Migrationsregimeforschung relevant (z.B. Hess u.a. 2017; Heimeshoff u.a. 2014; Labor Migration 2014; Hess/Kasparek 2010; Transit Migration Forschungsgruppe 2007). Diese erweitert die Forschung um die Sichtweise der Subjekte, indem sie vornehmlich ethnographisch arbeitet.

Vor diesem Hintergrund gehen wir mit Blick auf die institutionellen Praxen der Jobcenter sowie die dadurch bedingten Subjektivierungsprozesse davon aus, dass nach Deutschland migrierte Menschen auf einen sozialen Raum treffen, den mannigfaltige Grenzziehungen kennzeichnen. Dieser lässt sich auffassen als ein – nicht auf die Landesgrenzen beschränktes – Grenzregime, verstanden als

> »ein Ensemble von gesellschaftlichen Praktiken und Strukturen – Diskurse, Subjekte, staatliche Praktiken – [...] deren Anordnung nicht von vornherein gegeben ist, sondern das genau darin besteht, Antworten auf die durch die dynamischen Elemente und Prozesse aufgeworfenen Fragen und Probleme zu generieren.« (Karakayali/Tsianos 2007, 14).

Diese Perspektive verfolgend etablieren Hess u.a. (2014) einen praxistheoretischen Grenzregimebegriff, der einen Doing-border-Ansatz beinhaltet, welcher ein Herstellen und Aushandeln von Grenzen aus subjektiver Perspektive umfasst. Der für unsere Analyse entscheidende Punkt ist hierbei der Aspekt der »Agency«, d.h. die Handlungsmacht der Migrant_innen, die in der Definition der Grenzregime mehr oder weniger subtil auftritt, denn diese Regime werden konzipiert als

> »territorial[...] oder a-territorial[...] umkämpfte[...] soziale[...] [Räume], die von Spannungen, Konflikten und Aushandlungen zwischen multiplen Akteur_innen um Rechte und gesellschaftliche Teilhabe geprägt sind und durch ständige performative Akte (wieder)hergestellt, repariert, herausgefordert, verschoben, umgedeutet oder neu eingeschrieben werden.« (Hess u.a. 2014, 18)[4].

[4] Eine Kritik am Regimebegriff und dessen Erweiterung um eine materialistische Perspektive liefert Fabian Georgi (2016).

Selbst wenn Grenzen als Filter oder Methoden betrachtet werden, wie es Mezzadra und Neilson (2008) vorschlagen, oder als »selektierende und kategorisierende Hierarchisierungsinstitution[en]« (Hess u.a. 2014, 17), müssen sie in alltäglichen Praktiken (re)interpretiert und »ausagiert« (ebd., 15) werden. Denn Grenzen sind porös und durchlässig, wie es die Politikwissenschaftlerin Isabell Lorey am Beispiel der Einreise einer argentinischen Künstlerin nach Spanien zeigt (Lorey 2011). Nicht nur, dass diese aufgrund ihres Nicht-EU-Passes gegenüber von EU-Bürger_innen getrennt die Kontrollen passieren musste, zusätzlich unterzog die Polizei sie einer Personenkontrolle. In dieser repressiven Kontrolle verortet Lorey ein flexibles

Grenzregime, das mit souveränitätslogischen Taktiken Migration im Sinne der zu sichernden politischen Gemeinschaft reguliert. Das hieße des Weiteren, dass das europäische Grenzregime sich nicht komplett gegenüber Migration abschotte, sondern deren Subjekte selektiv und stufenweise eingliedere (ebd.). Dies führe wiederum zu »Erfahrungen der Kontingenz, dieser rechtlichen und physischen Prekarisierung ausgesetzt zu werden« und benötige eine »Unterordnung der notwendigen nicht-europäischen Arbeitskräfte«, so Lorey weiter (ebd.; siehe auch Lorey 2012). Durch solch eine Regulation durchlässiger Grenzen werden hierarchisierende Inklusionsprozesse hervorgebracht, die eine rechtliche Differenzierung von Immigrant_innen zur Folge haben (Cuttitta 2010, 28ff.).

Vor diesem Hintergrund analysieren wir die institutionellen Praxen des Jobcenters samt den sie bedingenden Subjektivierungsformen als »Grenzerscheinung« (Cuttitta 2006), die ihre Grundlage darin hat, dass Integration im gesellschaftlichen Diskurs stark über die Einbindung in den Arbeitsmarkt definiert wird. So postulieren einflussreiche Soziolog_innen wie Hartmut Esser unkritisch, dass der dominierende Integrationmechanismus in »modernen, demokratisch verfassten Gesellschaften [...] ohne Zweifel« der Markt sei (Esser 2001, 3) und die Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles spricht beispielsweise davon, dass Geflüchtete »möglichst schnell [...] Kollegen werden [sollen]« (zitiert nach Specht 2015, o.S.). Arbeit bezeichnet diesem Verständnis nach solche Tätigkeiten, die von der Bundeszentrale für politische Bildung lapidar als »Form der Arbeit, mit der Geld verdient werden soll« (Thurich 2011) beschrieben werden. Aus Sicht des Staates bringt eine solche »Form der Arbeit« erstens Konkurrenz und zweitens Steuern, die schließlich gebraucht werden, um beispielsweise Wohlfahrtsleistungen zu garantieren. Der Naturalisierung dieses sozialen Verhältnisses kommt dabei eine ideologische Rolle zu, indem es normativ überhöht wird, was keineswegs nur in konservativen Kreisen der Gesellschaft üblich ist – so unterstrich etwa der ehemalige Bundesarbeitsminister Franz Müntefering (SPD) mit dem biblischen Ausspruch »Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.« (zitiert nach Schuler 2006, o.S.) die gegenwärtige hegemoniale[5] sozialpolitische Auffassung über den Sinn und Zweck von Arbeit. Karin Scherschel hat die darin formulierte Rolle der arbeitenden Subjekte mit dem Begriff des »Arbeitsmarktbürgers« (Scherschel 2016, 261) zu fassen versucht, mithin eine arbeitsmarktpolitische Ausrichtung des

[5] Eine interessante Untermauerung dieser These liefern Sebastian Friedrich und Marika Pierdicca mit ihrem Artikel »Migration und Verwertung« (2014), in dem sie u. a. zeigen, wie ein hegemoniales Verständnis von »Aufnahmeländern« Migration nach ökonomischen Gesichtspunkten reguliert.

Wohlfahrtsstaates, in dem Staatsbürgerrechte und die soziale Teilhabe zunehmend über die Erfordernisse des Marktes definiert werden (ebd.).

Diese gesellschaftliche Gemengelage beeinflusst nicht nur allgemein erwerbsarbeitslose Menschen in ihrer Selbstwahrnehmung. Sie (re-)produziert zusätzlich Bilder über soziale Gruppen – in diesem Fall bestimmer Gruppen von Migrant_innen –, die auch als Grundlage und Legitimation diskriminierender Handlungen gegenüber einzelnen dienen. Dabei werden (nicht nur) medial Sichtweisen auf Migrant_innen konstruiert, was sich in bedeutungsschweren Schlagwörtern wie »Wirtschaftsflüchtlinge«, »Einwanderer in die Sozialsysteme« und »Armutsmigranten« niederschlägt. Neben der stattfindenden, rassistischen Kategorisierung und der problematischen Kodierung in ein »Wir« gegen »die Anderen« werden dabei die Gründe der Mobilität unterschlagen und zudem wird eine generelle Ursache für alle Betroffenen unterstellt. Dass diese aber je nach gesellschaftlichem Kontext, nach Herkunftsregion sowie vor allem entlang individueller Bedürfnisse und Einschränkungen variiert, wird im öffentlichen Diskurs oft unterschlagen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es sich bei der Institution des Jobcenters um eine aterritoriale Grenze handelt. Dadurch spezifiziert sich unsere Ausgangsfrage. Denn wenn die Erfahrungen mit dem Jobcenter als Erfahrungen einer Grenze verstehbar sind, kann gefragt werden, wie diese Grenzen zustande kommen bzw. welche Konsequenzen das für die beteiligten Akteure konkret hat. Mit Hinweis auf die Löchrigkeit und Porösität von Grenzen kann die Handlungsdimension und damit die Handlungsmacht der im Bereich der Grenze Agierenden – in unserem Fall die migrierten Leistungsempfänger_innen – in den Blick genommen werden.

Logistik als Perspektive auf das Jobcenter

Durch die Beschäftigung mit den strukturellen Bedingungen des Jobcenters als Institution der Grenze ist uns aufgefallen, dass wir sowohl die Machtstrukturen als auch die Ebene der (ideologischen) Subjektivierung durch das Jobcenter als Grenzphänomene über das in den Kultur- und Sozialwissenschaften diskutierte Konzept der Logistik produktiv machen können. Unverzichtbar sind hierbei vor allem die Arbeiten von Brett Neilson zu Macht und Logistik (Neilson 2012) sowie der

Begriff des »logistischen Lebens«, welchen Julian Reid (2006) in Anlehnung an Michel Foucault (v. a. 2005) entwickelt hat.

Erwerbslose Leistungsbezieher_innen vereint zunächst, dass sie Teil eines durch die Jobcenter auf organisationaler Ebene durchgesetzten politischen Logistik-Prozesses sind, in dem sie dieselbe Position innehaben – und zwar als Träger von Arbeitskraft, die es schnell zu vermitteln gilt. Ein Verständnis von Logistik als »die Kunst und Wissenschaft der Verwaltung der Mobilität von Menschen und Dingen zur Erreichung ökonomischer, kommunikativer und transportbasierter Effizienzen« (Neilson 2012, 323) unterstreicht diese Einschätzung. Nach Neilson bietet der Fokus auf Logistik dann eine zentrale, wenn auch weitgehend unterforschte Möglichkeit, den gegenwärtigen Kapitalismus zu begreifen. Das Jobcenter nimmt in dieser Perspektive die Rolle eines Mediums zur strukturellen Kopplung von kapitalistischer Gesellschaftsorganisation und den sich in Handlungen äußernden subjektiven Anpassungs- respektive Verarbeitungsprozessen ein. Es erbringt damit eine doppelte Leistung für die Gesellschaft in Form der logistischen Verwaltung von Arbeitskraft, nämlich durch Sammlung und Verteilung. So betrachtet verbindet das Jobcenter Individuen auf der Mikroebene mit dem Arbeitsmarkt auf der Mesoebene sowie auf der Makroebene mit einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Demnach funktioniert das Jobcenter, so unsere These, als Logistikzentrum.

Besondere Aufmerksamkeit richten wir dabei auf die logistischen Subjektivierungsprozesse (ebd., 336ff.), die durch das Aktivierungsdispositiv der neoliberalen Arbeitsmarktpolitik vermittelt werden (Atzmüller 2014; Lessenich 2003). Diese wollen wir mit dem Konzept des logisitischen Lebens analysieren. Dieses Leben, so der Politikwissenschaftler Reid, zeichne sich durch den Druck aus, effizient zu sein, die eigenen Absichten gegenüber Anderen transparent zu kommunizieren, genau dort zu sein, wo man gebraucht werde, seine Zeit ökonomisch einzuteilen, ständig bereit zu sein, wann immer dorthin zu gehen, wohin es verlangt werde und all das auch noch gegenüber Dritten als Teil eigener Wertvorstellungen zu preisen, für die man selbst willentlich töten und sterben würde (Reid 2006, 20). Damit beschreibt Reid die politisch gewollten Handlungspraktiken, die zur Genese eines Subjektes führen, das der neoliberalen Verwertungslogik des Arbeitsmarktes entspricht. Vermittelt durch sozialstaatliche Institutionen wie das Job-

center werden Erwerbslose angehalten, eine Metamorphose zum unternehmerischen Selbst (Bröckling 2002) zu vollziehen. Die durch die neoliberale Wende herbeigeführte Kontrolle von oben, die dies ermöglichen soll, wird in der Wohlfahrtsstaatsforschung als politische Logistik bezeichnet: Alle, die deren Leitbild nicht entsprechen bzw. nach dieser ausrichten, werden sanktioniert, diffamiert und exkludiert, »sei es im Rahmen der Degradierung von Asylbewerber_innen zu Leistungsempfänger_innen zweiter Klasse, der Diffamierung von Arbeitslosen als vermeintlichen Sozialschmarotzern oder der Verschärfung von Bedürftigkeitskontrollen« (van Dyk 2015, 15).

Datengrundlage und empirisches Vorgehen

Vier exemplarische Fälle bilden die empirische Grundlage für unsere Untersuchung. Zu dem in der Einleitung zitierten syrischen Geflüchteten Jay beziehen wir uns überwiegend auf Interviews mit Irina aus Litauen und Darko und Nico, zwei Roma, die aus Kroatien nach Deutschland gezogen sind. Mithilfe der vier Gesprächspartner_innen sind wir unserer Fragestellung im Zeitraum zwischen Sommer 2015 und Frühling 2016 durch einen qualitativen Methodenmix aus Begleitungen zu Jobcenter-Terminen in Berlin und Leipzig, teilnehmender Beobachtungen im Alltag sowie mehreren episodischen Interviews (Flick 2011) zu Themen wie Arbeit und Alltagsorganisation auf den Grund gegangen. Die hierbei benutzte Auswahlmethode der Gesprächspartner_innen kann als sogenanntes »theoretical sampling« (Glaser/Strauss 1998) verstanden werden. Dieses Sampling beinhaltet eine Auswahl der Interviewpartner_innen synchron zur Ausarbeitung der Theorie. Dabei hat es sich für uns als wichtig herausgestellt, sowohl mit Menschen zusammen zu arbeiten, die aus Ländern der Europäischen Union kommen, als auch mit solchen, die aufgrund ihrer Herkunft aus so genannten Drittstaaten einen anderen Aufenthaltsstatus besitzen. Später nahmen wir zudem eine Differenzierung nach Bildungshintergründen vor. Neben unterschiedlichen regionalen und sozio-ökonomischen Vorbedingungen, aufenthaltsrechtlichem Status, Bildungshintergründen und Deprivationserfahrungen vereint alle Fälle gleichsam, dass sie vermittelt durch die Jobcenter ihre Arbeitskraft schnell in den Arbeitsmarkt »integrieren« sollen.

Jay musste aufgrund seiner Tätigkeit als Unteroffizier der syrischen Armee und den Folgen einer Befehlsverweigerung

flüchten. Er ist Mitte zwanzig und hat ein Studium der Buchhaltung abgeschlossen, das in Deutschland nicht anerkannt wurde. Zum Zeitpunkt unserer Forschung lebt er bereits seit mehreren Monaten als anerkannter Flüchtling mit einer dreijährigen Aufenthaltsgenehmigung in Leipzig.

Darko und Nico bekamen unter anderem aus arbeitsmarktstrukturellen Gründen keine Jobs in Kroatien. Die Biographien der beiden ähneln sich stark. Äußerst ähnlich sind ihre bildungsfernen, prekären sozio-ökonomischen Verhältnisse, und beide sind mit ihren Familien aus der kroatischen Hauptstadt Zagreb nach Berlin gekommen, um – wie sie selbst sagen – ihren Kindern »eine Zukunft« zu ermöglichen. Da sie zu unterschiedlichen Zeitpunkten nach Deutschland gekommen sind, befinden sie sich an verschiedenen Punkten im Aushandlungsprozess mit dem Jobcenter. Der Vergleich beider Fälle eröffnet interessante Einsichten. Darko ist mit etwa 45 Jahren etwa zehn Jahre älter als Nico. Beide fallen unter die rechtlichen Regelungen des EU-Freizügigkeitsgesetzes.

Letzteres trifft auch auf Irina zu. Sie studierte ursprünglich Kulturwissenschaften in Riga und kam über mehrere Aufenthalte in westeuropäischen Ländern nach Deutschland. Ihre Tätigkeit bei einer deutschen NGO, ihr Freundesnetzwerk und ihr veganer Lebensstil waren die Gründe, weshalb sie sich vor wenigen Jahren für ein Leben in Berlin entschied.

Auswertung der Daten – Migrantisierung, Disziplinierung und Subjektivierung im Jobcenter

Bei der Begleitung unserer Interviewpartner_innen zu ihren Terminen im Jobcenter und unserer Beobachtungen der dortigen Grenzerfahrungen drängten sich uns stets immer wieder folgende Fragen auf: Was ist das spezifisch Migrantische? Inwieweit verändern sich Situationen, weil das Jobcenter nun keine erwerbslosen deutschen Bürger_innen bearbeitet, sondern eben Menschen mit einem anderen Pass? An eine etwaige abweichende Behandlung von als migrantisch gelesenen Menschen im Vergleich zu anderen Jobcenter-Kunden_innen knüpft die Frage, ob eine solche spezifische Diskriminierung als rassistische Praxis des Jobcenters begriffen werden muss.

Während unserer Feldforschung sind wir wiederholt auf die Zuschreibung migrantischer Kategorien gestoßen, die als

solche erst einen Unterschied zwischen Migrant_innen und Deutschen hervorbrachten. Diesen Prozess bezeichnen wir als Migrantisierung. Dabei entsteht eine diskriminierende Behandlung von Menschen aus Gründen, die auf ihre migrationsspezifische Geschichte zurückzuführen sind. Vor allem zwei Formen der Diskriminierung sind uns aufgefallen: einerseits eine gesetzlich verordnete, also eine strukturelle Diskriminierung, und andererseits die institutionell-situative Diskriminierung, d.h. eine Ungleichbehandlung in Situationen, in denen eine gesetzliche Gleichbehandlung geboten wäre. Die gesetzlich verordneten Diskriminierungen beziehen sich zunächst auf die Herkunft und den Migrationsgrund der Betroffenen. Gegenüber Migrant_innen aus EU-Mitgliedsstaaten haben diese Formen der Diskriminierung weitreichende Folgen. In § 7 Abs. 1 Satz 2 SGB II wird der Ausschluss von Leistungsberechtigung für die ersten fünf Jahre des Aufenthalts in der Bundesrepublik festgelegt, sofern sich die Migrant_innen nur zum Zweck der Arbeitssuche in Deutschland aufhalten und dort nicht bereits arbeiten oder gearbeitet haben (Bundesregierung 2016). Die beurteilende Institution zur Feststellung, ob ein Arbeitsverhältnis oder eine selbständige Tätigkeit in ausreichendem Umfang vorliegt, ist in erster Instanz das Jobcenter und in zweiter das Sozialgericht. Das bedeutet, dass jede_r EU-Migrant_in, der oder die einen Erstantrag im Jobcenter stellt, diesem Unterlagen beifügen muss, die belegen, dass er oder sie bereits in Deutschland gearbeitet hat. So berichten sowohl Darko als auch Irina, dass sie erst einer erwerbsförmigen Arbeit nachgehen mussten, bevor sie überhaupt Anspruch auf Sozialleistungen nach SGB II hatten: »Die haben nichts für mich getan, bevor ich nicht gearbeitet habe.« (Interview Darko vom 15.11.2015) Besonders für unsere zwei kroatischen Gesprächspartner hatte diese Regelung drastische Auswirkungen auf ihren Start in Deutschland und ihre Erfahrungen mit dem Jobcenter. Sowohl Nico als auch Darko lebten die ersten Monate in Deutschland zusammen mit ihren Partnerinnen, von denen eine schwanger war, und jeweils mehreren Kindern auf der Straße. Dies hing mit ihrer selbständigen Tätigkeit als Schrotthändler zusammen, bei der sie fast kein Geld verdienten und damit, dass sich danach die Entscheidungen der Jobcenter hinauszögerten:



> »Wenn jemand aus einem anderen Land nach Deutschland zum Jobcenter kommt, bekommt er immer Probleme mit dem Jobcenter. Und dazu müssen Leute auf der Straße leben, bis das alles fertig ist. Und wenn man kein Geld hat, hat man gar nichts, und auf der Straße hier in Deutschland zu sein, ist nicht gut. Das Jobcenter finde ich auf der einen Seite gut, weil die die Leute übernehmen und unterbringen. Aber dafür muss man ziemlich lange warten. Zwei, drei, vier Monate. Manche Leute müssen sechs Monate warten. Ich habe selber vier Monate gewartet, und ich bin auf der Straße gewesen.« (Interview Darko vom 15.11.2015)

Aus diesem Zitat Darkos ergibt sich keine bedingungslose Ablehnung des Jobcenters, sondern vielmehr artikuliert er eine ambivalente Dankbarkeit. Darko befindet sich aufgrund gesetzlicher Regelungen in einer äußerst prekären Lage. Er nimmt die Situation in Kauf, Monate lang mit seiner Familie auf der Straße zu leben, um im Anschluss einen Zugang zu Sozialleistungen zu erlangen. Dabei beschreibt er diejenige Institution, die angesichts seiner prekären Situation für die Durchsetzung der Gesetze verantwortlich ist, als »gut«, weil sie die einzige sei, die überhaupt »die Leute übernehmen und unterbringen« würde.

Insgesamt kann die Durchsetzung gesetzlicher Diskriminierung in der Praxis sehr unterschiedlich vonstatten gehen und kann sich mit institutionell-situativer Diskriminierung überlagern. Das zeigt sich bei Nicos Erfahrungen mit der Sondergesetzgebung für EU-Migrant_innen. Sein Antrag wurde vom zuständigen Jobcenter mit der Begründung abgelehnt, dass die eingereichten Rechnungen nicht für die Begründung einer tatsächlichen selbständigen Tätigkeit ausreichten. Um sein Recht auf Sozialleistungen geltend zu machen, wendete sich Nico an die Berliner Erwerbsloseninitiative BASTA, die mit Hilfe eines Anwaltes Widerspruch gegen die Entscheidung des Jobcenters beim Sozialgericht einlegte, der zum Zeitpunkt unserer Feldforschung noch geprüft wurde. Nico stellt dabei keinen Einzelfall dar. Es kommt sehr häufig zu unrechtmäßigen Weisungen und fehlerhaften Anwendungen geltenden Rechts durch die Jobcenter. Klagen und Widersprüche beim Sozialgericht gegen Entscheidungen der Jobcenter haben eine sehr hohe Erfolgsquote (knapp 40 Prozent im Jahre 2016; Die Zeit 2017). Auch Erwerbslose mit deutschem Pass sind von unrechtmäßigen Entscheidungen des Jobcenters betroffen. Allerdings können solche Praxen sehr drastische Auswirkungen für mi-grantisier-

te Subjekte mit sich bringen. Einerseits befinden sie sich aufgrund diskriminierender Gesetze des Öfteren in einer Lage, die Spielraum für situationsbedingte Diskriminierung eröffnet. Andererseits ist ihre Situation aufgrund der besonderen Rechtslage und fehlender Hilfsangebote bzw. Kompetenzen, diese in Anspruch zu nehmen, besonders prekär.

Diese unübersichtliche Gemengelage an situativer und rechtlicher Diskriminierung ist Teil der institutionellen Praxis des Jobcenters. Dennoch: Den enormen (Macht-)Spielraum, den die Mitarbeiter_innen des Jobcenters bei der Beurteilung der Rechtslage haben, zeigt sich besonders im Vergleich mit Darko. Er ist, um die Eingangsanforderungen des Jobcenters zu erfüllen, einer kurzfristigen selbständigen Tätigkeit nachgegangen, die sich in Form und Umfang von derjenigen Nicos kaum unterschied. Sein Antrag wurde ohne Rechtsstreit vor dem Sozialgericht – jedoch nicht ohne für Darko belastende Verzögerung – bewilligt. Darkos Situation wurde zusätzlich durch bürokratische Kommunikationsprobleme erschwert, da sich zwei Jobcenter wegen eines Umzugs in ein Obdachlosenheim um die Zuständigkeiten für seinen Fall stritten. Das gerade für Migrant_innen ohne festen Wohnsitz typische Problem lag jedoch darin, dass keines der beiden Ämter Verantwortung für seinen Fall übernehmen wollte. Eine weitere Hürde ist in solchen Situationen, dass die sprachlich herausfordernden und umfassenden Erstanträge bei jedem Jobcenterwechsel neu ausgefüllt werden müssen. Ohne die Kenntnis ziviligesellschaftlicher Akteure wie Erwerbsloseninitiativen ist es Menschen, die über geringfügige Deutschkenntnisse verfügen und wenig Wissen über die bürokratisch-administrativen Abläufe besitzen, oft nicht möglich, ihre Rechte gegenüber einer etablierten Institution durchzusetzen. An diesem Punkt sind es Erwerbsloseninitiativen, die durch ihre Arbeit Menschen dabei helfen, sich von ihrer von Subalternität geprägten Subjektposition zu emanzipieren und ein Gegengewicht in einem ungleichen Machtverhältnis zu entwickeln.

Der seit zwei Jahren im Wedding wohnenden Irina, die im Gegensatz zu den anderen Gesprächspartner_innen das Jobcenter seither nicht gewechselt hat und über sehr gute Deutschkenntnisse verfügt, ist die Praxis des Verzögerns von Abläufen in der Institution wohlbekannt. Probleme bereitete ihr etwa eine Auslandskrankenversicherung, deren litauische Dokumente dem Jobcenter nicht vorlagen:

»Ich hatte so eine ganz komplizierte Geschichte mit der Gesundheitsversicherung. Ja, da musste ich warten, bevor die zusagen und ich kann die Leistungen nun auch bekommen. Es hatte ein paar Monate gedauert. Und, ja, ich hatte nicht alle Dokumente auf einmal dort. Deswegen hat das zusätzlich gedauert.« (Interview Irina vom 22.12.2015)

Irinas Verhältnis zum Jobcenter war vom ersten Beratungsgespräch an von Spannungen geprägt, da sie sich diskriminiert fühlte, als ihr »ungerechtfertigte Inanspruchnahme von Sozialleistungen« vorgeworfen wurde, denn »die haben gesagt, dass ich aus Litauen nur wegen dem Geld komme und das war gar nicht so« (ebd.). Das nicht nur von konservativen Seiten medial verbreitete Bild von Migrant_innen, die dem deutschen Staat zur Last fallen, wird in diesem Beispiel von einer sozialstaatlichen Institution reproduziert. Damit kann die Wirkmächtigkeit diskriminierender Fremdzuschreibungen wie »Wirtschaftsflüchtlinge«, »Einwanderer in die Sozialsysteme« und »Armutsmigranten« auf subjektiver Ebene nachvollzogen werden: das Gefühl ungerecht behandelt zu werden, illegitime Ansprüche an wohlfahrtsstaatliche Institutionen zu stellen und sich dabei in einem Herrschaftsverhältnis zu befinden, in dem die eigene Position von Ohnmacht geprägt ist. Wie in diesem Beispiel deutlich wird, findet in situativen Diskriminierungen oft eine rassistische Degradierung aufgrund des migrantischen Status statt. Unsere These ist hier, dass eben solche Behandlungen dazu führen, dass sich Menschen ihrem migrantischen Status bewusst werden. Durch situative Fremdzuschreibung wird sie als ein Subjekt behandelt, dass sich wegen ihrer Herkunft von »den Deutschen« unterscheidet – eine Differenz, die sie außerhalb dieses Kontextes aufgrund ihres kosmopolitischen Freundeskreises selbst nicht zieht.

Einen anderen rechtlichen Status hat der von uns begleitete Syrer Jay. Er nimmt als anerkannter Flüchtling nach § 25 Absatz 2 Aufenthaltsgesetz ein Aufenthaltsrecht mit besonderer Stellung im Jobcenter ein. Anders als Darko und Nico, aber genauso wie Irina, hat Jay studiert. Was seine Lage allerdings erschwert, ist die Nichtanerkennung seines Studienabschlusses in Deutschland. Trotzdem hat er eine eher privilegierte Stellung im Vergleich zu unseren anderen Gesprächspartner_innen, denen die Einwanderung ins deutsche Sozialsystem unterstellt oder deren Antrag auf ALG II zunächst abgelehnt wurde, da ihre Voraussetzungen den notwendigen Anforderungen

nicht entsprachen. Während der Anfangszeit ging es seinen Sachbearbeiter_innen vor allem darum, Jay zur Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen zu verpflichten. Vor Terminen beim Jobcenter war Jay daher stets sehr angespannt. Er teilte uns mehrmals mit, dass er befürchte, ihm werde das Arbeitslosengeld II nicht genehmigt oder gestrichen, die Miete werde nicht weiter gezahlt oder ihm würden anderweitige Sanktionen aufgebürdet. Daher bereitete er sich immer penibel auf die Termine beim Jobcenter vor und ordnete akribisch sämtliche Unterlagen, um unter allen Umständen Fehler zu vermeiden, die dazu führen könnten, dass sich seine Befürchtungen bewahrheiteten. Unter anderem aus diesem Grund äußerte Jay immer wieder das Gefühl, mit dem Jobcenter viel Arbeit zu haben: »I have to work so much, if I want to be in this machine of Jobcenter« (Interview Jay vom 18.10.2015). Das Bild des deutschen Arbeitsmarktes und des Jobcenters als »big machine« hatte sich Jay nicht selbst ausgedacht. Vielmehr wurde er so von seiner ersten Sachbearbeiterin begrüßt:

> »the first time when I registered in the Jobcenter, I was asked in the first interview what I was working before and I was with my friend and he was translating between me and the employer there and she told me: okay, you are welcome in the machine of work here in Germany. [...] and this image is planted in my brain somehow.« (ebd.)

Er benutzte diese Metapher ständig, was wir einerseits als Kritik gegenüber der Autorität des Jobcenters und andererseits als Zeichen des großen Einflusses der Institution auf Jays Leben interpretieren. Aber warum äußert sich eine Jobcenter-Mitarbeiterin gegenüber einem Kunden in dieser Weise? Und warum geht Jay dieses Bild nicht mehr aus dem Kopf? Wir möchten diese zwei Fragen folgendermaßen beantworten: Hier wird ein Herrschaftsverhältnis vermittels der arbeitsmarktpolitischen Logistik (re-)produziert.

Die Machtstrukturen, die dieser Situation zugrunde liegen, lassen sich mit Michel Foucaults Gouvernementalitätskonzept (Foucault 2005) beschreiben, bei dem es auch um die Internalisierung einer disziplinierenden Kontrollinstanz geht. Das Jobcenter stellt neben solch einer repressiven Disziplinierung der Subjekte eben auch eine Institution der Anleitung zur Selbstregierung dar. Diese strukturelle Verstrickung von der institutionellen Regierung der Subjekte mit deren Selbst-

regierung fungiert als grundlegendes Prinzip neoliberaler Gesellschaften. Dabei beschreibt Selbstregierung einen Prozess der Verinnerlichung historisch-diskursiv geformter Normalität verstanden als Herausbildung eines intrinsischens Verlangens. Die normierende und normalisierende Wirkung der Disziplinierung von außen wird nicht mehr länger von außen erzwungen, sondern nunmehr vonseiten der Subjekte selbst ausgeübt: Selbstdisziplinierung, Selbstkontrolle und Selbstführung werden nicht nur vom Individuum erwartet, sondern mit Erfolg auf dem Arbeitsmarkt – und somit sozialem Erfolg – belohnt.

Foucault zufolge ist die Selbstregierung des Subjekts keine solitäre Erscheinung, sondern mit der Herausbildung staatlicher Regierung verbunden. Erst beides gemeinsam führe zur Genese der Gouvernementalität als »eine[r] Ko-Formierung von modernem souveränen Staat und modernem autonomen Subjekt« (Lemke 2000, 33). Dabei entwickelt sich die Regierungspraxis des neoliberalen Staates durch einen vermeintlichen Rückzug aus Bereichen des öffentlichen Lebens, »de[m] tendenzielle[n] Übergang von der öffentlichen zur privaten Sicherheit, vom gesellschaftlichen zum individuellen Risikomanagement, von der Sozialversicherung zur Eigenverantwortung, von der Staatsversorgung zur Selbstsorge« (Lessenich 2003, 86). Die vorgebliche Reform des deutschen Sozialstaates durch die sogenannten Hartz-Gesetze kann dabei als typisches Beispiel für eine solche gouvernementale Praxis angesehen werden. Die Konsequenz aus der Individualisierung (arbeitsmarkt-)politischer Risiken und der Privatisierung sozialer Sicherheit vollzieht eine Veränderung in der Verantwortung des Staates gegenüber den Individuen und umgekehrt. Menschen, die aufgrund ihrer Erwerbslosigkeit auf das Jobcenter angewiesen sind, bekommen die Sozialleistungen nicht als solidarische Unterstützung der Gesellschaft gegenüber dem Individuum, sondern müssen sich das Recht darauf durch ihre Mitwirkungspflicht immer wieder neu verdienen. Wer die gouvernementale Selbstpraxis als Arbeitslose_r in den Augen der Mitarbeiter_innen des Jobcenters nicht hinreichend beherrscht, dem wird durch das Jobcenter zu dieser Fähigkeit verholfen, so als ob das Jobcenter eine gouvernementale Leerstelle in den Subjekten ausfüllen würde: »›Führung zur Selbstführung‹ bzw., in vollendeter Form, ›Führung durch Selbstführung‹ heißt demzufolge die neue politische Rationalität wohlfahrtsstaatlicher Regierung« (Lessenich 2003, 87). Zu diesem Zweck werden sich die Individuen eben nicht selbst überlassen, sondern durch disziplinierende

Maßnahmen, repressive Kontrollmechanismen und der omnipräsenten Drohung von Sanktionen zum Selbstverantwortlichsein angeleitet.

Unsere Interviewpartner_innen machten im Jobcenter einschneidende Erfahrungen mit diesen repressiven und disziplinierenden Praktiken der gouvernementalen Mobilisierung. Irina erzählte uns beispielsweise von einem für sie als traumatisch empfundenen Ereignis, das sie bereits bei ihrem ersten Termin in der Leistungsabteilung im Jobcenter Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg erlebte. Eine Jobcenter-Mitarbeiterin warf ihr vor, ausschließlich wegen des Geldes nach Deutschland gekommen zu sein, und schrie sie darauf hin an. In der Folgezeit kam es bei Irina zum Wiederauftreten einer Autoimmunerkrankung, unter der sie zuletzt in ihrem zehnten Lebensjahr litt. Die Erkrankung stellt sie in einen kausalen Zusammenhang mit der Erfahrung im Jobcenter:

> »und dann dieses Schreien und da konnte ich mich für drei Stunden gar nicht bewegen. [...] das war sehr viel Stress, und ich hatte noch nie ein solches Gefühl, so, dass ich nichts dagegen tun kann. Ich hatte viel schlimmere Situationen, ja, viel, viel schlimmere, aber ich konnte was dagegen tun. Und beim Jobcenter, als die geschrien hat, konnte ich nichts dagegen tun.« (Interview Irina vom 22.12.2015)

Irina beschreibt hier eine Ohnmacht gegenüber konkreten Praktiken des Jobcenters, die sie handlungsunfähig zurückließen. Sie erwähnte uns gegenüber viele solcher konkreten Disziplinierungsmaßnahmen. So wurde ihr etwa ein einfaches Bewerbungstraining verordnet, dessen Sinnhaftigkeit für sie mit Blick auf ihre Ausbildung als Akademikerin nicht gegeben war. Aufgrund befürchteter Sanktionen besuchte sie die Maßnahme dennoch bis zum Ende. Zudem erwähnte sie auch subtilere Formen der Kontrolle: Irina hat, so berichtete sie uns, eine relativ klare Vorstellung von ihrer beruflichen Perspektive, kritisierte aber die fehlende Unterstützung bei der Suche nach ihrem individuellen Karriereweg. Anstelle des Eingehens auf langfristige individuelle Bedürfnisse stünde beim Jobcenter die Vermittlung einer konkreten Vorstellung von Arbeit, die sie folgendermaßen auf den Punkt bringt: »Wir sind hier für die Lohnarbeit, dass du Lohnarbeit bekommst. Und das ist das Ziel. Die haben nicht gefragt, ob das mein Ziel ist oder ob ich freiberuflich arbeiten will oder sowas« (ebd.). Insgesamt

beschreibt Irina ein Jobcenter, das den vermeintlich fehlenden Willen der Kundin, eine Arbeit zu finden, durch disziplinierende Maßnahmen wiederherstellt: »[...] Das ist auch Jobcenter: Das macht so einen Druck, sodass man Arbeit finden will« (ebd.). Es ist eben dieser Wille zur Arbeit, der das verbindende Element zwischen allen vier Begleiteten ausmacht. So unterschiedlich die jeweiligen Hintergründe und Lebensrealitäten auch sind, ist der Ausdruck des individuellen Wunsches, eine Arbeit zu finden, doch stets präsent. Hierbei kann von einer Anleitung des Jobcenters zur Selbstregierung gesprochen werden, die in einer Reihe mit der neoliberalen Zuweisung von Verantwortung für die eigene Erwerbslosigkeit steht. Denn diese wird beim Individuum selbst verortet und blendet makrosoziale Zustände weitgehend aus.

Im Gegensatz zur Akademikerin Irina hat Darko aufgrund seiner sozio-ökonomischen Position diejenigen Praktiken des Jobcenters zu spüren bekommen, die auf all jene Menschen zielen, denen nur schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt beigemessen werden: Wegen eines Umzuges in eine neue Wohnung nach Berlin-Spandau musste sich Darko mehrfach bei seinem alten Jobcenter in Berlin-Neukölln und bei dem neuen in Spandau um die Finanzierung einer Ersteinrichtung bewerben. Zu diesen Terminen haben wir Darko begleitet und die unklare Kompetenzverteilung selbst miterlebt: Die Jobcenter schoben sich die Zuständigkeit für die Finanzierung der Ersteinrichtung gegenseitig zu, so dass das Resultat dieser Kompetenzstreitigkeit war, dass sich die Zahlung um mehrere Monate verzögerte und die Familie drei Monate in einer gänzlich unmöblierten Wohnung lebte. Das lange Warten auf den Bescheid hatte für Darko direkt körperliche Konsequenzen. So klagte er bei fast jedem unserer Treffen über Schmerzen vom Schlafen auf dem harten Boden. Konflikte mit dem Jobcenter hatte er fast wöchentlich, und obwohl er nie zuvor über einen längeren Zeitraum einer regulären Lohnarbeit nachgegangen war, bewegten Geldknappheit und Repressionen ihn dazu, nach zwei Jahren Bezug von Arbeitslosengeld II den Wunsch nach erwerbsförmiger Arbeit als ein zentrales Ziel seines Lebens zu äußern, denn »mit dem Jobcenter ist es immer Stress. Man bekommt Stress« (Interview Darko vom 15.11.2015). Darkos Erfahrungen mit dem Jobcenter setzen sich letztlich aus



unterschiedlichen Elementen zusammen: permanenter Stress wegen drohender Sanktionen oder tatsächlicher Schikanen, notorische Geldknappheit trotz des Bezugs von Arbeitslosengeld II einschließlich des Lebens unter prekären Umständen, entweder obdachlos oder in einer unmöblierten Wohnung. Seine Erfahrungen zeigen nahezu paradigmatisch, wie die Disziplinierungsmaßnahmen, die Sanktionen und die spezifische Art der Behandlung von Migrant_innen zu einer marktkonformen Subjektivierung führen. Darko fasst die Veränderung seiner Subjektivität und die Verinnerlichung der Selbstregierung in einer einzigen Aussage zusammenfassen: »Ich will niemals mehr arbeitslos sein.« (ebd.)

Migrantisierung, Disziplinierung und Subjektivierung im Jobcenter

Logistisch betrachtet wird über gesetzliche Verordnungen als auch über konkrete institutionelle Praxen im Jobcenter ein dem neoliberalen Wohlfahrtsstaat passendes, arbeitsmarktkonformes Subjekt hergestellt. Dieser Vorgang betrifft auch nichtmigrantisierte Subjekte. Darüber hinaus sind jedoch auch migrationsspezifische Praxen wirksam. Dabei sind unter anderem Faktoren wie Herkunft und Bildungshintergrund relevante Größen, da sie einerseits auf struktureller Ebene in- oder exkludierend bezüglich des Arbeitsmarktes wirken und mit einer unterschiedlichen Behandlung im Jobcenter einhergehen können. Andererseits generieren individuelle Herkunftsgeschichten und Bildungshintergründe unterschiedliche Perspektiven der Akteure auf ihre Alltagspraxis im Jobcenter und verbinden sich mit verschiedenen Handlungsspielräumen und Deutungsmustern. In Deutschland außerhalb des Jobcenters gemachte Erfahrungen, etwa die Kategorisierung als »Ausländer_in«, die Nichtanerkennung von Bildungsabschlüssen sowie allgemein die Konfrontation mit einem gesellschaftlichen Arbeitsverständnis, demzufolge Wohlstand aus harter Arbeit und Armut aus individuellem Versagen resultiere, führen, so konnten wir beobachten, bei unseren Gesprächspartner_innen zu einer Infragestellung des »Imperativs der Integration«.

Erfahrungen im Jobcenter verstärken oftmals diese Infragestellung, da die eigene migrantische Position zu einer Behandlung führt, der deutsche Bürger_innen nicht ausgesetzt sind – Erfahrungen mithin, die eine »Migrantisierung« nicht nur voraussetzen, sondern durch rassistische Etikettierungs- bzw.

weitergehenden Diskriminierungspraxen erst hervorbringen. Dabei reicht das Spektrum der insitutionell-situativen Handlungen von Hinweisen auf die nichtdeutsche Herkunft und dem Erklären »deutscher« Spielregeln, so etwa bei Jay, über Vorwürfe der Einwanderung ins deutsche Sozialsystem und dem Erschleichen von Sozialleistungen, wie oben anhand von Irina ausgeführt, bis hin zu rechtlich fixierten Ungleichbehandlungen wie bei Darko und Nico, die aufgrund von Entscheidungen des Jobcenters dramatische Auswirkungen für ihr Wohlergehen erdulden mussten. Dadurch wird den Subjekten bewusst, dass sie anders sind, eben weil sie anders behandelt werden. Das Zusammenspiel von Jobcenterstruktur und migrantisiertem Individuum lässt sich somit als Raum der Koproduktion einer Grenze begreifen. Teil dieser Grenzziehung ist, dass den Migrantisierten die Schuld an ihrer jeweils eigenen prekären Lage gegeben wird. Dabei lassen sich zwei kategorisierende Prozesse ausmachen: einerseits allgemeine auch Nichtmigrant_innen betreffende Disziplinierungen, die die Antragsteller_innen in legitime »Arbeitsmarktbürger_innen« und illegitime »Leistungsbezieher_innen« aufteilen. Andererseits entstehen über diese allgemeine Disziplinierung hinaus besondere Migrantisierungsprozesse, die zu einer Trennung von Migrant_innen und Nicht-Migrant_innen führen. Hierbei spielen sowohl gesetzliche Regelungen als auch konkrete institionell-situative Praxen im Jobcenter eine Rolle. Beide Prozesse prägen die Erfahrungen der von uns begleiteten und interviewten Menschen und münden in einer spezifischen Subjektivität. Die beiden Prozesse, die sich mit Foucault als gouvernementale Praxen fassen lassen, sind unseres Erachtens die Eckpfeiler des Logistikzentrums Jobcenter, das als Institution mitsamt den in seinem Rahmen handelnden Akteur_innen zu einem Teil des Grenzregimes wird. Die von uns Befragten waren durch die Praxis der Jobcenter allesamt gehetzt, entnervt und bereit, alles dafür zu geben, sich aus ihrer miserablen Lage »zu befreien«. Obwohl die Interviewten durchaus Kritik an dieser Situation äußerten, stellt das Jobcenter für unsere Gesprächspartner_innen immer noch die einzige gesellschaftliche Institution dar, die für ihre finanzielle Sicherung zuständig ist.

An diese Befunde einer doppelten Repression anschließend liegt es nahe, im Sinne einer »Entmigrantisierung der Migrationsforschung« sowie zugleich einer »Migrantisierung der Gesellschaftsforschung« (Bojadžijev/Römhild 2014) anzunehmen, dass die Erforschung von Problemen der Migration

zugleich ein Verständnis gesamtgesellschaftlicher Prozesse befördert. Wenn etwa Mitarbeiter_innen des Jobcenters diskriminierende und rassistische Praktiken gegenüber Migrant_innen ausüben, wäre es womöglich gewinnbringend, in weiteren Forschungen der Frage nachzugehen, inwiefern das Jobcenter als institutioneller Träger rassistisch-diskrimierender Praxen auch andere Gruppen von Menschen benachteiligend behandelt.

Literatur

Atzmüller, Roland (2014): Aktivierung der Arbeit. Arbeitsmarktpolitik und Ausbildung nach dem Fordismus. Münster.

Bojadžijev, Manuela/Regina Römhild (2014): Was kommt nach dem »transnational turn«? Perspektiven für eine Kritische Migrationsforschung. In: Labor Migration (Hg.): Vom Rand ins Zentrum. Perspektiven einer kritischen Migrationsforschung. Berliner Blätter 65/2014, 10–24.

Bourdieu, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main.

Bröckling, Ulrich (2002): Jeder könnte, aber nicht alle können. Konturen des untermehmerischen Selbst. In: Mittelweg 36 11/4, 6–26.

Bundesagentur für Arbeit (2016): Kennzahlensteckbrief Vermittlungsquote. www.statistik.arbeitsagentur.de/nn_586704/Statischer-Content/Grundlagen/Kennzahlensteckbriefe/Vermittlungsquote.html, aufgerufen am 19.06.2017.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2009): Wirkungen des SGB II auf Personen mit Migrationshintergrund. Projekt IIa1- 04/06. Abschlussbericht. Duisburg.

Bundesregierung (2016): Bundesrat stimmt Gesetz zu: Sozialleistungen für EU-Ausländer. www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2016/10/2016-10-12-grundsicherung-auslaendischer-personen.html, aufgerufen am 11.11.2017.

Butterwegge, Carolin (2007): Die Erwerbsintegration von Migranten, Arbeitsmarktinitiativen und die Regelungen zur Arbeitsmigration. Bpb online, www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56505/arbeit, aufgerufen am 22.10.2017.

Butterwegge, Christoph (2015): Hartz IV und die Folgen: Auf dem Weg in eine andere Republik? Weinheim/Basel.

Cuttitta, Paolo (2006): Points and Lines: A Topography of Borders in the Global Space. In: ephemera 6/1, 27–39.

Cuttitta, Paolo (2010): Das europäische Grenzregime: Dynamiken und Wechselwirkungen. In: Hess, Sabine/Bernd Kasparek (Hg.): Grenzregime. Diskurse, Praxen, Institutionen in Europa. Berlin/Hamburg, 23–42.

Damelang, Andreas (2011): Arbeitsmarktintegration von Migranten. Die Potenziale kultureller Vielfalt nutzen. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Nürnberg.

Destatis (2016): 2015: Höchsstände bei Zuwanderung und Wanderungsüberschuss in Deutschland. Pressemitteilung. www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2016/07/PD16_246_12421.html, aufgerufen am 19.10.2017.

Dörre, Klaus/Karin Scherschel/Melanie Booth/Tine Haubner/Kai Marquardsen/Karen Schierhorn (Hg. 2013): Bewährungsproben für die Unterschicht? Soziale Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik. Frankfurt a.M./New York.

Dyk, Silke van (2015): Am Ende mit der Wohlfahrt? Sozialpolitik im flexiblen Kapitalismus. In: AK Kritik der Pädagogik Halle (Hg.): Was ist und zu welchem Zweck studiert man …, Halle, 13–18.

Esser, Hartmut (2001): Integration und ethnische Schichtung. Arbeitspapiere des Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung. Nr. 40.

Foucault, Michel (2005): Analytik der Macht. Frankfurt a.M.
Flick, Uwe (2011): Das episodische Interview. In: Oelerich, Gertrud/Hans-Uwe Otto (Hg.): Empirische Forschung und Soziale Arbeit. Ein Studienbuch. Wiesbaden, 273–280.

Flick, Uwe/Hans Benjamin/Andreas Hirseland/Sarah Rasche/Gundula Röhnsch (2017): Migration, Unemployment, and Lifeworld: Challenges for a New Critical Qualitative Inquiry in Migration. In: Qualitative Inquiry 23/1, 77–88.

Friedrich, Sebastian/Marika Pierdicca (2014): Migration und Verwertung. Rassismus als Instrument zur Segmentierung des Arbeitsmarktes. In: Tölle, Hartmut/Patrick Schreiner (Hg.): Migration und Arbeit in Europa, Köln, 125–138.

Geisen, Thomas (2015): Lebensstrategien von Familien im Kontext von Arbeit und Migration. In: Geisen, Thomas/Markus Ottersbach (Hg.): Arbeit, Migration und Soziale Arbeit. Prozesse der Marginalisierung in Modernen Gesellschaften. Wiesbaden, 109–140.

Georgi, Fabian (2016): Widersprüche im langen Sommer der Migration. Ansätze einer materialistischen Grenzregimeanalyse. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Heft 183, 46.Jg. 2016, Nr. 2, 183–203.

Glaser, Barney G./Anselm L. Strauss (1998): Grounded Theory. Strategien qualitativer Forschung. Bern.

Han, Petrus (2016): Marginalisierung der Migranten im Aufnahmeland. In ders.: Soziologie der Migration, 4. Aufl., Stuttgart, 242–293.

Heimeshoff, Lisa-Marie/Sabine Hess/Stefanie Kron/Helen Schwenken/Miriam Trzeciak (Hg. 2014): Grenzregime II. Migration | Kontrolle | Wissen. Transnationale Perspektiven. Berlin/Hamburg.

Hess, Sabine/Bernd Kasparek (Hg. 2010): Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa. Berlin/Hamburg.

Hess, Sabine/Lisa-Marie Heimeshoff/Stefanie Kron/Helen Schwenken/Miriam Trzeciak (2014): Einleitung. In: Lisa-Marie Heimeshoff, Lisa-Marie/Sabine Hess/Stefanie Kron/Helen Schwenken/Miriam Trzeciak (Hg. 2014): Grenzregime II. Migration | Kontrolle | Wissen. Transnationale Perspektiven. Berlin/Hamburg, 9–31.

Hess, Sabine/Bernd Kaparek/Stefanie Kron/Mathias Rodatz/Maria Schwertl/Simon Sontowski (Hg. 2017): Der lange Sommer der Migration. Grenzregime III. Berlin/Hamburg.

Lemke, Thomas (2000): Neoliberalismus, Staat und Selbsttechnologien. Ein kritischer Überblick über die »governmentality studies«. In: Politische Vierteljehresschrift 41/1, 31–47.

Lessenich, Stephan (2003): Der Arme in der Aktivgesellschaft. Zum sozialen Sinn des ›Förderns und Forderns‹. In: WSI-Mitteilungen 04/2003, 214–220.

Lorey, Isabell (2011): Das Regieren durchlässiger Grenzen. Country Europa – ein Projekt von Marcelo Expósito und Verónica Iglesia. eipcp online, www.eipcp.net/transversal/0311/lorey/de/#_ftn6, aufgerufen am 23.10.2017.

Lorey, Isabell (2012): Die Regierung der Prekären. Wien/Berlin.

Mezzadra, Sandro/Brett Neilson (2008): Border as Method, or, the Multiplication of Labor. eipcp online, www.eipcp.net/transversal/0608/mezzadraneilson/en, aufgerufen am 25.10.2017.

Mohr, Katrin (2009): Von »Welfare to Workfare«? Der radikale Wandel der deutschen Arbeitsmarktpolitik. In: Bothfeld, Silke/Werner Sesselmeier/Claudia Bogedan (Hg.): Arbeitsmarktpolitik in der sozialen Marktwirtschaft. Vom Arbeitsförderungsgesetz zum Sozialgesetzbuch II und III. Wiesbaden, 49–60.

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration, SVR (2016): Was wir über Flüchtlinge (nicht) wissen. Der wissenschaftliche Erkenntnisstand zur Lebenssituation von Flüchtlingen in Deutschland. Eine Expertise im Auftrag der Robert Bosch Stiftung und des SVR-Forschungsbereichs. Berlin.

Scherschel, Karin (2016): Citizenship by work? Arbeitsmarktpolitik im Flüchtlingsschutz zwischen Öffnung und Selektion. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Heft 183, 46.Jg. 2016, Nr.2, 245–265.

Schuler, Katharina (2006): Arbeiten fürs Essen. Zeit online, 10.05.2006, www.zeit.de/online/2006/20/Schreiner, aufgerufen am 21.10.2017.

Schwiertz, Helge/Philipp Ratfisch (2016): Antimigrantische Politik und der Sommer der Migration. Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): Analysen Nr. 25, Berlin.

Specht, Frank (2015): Integration dauert viel länger als gedacht. Handelsblatt online, 10.09.2015: www.handelsblatt.com/politik/deutschland/nahles-fluechtlinge-und-der-arbeitsmarkt-integration-dauert-viel-laenger-als-gedacht/12304444.html, aufgerufen am 27.10.2017.

Spehr, Christoph (2017): Trampelpfade statt Einbahnstrassen. In: Zeitschrift Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis. www.zeitschrift-luxemburg.de/trampelpfade-statt-einbahnstrassen/, aufgerufen am 12.11.2017.

Thurich, Eckart (2011): Erwerbsarbeit. www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-politik/16404/erwerbsarbeit, aufgerufen am 19.10.2017.

Transit Migration Forschungsgruppe (Hg. 2007): Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Rändern Europas. Bielefeld.

Zeit (2017): Bericht: Fast 40 Prozent der Hartz-IV-Klagen erfolgreich. Zeit online, 20.05.2017, www.zeit.de/news/2017-05/20/soziales-bericht-fast-40-prozent-der-hartz-iv-klagen-erfolgreich-20091406, aufgerufen am 11.11.2017.



KOLONIEN, KÜCHE, KINDER – FEMINISTISCHE ANSCHLÜSSE AN ROSA LUXEMBURG

Carolin Blauth

Das Verhältnis von Feminismus und Marxismus ist oft genug als eines von Neben- und Hauptwiderspruch diskutiert worden. Der materialistische Feminismus versucht, diese Frontstellung zu überwinden, indem er den folgenden Fragen nachgeht: In welchem Zusammenhang steht die kapitalistische Produktionsweise mit der Unterdrückung von Frauen? Welche Rolle spielt reproduktive Arbeit – also Kochen, Kümmern, Kinderkriegen – im Kapitalismus bzw. in der marxistischen Gesellschaftstheorie? Welche Perspektiven ergeben sich daraus für alternative Gesellschaftsentwürfe und Lebensweisen? Carolin Blauth hat Sozialwissenschaften in Chemnitz, Toulouse und Berlin studiert, ihr Arbeitsschwerpunkt liegt auf Kritischer und feministischer Theorie sowie deren praktischer Umsetzung. Im Rahmen eines Workshops auf der Kantine »Luxemburg« am 08. August 2019 hat sie mit den Teilnehmenden diskutiert, wie feministische Theoretikerinnen an den Marxismus anschließen, welche blinden Flecken sie dabei erkennen und wie sie diesen ergänzen. Ihr Text gibt einen Überblick über diese Bezüge.

Was hat Rosa Luxemburg mit Feminismus zu tun? Auf den ersten Blick nicht sehr viel, denn Rosa Luxemburg hatte kein großes Interesse an geschlechts- oder frauenspezifischen Fragestellungen. Sie äußerte sogar Unverständnis darüber, dass sich ihre Genossin und Freundin Clara Zetkin mit der sogenannten Frauenfrage beschäftige. In einem Brief an Leo Jogiches schrieb sie: »Clara ist gut, wie immer, aber sie läßt sich irgendwie ablenken, sie bleibt in Frauenangelegenheiten stecken und befaßt sich nicht mit allgemeinen Fragen« (Evans 1979, 320). Auch wenn Rosa Luxemburg die Geschlechterungerechtigkeit also nicht als eine allgemeine Frage der gesellschaftlichen Ausbeutungsverhältnisse verstand, so kann sie doch als eine Vordenkerin des materialistischen Feminismus angesehen werden: Über ein halbes Jahrhundert später inspirierte ihre Imperialismustheorie Feministinnen zu einer materialistischen Theorie über die Funktion der von Frauen geleisteten Arbeit im kapitalistischen Akkumulationsprozess und ihre spezifische Ausbeutung.

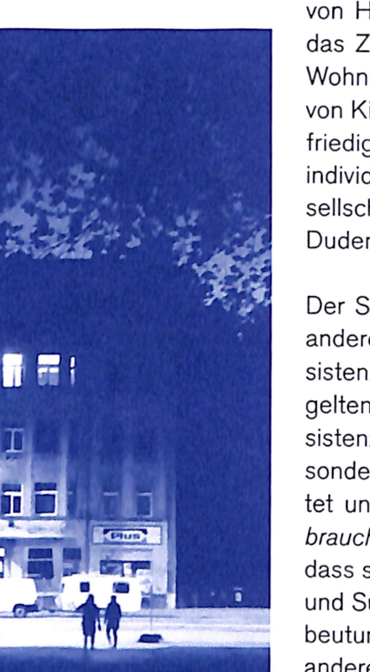
Imperialismus und fortwährende ursprüngliche Akkumulation

In ihrem ökonomischen Hauptwerk *Akkumulation des Kapitals* untersucht Luxemburg den Zusammenhang von kapitalistischer Wirtschaft und Kolonialismus, wobei sie die kolonialen Eroberungs- und Enteignungsprozesse als immanenten Bestandteil der Funktionsweise des Kapitalismus begreift. Sie schreibt, »daß der Kapitalismus auch in seiner vollen Reife in jeder Beziehung auf die gleichzeitige Existenz nicht-kapitalistischer Schichten und Gesellschaften angewiesen ist« (Luxemburg 1975, 313). Die von Marx beschriebene ursprüngliche Akkumulation, also die gewaltvolle Aneignung von Land und Produktionsmitteln zur primären Kapitalakkumulation in der Durchsetzungsphase des Kapitalismus, sei daher kein abgeschlossener Prozess, sondern setze sich insbesondere in den (ehemaligen) Kolonien fort: »Nur durch ständige Expansion auf neue Produktionsdomänen und neue Länder ist die Existenz des Kapitalismus seit jeher möglich gewesen« (ebd., 518). Luxemburg widerspricht also Marx' Auffassung, dass der etablierte Kapitalismus nur auf Mehrwertabschöpfung im Lohnarbeitsprozess basiere, sondern argumentiert, dass dieser stets auf eine Fortführung der gewaltvollen ursprünglichen Akkumulation in nicht-kapitalistischen Gesellschaften in Form von Eroberung, Enteignung und Versklavung angewiesen ist.

Hausarbeit als nicht-kapitalistisches Milieu

Im Anschluss an Luxemburgs Überlegungen entwickeln die Bielefelder Soziologinnen Maria Mies, Veronika Bennholdt-Thomsen und Claudia von Werlhof die Subsistenzperspektive, in der sie Luxemburgs Argumentation

auf die »innere Kolonie« der Hausfrauenarbeit ausweiten (von Werlhof et al. 1988). Die Autorinnen betonen darin die strukturelle Ähnlichkeit zwischen unbezahlt geleisteter Hausarbeit und der Subsistenzarbeit in den ehemaligen Kolonien. Beides seien externalisierte Sphären des kapitalistischen Systems, die aus dem Lohnarbeitsverhältnis ausgeschlossen fortwährend ausgebeutet werden und gleichzeitig dessen Voraussetzung darstellen. Wie andere feministische Theoretiker_innen weisen Mies, Bennholdt-Thomsen und von Werlhof auf die Unzulänglichkeit des marxistischen Arbeitsbegriffs hin, der die zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendige Arbeit nicht berücksichtigt (Della Costa/James 1973; Federici 2015). Sowohl konzeptionell als auch gesellschaftlich bleibt die von Hausfrauen unentlohnt geleistete Arbeit, also das Zubereiten von Mahlzeiten, die Reinigung der Wohnung, das Austragen, Gebären und Aufziehen von Kindern sowie die emotionale und sexuelle Befriedigung des Partners unsichtbar und wird als individuelle liebevolle Zuneigung und nicht als gesellschaftlich notwenige Arbeit angesehen (Bock/Duden 1977).



Der Subsistenzansatz betont zudem die spezifisch andere Qualität der Reproduktionsarbeit bzw. Subsistenzproduktion im Vergleich zur als produktiv geltenden Arbeit. So ist Reproduktions- und Subsistenzarbeit nicht auf die Produktion von Gütern, sondern auf die Erhaltung des Lebens ausgerichtet und dient nicht der Tausch-, sondern der *Gebrauchswert*produktion. Mies argumentiert daher, dass sich die Berücksichtigung der Reproduktions- und Subsistenzarbeit nicht nur als erweitertes Ausbeutungsverhältnis begreifen lasse, sondern eine andere Arbeitsform darstelle (Mies 2015). Der im Subsistenzansatz geprägte Arbeitsbegriff stellt also eher ein Gegenstück zum marxistischen Arbeitsbegriff dar, als eine Erweiterung desselben (Meißner 2019). Daraus entwickeln die Bielefelder Soziologinnen die These, dass neben dem Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital zusätzlich ein Widerspruch zwischen Produktions- und Reproduktionssphäre bestehe (Mies 2009).

Divergierende Produktivitätssteigerungsraten

Dieser Widerspruch zwischen Produktions- und Reproduktionssphäre verstärkt sich in den heutigen Verhältnissen der gesellschaftlichen Orga-

nisation der Arbeit in den Industrienationen zunehmend (Soiland 2018). Dies liegt daran, dass in der Reproduktionssphäre geringere Produktivitätssteigerungsraten generiert werden können als in der Produktionssphäre (Baumol 2012): Während bei der Warenproduktion Mehrwertabschöpfung durch Rationalisierung der Arbeitsabläufe und technische Innovationen möglich ist, lässt sich die mehrheitlich personenorientierte Reproduktionsarbeit nicht im gleichen Maße rationalisieren und effizienter gestalten (Fraser 2016). Die Arbeit, die zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendig ist, wird mit zunehmender technischer Entwicklung nicht weniger und lässt sich auch nicht ohne weiteres effizienter gestalten – zumindest nicht ohne Qualitätsverluste. Insbesondere personenbezogene Sorgearbeit folgt einer anderen Logik als die Warenproduktion, da die Beziehung der Beteiligten stets elementarer, nicht kommodifizierbarer Teil des Arbeitsprozesses ist. Somit stehen für die Profitmaximierung im Bereich reproduktiver bzw. Care-Arbeitsbereiche lediglich die Mittel der Erhöhung des Arbeitspensums und die Senkung der Löhne zur Verfügung. Dies ist laut William J. Baumol der Grund dafür, dass in den letzten Jahrzehnten die Kosten für Endprodukte tendenziell sinken, während sie für Gesundheits- und Pflegedienstleistungen eher steigen.

Durchkapitalisierung der Reproduktionssphäre

Heute wird die Reproduktionsarbeit zunehmend nach kapitalistischer Profitlogik organisiert, was laut Tove Soiland mit der Entwicklung zum Postfordistischen Modell der Arbeitsorganisation und neoliberalen Restrukturierungsprozessen zusammenhängt (Soiland 2018; Fraser 2009). Während der Phase des Fordistischen Modells der Arbeitsorganisation mit dem korrespondierenden Ideal des männlichen Familienernährers, wurde Reproduktionsarbeit überwiegend privat und unentlohnt verrichtet, wodurch die wertschöpfungsschwachen Reproduktionsarbeiten aus dem Bereich der Lohnarbeit ausgelagert waren. Ein Großteil der Reproduktions- und Sorgearbeit war somit nicht an sich kapitalistisch organisiert, aber trotzdem Teil des spezifisch industriekapitalistischen Arbeitsmodells mit seiner geschlechtsspezifischen Hierarchie: Das mit dem Familienernährer korrespondierende Reproduktionsarbeitsideal, die Hausfrau, war faktisch besitzlos und unfrei.

Mit der zunehmenden Berufstätigkeit von Frauen entsteht ein Markt entlohnter Sorgearbeit, wodurch der Anteil an Lohnarbeitsverhältnissen mit geringen Profitsteigerungsraten am gesamtgesellschaftlichen Lohnarbeitsvolumen wächst. Im Rahmen neoliberaler Privatisierungsprozesse werden Care-Dienstleistungen zunehmend einer Profitlogik unterstellt, wodurch ein höherer Kostensenkungsdruck entsteht. Da die Rationalisierungspotentiale wie oben dargelegt gering sind, erfolgen Einsparungen

über die Senkung der Personalkosten und die Erhöhung des Arbeitspensums. Diese Entwicklung lässt sich an den Privatisierungstendenzen im Gesundheitssektor deutlich erkennen, beispielsweise an der Auslagerung von Pflegedienstleistungen in Krankenhäusern an Subunternehmen mit nicht-tarifgebundenem Personal oder an der Einführung von Fallpauschalen.

Es etabliert sich auf diese Weise ein Arbeitssektor, in dem die Gehälter so niedrig sind, dass die private Reproduktion dadurch nicht abgesichert werden kann. Gleichzeitig bleibt durch den Anstieg der gesamtgesellschaftlichen Lohnarbeitszeit weniger Zeit, um privaten Sorgeverpflichtungen und -bedürfnissen angemessen nachzukommen. Somit führt die Integration der Reproduktionsarbeit in die kapitalistische Wirtschaft zu einem gleichzeitigen Abzug von zeitlichen und monetären Ressourcen, was als »neue Landnahme« (Dörre 2009) im voranschreitenden Prozess der Durchkapitalisierung des Lebens angesehen werden kann. Die Reproduktionssphäre bleibt als *innere Kolonie* des kapitalistischen Systems bestehen, die mittlerweile zwar teilweise in Lohnarbeit überführt wurde, jedoch nur funktionieren kann, indem sie weiterhin schlecht oder nicht bezahlt und unsichtbar stattfindet: in Form von babysittenden Angehörigen, illegalisierten Reinigungskräften ohne arbeitsrechtliche Absicherung, migrantischen Live-In-Pflegekräften und unausgeschlafenen Alleinerziehenden.

Ziele des materialistischen Feminismus

Wie kann dieser Entwicklung entgegengewirkt werden? Feministische Materialist_innen sehen Marx' Glaube an die positiven Auswirkungen des technischen Fortschritts skeptisch, da ein Großteil der gesellschaftlich notwendigen Arbeit Reproduktions- und insbesondere Sorgearbeit ist, deren Arbeitsvolumen durch technische Entwicklungen nicht erheblich reduziert werden kann. Zudem ist und bleibt Reproduktionsarbeit immanenter Bestandteil des menschlichen Lebens. Soiland stellt daher die Frage, inwiefern die »befreite Gesellschaft« als zeitgemäße feministisch-materialistische Utopie gelten kann: »Wäre die Zurückforderung der Sorgearbeit [...] nicht ein adäquateres emanzipatorisches Postulat, jedenfalls für die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts?« (Soiland 2018, 4). Damit hebt sie hervor, dass das Ziel des materialistischen Feminismus nicht in der Befreiung von Reproduktionsarbeit liegen kann, sondern in der (Wieder-) Aneignung der Bedingungen, unter denen reproduktive Tätigkeiten verrichtet werden. Dies bedeutet einerseits, höhere zeitliche Ressourcen für Reproduktionsarbeit einzufordern und andererseits für Selbstverwaltung und Mitgestaltung offene, kollektive Strukturen zu etablieren, in denen Reproduktionsarbeit geschlechtergerecht verteilt, nicht profiorientiert und an Bedürfnissen ausgerichtet gestaltet werden kann.

Literatur

Baumol, William J. (2012): The Cost Disease. Why Computers Get Cheaper and Health Care Doesn't. New Haven.

Bock, Gisela, & Duden, Barbara (1977): Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit. Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus. In G. B. Dozentinnen (Hg.), Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen, Juli 1976. Courage, Berlin, S.118–199.

Dalla Costa, Mariarossa, & James, Selma (1973): Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft. Berlin.

Dörre, Klaus (2009): Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus. In K. Dörre, S. Lessenich & H. Rosa (Hg.), Soziologie, Kapitalismus, Kritik. Eine Debatte. S. 21–86. Frankfurt am Main.

Evans, Richard J. (1979): Sozialdemokratie und Frauenemanzipation im Kaiserreich. Berlin.

Federici, Silvia (2015): Aufstand aus der Küche. Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution. Berlin.

Fraser, Nancy (2009): Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte. Blätter für deutsche und internationale Politik, 8, 43–57.

Fraser, Nancy (2016): Contradictions of Capital and Care. New Left Review, 100.

Luxemburg, Rosa (1912 [1975]): Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus. Berlin.

Meißner, Hanna (2019): Marxismus und Kritische Theorie: Gesellschaft als [vergeschlechtlicher] Vermittlungszusammenhang. In B. Kortendiek, B. Riegraf, & K. Sabisch (Hg.), Handbuch interdisziplinäre Geschlechterforschung. S.244–252. Wiesbaden.

Mies, Maria (2009): Hausfrauisierung, Globalisiserung, Subsistenzproduktion. In M. v. d. Linden & K. H. Roth (Hg.), Über Marx hinaus. Arbeitsgeschichte und Arbeitsbegriff in der Konfrontation mit den globalen Arbeitsverhältnissen des 21. Jahrhunderts. Hamburg, 257–289.

Mies, Maria (2015 [1990]): Patriarchat und Kapital. München.

Soiland, Tove (2018): Der Sockel des Eisbergs. Umrisse eines feministischen Marxismus für das 21. Jahrhundert. Soziopolis. www.soziopolis.de/erinnern/jubilaeen/artikel/der-sockel-des-eisbergs. Abgerufen am: 01.07.2020.

Werlhof, Claudia von; Mies, Maria & Bennholdt-Thomsen, Veronika (1988 [1983]).: Frauen, die letzte Kolonie. Zur Hausfrauisierung der Arbeit. Hamburg.



»Im Nachgang der ersten beiden Ausgaben des Theoriefestivals entstand die Idee für diese Publikation. Sie versammelt einige der Beiträge, die so oder in ähnlicher Form auf der Kantine ›Marx‹ bzw. ›Luxemburg‹ vorgetragen wurden und dokumentiert damit einen Teil unseres Erkenntnisprozesses der letzten Jahre. Die einzelnen Beiträge bauen dabei nicht zwingend aufeinander auf, sondern geben die Bandbreite an Themen und Perspektiven, wie sie auch auf den Festivals zu finden war, wieder.«



»... Hier tanze« – Gesammelte Beiträge aus den Kantinen »Marx« und »Luxemburg«